Montag, 29. Oktober 1984 - D ★★★

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 254 - 44.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Kommunalwahlen: In Baden-Württemberg wurden gestern die 35 Kreisräte und rund 1100 Kommunalparlamente neu gewählt. Wegen des komplizierten Wahlsystems wird das Endergebnis erst am Freitag vorliegen.

Ausreisen: Die Synode der Kirchenprovinz Sachsen hat an die Staatsführung appelliert, die Reisemöglichkeiten zu erweitern. Die Beschränkungen seien eine wesentliche Ursache für die hohe Zahl von Ausreiseanträgen. (S. 5)

Reichsbahn: Mit Entschiedenheit wies der Berliner Senat Vorwürfe der „ddr" zurück, er verfüge „widerrechtlich" über das Vermögen der Reichsbahn in West-Berlin und wolle damit die „DDR" ökonomisch schädigen. (S. 5)

Verteidigung: Eine Intensivierung der gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen und eine *Stärkung der Rolle der Europäer* in der NATO beschloß die Westeuropäische Union. (S. 10)

Super-Träger: Im amerikanischen Newport News lief das *größte und teuerste Kriegsschiff* aller Zeiten, der 96 300-Tonnen-Flugzeugträger „Theodore Roosevelt", vom Stapel. Er hatte 2,7 Milliarden Dollar gekostet.

Türkei: Ministerpräsident Özal hat seine erste Regierungskrise durch den Austausch der Minister für Inneres und Finanzen überstanden. Doch das Experiment mit der Demokratie bleibt gefährdet. (S. 6)

Bangladesch: Die für den 8. Dezember angesetzten Parlamentswahlen wurden vom Militärregime wegen der Boykottankündigung der Opposition abgesagt.

Gegen NATO: 52 Prozent der Spanier sind für den Austritt aus der Allianz, ergab eine Umfrage.

Mißerfolg: Trotz des Scheiterns der zweiten Gesprächsrunde zwischen Zyperns Griechen und Türken setzt UNO-Generalsekretär Perez de Cuellar seine Vermittlungen fort. Am 26. November wird erneut verhandelt. (S. 8)

Flughafen: Der von Kubanern und Sowjets gebaute Großflughafen von Point Salinas auf Grenada, einer der Gründe für die US-Invasion im vergangenen Jahr, ist fertiggestellt worden – mit amerikanischen Geldern. (S. 9)

Heute: Treffen Kohl–Mitterrand in Bad Kreuznach. – RGW-Gipfel in Havana. – Beginn der Opec-Konferenz in Genf.

Ist der gläserne Patient in Sicht?

Den Traum des Arztes, in den Menschen hineinzuschauen, ohne zum Skalpell zu greifen, hat als erster Conrad Röntgen verwirklicht. Heute reift ein Verfahren heran, das der Röntgentechnik haushoch überlegen ist: die Kernspintomographie. Vor allem bei Untersuchungen des Herzens und der großen Blutgefäße zeichnen sich Fortschritte ab. Seite 4

WIRTSCHAFT

Pleiten: Einen Rekord von 16 500 Konkursen und Vergleichen erwartet die Wirtschaftsauskunftei Schimmelpfeng für 1984. Im Vorjahr waren es 11 845. (S. 11)

US-Autoindustrie: Die Gewinne der vier Großen, General Motors, Ford, American Motors und Chrysler, haben sich in den ersten neun Monaten 1984 mit 7,7 Milliarden Dollar gegenüber dem Vorjahrszeitraum fast verdoppelt.

Großauftrag: AEG-Kanis baut für Saudi-Arabien ein schlüsselfertiges Gasturbinenkraftwerk mit 175 000 Kilowatt Leistung im Wert von 185 Millionen DM.

Privatisierung: Schätzungsweise 3,7 bis vier Milliarden Pfund kann die britische Regierung aus der Privatisierung der staatlichen Fernmelde- und Telekommunikationsgesellschaft British Telecom erwarten. (S. 12)

ZITAT DES TAGES



» Wir leben in einer Stimmungsdemokratie. Darin liegt unsere Gefahr heute. Die Leute gehen sehr stark von Stimmungen aus und nicht vom kühlen Verstand «

Der Tübinger Politik-Wissenschaftler Theodor Eschenburg FOTO: PETER PEITSCH

KULTUR

Enzensberger: Das Ergebnis entsprach nicht den gespannten Erwartungen. Bei der Uraufführung des Diderot-Stücks von Hans Magnus Enzensberger „Der Menschenfreund" in Berlin mußten Enzensberger und Regisseur Zisch-ler unüberhörbare Buhrufe einstecken. (S. 19)

Nach Westen: Mit einem Ein-Jahres-Visum ist der „DDR"-Komponist Rainer Kunard (43) mit seiner Frau und seinen drei Kindern *nach München gekommen. Wie es* hieß, hätten „schwierige Familienprobleme" den Anstoß für den Aufenthalt in der Bundesrepublik gegeben. (S. 19)

SPORT

Fußball: Erich Ribbeck (47) ist neuer Trainer von Borussia Dortmund. Der ehemalige DFB-Trainer unterschrieb einen Vertrag bis zum Saisonende. (S. 16)

Hockey: Der Limburger HC wurde zum ersten Mal in seiner Vereinsgeschichte deutscher Meister. Im Finale besiegte er den HC Heidelberg mit 3:1. (S. 18)

AUS ALLER WELT

Pavian-Herz: In Kalifornien wurde erstmals einem Kleinkind ein Pavian-Herz eingepflanzt. (S. 20)

Kanzlerfest: Mit einer rauschenden Nacht in Berlin versuchte die politische Prominenz gegen die Bonner Katerstimmung nach dem Sturz Rainer Barzels anzugeben. Für das traditionelle Kanzlerfest hatte der Regierungschef die Losung ausgegeben: „Für Flickflack sind wir nicht zu haben". (S. 20)

Wetter: Unbeständig, im Süden Nebel. 10 bis 14 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Offizier gesteht Mord an Priester. Rätsel über die Auftraggeber

Gläubige beten für Popieluszko / Glemp und Walesa mahnen zu Besonnenheit

DW. Warschau

Nach einer Fernsehansprache von Innenminister Czeslaw Kiszczak ist in Polen die Überzeugung gewachsen, daß der entführte oppositionelle Priester Jerzy Popieluszko von Sicherheitsbeamten ermordet worden ist. In allen Kirchen Polens beteten die Gläubigen für den Verschleppten. Diesen Gebeten schloß sich in Rom auch Papst Johannes Paul II. an.

Rätsel gab es über die Hintermänner der Aktion. Die Spekulationen gehen dahin, daß der Auftrag von Angehörigen des politischen Apparates – möglicherweise mit Rückendekkung der Sowjetunion – ausgegangen sei.

Kiszczak hatte mitgeteilt, drei Beamte des Innenministeriums hätten den Priester entführt. Die Täter, denen die Todesstrafe drohe, wenn sie des Mordes für schuldig befunden würden, machten äußerst widersprüchliche Aussagen. Offenbar versuchten sie, die Fahnder auf falsche Spuren zu lenken. Der Haupttäter, Hauptmann Piotrowski, hat angeblich im Verhör zugegeben, Popieluszko umgebracht zu haben. Trotz intensiver Suche sei es der Polizei jedoch bisher nicht gelungen, an dem angegebenen Ort eine Spur des Verschollenen zu finden, teilte der Innenminister mit. Einer seiner Mittäter habe hingegen im Verhör versichert, Popieluszko sei lebend in einem Vorort Thorns ausgesetzt worden. Auch dort seien Nachforschungen bisher vergeblich gewesen.

In seiner Ansprache verurteilte Kiszczak die Tat mehrfach. Er bezeichnete sie als beispiellose Provokation, die gegen die Politik der Partei und des Innenministeriums gerichtet sei. Nach dem bisherigen

SEITE 2:
Der Würger im System

Stand der Ermittlungen lasse sich noch nicht eindeutig feststellen, ob auch andere Personen in die Tat verwickelt seien oder sie organisiert hätten. Der Innenminister versprach der Öffentlichkeit Aufklärung über eventuelle Hintermänner. Auch das Ministerium könne sich in Polen über die Gesetze nicht hinwegsetzen.

Neben dem Leiter einer Unterabteilung im Innenministerium, dem 33jährigen Hauptmann Piotrowski, der seit neun Jahren dem Ministerium angehört, sollen dessen Untergebene, der 29jährige Oberleutnant Chmielewski und der 32jährige Oberleutnant Pekala, an der Entführung des Geistlichen beteiligt gewesen sein. Die beiden Mittäter hätten versichert, nur die Befehle ihres Vorgesetzten ausgeführt zu haben. Als Motiv für die Tat habe Piotrowski angegeben, die Behörden seien seiner Meinung nach nicht energisch genug gegen die „hetzerischen Reden" des Geistlichen vorgegangen.

In der Ansprache warnte der Innenminister die Opposition davor, aus dieser „menschlichen Tragödie" Kapital zu schlagen und die Bevölkerung zu Taten hinzureißen, „die unabsehbare Folgen haben können". Aufgrund der Tat einzelner verantwortungsloser Beamter könne man nicht die Arbeit des ganzen Sicherheitsdienstes und der Polizei verurteilen, die oft genug ihr ideologisches Engagement und ihre Opferbereitschaft gezeigt hätten, stellte sich Kiszczak vor sein Ministerium.

Aus Furcht vor öffentlichen Protesten gegen das Verbrechen an dem 37jährigen Geistlichen sind in Warschau die Polizeistreifen verstärkt worden.

Vor unkontrollierten Reaktionen hat auch der Primas der Katholischen Kirche Polens, Kardinal Glemp, gewarnt. Bei einer Messe in der War-

● Fortsetzung Seite 10

Auch Anschlag auf Walesa geplant?

Sofia sieht in der Entscheidung Roms wegen des Papst-Attentats eine „vorsätzliche Provokation"

DW. Rom/Sofia

Die gerichtliche Anklage der Bulgaren Antonow, Aivazow und Kolew wegen Beteiligung am Attentat auf Papst Johannes Paul II. am 13. Mai 1981 belastet offenbar zunehmend die diplomatischen Beziehungen zwischen Rom und Sofia. Der italienische Botschafter in Sofia, Giovanni Battistini, wurde ins Außenministerium bestellt, um aus der Hand des stellvertretenden bulgarischen Außenministers, Lyuben Gotsev, eine „scharfe Protestnote" in Empfang zu nehmen.

Die bulgarische Nachrichtenagentur BTA berichtete, in der Note werde die Entscheidung der italienischen Justiz als „vorsätzliche Provokation gegen Bulgarien und den Sozialismus" bezeichnet. Anstifter seien die USA und die NATO, die an einer Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen und der internationalen Situation interessiert seien. Die bulgarische Regierung unternehme weiterhin ihr Möglichstes, um die Unschuld der drei bulgarischen Staatsbürger zu beweisen und das „Komplott gegen Bulgarien aufzudecken", fuhr BTA fort. In einer ersten Stellungnahme der sowjetischen Nachrichtenagentur Tass hieß es lediglich, die Entscheidung der Richter habe „Empörung" ausgelöst.

Trotz der Spannungen ist Sofia augenscheinlich daran interessiert, das Verhältnis zu Rom nicht allzu stark zu belasten. Entgegen anfänglichen Befürchtungen registrierte man in der italienischen Hauptstadt mit Erleichterung, daß Bulgarien offenbar nicht die Absicht hat, seinen Botschafter in Italien heimzurufen. Die Vertretung Bulgariens in Rom teilte mit, eine Abrufung des Botschafters sei derzeit nicht vorgesehen.

In den italienischen Zeitungen wird die Anklageerhebung allgemein als Bestätigung der „bulgarischen Spur" bezeichnet. Eine endgültige Klarheit müsse jedoch erst das Gerichtsverfahren als reiner „Indizienprozeß" schaffen. Dabei stütze sich die Anklage weitgehend auf die Aussagen des zu lebenslanger Haft verurteilten Türken Mehmed Ali Agca.

Nach langem Zögern hatte er zugegeben, daß sein Landsmann Celik ebenfalls auf den Papst geschossen hatte. Widersprüchliche Angaben liegen über den Aufenthaltsort Celiks vor. In einigen Berichten heißt es, er halte sich in Bulgarien auf. Türkische Zeitungen hingegen glauben zu wissen, daß Celik, der der rechtsextremen Organisation „Graue Wölfe" angehören soll, derzeit in Großbritannien lebt und sich des öfteren in der Bundesrepublik Deutschland aufhält. Celik sei auch der Drahtzieher des Attentats gewesen.

Bei den Verhören soll Ali Agca nach einem Bericht der „New York Times" auch einen geplanten Mordanschlag auf den Führer der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität", Lech Walesa, enthüllt haben. In dem Artikel heißt es, Agca sei im Dezember 1980 von dem Sekretär des bulgarischen Militärattachés in Rom, Kolew, angesprochen worden, Walesa zu töten.

An dem Gespräch in der Wohnung des bulgarischen Botschaftsangehörigen Aivazow habe auch der stellvertretende Leiter des Büros der staatlichen bulgarischen Fluggesellschaft in Rom, Antonow, teilgenommen.

Seite 2: Kriegshandlung im Frieden

Kohl: Ich habe nichts zu verbergen

CDU fragt nach Flick-Millionen für die SPD / Debatte im Bundestag geplant

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl sieht seiner für den 7. November vorgesehenen Anhörung vor dem Flick-Untersuchungsausschuß „guten Gewissens" entgegen. Im Kanzleramt hieß es gestern, Kohl habe nichts zu verbergen, *aber er werde auch nicht zu*lassen, daß die von der Regierung Schmidt genehmigte Steuerbefreiung für Flick und die Praxis bei Parteispenden weiterhin „in einen Topf" geworfen werden. Inzwischen hat die CDU-Bundespartei eine Aufklärungsaktion in den eigenen Reihen gestartet. In einer Erklärung der CDU heißt es, im Flick-Ausschuß gehe es „allein um die Frage: Wieviel hat Flick gezahlt, damit die SPD-Regierung Schmidt dem Konzern um 900 Millionen Mark von der Steuer befreite?".

Diese Aktion ist auf Anregung des Kanzlers am Wochenende angelaufen. Kohl, so hieß es, werde sich nicht weiter gefallen lassen, daß Politiker ins Zwielicht der Käuflichkeit gezerrt würden. „*Die Republik ist nicht* käuflich. Hier treffen Mehrheiten politische Entscheidungen, und diese Mehrheiten entstehen in freien Wahlen und nicht durch Geld", wurde Kohl zitiert. Der Kanzler habe bereits

SEITE 3:
Flicks kurzer Draht zur SPD

gegenüber der Bonner Staatsanwaltschaft mündlich und schriftlich über Parteispenden des Flick-Konzerns berichtet, so weit diese an ihn als Parteivorsitzenden gegangen seien. Dabei habe es sich pro Jahr durchschnittlich um rund 50 000 Mark gehandelt, die Kohl ausnahmslos an die Partei und deren Gliederungen weitergegeben habe. Die CDU-Politiker Geißler und Schäuble haben im Fraktionsvorstand der Union den Vorschlag gemacht, der Bundestag solle sich auf einer Sondersitzung mit dieser Gesamtthematik befassen. Diese solle nach der Anhörung Kohls, aber noch vor der für Mitte Dezember vorgesehenen Haushaltsdebatte stattfinden. Die SPD, allen voran ihr Fraktionsvorsitzender Vogel, haben in Erklärungen versucht, Verdachtsmomente gegen Kohl zu streuen. Vogel forderte den Kanzler zu Antworten auf, die dieser bislang schuldig geblieben sei. Bundesfinanzminister Stoltenberg sprach von dem erkennbaren Versuch „von Gruppen und publizistischen Organen, die massiv die Bundesregierung bekämpfen, die mit dem Namen Flick verbundenen Vorgänge zu einer Staatskrise umzufälschen". Der FDP-Fraktionsvorsitzende Mischnick wies ebenfalls den Vorwurf zurück, daß Politiker und die Politik käuflich seien. BDI-Präsident Rodenstock meinte, man finde es sehr ungut und ungewöhnlich, wie da offensichtlich versucht worden sei, auf wichtige Politiker Einfluß zu nehmen.

Sowjets hatten Abouchar gefangen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Mit einem „großen Bahnhof" hat Frankreich seinen verlorenen Sohn Jacques Abouchar am Samstag heimgeholt. An der Treppe des Sonderflugzeuges, das den überraschend aus *afghanischer Haft* entlassenen Fernsehreporter aus Kabul abgeholt hatte, standen neben seiner Frau Premierminister Fabius und Kammerpräsident Mermaz. Abouchar wirkte müde und abgemagert. Das Fernsehen übertrug seine Ankunft direkt.

In einer Pressekonferenz noch auf dem Flughafen bestätigte der Reporter, daß er von sowjetischen, nicht afghanischen Truppen in der Nacht zum 18. September in der Nähe der pakistanischen Grenze gefangengenommen worden sei. Nach einem plötzlichen Feuerüberfall habe er den Kontakt zu seinen beiden Kollegen verloren, seinen umgekippten Wagen verlassen und versucht, im Lichte von Leuchtkugeln und brennenden Fahrzeugen auf pakistanisches Gebiet zurückzugelangen. Dabei sei er vom Scheinwerferlicht eines sowjetischen Panzerspähwagens erfaßt und kurz darauf aufgegriffen worden. Die Sowjets hätten ihn zunächst intensiv mehrere Stunden lang verhört und erst am dritten Tage an die Afghanen ausgeliefert.

Offenbar hätten die Sowjets und Afghanen ihn zunächst für einen CIA- oder französischen Agenten gehalten, ehe sie seinen ständigen Versicherungen glaubten, er sei Journalist. „Unglücklicherweise war das nicht in meinem Paß eingetragen, der noch von *einer illegalen Reise nach* Chile stammte", berichtete Abouchar. Er sei aber die ganzen 40 Tage seiner Haft von Sowjets und Afghanen korrekt behandelt worden. Ein hoher sowjetischer Offizier „wollte unbedingt, *daß ich ihm das Organi*gramm des CIA verrate", meinte Abouchar.

Bis zu seiner Verurteilung habe er in einer Festung unweit von Kabul gesessen, umgeben von afghanischen Widerstandskämpfern. Bis zuletzt sei er über sein Schicksal im unklaren gewesen. Erst als man ihn am vergangenen Donnerstag plötzlich nach Kabul zurückbrachte, habe er das Gefühl gehabt, daß etwas mit ihm geschehe. Auf einem Fernsehgerät in seiner Zelle habe er seine Freilassung erfahren. Im Flugzeug erst habe er gehört, welcher Solidaritätsbewegung in Frankreich er seine Befreiung verdankte. „Ich danke Ihnen allen unendlich", sagte Abouchar. Er werde nun nicht so schnell nach Afghanistan zurückkehren. „Wenn sie noch einmal einen Journalisten schnappen, wird er sehr unangenehme Augenblicke haben", warnte Abouchar.

DER KOMMENTAR

The Libyan Connection

WILHELM FURLER

Es gibt nicht viel, was man dem Trotzkisten an der Spitze der Bergleute-Gewerkschaft nicht zugetraut hätte. Aber die Offenbarung, daß Arthur Scargill mit dem libyschen Regime des Obersten Khadhafi Kontakt aufgenommen hat, verblüfft sogar die gelassenen Briten. Ein Spitzenfunktionär der Bergarbeiter-Gewerkschaft hat mit Khadhafi höchstpersönlich gesprochen; Scargill wiederum hat den Schatzmeister des nordafrikanischen Regimes empfangen. Wofür wohl? Urlaubsreisen streikender Bergleute mit ihren Familien an die libyschen Meeresstrände, wie auch schon im Sommer auf Einladung der Russen an die Schwarzmeer-Küste arrangiert, haben kaum die zentrale Rolle gespielt.

Nein, es ging um handfeste finanzielle Unterstützung aus Libyen für Scargill, in welcher Form auch immer. Scargills Entgegnung auf die Vorwürfe ist umwerfend: Seine Gewerkschaft nehme finanzielle Zuwendungen von Gewerkschaftern überall in der Welt *dankbar entgegen*, die seine Politik unterstützten. Dabei stellte er ausdrücklich klar, daß er auch aus der UdSSR Geld bekommen hat.

Was für *Gewerkschaften* die Sowjetunion hat, ist bekannt; daß es in Libyen überhaupt „Gewerkschaften" gibt, ist weniger bekannt; woher in der Sowjetunion wie in Libyen die Hilfsgelder fließen und zu welchem Zweck, ist jedenfalls klar. Vor allem The Libyan Connection ist für die Briten bewegend. Khadhafi unterstützt Gewaltverbrecher in aller Welt ganz offen, vor allem jene nordirischen Terroristen, die jüngst erst die Bombe gegen Frau Thatcher und ihr Kabinett in Brighton legten. *Und Khadhafi* hat den Mordanschlag aus dem libyschen „Volksbüro" in London befohlen, dem die Polizistin Yvonne Fletcher zum Opfer fiel. Daraufhin hat London die diplomatischen Beziehungen zu Tripolis abgebrochen. Scargill nimmt sie wieder auf – in seiner Art. Fühlt er sich als Bürgerkriegspartei, die Hilfe bei allen Feinden der Regierung suchen kann?

Und wenn ja, wie ist die Rolle der Labour Party einzuschätzen, auf deren Parteitag der Khadhafi-Freund eben noch als eigentlicher Herr der Partei gefeiert wurde? Es wird Zeit, daß die Regierung handelt.

Empörung über Scargills Kontakt zu Libyen

WILHELM FURLER, London

Der linksradikale Führer der britischen Bergarbeiter-Gewerkschaft, *Arthur Scargill, hat mit dem terroristischen* Regime Libyens unter Oberst Khadhafi Kontakt aufgenommen und über eine Hilfe Libyens für Bergarbeiter im jetzt achtmonatigen Kohlestreik gesprochen. Diese Beziehung hat die Londoner Sonntagszeitung „Sunday Times" enthüllt. Auf diesen Bericht mit der Überschrift „Scargill: The Libyan Connection" hat Scargill inzwischen bestätigt, daß er in der Tat bei einem Paris-Besuch am 8. Oktober eine libysche Delegation getroffen hat.

Bestätigt wurde von Scargill auch, daß der Hauptgeschäftsführer der Bergleute-Gewerkschaft, Windsor, auf Einladung von Tripolis nach Libyen geflogen ist, um Gewerkschafter des Landes zu treffen und mit ihnen über die Streikaktion zu sprechen. Während Scargill und Windsor der „Sunday Times" zufolge in Paris Salem Ibrahim und damit nach Überzeugung des französischen Geheimdienstes den „Zahlmeister Khadhafis" getroffen haben, sprach der Hauptgeschäftsführer der Bergleute-Gewerkschaft in Tripolis mit dem libyschen Führer persönlich.

Die Enthüllungen haben in Großbritannien größte Empörung ausgelöst. Entsetzt sind auch etliche Funktionäre der Bergleute-Gewerkschaft, die nach Angaben der „Sunday Times" nichts von den Treffen wußten. Selbst Oppositionsführer Kinnock verurteilte das Vorgehen der Führung der Bergleute-Gewerkschaft aufs schärfste.

Finnische KP bleibt bei eigener Linie

DW. Helsinki

Die Finnische Kommunistische Partei (SKP) will trotz Moskauer Warnungen an ihrer nationalen Linie festhalten. Das Zentralkomitee stellte in Helsinki die moskautreue Minderheit vor die Wahl, sich zukünftig der Parteidisziplin unterzuordnen oder auf einem Sonderparteitag, der zu Beginn des nächsten Jahes stattfinden soll, den engültigen Hinauswurf zu riskieren. In einem Antwortbrief auf das scharf formulierte Schreiben des sowjetischen Politbüro-Mitgliedes Grigori Romanow vom 15. Oktober an die SKP, daß der engültige Bruch in der seit 20 Jahren zerstrittenen Partei auch Folgen für die finnisch-sowjetischen Beziehungen haben werde, weist der Parteivorsitzende Arvo Aalto auf Beschlüsse der Konferenz europäischer kommunistischer Parteien vor einigen Jahren in Ost-Berlin hin. Damals sei Einigkeit darüber erzielt worden, daß jede Partei selbständig sei und unabhängig über ihre Politik in internen Fragen bestimme. Der *nicht veröffentlichte Brief wurde* von ZK-Mitgliedern am Sonntag als maßvoll, aber inhaltlich polemisch bezeichnet.

Aalto, der im Mai gegen Moskauer Widerstand zum Nachfolger des kompromißbereiten Jouko Kajanoja gewählt wurde und damals den Ausschluß aller Stalinisten aus Zentralkomitee und Politbüro bewirkte, sagte nach der Sitzung, er werde mit den Stalinisten nicht auf Parteibasis verhandeln. Die ultimative Forderung an die moskautreuen Dogmatiker zur Unterwerfung hat erstaunt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Was bringt der Gurt?

Von Peter Gillies

Wenn die allgemeinen Kosten der Lebenshaltung nur um Werte zwischen einem und zwei Prozent steigen, bei den Autofahrern jedoch die Haftpflichtversicherung um durchschnittlich 8,3 Prozent erhöht werden soll, stehen die Versicherer in der Erklärungspflicht. Gleiches gilt für den Staat, der via Aufsichtsbehörde diese Prämienerhöhung genehmigt.

Die Erhöhung verliert etwas von ihrem Schrecken, wenn man berücksichtigt, daß der Haftpflichttarif dreieinhalb Jahre stabil war und die Erhöhung (von 1985 an) erst Mitte 1986 wieder zur Disposition steht. Und dann könnte es sich gar herausstellen, daß die gestiegene Gurtanlegequote (90 bis 92 Prozent) die Zahl der Verkehrsunfälle und den Aufwand pro Schaden verringert hat.

Die Versicherer unterstellen, daß die Unfallhäufigkeit in etwa gleich bleibt, rechnen aber mit steigendem Aufwand pro Schaden. Allein die Reparaturkosten pro Schaden kletterten zwischen Mitte 1981 und September 1984 um rund 500 Mark auf 3 850 Mark. Auch die Arzt- und Krankenhauskosten stiegen schneller als die allgemeinen Lebenshaltungskosten.

Die Autoversicherung ist der Reflex auf die Preisentwicklung eines bestimmten Marktes, vor allem aber auf die Disziplin und Verantwortung der Autofahrer. Wie hoch beispielsweise die Betrugsquote in der Werkstatt ist („darf es ein Kotflügelchen mehr sein?"), gilt als umstritten; aber fest steht, daß die Masse der Versicherten dafür mitzuzahlen hat, wenn in manchen Schadenfällen augenzwinkernd und großzügig verfahren wird. Daß eine Selbstbeteiligung des Autofahrers zur Prämiendisziplin beiträgt, zeigt die nur zweiprozentige Erhöhung in der Sparte Teilkasko bei 300 Mark Eigenrisiko.

Indirekt bezahlen die Autofahrer auch das Unvermögen der staatlichen Gesundheitspolitik mit, die Kosten des Medizinbetriebs zu bremsen. Daneben birgt ein vom Staat gesetzter Preis stets das Risiko, daß die beantragenden Unternehmen ihre Kosten nicht so energisch durchforsten, wie sie es bei vollem Wettbewerb müßten. Auch wenn es nur ein schwacher Trost ist: So stark wie Sozialabgaben oder Einkommensteuern klettert die Autoversicherung nicht.

Selbstgemachtes Elend

Von Peter M. Ranke

Der Ostblock lieferte in den letzten Jahren für drei Milliarden Dollar Waffen nach Äthiopien und baute eine kommunistische Kaderpartei auf. Als der Militär- und Parteichef Mengistu Haile Mariam den 10. Jahrestag des Kaiser-Sturzes Mitte September für viele Millionen Dollar mit Massenaufmärschen, Paraden und Festessen feiern ließ, war von Hungersnot nicht die Rede. Jetzt ist sie da, und der Westen sendet Lebensmittel, Treibstoff, Lastwagen und Flugzeuge. Vergebens.

Die Hungersnot mit Tausenden von Toten vor allem in den Provinzen Tigre und Wollo ist seit Monaten vorausgesagt worden, sie kam nicht über Nacht. Aber Mengistu wollte seine Feiern haben. Dafür waren genug Lastwagen und Benzin da. Sie fehlten bitter bei der Verteilung der Nahrungsmittelreserven, die im verstopften Hafen Assab festliegen.

Durch seine Zwangskollektivierungen, Einberufungen der Bauernbevölkerung zur Armee, unfähige Funktonäre und die erschreckende Gleichgültigkeit der Militärs ist allein das marxistische Regime in Addis Abeba für die Katastrophe verantwortlich. Oder – läßt es womöglich die Menschen in Tigre absichtlich hungern und sterben?

Denn die Tigre im nördlichen Bergland gehören wie die Amharen zu den einst mächtigen Staats- und Kriegsvölkern, die Äthiopien beherrschten. In den letzten Jahren kämpft eine Tigre-Befreiungsfront um die Unabhängigkeit von den Marxisten. Da liegt es für die Herrscher in Addis Abeba nahe, diesen Widerstand durch Hunger brechen zu wollen. Oder die Tigre umzusiedeln wie die Indianer in Nicaragua.

Tatsächlich will das Regime bald eine Viertelmillion Menschen in Tigre und Wollo aus angeblich „humanitären Gründen" nach Süden umsiedeln. Man stelle sich dieses neue Chaos in den Hungerprovinzen vor!

Fünfhunderttausend Flaschen Whisky sind unterwegs nach Addis Abeba, um den Verantwortlichen die Sorgen über die Hungersnot zu erleichtern. Die Sorgen? Mengistu, der selbst durch eine Hungerrevolte gegen Kaiser Haile Selassie an die Macht kam, schwor bei den Feiern zum Sturz des Kaisers: „Es gibt nur ein revolutionäres Äthiopien oder den Tod." Dieser Menschenschlag hält sein Wort.

Freundliches zur Guerrilla

Von Günter Friedländer

In seinem jüngsten Jahresbericht ist Amnesty International im Kapitel über Kolumbien über mehr als dreihundert „außergerichtliche Hinrichtungen besorgt, die anscheinend zur Politik einiger Sektoren des Heeres gehören ... Man glaubt, daß die wirkliche Zahl der außergerichtlich Hingerichteten viel höher ist."

Der Bericht unterstellt auch „systematische Folterungen durch die Polizei und das Heer, manchmal im Zusammenhang mit außergerichtlichen Hinrichtungen ... Ungefähr dreihundert angeblich wegen ihrer Beteiligung am Guerrillakrieg verhaftete Personen warteten 1983 auf ihre Prozesse". Das klingt, als hielte Amnesty allein schon den Prozeß wegen Terrorismusverdachts für eine Menschenrechtsverletzung.

Der Bericht erregt in Kolumbien Empörung. Die liberale Zeitung „El Tiempo" antwortet Amnesty, daß Betancur – den sie oft kritisiert – und seine Regierung zuweilen „an Sinnestäuschung grenzende" Bemühungen unternähmen, Kolumbien an die Spitze der Nationen zu bringen, in denen die Freiheit respektiert und mit Feinden der Dialog geführt wird. Auch die verbissensten Gegner der Regierung preisen deren Verteidigung der Menschenrechte, während oft Polizeibeamte, Soldaten und Zivilisten den Tod im Hinterhalt der Guerrilla finden. Entführungen völlig Unbeteiligter, die nicht selten mit ihrer Ermordung enden, gehören zur Politik der Guerrilla. Davon weiß Amnesty International offenbar jedoch nichts.

Wie kam Amnesty International zu diesem Urteil? Die Organisation erhielt briefliche Berichte. Die Prüfung des Wahrheitsgehaltes solcher Mitteilungen, meint „El Tiempo", scheint nicht zu Amnestys selbst erwählten Aufgaben zu gehören.

Perus Präsident Belaunde, der ebenfalls oft von Amnesty International kritisiert wurde, bemerkte einmal, daß er ihre Briefe stets in den Papierkorb werfe. Er hat seine Gründe dafür. Es ist bedauerlich, daß eine Organisation, die mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, die Menschenrechte von Rechtsbrechern in falschen Darstellungen und die ihrer Opfer überhaupt nicht wahrnimmt.



Die Rechte weiß nicht ...   KLAUS BÖHLE

Der Würger im System

Von Carl Gustaf Ströhm

Auf den ersten Blick erscheint die Szene abenteuerlicher als in jedem James-Bond-Film. Da treten der Staatschef und der Innenminister eines europäischen Staates vor die Öffentlichkeit, um zuzugeben, daß drei Beamte ihres Innenministeriums (auf deutsch: drei Polizeibeamte) wegen der Entführung und möglicherweise Ermordung eines Staatsbürgers verhaftet worden seien. Einer der Verhafteten, ein Hauptmann des Staatssicherheitsdienstes, habe bereits gestanden, den katholischen Geistlichen und „Solidaritäts"-Vorkämpfer Popieluszko eigenhändig erwürgt zu haben.

Das ist eine erschütternde Entwicklung für ein Land, in dessen Geschichtsbüchern immer wieder auf eine alte Tradition des Liberalismus und des Respekts vor den Menschenrechten (allerdings vor der kommunistischen Zeit) hingewiesen wird.

Daß General Jaruzelski und seine Leute diese Entführung und deren möglicherweise blutiges Ende nicht gewollt haben, wird dieser Tage in Warschau und anderswo oft wiederholt. Aber nicht auf die Absichten einer Regierung und eines herrschenden Parteichefs kommt es an, sondern auf die realen Errungenschaften. Wäre ähnliches im Polizeiapparat eines demokratischen Staates passiert, dann hätte man den Verantwortlichen wohl kaum, wie jetzt in Warschau durch das Zentralkomitee geschehen, das Vertrauen ausgesprochen. Was sich die drei verhafteten Sicherheitsoffiziere geleistet haben, war nur möglich in einem Regime, in der es keinerlei wirksame Kontrolle der Regierenden durch die parlamentarische Opposition oder durch die öffentliche Meinung gibt.

Damit aber wurden die Wurzeln eines ganzen Systems bloßgelegt, das die Geister nicht mehr loszuwerden vermag, die es selber einst gerufen und in privilegierte Machtpositionen gehoben hat. Vor allem aber bleibt der Verdacht, daß die nun verhafteten relativ jungen Geheimpolizei-Offiziere die ganze Affäre keineswegs selbständig ausgeheckt haben. Wer waren die Hintermänner – entweder in Polen oder weiter östlich? Gehorcht etwa ein Teil des polnischen Sicherheitsdienstes mehr ausländischen Befehlen als den Anweisungen der eigenen polnischen Regierung?

Dafür gibt es in der Geschichte des sowjetischen Imperiums mehrere eindrucksvolle Beispiele. In den ersten Nachkriegsjahren waren der polnische Geheimdienst und die polnische Sicherheitspolizei so stark von sowjetischen „Spezialisten" durchsetzt, daß sogar bei den Säuberungsaktionen gegen polnische antikommunistische Partisanen sowie bei der Bewachung ausländischer Staatsbesucher Russen in polnischen Uniformen auftreten mußten.

Wie weit also kann Jaruzelski bei der Aufdeckung des Verbrechens gegen Pfarrer Popieluszko überhaupt gehen, ohne die ganze Büchse der Pandora zu öffnen? Oder wird man sich in Warschau darauf beschränken, die ausführenden Organe des Verbrechens, also die Kleinen, zu hängen, um die Großen im Hintergrund ungeschoren zu lassen? Gewiß ist die Spekulation nicht völlig ausgeschlossen, daß Kreise des Geheimdienstes selbständig „durchgreifen" aus Angst, die Führung könnte zu schwach handeln und die Entwicklung könnte am Ende doch jene Kräfte an die Macht bringen, deren Vergeltung die Foltermeister zu fürchten haben. Aber daß ein kleiner Hauptmann in einem so streng hierarchisch geführten Apparat auf die Idee kommt, eigenmächtig vorzugehen und einen Menschen umzubringen – ohne Befehl oder Rückendeckung von irgendeiner höheren Stelle –, ist höchst unwahrscheinlich.



Wie weit kann er nachforschen? Polens Innenminister Kiszczak im Fernsehen bei der Stellungnahme zur Popieluszko-Entführung FOTO: UPI

Zunächst hing die Situation sozusagen in einer Balance des Entsetzens: die Menschen warteten darauf, ob der Leichnam Popieluszkos gefunden wurde oder nicht. Aber die Frage, wer alles hinter der Entführung steht und wieviel Interesse die Regierung daran gezeigt hat – zeigen konnte –, die Hintergründe aufzudecken: diese Frage wird natürlich weiterhin gestellt werden. Eines weiß der General: was immer er über die Unschuld des Regimes und seinen guten Willen zur Aufklärung auch erzählen mag, die Polen glauben ihm prinzipiell nicht. Der lange unter der Decke gehaltene Schwelbrand ist in Gefahr, aufzuflammen.

In den kommunistischen Apparaten, besonders in der Sowjetunion, aber auch anderswo in Osteuropa, wird immer wieder die Gefahr des „Bonapartismus" beschworen: Daß sich ein General oder Marschall der Armee selbständig machen und sich über die Partei und die Ideologie erheben könnten. Seltsamerweise ist ein anderes Phänomen in der kommunistischen Literatur nie erörtert worden; ein Phänomen, das man nach Bonapartes Zeitgenossen, dem (auch vom Kaiser selber gefürchteten) Innenminister und Geheimpolizeichef, als „Fouchéismus" bezeichnen könnte: Der Sicherheitsapparat, der sich nach jahrzehntelanger Machtausübung schließlich anmaßt, ohne und gegen die politische Spitze – und das heißt die Kommunistische Partei – eigenmächtig zu handeln.

Dabei ist es nicht so, als hätten nicht auch die Sowjets selber schon ihre Sorgen mit der Geheimpolizei gehabt. Mehrere Sicherheitschefs sind liquidiert worden, zuletzt Berija, dem man eine eigenständige Politik vorwarf. Aber die Unterdrückungsmaschinerie ist nicht vom System zu trennen, auch dort nicht, wo sie innerhalb des Systems scheinbar gegen dessen Spitze arbeitet. Um Dostojewski zu zitieren: In einem Apparat, der keinen Gott und damit keine humane Verantwortung kennt, werden sich immer wieder Leute finden, die jedes Verbrechen für erlaubt halten – wenn es nur der eigenen „guten Sache" zu dienen scheint.

IM GESPRÄCH Felix Zimmermann

Von Konstantin bis Marx

Von Joachim Neander

Wie belesen oder gar gebildet – nicht einfach nur „informiert" – ein Politiker sein sollte, ist umstritten und wahrscheinlich nicht zu beantworten. Aber daß das Oberhaupt einer zweitausend Jahre alten Stadt mehr im Hinterkopf haben muß als nur Kommunalverfassung, Nettoverschuldung und Gewerbesteuersatz, ist evident.

Daß er dieses „mehr" nicht nur hat, sondern auch an den Mann zu bringen weiß, wird in diesen Tagen Felix Zimmermann, dem Oberbürgermeister von Trier, von allen Seiten bescheinigt. Nicht nur in diesem turbulenten Festjahr der 2000-Jahr-Feier (mit einer guten Verdoppelung der Tagestouristen auf weit über zwei Millionen) hat er reichlich Gelegenheit dazu.

Wenn er mit prominenten Amerikanern oder Japanern über Gallien und die Römer, mit chinesischen Ministern oder sowjetischen Diplomaten über Karl Marx, mit Holländern über das Verhältnis von Staat und katholischer Kirche im Hochmittelalter plaudert, spürt man neben Gefühlsbindung an diese alte Stadt profunde Kenntnis. Übrigens: Karl Marx ist für ihn „einer der größten Bürger dieser Stadt". Der verdutzten Gegenfrage „Wer denn sonst noch?" begegnet er stolz und schlagfertig mit „Konstantin der Große zum Beispiel".

Dabei ist der 51jährige Zimmermann gar kein Trierer: In München geboren, in Konstanz aufgewachsen, Sproß einer Familie, in der sich Großbürgertum und Künstlertum auf eine nur in Süddeutschland mögliche Weise höchst erfolgreich miteinander vermengen. Der Urgroßvater (Reinhard Sebastian Z.) war ein sehr bekannter Genremaler, der Vater Generaldirektor des Münchner „Glaspalastes", eine Ururgroßtante Beethovens „(An) Elise". So etwas prägt.

Die Trierer haben ihn offenbar akzeptiert. Als er vor viereinhalb Jahren als CDU-Mann zum OB kandidierte, gab es eine einzige (SPD-) Gegenstimme. Jüngster Beweis: Man vertraute



Was ein Stadthaupt alles wissen muß: Zimmermann FOTO: DPA

dem „Bayern" sogar die Leitung der festlichen Probe großer, alter, seltener Weine von Mosel, Saar und Ruwer an, die als einer der Höhepunkte des Jubiläums im kirchenschiffartigen Ratssaal stattfand und mit einer fast rostbraunen, aber für weitere fünfzig Jahre lebendigen Trockenbeerenauslese vom Jahrgang 1921 endete, für die die geladenen Genießer sich nach guter, alter Trierer Sitte ehrfürchtig von ihren Plätzen erhoben. Eine solche Weinprobe zu leiten, setzt voraus, daß einem die Trierer zu allem anderen auch Weinverstand attestieren.

Sein eigentliches Geschäft betreibt der Jurist Zimmermann, zuvor als Stadtwerkedirektor in Trier und Augsburg bewährt, ebenfalls nicht ohne Erfolg. Das von manchen Strukturproblemen belastete, trotz zentraler europäischer Lage „abgelegene" Trier hat wieder einen ausgeglichenen Haushalt (und da sind die Steuern des höchst einträglichen Jubiläumsjahres noch gar nicht enthalten), eine allmählich Ansehen gewinnende Universität und wirtschaftliche Zukunft. Zu alledem soll nun auch noch eine Spielbank kommen. Sogar der Bischof hat da keine ernsthaften Einwände. Aber in Trier war man schon immer ziemlich großherzig.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Süddeutsche Zeitung

Das Münchner Blatt meint zum Fall Abouchar:

Die ersten Stationen des Weges Jacques Abouchars in sowjetisch-afghanischer Haft waren offensichtlich gut vorgeplant. Ausspionierung seiner Reportagepläne in pakistanischen Flüchtlingslagern, Hinterhalt, Gefangennahme. Darum ist die Vermutung nicht abwegig, daß auch die alsbaldige Begnadigung und Freilassung im Szenario standen. Der Zweck der Operation ist für die Sowjets erreicht. Journalisten aller Länder wissen jetzt, was sie riskieren, wenn sie der Welt zeigen wollen, wie die Russen und ihre Kabuler Marionetten mit dem afghanischen Volk umspringen. Abouchar hätte im Gefecht ums Leben kommen können, der nächste vorwitzige Reporter kann für Jahre hinter Gittern verschwinden. Deutlicher könnte die Lektion nicht sein.

HESSISCHE ALLGEMEINE

Die Kasseler Zeitung kommentiert den designierten Bundestagspräsidenten:

Die mit dem Namen Barzel bezeichnete Krise ist nicht bewältigt, doch gemanagt wurde sie. Kurz nach dessen Rücktritt stand schon der Nachfolger fest. Es ist, anders als der Rivale, ein Vertrauter Helmut Kohls. Philipp Jenninger hat sein Schicksal eng mit dem des Bundeskanzlers verbunden. Die Grünen, durch ihren Erfolg übermütig geworden, sehen dadurch die Souveränität des Parlaments beeinträchtigt. Sie selbst verletzen das Gebot der Fairneß. Der bisher treue Diener seines Herrn hat Anspruch darauf, den Beweis zu führen, daß er sich über die Parteien zu erheben vermag und unparteiisch seines Amtes waltet. Als Staatsminister im Kanzleramt hat er sich Ansehen erworben und Respekt verschafft. In schwierigen Verhandlungen mit der DDR bewies er Umsicht und Takt sowie die selten gewordene Bereitschaft, auch bei Schieflagen geradezustehen.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Die Karlsruher Zeitung meinte am Samstag zu den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg:

Am Vorabend der baden-württembergischen Kreistags- und Gemeinderatswahlen muß noch einmal davor gewarnt werden, die Ergebnisse, die ohnehin erst im Lauf der nächsten Woche exakt ausgezählt werden können, als verläßlichen parteipolitischen Pegelstand im Land auszugeben. Was in Nordrhein-Westfalen mit seiner ganz anderen Sozial- und Siedlungsstruktur und einer anderen Kommunalverfassung kürzlich noch bedingt möglich war – nämlich von den Kommunalwahlergebnissen auf die Chancen der Parteien bei der bevorstehenden Landtagswahl zu schließen –, läßt sich in Baden-Württemberg nicht so ohne weiteres machen. Das geltende Wahlrecht, kompliziert wie kein zweites in der Republik, taugt nicht dafür; hierzulande sind Gemeinderatswahlen in erster Linie Persönlichkeitswahlen.

Papst-Attentat: Eine Kriegshandlung mitten im Frieden

Der Ermittlungsrichter sieht die Bulgarian Connection erwiesen / Von Friedrich Meichsner

Nach zweieinhalbjährigen minutiösen Ermittlungen steht für den römischen Untersuchungsrichter Ilario Martella fest, was im Ostblock stets mit gespielter Empörung als CIA-gesteuerte Verleumdung abqualifiziert und auch in breiten Kreisen der westlichen Öffentlichkeit nicht ernst genommen wurde: Das Attentat auf Papst Johannes Paul II. am 13. Mai 1981 war das Ergebnis einer internationalen Verschwörung. Es war „eine Kriegshandlung mitten im Frieden". Martella äußerte diese Überzeugung nach der Fertigstellung eines 1243 Seiten umfassenden Ermittlungsurteils, mit dessen Hinterlegung ein Schwurgerichtsverfahren wegen Mordversuchs gegen drei bulgarische Funktionäre und fünf Türken eingeleitet wurde.

„Ich habe nicht irgendeiner Regierung oder irgendeiner Nation die Verantwortung angelastet", betonte der Richter vor der Presse. „Wir haben keine objektiven Daten, um eine solche Anklage formulieren zu können. Ich habe mich darauf beschränkt, Tatsachen aufzuzählen und die möglichen Verbindungen zwischen ihnen herzustellen."

Das sind die aufgezählten Tatsachen: Der türkische Papst-Attentäter Ali Agca erhielt seine Tatwaffe, eine Browning Kaliber 9, von seinem Landsmann Omer Bagci am 9. Mai in Mailand. Die Attentatsvorbereitung hatte er vorher schon bei Zusammentreffen und in Telefongesprächen mit dem in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen türkischen Rechtsextremisten Musa Serdar Celebi besprochen. Er verübte das Attentat dann nicht allein, sondern zusammen mit seinem Freund Oral Celik, der den Papst mit einem Schuß am Zeigefinger der linken Hand und am Unterarm verletzte.

Beide Attentäter waren in Sofia von dem türkischen Großschieber Bekir Celenk angeworben und mit drei Millionen DM bezahlt worden. In Rom stützten sich die Attentäter auf eine Gruppe von Bulgaren: Den Angestellten der Luftlinie „Balkan Air", Sergej Antonov, den Sekretär beim Militärattaché-Stab der bulgarischen Botschaft Kolev Vassiliev und den Botschaftskassierer Todor Ayvazov. Die drei begleiteten Ali Agca und Oral Celik am Attentatstag zum Petersplatz und ermöglichten Celik nach dem Attentat die Flucht.

Die in dieser Rekonstruktion des Tatherganges sichtbare „Bulgarian Connection" wurde zuerst von Ali Agca dargestellt. Richter Martella betonte, daß man keineswegs jedes Wort des Attentäters gleich für bare Münze genommen habe. Man habe alles genau nachgeprüft. Und man habe dabei „überzeugende Bestätigungen" für Agcas Schilderungen gefunden. Die von den bulgarischen Angeklagten vorgebrachten Alibis hätten sich dagegen als „haltlos" erwiesen.

Martella führte ein Beispiel an: Agca hatte ausgesagt, daß er sich im Juli-August 1980 in Sofia mit einem gewissen Sotir Kolev getroffen habe. Hinter diesem Namen habe sich Ayvazov verborgen. „Die von uns geführten Ermittlungen", sagte der Richter, „haben dieses Treffen bestätigt."

Nun hat das Schwurgericht das Wort. Von den acht Angeklagten werden nur vier präsent sein: Agca, der schon zu lebenslanger Haft verurteilt ist, und jetzt eher die Rolle des Kronzeugen spielen wird, die in italienischer Untersuchungshaft sitzenden Bagci und Celebi sowie Antonov, der im Augenblick in Rom unter Hausarrest gehalten wird. Celik wurde – offenbar mit bulgarischer Hilfe – die Flucht ins Ausland ermöglicht. Celenk wurde während der Ermittlungen von den bulgarischen Behörden in Sofia der Presse präsentiert, aber nicht an Italien ausgeliefert. Vassiliev und Ayvazov entzogen sich der Verhaftung durch rechtzeitige Rückkehr nach Bulgarien.

Als korrekter Richter hat Martella vor der Presse unterstrichen, daß die Eröffnung eines Schwurgerichtsverfahrens nicht gleichzusetzen sei mit einem Urteil. Da in diesem Fall Indizien eine wichtige Rolle spielen, hat Martellas Hinweis zur Vorsicht zweifellos besondere Berechtigung.

Im politischen Bereich freilich liegen die Dinge anders. Hier muß schon jetzt als sehr gewichtig angesehen werden, daß es den bulgarischen Behörden nicht gelungen ist, den Verdacht der „Bulgarian Connection" zu entkräften.

Vor der Presse betonte Martella, der selber den Gang nach Sofia nicht gescheut hatte, daß die Verschwörungsfrage ein delikates Kapitel sei. In seinem Ermittlungsurteil werde man vergeblich nach Hinweisen auf das Verschwörungsmotiv suchen. Auf diesem Gebiet habe er nicht ermitteln können. Da dies aber vermutlich auch in Zukunft kein Richter der Welt tun kann – nicht, jedenfalls, ehe im Osten solche Verhältnisse herrschen, daß man dort auch die Akten öffnen kann –, bleibt politisch der Verschwörungsverdacht von Sofia bis nach Moskau auf denen liegen, die ihre Unschuld nicht beweisen können.

Die Freunde der Freunde stellen sich zum Machtkampf

Auf jede Erfolgsmeldung aus dem Kampf gegen die Mafia folgt bislang die ernüchternde Erkenntnis, daß der „ehrenwerten Gesellschaft“ mit polizeilichen Mitteln allein nicht beizukommen ist.

Von F. MEICHSNER

War es ein letztes verzweifeltes Aufbäumen? Oder war es eine Demonstration ungebrochener Stärke? Als Palermos Polizei kürzlich in einem Pferdestall der sizilianischen Hauptstadt acht durchlöcherte Leichen fand, stand fest: die Mafia hatte aufs neue zugeschlagen. Nach dem „Blitz von San Michele“, der Massenverhaftung von Mafiosi am St.-Michaels-Tag, hatte die „ehrenwerte Gesellschaft“ mit diesem Massaker zum ersten Mal wieder ein weithin sichtbares blutrotes Signal gesetzt: die Mafia lebt.

Drei Wochen zuvor hatte Staatsanwalt Vincenzo Pajno von Palermo einen Satz ausgesprochen, der anderes erwarten ließ: „Endlich ist es uns gelungen, in das Herz der Mafia-Strukturen einzudringen.“ Er hatte damit auf die Tatsache Bezug genommen, daß es geglückt war, den Mafia-„Paten“ Tommaso Buscetta im Gefängnis zum Reden zu bringen.

Sicherlich steht außer Zweifel, daß Buscettas Aussagen der Staatsmacht zu einem ihrer bisher größten Erfolge im Kampf gegen die Mafia verholfen haben. Was „Don Masino“ Buscetta aber offensichtlich nicht tat und auch nicht tun konnte, war, den Carabinieri eine Wunderwaffe gegen die weitverzweigte und in Sizilien tief verwurzelte internationale Verbrecher-„Holding“ in die Hand zu geben.

Buscetta hat nach Angaben der Justizbehörden unzählige Namen genannt. Namen allein aber helfen kaum weiter. Die Namen der mächtigsten Mafia-„Familien“ auf Sizilien und in den USA sind der Polizei diesseits und jenseits des Atlantiks längst bekannt. Zur juristischen Waffe kann diese Kenntnis nur in Verbindung mit stichhaltigem Beweismaterial werden. Das Buscetta-Protokoll scheint in dieser Hinsicht nicht sehr ergiebig zu sein.

Sehr aufschlußreich dagegen sind seine bisher bekanntgewordenen Auszüge in anderer Beziehung. Mit ihren detaillierten Angaben zum organisatorischen Aufbau der Mafia und zum mafiosen Denkschema bestätigen sie die Erkenntnis, daß die Zerschlagung der Mafia grundlegende Veränderungen zur Voraussetzung hat, die verschiedene Lebensbereiche und nicht zuletzt die Volksmentalität betreffen.

Wirtschaftlich schwimmt die Mafia auf einer Welle der Drogen-Konjunktur. Sie verfügt über scheinbar unerschöpfliche Rohstoffquellen und kann auf eine ständig steigende Nachfrage setzen. Als „Dienstleistungsorganisation“ in Sachen Rauschgift ist sie mit ihrem Agentennetz, ihrer Einkaufsorganisation, ihren Raffinerie-Betrieben, ihrem Verkaufsnetz, ihren Bankverbindungen und ihrer Anlageabteilung perfekt wie ein blühender Multi-Konzern. Diese Organisation ist sicherlich punktuell zu treffen. Zu zerschlagen ist sie wahrscheinlich solange nicht, wie die Markt-Dynamik sie trägt.



Frommer Wunsch auf einsamer Flur: „Schluß mit der Mafia“ FOTO: ZOLTAN NAGY

Im Netz der Rauschgift-Straßen mag Buscetta mit seinen Aussagen manchen der Wege versperrt haben, die von Asien und Südamerika nach Sizilien und von dort aus in die Verbraucherzentren Nordamerikas und Westeuropas führen. Das Gift wird sich neue Wege suchen, solange es gefragt ist. In Sizilien, wo der Großteil davon raffiniert wird, sind auch schon so manche Geheimraffinerien ausgehoben worden. Der Ausfall wurde, wie der immer weiter steigende Umsatz zeigt, schnell ausgeglichen. Die „Konzern“-Spitze ist zu jedem Risiko und jedem Einsatz bereit.

Ebenso wie auf wirtschaftlichem Gebiet ist die Mafia wohl auch im gesellschaftlich-moralischen Bereich nur durch Trockenlegung, nicht durch einen Gewaltstreich zu besiegen. Die Verfilzung zwischen Mafia und Politik war nie ein Geheimnis – weder in Italien noch in den USA. Auf Sizilien war sie zeitweise von einer geradezu verblüffenden Offenheit. Jahrzehntelang wußte beispielsweise jedes Kind, daß Italiens Vertreter im Rat der „großen Vier“ von Versailles, Ministerpräsident Vittorio Emanuele Orlando, ein „Freund der Freunde“ war. Von 1897 bis zum faschistischen „Marsch auf Rom“ war er bei jeder Wahl in seinem sizilianischen Wahlkreis von der „ehrenwerten Gesellschaft“ gefördert worden. Noch 1946, bei der ersten nach-faschistischen Wahl, ließ die Mafia in Partinico bei Palermo ein Transparent über die Straße spannen, das die Wähler *aufrief, für Orlando*, den „Freund der Freunde“, zu stimmen.

Entgolten wurde solche Wahlhilfe noch immer mit mehr oder weniger großen Gefälligkeiten – vom Empfehlungsschreiben über die Einflußnahme auf Justiz und Polizei, bis hin zur Lizenzvergabe für öffentliche Arbeiten oder gar zu legislativen Initiativen und gegebenenfalls zur Blockierung eines bestimmten Gesetzesentwurfes. Das irgendein Politiker der eigentliche Drahtzieher der Mafia sei, ist kaum anzunehmen. Daß Mafia, Politik und Verwaltung in der Vergangenheit miteinander verflochten waren, ist dagegen erwiesen. Und daß sie es örtlich noch immer sind, ist ein bisher keineswegs widerlegter, weitverbreiteter Verdacht.

Wenn Buscettas „Enthüllungen“ auf diesem Gebiet bisher nur dem christdemokratischen Ex-Bürgermeister von Palermo, Vito Ciancimino, eine provisorische Verbannung aus Palermo eingebrockt haben, scheint das zu zeigen, daß sie nicht besonders aufschlußreich waren.

Der innerste Kern des Mafia-Imperiums ist schließlich eine Volksmentalität, eine Lebensphilosophie, ein Moral-Kodex, für die noch immer weitgehend das gilt, was der Schriftsteller Luigi Barzini 1964 über die Sizilianer schrieb: „Sie lernen schon in der Wiege oder sind mit dem Wissen geboren, daß sie einander helfen, sich mit ihren Freunden zusammenschließen und die gemeinsamen Feinde bekämpfen müssen – selbst dann, wenn die Freunde unrecht und die Feinde recht haben; jeder muß, koste es, was es wolle, seine Würde verteidigen; sie müssen Geheimnisse bewahren und sich stets vor Behörden und Gesetz hüten.“

Wer danach lebte, konnte sich früher voller Stolz ganz offen einen „Großmafioso“ nennen. Denn, so schrieb Luigi Capuana vor 80 Jahren in einer Untersuchung über das Gigantentum auf Sizilien: „Der Mafioso ist einfach ein mutiger und tüchtiger Mann, der sich nicht auf der Nase herumtanzen läßt.“

Sicherlich hat sich heute daran einiges geändert. Niemand rühmt sich mehr, ein Mafioso zu sein, und in der *Bevölkerung regt sich der Widerstand* gegen mafiose Kriminalität und Arroganz. Aber bei vielen verbreitet Gewalt noch immer Respekt, gilt das Schweigen der „Omerta“, dieser mafiosen Verschwörung des Nicht-Sehens, Nicht-Hörens und Sich-Nicht-Erinnerns, nach wie vor als weise Überlebensregel.

Um diese Mentalität aufzubrechen, bedarf es neben geduldiger Erziehungsarbeit wohl vor allem zweier Dinge: des Vertrauens in eine demokratische Staatsmacht und des Beweises, daß diese mächtiger ist als die „ehrenwerte Gesellschaft“.

Flicks kurzer Draht zur SPD

Im Zusammenhang mit der Steuerbefreiung für den Flick-Konzern nach § 6 b des Einkommensteuergesetzes hat es innerhalb der SPD-Führung vielfältige Gespräche gegeben. Der langjährige Vertraute des SPD-Vorsitzenden Brandt, Günter Markscheffel, lieferte darüber regelmäßig Berichte an die Führung des Konzerns. Markscheffel, früher Chef des SPD-Pressedienstes, hatte unter anderem Zugang zu Sitzungen der SPD-Bundestagsfraktion. Die WELT dokumentiert einen Teil der Berichte, die Markscheffel für Flick angefertigt hat, und Vermerke, die darüber im Konzern entstanden sind:

Handschriftlicher Brief Markscheffels an Flick-Gesellschafter Eberhard von Brauchitsch vom 21. Oktober 1975:

Lieber Herr von Brauchitsch,

mit dem § 6 b sind wir wohl jetzt über den Berg. Folgendes hat sich heute nachmittag in der Fraktion abgespielt:

Im Zusammenhang mit einem Bericht über Möglichkeiten zum Abbau von Subventionen hat Dr. Böhme in seiner Eigenschaft als Berichterstatter des Arbeitskreises „Steuern“ erklärt, man müsse doch „am Beispiel Flick“ einsehen, daß der § 6 b nicht gehalten werden könne. In der Vergangenheit seien nur kleinere und mittlere Betriebe in den Genuß des §§ §§ 6 b gekommen, aber im „Falle Flick“ zeige es sich doch, daß „die Großen“ sich etwas zunutze machen wollen, das nicht mehr zu rechtfertigen sei. Böhme erhielt für seine Bemerkungen beträchtlichen Beifall.

Gleich darauf meldete sich Ehrenberg und erklärte sehr scharf, er wisse gar nicht, was „das alles“ in dieser Situation solle. Mit einiger Mühe sei es gelungen, die Diskussion über die angeblich „investitionsfeindliche SPD“ zu versachlichen. Wenn man jetzt wieder mit „einer solchen Geschichte wie Flick“ anfange, werde man 1. die Investitionsdiskussion mit der Spitze gegen die angeblich „investitionsfeindliche“ SPD wieder entfachen und 2. der FDP eine glänzende Gelegenheit geben, sich wieder einmal als der „Retter vor den finsteren Steuerplänen der SPD“ aufzuspielen. Er, Ehrenberg, halte gar nichts von einer Diskussion über § 6 b zu diesem Zeitpunkt. Er könne zwar verstehen, daß man sich über Sinn und Zweck des § 6 b in dieser jetzigen Form Gedanken mache, sei aber nicht bereit, über das Beispiel Flick aufzuzäumen.

Dann kam Apel. Er unterstützte die Ausführungen Ehrenbergs und fügte hinzu, er könne überhaupt nicht verstehen, wie man diesen ganzen Komplex im Sinne einer „Begrenzung nach oben oder unten“ diskutieren wolle. – Im Fall Flick sei das überhaupt völlig unangebracht, denn der § §§§ 6 b könne doch nur in Anspruch genommen werden, wenn Arbeitsplätze, Strukturverbesserungen u. a. dabei herauskämen. Wörtlich: „Die Sache Flick ist so wichtig, daß wir nicht ohne Not darauf bestehen dürfen, daran herumzumäkeln. Ich rate Euch – laßt bloß die Finger davon!“

Nach Ehrenbergs und Apels Erklärungen wurde Böhme ziemlich klein. Jetzt sagte er, es gehe keineswegs darum, den jetzigen Begünstigungsrahmen zu beschneiden, er hätte nur gemeint, man solle in Zukunft darüber nachdenken, ob am § 6 b nicht etwas geändert werden könne.

Dann Wehner (nachdem der MdB von Bülow, ein Freund Böhmes, vorgeschlagen hatte, man solle „mit der FDP darüber reden und wenn diese gegen Änderung von 6 b sei, sei die ganze Geschichte zu den Akten zu legen“.): Er sei der Meinung, daß man mit der FDP über das ganze Paket von direkten und indirekten Subventionen reden solle, aber nicht über einen Einzelfall. – So beschloß dann auch die Fraktion.

Apel erklärte sich mit dem Vorschlag einverstanden, fügte aber noch hinzu, er bitte um Vorsicht, „denn ich bin dagegen, daß wir die FDP in die Lage versetzen, zu sagen 'Wir, die FDP, helfen der Industrie'“.

Auch Wehner setzte dazu den Schlußpunkt: „Wir können gerade in diesen Fragen nur etwas tun und zupacken, indem wir mit der FDP klarkommen.“

So, lieber Herr von Brauchitsch. Ich denke, daß die Kuh jetzt vom Eis ist. Fragen Sie aber nicht, was ich in den letzten Tagen hören mußte. Darüber erzähle ich Ihnen später einiges.

Ich schrieb Ihnen heute sofort, weil ich die ganze Geschichte nicht diktieren wollte, und weil ich denke, daß dieser Bescheid Ihre Kur fördert.

*

Aktennotiz von Brauchitschs über Gespräche mit dem SPD-Politiker Porzner und SPD-Schatzmeister Halstenberg vom 17. August 1978, die von Günter Markscheffel (G. M.) vermittelt wurden:

Betr.: 6 b

1. Porzner am 14. August durch Vermittlung von G. M.

Porzner hat mit Koch gesprochen und ihm versichert, daß ernste Beanstandungen durch die SPD-Fraktion bei einem positiven Votum nicht zu erwarten sind. Porzner hat Koch gegenüber hinzugefügt, daß er (Porzner) kürzlich erstmalig in USA gewesen sei und einen unglaublich positiven Eindruck von der Stärke der amerikanischen Wirtschaft und dem hohen Rang von Technologie etc. bekommen hat.

2. Halstenberg gleichfalls durch Vermittlung von G. M., gesprochen am 13. und 15. August.

Halstenberg hat sowohl mit Matthöfer als auch mit Böhme gesprochen und beide darauf hingewiesen, daß er (Halstenberg) aus der Sicht des früheren Finanzministers NRW ein sehr gutes Gespür für den hohen Rang des Hauses Flick als Steuerpflichtiger habe. Das Haus Flick sei stets mustergültig in der Behandlung seiner Steuerangelegenheiten gewesen. Bei allen Eingaben des Hauses Flick sei immer wieder zu erkennen gewesen, daß man eher tief- als hochgestapelt habe. So müsse man auch allenfalsige zurückhaltende Betrachtungen der Kooperation mit Grace sehen.

Halstenberg hatte bei beiden Gesprächspartnern den Eindruck, daß sie sein Signal verstanden haben.

*

Auszug aus einem Schreiben Markscheffels vom 2. Oktober 1975 (Hervorhebungen durch den Autor):

Bei der Geburtstagsgratulation, zu der ich anschließend ging, habe ich Brandt getroffen, der mir noch einmal versicherte, daß „die Sache Flick“ in Ordnung geht. (Brandt war übrigens über den Termin mit Möller bereits informiert.)

Wichtiger ist aber dies: Ich traf auch bei der gleichen Gelegenheit den Staatssekretär Lebers, Schmidt. Der nahm mich beiseite, sagt, er sei jetzt mit Kubel, dessen Finanzexperten und dem Bundesfinanzministerium „völlig einig“ darüber, daß der Finanzregelung für den Bau des Werkes nichts mehr im Wege stehe. (Schmidt schien über unsere Beziehungen zueinander informiert zu sein, sonst hätte er mir ja wohl nichts davon erzählt.) Als ich Schmidt fragte, was er davon halte, daß Böhme dauernd Wind mache, meinte er, auch „**die** Sache“ komme in Ordnung. Er, Schmidt, sei sich mit Brandt, **Wehner**, Ehrenberg und Möller darüber einig, daß mit dem „Gequatsche Böhmes“ Schluß gemacht werden müsse.

Ich hoffe, daß jetzt doch endlich Klarheit in die Angelegenheit kommt, und daß sich Böhme ein anderes Objekt aussucht, an dem er sich „profilieren“ kann. – Unabhängig davon bleibe ich jedoch dabei, daß es mir notwendig erscheint, gelegentlich ein ernstes Wort mit den Leuten vom Handelsblatt zu reden, denn **die** haben ja in letzter Zeit Böhmes „Stellungnahmen“ dauernd hochgezogen. Böhme hat im Handelsblatt eine Plattform gefunden, die er sonst gar nicht hätte. Beiliegend ein Artikel von Böhme, der Sie vielleicht interessiert.

*

Auszug aus dem handschriftlichen Brief Markscheffels vom 10. März 1976 an den Flick-Konzern über sein Gespräch mit dem SPD-Vorsitzenden Brandt (B.):

Wie ich Ihnen gestern bereits am Telefon sagte, ist B. in der Fraktionssitzung selbst (!) auf mich zugekommen und hat mir gesagt, er sei „von mehreren Rundfunkanstalten“ gebeten worden, Interviews zu machen und zwar „zum Problem § 6 b unter besonderer Berücksichtigung neuer Vorstöße der Flick KG“. – Er habe abgelehnt, weil er nach dem Gespräch mit Ihnen jetzt der Meinung sei, daß man keine „Lex Flick“ brauche, sondern – wenn überhaupt – eine Neufassung der gesamten Gesetzesmaterie. Das aber sei „nicht drin“. B. fragte mich, ob mir etwas von den angeblich „neuen Vorstößen der Flick KG“ bekannt sei, was ich verneinen konnte. Er gab sich damit zufrieden und sagte, er werde mich weiter auf dem laufenden halten, wenn er etwas Neues höre.

(Ich hatte den Eindruck, daß B., im Augenblick jedenfalls, nicht daran interessiert ist, sich erneut in das Schußfeld des § 6 b zu begeben.)

*

Notiz von Brauchitschs an F. K. Flick vom 22. Dezember 1976:

Persönlich/streng vertraulich

Notiz an Herrn Dr. F. K. Flick

(Durchschrift: Herrn Paefgen, Herrn Wacker)

Betr.: 6 b

Ich übermittle nachstehend den Auszug aus einem handschriftlichen Brief von G M vom 21. 12. 1976:

„Ich habe gehört, daß Ihr berühmter § 6 b so geändert werden soll, daß Genehmigungen für rein industrielle Vorhaben nur dann erteilt werden, wenn der Antragsteller gleichzeitig ein Projekt vorlegt und finanziert, durch das regionale infrastrukturelle Maßnahmen gefördert werden können. Es soll auch vorgesehen werden, daß der Bund oder ein Land dem Antragsteller ein Projekt vorlegt, das nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit dem beantragten Industrieprojekt steht (z. B. in einer ganz anderen Region). Gedacht ist hier an eine etwa 10%ige Finanzspritze, die von dem Volumen des Finanzbedarfs des Antrags für ein industrielles Projekt abgezweigt werden soll. (Wenn ich das richtig verstehe, wäre das eine Art Sondersteuer, die von dem Volumen der im Rahmen von 6 b genehmigten Steuererleichterung abzuzweigen wäre).

Mein Gefühl sagt mir jedoch, daß die Erfinder einer derartigen § 6 b-Strategie die psychologische Bereitschaft zum Ruhegeben für all jene gewinnen wollen, die meinen, man könne den § 6 b ganz abbauen.

An Ihrer Stelle würde ich jetzt mit Dröscher und Bahr darüber sprechen. Auch Ehrenberg ist wichtig. Außerdem: Wenn Sie im Januar mit Vetter und mit Börner zusammenkommen, wäre m. E. diese Geschichte das Thema.

Ich habe nämlich das Gefühl, daß Sie ganz „oben“ sein würden, wenn Sie positiv in derartige Gedankengänge einsteigen würden. Voraussetzung wär natürlich, daß Sie

1. einen solchen Plan für vernünftig halten und

2. daß es überhaupt in Ihre Überlegungen zur weiteren Inanspruchnahme von § 6 b eingefügt werden könnte.

In jedem Fall alle Vorsicht! Die Dinge sind noch ganz unausgegoren, und ich weiß nicht einmal, ob Friderichs und Apel schon damit befaßt worden sind. **Wenn** Sie überhaupt darüber reden wollen, müßte es so aussehen, als hätten Sie *selbst* einmal laut gedacht.“

Ausriß aus Markscheffels Schreiben vom 21. 10. 75 an von Brauchitsch

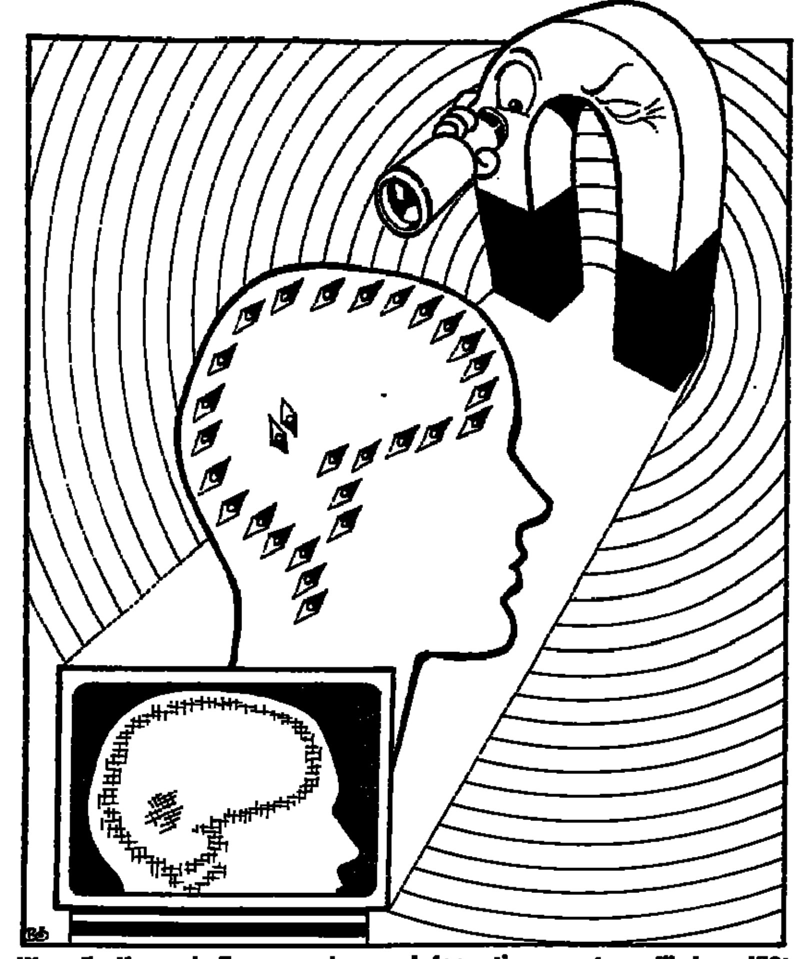
*

Notiz von Brauchitschs an Wacker mit Abschrift eines Handschreibens von Markscheffel vom 11. 12. 1978 an von Brauchitsch über ein Gespräch mit Finanzminister Matthöfer (SPD):

Lieber Herr von Brauchitsch, während des Kongresses in Köln habe ich mit Matthöfer über den Spöri-Artikel im Pressedienst und über den beiliegenden Antrag der Hamburger SPD gesprochen.

Die Reaktion: „Wenn ich könnnte, würde ich den Hamburger Antrag befürworten. Das geht aber nicht, weil der Partner (*Lambsdorff*) da nicht mitmacht. Deshalb sind auch Spöris Ausfälle gegenstandslos.

Was den 'Fall Flick' anbetrifft, so habe ich deshalb mitgemacht, weil ich eingesehen habe, daß die Sache in jeder Beziehung in Ordnung geht. Es gibt da zwar einige Schönheitsfehler, aber die kann man dem Flick nicht anlasten. Da muß sich der Gesetzgeber an die Nase fassen. Im übrigen bin ich der Meinung, daß der Flick eine gute Presse hat. Dadurch werden sich auch bei uns einige Leute abreagieren.“



Was die Kernspin-Tomographen an Informationen zutage fördern, läßt sich derzeit noch gar nicht voll ausschöpfen ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Den Traum des Arztes, in den Menschen hineinzuschauen, ohne zum Skalpell zu greifen, hat Conrad Röntgen 1895 mit den nach ihm benannten Strahlen zum Teil verwirklicht. In den letzten Jahren reifte ein diagnostisches Verfahren heran, daß der Röntgentechnik haushoch überlegen ist: die Kernspin-Tomographie. Insbesondere bei der Untersuchung des Gehirns und des Herzens zeichnen sich entscheidende Fortschritte ab.

Der Traum vom gläsernen Menschen ist nähergerückt

Von DIETER THIERBACH

Mit einem Kernspin-Tomographen aufgenommenes Schnittbild eines Schädels. An der Halswirbelsäule ist ein Bandscheibenvorfall erkennbar. FOTO DPA

Photographische Aufnahmen vom Inneren des menschlichen Körpers entwickelten sich seit Röntgens Entdekkung immer mehr zur ärztlichen Routine. Mehr als zwei Generationen dienten die Röntgenstrahlen als einziges Werkzeug, unser Inneres auszuleuchten. Durch eine Verfeinerung der Aufnahmeverfahren gelang es allmählich, die pro Bild notwendige, schädigende Strahlendosis extrem herunterzuschrauben. Gehäufte Röntgen-Aufnahmen bedingen jedoch unweigerlich das Auftreten von Strahlenschäden. Man hat deshalb schon immer nach adäquaten Verfahren gesucht – und auch gefunden.

Die klassischen Strahlen haben in den letzten Jahren zahlreiche Ableger bekommen: Bildgebende Verfahren, im Fachjargon Imaging-Diagnostik (*imago*, lat.: das Bild) genannt, mit neuen, zukunftweisenden Dimensionen: Ultraschalldiagnostik, Nuklearmedizinische Bilddiagnostik, Thermographie und Computer-Tomographie. Kombiniert man diese Verfahren, ergänzen sie sich in idealer Weise und steigern die diagnostische Treffsicherheit.

Wer scharfe, aussagekräftige Bilder aus dem Inneren eines Menschen benötigt, muß die Computer-Tomographie einsetzen. Röntgenstrahlen liefern Querschnittsbilder – à la Salamitaktik –, die das ans Tageslicht bringen, was man leicht mit der Schnittfläche einer Wurstscheibe vergleichen kann. Vor fünf Jahren erhielten Allan M. Cormack und Godfrey Hounsfield für dieses revolutionierende Verfahren den Medizinnobelpreis.

Die Medizin nutzt ein fast 40 Jahre altes Phänomen

Obwohl das Phänomen der nuklearmagnetischen Resonanz (NMR) erst 1946 von Edward Millis Purcell und Felix Bloch entdeckt wurde (Nobelpreis 1952), erkannte man die enorme Leistungsfähigkeit dieser Methode für die organische Chemie sehr schnell.

Seither steht die NMR zur Untersuchung der Wechselwirkung zwischen Atomkernen und den sie umschwirrenden Elektronen Physikern und Chemikern hilfreich bei der Aufklärung über die räumliche Anordnung von Molekülen zur Seite. Hochschul- und Industrielaboratorien zählen solche Geräte zur Standardausrüstung.

Warum, so fragte man sich, sollte es nicht gelingen, auch NMR-Bilder aus dem menschlichen Körper zu erstellen ? Vor knapp zwei Jahren wurden in Deutschland die beiden ersten Kernspin-Tomographen (Kunstwort aus Atom-*Kern*, engl. *spin* = sich drehen, griech. *tome* = Schnitt und *graphein* = schreiben) an der Medizinischen Hochschule Hannover und der Deutschen Klinik für Diagnostik in Wiesbaden installiert. Derzeit sind in der Bundesrepublik 20 Geräte im Einsatz, 13 davon in den Praxen niedergelassener Ärzte und nur sieben in größeren Kliniken. Bis 1987 werden voraussichtlich etwa 100 Geräte aufgestellt sein. Auch in den USA hat sich die NMR wie ein Boom in den privaten Praxen ausgebreitet.

Die Euphorie ist nicht unberechtigt. Faszinierend, anatomischen Schnitten gleich, präsentieren sich kernspintomographische Bilder und zeigen dem Betrachter strukturelle Einzelheiten von bestechender Vielfalt; Details in nie gekannter Auflösung. Der Arzt, der diese ungewöhnlichen Darstellungen lesen und interpretieren kann, erfährt eine Menge über die Vorgänge im Organismus seines Patienten. Anders als beim herkömmlichen Röntgen oder bei nuklearmedizinischen Untersuchungen fällt beim neuen Verfahren das Strahlenrisiko weg. Niemand fragt mehr: „Wann sind Sie zum letzen Mal geröntgt worden . . ?"

NMR ist 3-D-tüchtig, produziert also dreidimensionale Ansichten. Schichtbilder können in jeder beliebigen Lage durch den Körper gelegt werden. Bislang stürzten sich die Ärzte mit der neuen Untersuchungstechnik vorzugsweise auf das beste Stück der Evolution, unser Gehirn. Schnell wurde der Denkapparat zur Domäne der NMR. Aus gutem Grund, denn die Ergebnisse hier muten mehr als verblüffend an: Erstmalig gelang es, graues und weißes Gehirngewebe klar voneinander zu unterscheiden.

Die Mediziner tasten sich – NMR-unterstützt – langsam durch unseren Körper vor: Dichtesprünge im Gewebe von Weichteil- und Organstrukturen beeinträchtigen die Beurteilung nicht; Abschwächungen durch Knochen oder Gas-Ansammlungen bleiben aus. Mit der Kernspin-Tomographie blickt man direkt in die Herzhöhle, kontrastmittelfrei. Die Darstellung gelingt aufgrund der guten Unterscheidbarkeit von Blut und Muskulatur. Das pulsierende Herz läßt sich abbilden; Momentaufnahmen sind jedoch noch zu unscharf. Gefäßdarstellungen gelingen bequem ohne belastende Konrastmitteleinspritzung.

Schon jetzt steht fest, daß bestimmte krankhafte Veränderungen im zentralen Nervensystem genauer als mit allen bisherigen diagnostischen Möglichkeiten erkannt werden. Besonders zu bewähren scheint sich die Methode bei der Untersuchung des Rückenmarks. Sie läßt als einziges bildgebendes Verfahren Entmarkungskrankheiten wie die gefürchtete Multiple Sklerose erkennen. Doch gerade hier offenbart sich dann auch die Crux: Dem rechtzeitigen Erkennen folgen bis heute keinerlei therapeutische Konsequenzen. Gefahr erkannt, doch nicht gebannt. So läuft es darauf hinaus, daß sich der Untersuchte bei inoperablen Tumoren künftig ein paar Wochen früher auf sein baldiges Ende vorbereiten kann.

Für den Patienten ist die Anwendung der Kernspin-Tomographie ohne jegliches Risiko. Experten bekunden auf der Basis einiger hundert Untersuchungen übereinstimmend, daß die Einwirkung superstarker magnetischer Felder mit keinem Gesundheitsrisiko verbunden sei.

Ein patientenspezifischer Nachteil soll nicht unerwähnt bleiben: Die relativ lange Untersuchungsdauer kann schon am Nervenkostüm der Probanden zehren. Unter Umständen muß der Eingeschlossene bis zu einer Stunde Liegezeit in dem röhrenförmigen Untersuchungsgerät erdulden. Zahlen der laufenden Erprobungsphase weisen aus, daß bei zwei Prozent der Patienten die Untersuchungen abgebrochen werden müssen. Grund: Klaustrophobie, die Furcht vor Aufenthalt in geschlossenen Räumen. Fünf Prozent verweigern gar den Schub in die Röhre.

Für einen weiteren Patientenkreis scheidet die Methode von vornherein aus: Träger von Herzschrittmachern oder Metallimplantaten, seien es auch nur kleine metallische OP-Clips, müssen draußen bleiben.

Supraleitende Werkstoffe für starke Magnetfelder

Die einwirkenden Magnetfelder sind so stark, daß nicht nur die Elektronik durchdreht... Armbanduhren bleiben im Anziehungsbereich stehen; Scheckkarten mit Codierstreifen werden auf einen Schlag unbrauchbar.

Herzstück der monströsen NMR-Anlagen, einer Gemeinschaftsleistung von Ingenieuren und Physikern, ist der Elektromagnet. Er ist die Voraussetzung für die Erzeugung eines homogenen, also gleichmäßigen Grundfeldes, eine absolute Bedingung: Denn ein Störfaktor von nur einem Tausendstel schlägt sofort auf die Güte, die Auflösung des Bildes, durch.

Schon jetzt zeichnen sich – was den Magneten und letztlich die Effizienz betrifft – in der NMR-Diagnostik zwei Wege ab: Der eine führt dahin, Routinebilder bestimmter Organe zu erstellen. Geeignet sind unkompliziert zu bedienende Widerstandsmagneten mit einer relativ niedrigen magnetischen Flußdichte von 0,15 bis 0,25 Tesla (1500 bzw. 2500 Gauß).

Der zweite Weg geht hin in Richtung tiefgekühlter Kryomagneten mit Werten von 1,5 und mehr Tesla. Ein acht Tonnen schwerer Metallklotz in einem Hamburger Forschungslabor erzeugt mit seinen zwei Tesla das zur Zeit stärkste Magnetfeld überhaupt, 25 000 mal stärker als das der Erde. Kolosse dieser Art basieren auf dem Prinzip, daß elektrische Leiter aus bestimmten Werkstoffen bei extrem tiefen Temperaturen ihren elektrischen Widerstand völlig verlieren. Die Magnetspulen werden durch Helium, auf -269° C verflüssigt – vier Grad über dem absoluten Nullpunkt –, abgekühlt. Mit Strom aufgeladen, können die Spulen auf weitere Energiezufuhr verzichten. Das Magnetfeld bleibt konstant.

Wissenschaftler der TU München am Klinikum rechts der Isar präsentierten jetzt einen Atlas mit Bildern des Gehirns auf der Basis von Kernresonanz-Aufnahmen. An der Medizinischen Hochschule Hannover konnten an die 60 Lebertumore der verschiedensten Arten durch NMR-Bilder festgehalten werden. Doch die meisten Einsatzgebiete müssen erst noch richtig ausgelotet werden.

Risikolose Untersuchungen des Herzens und der großen Blutgefäße sind keine Utopie mehr: In Zukunft werden sich Herzmuskeln und Herzklappen, der Zustand des Herzens nach einem Infarkt und sogar mögliche Blutgerinnsel in den Herzhöhlen ohne Belastung des Patienten durch Herzkatheter erkennen lassen. Fachleute halten die exakte kernspintomographische Messung des Blutstroms in absehbarer Zeit für möglich.

Die Zukunft sehen Experten jedoch nicht in Bildern von krankhaft veränderten Organen, sondern in der biochemischen Analyse pathologischer Gewebsvorgänge sowie der spektroskopischen Untersuchung lebenswichtiger Stoffwechselprozesse. Die hohen Feldstärken der supraleitenden Magnete machen es möglich. Zusätzlich anfallende Informationen über chemische Bindungskräfte eröffnen neue Aspekte der medizinischen Forschung.

Prinzipiell lassen sich mit dieser schicken Methode die Kerne fast aller chemischen Elemente vermessen, deren Isotope ein magnetisches Moment besitzen; jedoch zeigen die meisten Vertreter schlechte NMR-spezifische Eigenschaften. Interessante Perspektiven verspricht die Methode, die sich der Phosphorkernresonanz bedient: Aussagen über Konzentration, Art und Eigenschaften des Phosphors, der maßgeblich am Energiestoffwechsel einer jeden lebenden Zelle beteiligt ist.

Geharnischte Kritik am neuen Fenster in den menschlichen Körper bleibt nicht aus. Vom „Diagnose-Monster" ist da die Rede und der neuesten Verirrung der technischen Medizin. Nicht unberechtigt ist die Befürchtung, daß die neue Generation von Großgeräten rasch, unkritisch und kostentreibend als „Luxusdiagnostik" eingesetzt wird. In der Tat genügt es nicht, daß die teuren Tomographen schöne Bilder liefern; der Arzt muß sich über die physikalischen und chemischen Vorgänge im klaren sein, um die optischen Informationen entsprechend klinisch interpretieren zu können.

Die gesetzlichen Krankenkassen sind im Regelfall nicht bereit, die beachtlichen Kosten von 1000 Mark und mehr für eine paar Fotos aus der Magnetröhre zu übernehmen. Daß die Diagnose so teuer sein muß, hängt mit den ungewöhnlich hohen Investitions- und Betriebskosten zusammen. Die Installierungskosten wachsen rapide an, weil das Gerät – um Störungen von außen zu vermeiden – in einem abgeschlossenen Gebäude untergebracht werden muß. Die Zahlen sprechen für sich: Je nach Typ müssen pro Gerät zwei bis fünf Millionen Mark gezahlt werden. Die jährlichen Gesamtkosten einer solchen Anlage schlagen mit 1,4 bis 2,5 Millionen Mark zu Buche. Das Bundesministerium für Forschung und Technologie schießt für Entwicklung und klinische Erprobung der Geräte bis 1988 etwa 60 Millionen Mark zu.

An „Durchleuchtungsgeräten" der nächsten Generation wird bereits mit Hochdruck gearbeitet. Frohe Kunde kommt über den großen Teich zu uns: Als „Revolution in der Hirnforschung" gepriesen, bastelt man dort eifrig an der *Positronen-Emmissions-Tomographie*, kurz PET genannt, einer Möglichkeit, künstlich erzeugte Radioaktivität in einer Schicht des Körpers überlagerungsfrei darzustellen.

Die Erprobungsphase muß erst ausgewertet werden

Kurzlebige Radionuklide kommen zum Einsatz. Sie strahlen Positronen, die „positiven Gegenstücke" der Elektronen, ab. Prallen beide Elementarteilchen aufeinander, lösen sie sich in Luft auf, nicht ohne dabei Gammastrahlen abzugeben, die, über Detektoren registriert, zu einem Bild zusammenkomponiert werden.

Erst wenn große, repräsentative Patientengruppen untersucht sind und eine Vielzahl von Erkrankungen diagnostisch abgeklopft worden ist, kann man darüber befinden, welcher Stellenwert der NMR zukommt. Bringt sie lediglich eine extravagante und teure Bestätigung der etablierten, bewährten und kostengünstigen Diagnostik, muß darüber nachgedacht werden, ob ihr Einsatz zu verantworten ist.

Die Kernspin-Tomographie wird sicher nie als diagnostische „Allzweckwaffe" zum Einsatz kommen, bei ihrer sinnvollen Anwendung könnte sie jedoch einen ebenbürtigen Stellenwert in der Familie der bildgebenden Methoden erlangen. Die Zukunft der Kernspin-Tomographie hat erst begonnen. Der diagnostische Traum von gläsernen Menschen ist ein großes Stück nähergerückt . . .

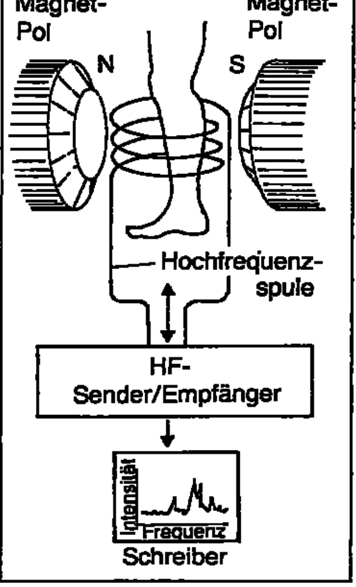
Wenn Atomkerne spin(n)en...

Die Abkürzung NMR steht für *nuclear magnetic resonance*, auf deutsch: Kernspinresonanz. Ein atomphysikalischer Effekt ist die Grundlage der diagnostischen Methode. Atomkerne verhalten sich wie Kinderkreisel, die sich, der Erdkugel gleich, um ihre eigene Achse drehen. Diese Drehmomente werden Spin genannt.

Der Wasserstoffkern, das Proton, ist der einfachste Kern, der sich so verhält. Und Wasserstoffkerne sind im menschlichen Organismus Massenware; sie kommen am häufigsten vor. Aber nicht nur Wasser, auch Lipide (Körperfette) und Proteine (Körper-Eiweiße) enthalten Wasserstoff. Kernspin-Tomogramme erzeugen ein Bild, das die Konzentration des Wasserstoffs, also praktisch des in den Organen enthaltenen Wassers, über Körperquerschnitte verteilt, darstellt. Gebiete mit hohem Wassergehalt erscheinen hell, solche mit geringer Wasserdichte dunkel:

● Graue Gehirnmasse	83%
● Weiße Gehirnmasse	72%
● Niere	81%
● Herz	80%
● Lunge, Milz, Muskel	79%
● Leber	71%
● Haut	69%
● Knochen	13%

Die rotierenden Protonen verhalten sich wie kleine Stabmagnete, sie besitzen einen Nord- und einen Südpol. In einem starken Magnetfeld richten sich die Achsen der Protonen wie Kompaßnadeln aus. Alle Nordpole weisen dann in die vom Magnetfeld vorgegebene Richtung. Ihr Spin produziert ein magnetisches Moment, das Stärke und Richtung des den Atomkern umgebenden Magnetfeldes ausdrückt.



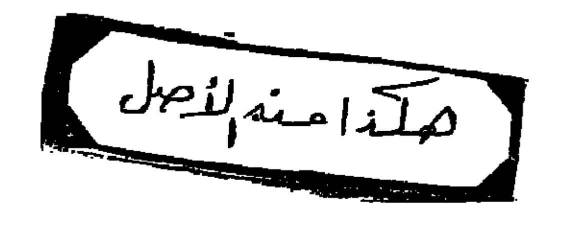
Funktionsprinzip eines NMR-Spektrometers: Aus Meßdaten entsteht ein sichtbares Bild

Führt man nun den in Reih und Glied ausgerichteten Protonen einen Energieimpuls in Form von sich periodisch ändernden Radiowellen zu, so geraten die Kerne wie angestoßene Brummkreisel ins Taumeln. Es kommt zu Resonanzeffekten, Frequenzen schwingen im gleichen Takt. Starke Abschirmung ist nötig, damit Rundfunkhörer in der näheren Umgebung nicht ständig auf die Palme gehen: Die Frequenzen treiben nämlich ihr Unwesen im Kurzwellenband.

Nimmt man jetzt den Impuls weg, kippen die Protonen in ihre Ausgangsposition zurück und strahlen die aufgenommene Energie ihrerseits als schwache Radiosignale aus dem Inneren unseres Körpers ab. Deren Stärke, und wie rasch dies geschieht, ist jeweils der Protonen-Konzentration im untersuchten Gewebe proportional.

Diese „Resonanz-Scans" strickt ein Computer zu einem Dichtemuster des Gewebes zusammen. Das Endprodukt wird errechnet, und nicht – wie ein Foto – physikalisch durch winzige Bildpunkte erzeugt. Dieses Magnetbild aus dem Körperinneren gibt schließlich die Verteilung der Atomkerne im untersuchten Organ oder Gewebe wieder.

D. T.



Besorgt über Antiamerikanismus in deutschen Schulen und Medien

Transatlantische Tagung in Berlin / Gäste aus USA zeigten sich bestens informiert

RAFAEL SELIGMANN, Berlin

Man war gekommen, um sich gegenseitig zu versichern, daß man im Prinzip, in den „vitalen Interessen" übereinstimme, um so mehr debattierte man über die taktischen Details – und hier wurden erhebliche Differenzen deutlich. Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und das Lehrman-Institut hatten zu einer deutsch-amerikanischen Konferenz, Thema „Fragen der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit", nach Berlin eingeladen.

Der Wissensvorsprung lag eindeutig bei den Amerikanern: Die Gäste aus den USA, Wissenschaftler, Ökonomen, Journalisten, die alle mit dem Lehrman-Institut zusammenarbeiten, hatten an den neun vorangegangenen gemeinsamen Tagungen mit der KAS in New York teilgenommen. Die deutschen Teilnehmer dagegen waren, von wenigen Ausnahmen abgesehen, Neulinge in dieser Konferenzserie. Hinzu kam, daß die Amerikaner, vor allem die Referenten, sich äußerst sorgfältig vorbereitet hatten.

Globale Verantwortung der Vereinigten Staaten

Nach einer brillanten Einführung des Berliner Finanzsenators Gerhard Kunz in die spezielle Wirtschaftssituation der Stadt skizzierte Manfred Görtemaker von der Freien Universität Berlin die sich verändernde Haltung der „jungen Generation" gegenüber den USA. Sein Fazit: Der überwiegende Teil der deutschen Jugend begrüße feste Bindungen zu den Vereinigten Staaten. Seit den Jahren der Carter-Regierung mache sich bei vielen jungen Deutschen aber ein zunehmender Skeptizismus über die amerikanische Außenpolitik breit. Diese Tendenz habe vor allem in den ersten Jahren der Reagan-Administration zugenommen.

Diesen pauschalen Äußerungen trat Professor Szabo vom National War College entgegen. Der Amerikaner zeigte auf, daß es sich bei den gegenüber den USA kritischen oder feindseligen jüngeren Deutschen um einen quantitativ relativ schmalen Teil dieser Altersgruppe handele. Bemerkenswert an diesen Jugendlichen sei jedoch ihr allgemein besseres Bildungsniveau. Unverhältnismäßig viele Lehrer und Journalisten seien in dieser Gruppe. Durch die nicht unerhebliche Multiplikatoren-Funktion dieses Kreises wachse seine Bedeutung für die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland und könnte so zu einer zunehmenden Belastung in den deutsch-amerikanischen Beziehungen werden, wenn dieser Tendenz nicht entgegengesteuert werde.

Bei der Diskussion wirtschaftlicher Fragen machte Professor Miles Kahler von der Yale University deutlich, daß die Amerikaner aufgrund ihrer globalen politischen und wirtschaftlichen Verantwortung sowie der Notwendigkeiten des amerikanischen Wirtschaftsmarktes oft zu Entscheidungen gezwungen, die zu Konflikten mit den europäischen Partnern führten. Von amerikanischer Seite werde durchaus gesehen, daß durch die ökonomische Abhängigkeit der europäischen Partner, die Washington nicht immer berücksichtigen könne, Differenzen entstünden, die vom wirtschaftlichen in den politischen Sektor „überschwappten". In der Diskussion wurde aber auch deutlich, daß die Europäer für ihre eigenen Schwierigkeiten vielfach die Amerikaner verantwortlich machten, weil dies ein bequemer Weg sei.

Karl-Hermann Fink, der Geschäftsführer des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, zeichnete ein sehr differenziertes Bild der Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands mit den sozialistischen Staaten. Trotz der drohenden Töne Moskaus in den letzten Monaten wolle die Sowjetunion weiterhin eine Wirtschaftskooperation mit den westlichen Staaten. Diesen Eindruck habe er bei zahlreichen Gesprächen mit sowjetischen Politikern und Wirtschaftsfachleuten gewonnen. Der Osthandel der Bundesrepublik Deutschland mache lediglich fünf Prozent des Außenhandels aus, der innerdeutsche noch einmal zwei Prozent. Eine wirtschaftliche Abhängigkeit der Bundesrepublik vom Ostblock sei daher nicht zu befürchten.

Von amerikanischer Seite wurde diesen Ausführungen zugestimmt, es wurde jedoch hervorgehoben, daß in einzelnen Wirtschaftssektoren die Gefahr eines wirtschaftlichen Druckes durch Moskau bestünde. Als Beispiel wurde der Versuch der Sowjetunion genannt, durch Dumping-Preise ein weitgehendes Monopol für Erdgas-Lieferungen nach Westeuropa zu erzielen.

Zur Sprache kamen nur taktische Differenzen

Deutschland habe eine zentrale Rolle in den Ost-West-Beziehungen, betonte Anton Roßbach vom Bundeskanzleramt. Er glaube nicht an eine schnelle Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen, da Moskau sein Gesicht wahren müsse. Die teilweise harsche Kritik des Kreml, die zur Absage der Besuche Honeckers und Schiwkows geführt habe, sei als gelungener Disziplinierungsversuch der Sowjetunion im eigenen Lager anzusehen. Moskau habe damit sein außenpolitisches Monopol bewiesen und sende nun Signale der Gesprächsbereitschaft nach Westen. Wegen seiner exponierten Lage habe Bonn dabei eine entscheidende Funktion. Darüber hinaus sei Deutschland aufgrund seiner Teilungssituation besonders auf auskömmliche Beziehungen angewiesen, ohne die menschliche Erleichterungen schwer durchzusetzen seien. Entscheidendes Ziel der Deutschlandpolitik sei und bleibe das Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen.

Enttäuschend war, daß in der abschließenden Diskussion über die Zukunft des transatlantischen Dialogs lediglich über taktische Differenzen gesprochen wurde. Hier wurden zumindest Ansätze für bessere Lösungen vermißt. Bemerkenswert auch, daß die deutschen Teilnehmer sich meistens in englischer Sprache äußerten. Dies, obgleich eine Simultandolmetscheranlage zur Verfügung stand und die Amerikaner fast alle gut deutsch sprachen.

Senat weist SED-Kritik scharf zurück

F. DIEDERICHS, Berlin

Im Berliner Senat sind am Wochenende Attacken aus Ost-Berlin auf Unverständnis und Verärgerung gestoßen, nach denen der Senat „widerrechtlich", so das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland", über das Vermögen der Deutschen Reichsbahn im freien Teil der Stadt verfüge und die „DDR" auf diesem Wege „offensichtlich ökonomisch schädigen" wolle. Berlins Senatssprecher Winfried Fest wies diese Behauptungen mit Entschiedenheit zurück.

Ost-Berlin bezog sich bei den Vorwürfen, die in der Vergangenheit schon mehrfach erhoben worden waren, auf Geländeflächen, Lagerhallen und rund 3000 Wohnungen, die zum Vermögen der Deutschen Reichsbahn gehören. Seit Kriegsende ist Ost-Berlin Verwaltungssitz der Reichsbahn, das gesamte – und jetzt von der „DDR" beanspruchte – Vermögen der Reichsbahn in den Westsektoren Berlins wurde damals jedoch von den Alliierten beschlagnahmt und wird heute von einer Dienststelle des Berliner Senats treuhänderisch verwaltet. Alle aus dem Vermögen erzielten Überschüsse würden entsprechend des Treuhandauftrags der Alliierten verwendet, betonte dazu Senatssprecher Fest. Da das Vermögen deshalb auch nicht der „DDR" zustehe, könne auch nicht seitens Ost-Berlin von einer „Schädigung" gesprochen werden. Das „Neue Deutschland" hatte auch kritisiert, daß der Berliner Senat Gelder aus dem Reichsbahnvermögen für die S-Bahn, die seit Januar 1984 von der Westberliner Nahverkehrsgesellschaft BVG betrieben wird, ausgeben würde. Dabei wird verschwiegen, daß die Westberliner BVG von Ost-Berlin ein völlig veraltetes S-Bahnnetz übernahm. Aus diesem Grund zahlt Bonn allein bis 1987 einen Zuschuß von 260 Millionen Mark an den Berliner Senat, um eine Modernisierung zu finanzieren.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Den Politikern Druck machen"

„Aktionskonferenz Nordsee" in Bremen fordert gesamteuropäische Vereinbarungen

D. GURATZSCH, Bremen

750 Umweltschützer, vorwiegend aus Nordeuropa, haben einen umfangreichen Forderungskatalog zum Schutz der Nordsee an die Regierungen ihrer Länder gerichtet. Auf einer zweitägigen „Aktionskonferenz Nordsee" in Bremen kündigten sie Folgekonferenzen, Einzelaktionen und eine engere Zusammenarbeit auf internationaler Ebene an. „Leider haben wir es noch nicht geschafft, auch Vertreter des Ostblocks dabeizuhaben, obwohl auch die DDR und die Tschechoslowakei über Elbe und Weser an der Verschmutzung der Nordsee beteiligt sind", erklärte ein Sprecher. Bis zum nächsten Mal solle diese „blockübergreifende Zusammenarbeit" erreicht werden.

Mit der Bremer Konferenz wollten die Umweltschutzverbände vor allem der Internationalen Nordseeschutz-Konferenz „Druck machen", die vom Mittwoch an auf Einladung von Bundesinnenminister Zimmermann ebenfalls in Bremen tagt. An ihr nehmen Umweltminister aus allen Nordseeanrainerstaaten teil. Nach Informationen der Umweltverbände werde es wegen der Weigerung der Regierungen von Großbritannien, Belgien und Frankreich jedoch „nicht einmal zur Verabschiedung eines gemeinsamen Memorandums kommen".

Gerade gesamteuropäische Vereinbarungen aber halten die Umweltverbände für grundlegend, wenn der Verschmutzung und Störung des Ökosystems Nordsee wirksam begegnet werden soll. Gefordert wird ein gesamteuropäischer Strukturplan, ohne den „eine weitere Nutzung der Naturschätze der Nordsee und ihrer Küsten" ausgeschlossen werden soll. Zu den Unterzeichnern gehören der Deutsche Naturschutzring (mit ungefähr drei Millionen Mitgliedern), der Bund für Naturschutz Deutschland (BUND), die Schutzgemeinschaft Deutsche Nordseeküste, der Touristenverein „Die Naturfreunde", Green Peace Deutschland, der World Wildlife Found (WWF), Werkgroep Noordzee Amsterdam, das Europäische Umweltbüro Brüssel sowie 80 französische Umweltverbände. Als offizieller Vertreter des DGB bot Wilhelm Kulke Zusammenarbeit an. Kulke: „Nur ein gemeinsames Vorgehen von Umweltschützern und Arbeitnehmern kann zu einer positiven Veränderung im ökologischen und sozialpolitischen Bereich führen."

Unter den Forderungen, die in elf Arbeitsgruppen aufgestellt wurden, rangiert die „strikte Anwendung des Vorsorgeprinzips für die Natur und den Menschen" an erster Stelle. Die Herstellung von schädlichen Stoffen, insbesondere von Schwermetallen, solle drastisch eingeschränkt, durch ein Abgabesystem verteuert oder überhaupt verboten werden. Im einzelnen werden unter anderem verlangt: Einleitungsverbot für alle toxischen und schwer abbaubaren Stoffe in die Nordsee und die Flüsse. Einführung eines Entsorgungszwangs für alle Nordseehäfen. Einführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für alle Maßnahmen, die den Lebens- und Naturraum Nordsee beeinträchtigen könnten. Einrichtung eines Nationalparks Wattenmeer ohne Ausnahmen, keine weiteren Eindeichungen und Aufspülungsmaßnahmen im Wattenmeer und anderen empfindlichen Küstenregionen sowie die Ausweitung von Forschungen zum Schutz der Nordsee. Fischerei, Landwirtschaft und Fremdenverkehr müßten sich den ökologischen Belangen unterordnen, um diese Nutzungen langfristig aufrechterhalten zu können, heißt es in einem Abschlußpapier des Koordinationsausschusses.

Das Thema Ausreise steht obenan

Synodale der Kirchenprovinz Sachsen üben Kritik an den Zuständen in der „DDR"

epd/hrk. Berlin/Halle

Die evangelischen Christen in der „DDR" wollen den Staat nicht aus seiner Verantwortung für bessere Reisemöglichkeiten, ein liberaleres innenpolitisches Klima, den Abbau des offiziellen Mißtrauens und für einen wesentlich wirksameren Umweltschutz als bisher nicht entlassen. Nach den Frühjahrs-Synoden und der Zusammenkunft der Bundessynode vor vier Wochen spielte das Ausreise-Thema jetzt auf der Herbstsynode der Kirchenprovinz Sachsen wiederum eine wesentliche Rolle.

So zeigte sich die Kirchenleitung unter Bischof Christoph Demke (Magdeburg) über die hohe Zahl von Ausreiseanträgen besorgt. Sie bat in ihrem üblichen Lagebericht für die Synode erneut, die Reisemöglichkeiten in die Bundesrepublik zu erweitern. Diese Beschränkungen seien eine „wesentliche Ursache" für die hohe Zahl von Ausreiseanträgen. Mit der Ausreisewelle zum Jahresbeginn sei eine Reihe von „schwer belastenden Situationen" bereinigt worden. Die Staatsführung solle „um eine wirkliche Beheimatung aller Bürger" bemüht bleiben. Viele Ausreisewünsche beruhten auf Schwierigkeiten bei der Berufswahl und bei der Entfaltung persönlicher Anlagen und erlernter Fähigkeiten.

In dem Bericht für die Synodalen heißt es zur Friedensarbeit der evangelischen Kirche, noch immer und weiterhin werde der Begriff „Pazifist" öffentlich in „abqualifizierender und diskriminierender Weise" verwendet. Es gebe eine „starke Spannung" zwischen den außenpolitischen Zielsetzungen der staatlichen Friedenspolitik und den Alltagserfahrungen junger Christen. Zu der vor einigen Monaten in Kraft gesetzten „Verordnung zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten" heißt es, sie habe „starke Unsicherheiten" ausgelöst und das „Gefühl der Rechtsunsicherheit" verstärkt. Zu diesem Gefühl trage auch die staatliche Praxis bei, bei Strafverfahren die Öffentlichkeit auszuschließen

Die Kirchenoberen in Magdeburg berührten auch einen für die SED besonders heiklen Punkt, der Ärger bei der Partei hervorrufen dürfte: Die SED solle ihre propagierte Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik nunmehr auch um das Feld „Umweltpolitik" ergänzen. In dem Bericht wird auf die Notwendigkeit „umfassender Information" hingewiesen, um bei Umweltschutzthemen möglichst viele Menschen an der Diskussion der Ursachen, Folgen und Lösungswege zu beteiligen.

Unmut in der SPD über Medienpolitik Dohnanyis

Von HERBERT SCHÜTTE

Wir sind gewissermaßen über den Berg, aber noch nicht über das Gebirge." Die Standort-Einschätzung, die der Freizeit-Wanderer Klaus *von Dohnanyi (SPD)* vergangene Woche als Hamburger Gastredner vor der Friedrich-Ebert-Stiftung kundtat, galt natürlich nicht den bescheidenen Höhenzügen auf dem heimischen Territorium des Bürgermeisters, sondern sollte die Chancen beschreiben, die Kompromißformel der Länderchefs über die Einführung neuer Medien ungeschoren in einen von den Landesparlamenten abgesegneten

Landesbericht Hamburg

Staatsvertrag zu übertragen. Nicht nur in Hessen und Nordrhein-Westfa*len wurde inzwischen von führenden* Parteimitgliedern Widerspruch angemeldet: Dohnanyi, Wortführer der SPD-Regierungschefs, mußte auch auf eigenem Platz heftige Proteste seiner Genossen zur Kenntnis nehmen.

Peter Paterna, Hamburger Bundestagsabgeordneter und Medienexperte der Bonner SPD-Fraktion, sieht „nahezu alle Mediengrundsätze der SPD, wie sie geltende Beschlußlage der Partei sind, in Bremerhaven bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt". Für den Hamburger Landesparteitag Ende November kündigte er eine scharfe Kampfabstimmung an mit dem Ziel, „den Beschluß der Ministerpräsidenten zu kippen".

Der nach einem Jahr intensiver Verhandlung in Bremerhaven auf den Weg gebrachte Beschluß „betr. Konzept der Länder zur Neuordnung des Rundfunkwesens" liegt jetzt im Büro der Staatskanzlei in Mainz – nicht, um dem hier ansässigen ZDF *Gelegenheit zur Stellungnahme zu* geben, sondern weil Rheinland-Pfalz den Vorsitz in der Rundfunkkommission der Länder innehat. Im November sollen die Rundfunk-Referenten der Länder *den Textentwurf für ei*nen Staatsvertrag erarbeiten, der am 19. Dezember von den Ministerpräsidenten bei ihrer nächsten Konferenz dann unterzeichnet werden soll.

Doch ob es zu der Einigung – auch en détail – tatsächlich kommt? „Ich glaube, das wird nichts", gesteht ein führender Medienfachmann der SPD mit Sitz im Parteivorstand unter vier Augen, „Nordrhein-Westfalen wird nicht mitmachen, Hessen auch nicht *und in Hamburg habe ich große* Zweifel." Thomas Mierow, Sprecher des Hamburger Senats, ist sich sicher: „Wenn diese Einigung platzt, dann platzt jede Einigung für dieses Jahrzehnt."

Der medienpolitische Sprecher der Hamburger CDU-Fraktion, Gert Boysen, prophezeit ebenfalls: „Der Staatsvertrag wird nicht kommen." Die Opposition im Hamburger Rathaus bescheinigt zwar Klaus von Dohnanyi „ehrliches Bemühen um einen gangbaren Kompromiß". Doch die innerparteilichen Widerstände bei den Sozialdemokraten in Hessen, Hamburg und an Rhein und Ruhr werden bei der Union als zu stark eingeschätzt.

„Die Linken in der SPD torpedieren die Gemeinsamkeit", meint Boysen. Sein Fazit: „Sobald es an die Essentials des Bremerhavener Kompromisses geht, ist das Thema für die CDU zu Ende." Und Boysens Kieler Parteifreund, Ministerpräsident Uwe Barschel, warnte in der letzten Woche die SPD: „Nur medienpolitische Träumer könnten erwarten, daß die Übereinkunft der Ministerpräsidenten eine getreue Widergabe sozialdemokratischer Parteitagsbeschlüsse sein würde." Er rief die Kieler SPD-Opposition auf: „Fallen Sie Ihren Parteifreunden, den sozialdemokrati*schen Regierungschefs, nicht in den* Rücken."

Der Hamburger Bürgermeister und Bannerträger der SPD-Position im Ringen um Programm-Richtlinien, Sen*dezeiten und Satelliten-Belegung* muß sich also für den Hamburger Parteitag warm anziehen.

Dennoch rechnen gestandene Hamburger SPD-Parlamentarier mit *einem Erfolg für Klaus von Dohna*nyi. „Peter Paterna hat schon früher eine Außenseiter-Rolle gespielt", betont ein Genosse aus dem Führungszirkel. Und was die Truppen dieses *Wortführers der Linken angeht: Die* fast abgeschlossenen Delegiertenwahlen zum Parteitag haben den Mitte/Rechts-Flügel deutlich gestärkt. Er wird in den nächsten zwei Jahren aller Voraussicht nach über die stärkeren Bataillone verfügen.

Nahm der Premier der Bahamas Millionen Schmiergelder an?

Pindling spricht von „Konspiration" / Die Opposition fordert seinen Rücktritt

WERNER THOMAS, Miami

Zwei Wochen lang hatte das Abgeordnetenhaus der Bahamas wegen der bitteren Fehde zwischen Regierung und Opposition nicht tagen können. Als schließlich doch noch eine Sitzung stattfand, kam es zu tumultartigen Szenen.

Vertreter der oppositionellen „Free National Movement" (FNM) schrien Regierungschef Lynden O. Pindling nieder: „Zurücktreten, zurücktreten!" Draußen demonstrierte eine Menschenmenge mit Transparenten. „Schande, Herr Premierminister", stand auf einem der Spruchbänder.

Über dem sonnigen karibischen Inselstaat liegt der Schatten eines spektakulären Skandals. Pindling und seine Regierung stehen unter dem Verdacht grenzenloser Korruption. Nach Schätzungen des „Miami Herald" kassierte der Premier in den letzten zwölf Jahren von ausländischen Investoren fast 17 Millionen Dollar Schmiergelder. Auch seine engsten Freunde und Minister sollen auf diese Weise Millionäre geworden sein.

„Eine Nation zum Verkaufen" lautete eine Ende September veröffentlichte Artikelserie der angesehenen Zeitung in Miami, und seither sind die Bahamas von einem Sturm der Entrüstung erfaßt. Schon lange kursieren Korruptionsgerüchte in der Hauptstadt Nassau, aber so brutal und ausführlich ist die düstere Seite dieses Staates noch nie geschildert worden. Exemplare des Blattes werden auf dem Schwarzmarkt für 20 Dollar gehandelt.

Der „Miami Herald" schilderte einen Morast der Unmoral. Rauschgifthändler, Mafiosi und andere dubiose Geschäftsleute hätten die Inseln mit Hilfe käuflicher Politiker unterwandert. Immer wieder führten die Spuren der Reporter zu der Umgebung *des Premiers. Eine Ausgabe der Zei*tung zeigte Pindlings palastähnliche Privatvilla im Osten Nassaus, die mindestens drei Millionen Dollar wert sein soll.

Das Thema Korruption beherrscht bereits seit September vergangenen Jahres die politischen Diskussionen, als die amerikanische Fernsehgesellschaft NBC die ersten direkten Vorwürfe gegen Pindling erhob. Pindling und seine Vertrauten hätten von einem Rauschgiftring des amerikanischen Finanzschwindlers Robert Vesco Bestechungssummen von monatlich 100 000 Dollar erhalten, behauptete NBC. Vesco, der die Investmentgesellschaft IOS einmal um 224 Millionen Dollar plünderte, lebte bis 1980 auf den Bahamas.

Pindling bestritt die Beschuldigungen energisch, sah sich als Opfer einer „Verleumdungskampagne" und „Konspiration" und vermutete politische *Motive dahinter. Weil er einen* unabhängigen außenpolitischen Kurs verfolge, seien die US-Behörden nicht gut auf ihn zu sprechen.

Der Premier weiß jedoch, daß sein Land nicht nur von Touristen, son-


Lynden O. Pindling FOTO: DPA

dern auch von Rauschgifthändlern besucht wird. Er kennt „diese gefährliche Invasion". Amerikanische Ermittlungsbehörden schätzen, daß 50 *Prozent der gesamten südamerikani*schen Kokain- und Marihuana-Exporte in Höhe von 80 Milliarden Dollar über die Bahamas in die USA gelangen.

Lynden O. Pindling erläutert, daß seine Regierung diese Aktivitäten aufgrund der schwierigen geographischen Verhältnisse nicht kontrollieren kann. Zudem fehlt es ihr an Poli*zeipersonal – nur 700 Polizisten sind* im Einsatz – und Geld. Mindestens 75 Millionen Dollar seien für die Anschaffung von Hubschraubern, Flugzeugen, Booten und Radaranlagen notwendig. Ein gefaßter und verurteilter amerikanischer Rauschgifthändler erklärte dem „Miami Herald": „Die Regierung hat keine Chance gegen die Branche."

Der dienstälteste demokratische Regierungschef der Karibik, der seit 17 Jahren amtiert, kämpft um sein politisches Überleben. Er bildete eine *Untersuchungskommission unter* dem Vorsitz von James Smith, einst oberster Richter der Bahamas. Ende des Jahres soll die Kommission dem Parlament ihren Bericht vorlegen. *Der Premier zählte zu den Zeugen,* die bereits aussagten. Er nannte die Korruptionsvorwürfe „absolut falsch". Pindling: „Nichts hat mich in meinem Leben mehr aufgeregt."

Die Opposition fordert den Rücktritt des 54jährigen Politikers und vorzeitige Wahlen. Normalerweise müßte der Premier erst 1987 wieder wählen lassen. Oppositionsführer Isaacs appellierte per Telegramm an Pindling: „Die jüngsten Veröffentlichungen über Sie und Ihre Regierung schockierten und beschämten das Volk der Bahamas. Gehen Sie im Na*men Gottes." Schon regt sich jedoch* auch Kritik innerhalb der regierenden Progressive Liberal Party (PLP).

Anfang Oktober traten plötzlich der stellvertretende Premier Arthur Hanna, Jugendminister Kendal Nottage und Landwirtschaftsminister George Smith zurück. Der Premier entließ zwei weitere Kabinettsmitglieder. Nottage und Smith wurden *oft im Zusammenhang mit Korrup*tionsaffären erwähnt. Zwischen den Jugendfreunden Hanna und Pindling soll es zum Bruch gekommen sein. Der Vizepremier hatte die Regierung nach der Artikelserie des „Miami Herald" offen kritisiert.

Pindling, ein Anwalt, der den 230 000 Bürgern der Bahamas wirtschaftliche und soziale Fortschritte brachte, war ironischerweise durch einen Feldzug gegen die Korruption an die Macht gekommen. 1967 lieferten die „Bay street boys" Schlagzeilen, Geschäftsleute, die mit amerika*nischen Unterweltkreisen so gute* Kontakte unterhielten wie mit der von Weißen dominierten Regierung der United Bahamian Party (UBP). „Diese Inseln werden nie wieder ein Zufluchtsort von Gangstern sein", verkündete Pindling damals. (SAD)

Für Ankaras Premier ist die Schonfrist vorbei

Gegensätze in der Regierungspartei / Kritik am Sparplan

E. ANTONAROS, Athen

Seine erste Regierungskrise, die nur knapp zehn Monate nach seiner Amtseinführung ausbrach, hat der türkische Ministerpräsident Turgut Özal ohne größere Blessuren überstanden. Nur wenige Stunden nach der Trennung von seinen bisherigen Ministern für Inneres und Finanzen, die zu seinen engsten Mitarbeitern zählten, konnte er die vakant gewordenen Posten neu besetzen.

Aber der Streit zwischen dem zurückgetretenen Innenminister Tanriyar, der mit dem Premier verschwägert ist, und dem entlassenen Finanzminister Arikan, hat eben deutlicher denn je die innerhalb der Regierungspartei existierenden Gegensätze und unterschiedlichen Auffassungen zutage gelegt.

Konnte Özal in den ersten Monaten seiner Amtszeit die ideologischen Differenzen und die persönlichen Rivalitäten innerhalb seiner als eine Art poltischer Sammelbecken fungierenden Partei übertünchen, so sind sie seit einiger Zeit mit voller Wucht ausgebrochen: Begonnen hat die gegen Özal gerichtete Kritik mit der Behauptung, durch den radikalen Sanierungsplan der Regierung würden immer mehr Wähler enttäuscht und anderen Parteien in die Arme getrieben, obwohl Özals Austerity-Politik bisher keine nennenswerten Ergebnisse hervorgebracht habe.

Zwar mag es sein, daß das Sanierungstempo der türkischen Wirtschaft weniger rasant als vor anderthalb Jahren ist. Aber Özals Kritiker tendieren zu übersehen, daß die Türkei einen Exportboom erlebt, daß die Inflationsrate weniger hoch als vor *drei Jahren ist, daß die Regierung* ernsthaft um die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen bemüht ist.

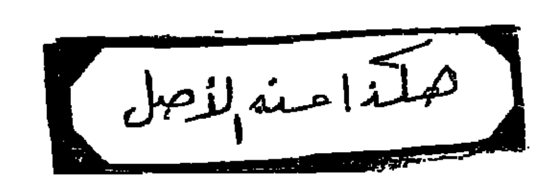
Während diese Vorwürfe beim ersten Blick einen ideologischen An*strich zu haben scheinen (viele kon*servative Türken können Özals an die freie Marktwirtschaft orientiertes Modell nicht akzeptieren), sind sie im Grunde genommen von persönlichen Rivalitäten und Ressentiments bestimmt. Die Fraktion der Mutterlandspartei fühlt sich vernachlässigt und übergangen, weil sie nur selten nach ihrer Meinung gefragt wird. Selbst viele Kabinettsmitglieder halten dem Regierungschef vor, das Land mit Hilfe seines Küchenkabinetts aus Technokraten und engen Vertrauten zu regieren. Auch Arikan, der der „Gerechtigkeitspartei" nahesteht und als einer der *Parteifürsten* innerhalb der Regierungspartei gilt, mußte feststellen, daß er bei wichtigen Beschlüssen oft übergangen wurde.

Özals eigenwilliger Regierungsstil trug ihm zusätzliche Kritik von der Presse und der Unternehmerwelt ein; letztere zählte einst zu seinen getreuesten Verbündeten. Die Industriekapitäne werfen ihm vor, mit seiner restriktiven Kreditpolitik zu viele mittelständische Unternehmen an den Rand des Ruins zu treiben. Die Presse ihrerseits beschuldigt den Regierungschef, er habe sich zu sehr auf die Wirtschaft konzentriert und andere Regierungsbereiche, etwa die Innen-, Außen- und Sicherheitspolitik, anderen „Kräften", womit das Militär gemeint ist, überlassen.

Der angesehene Kommentator Mumtaz Soysal sprach in der liberalen Tageszeitung „Milliyet" von einer „Arbeitsteilung" mit Staatschef Evren. Dies sei eine „undemokratische Entwicklung", die dem Sinn der Verfassung widerspreche. Soysals Schlußfolgerung: Özal mache sich die Arbeit zu einfach, indem er die Verantwortung für *diese wichtigen* Bereiche dem Staatschef und den Generälen überlasse.

Tatsächlich trifft es zu, daß das Militär mit Evren an der Spitze die Verantwortung für *die Befriedung* des Kurdengebiets übernommen hat. Auch die Aufhebung des Kriegszustandes Ende letzter Woche in sieben weiteren Provinzen – es ist in 34 von *67 Provinzen in Kraft geblieben* – geht auf eine Entscheidung der Staatsspitze zurück. Es sieht nicht danach aus, daß das Militär in diesen Bereichen die Zügel aus der Hand geben will.

Özal hat die Regierungsverantwortung mit diesem Bewußtsein übernommen. Es gefährdet das vorsichtige Experiment der Türkei mit der Demokratie, daß seine Kritiker nunmehr diese simplen Tatsachen zu verkennen scheinen. Die Freiheiten der Politiker sind noch wohldosiert. Im Falle einer Konfrontation mit dem Militär würde Özal nur der Verlierer sein. (SAD)



«DiaStar» – unter Zeichenlizenz DWZ Nr. 886.628 «Star»

Die Zeit hat ein neues Gesicht.

Rado DiaStar «Anatom». Die integrale Uhr, die den Linien des Handgelenks folgt. Die Rado DiaStar «Anatom» – die erste Uhr mit dem anatomisch geformten Glas aus kratzfestem Saphir – ist eine einzigartige Synthese zwischen ästhetischer Formgebung, revolutionärer Konstruktion und sinnvoller Funktion.

Revolutionär ist das formvollendete Design, dem Stilempfinden unserer Zeit entsprechend: auf alle überflüssigen Schnörkel und Kanten hat Rado verzichtet. Kratzfestes Hartmetall und kratzfestes Saphirglas in perfekter Harmonie.

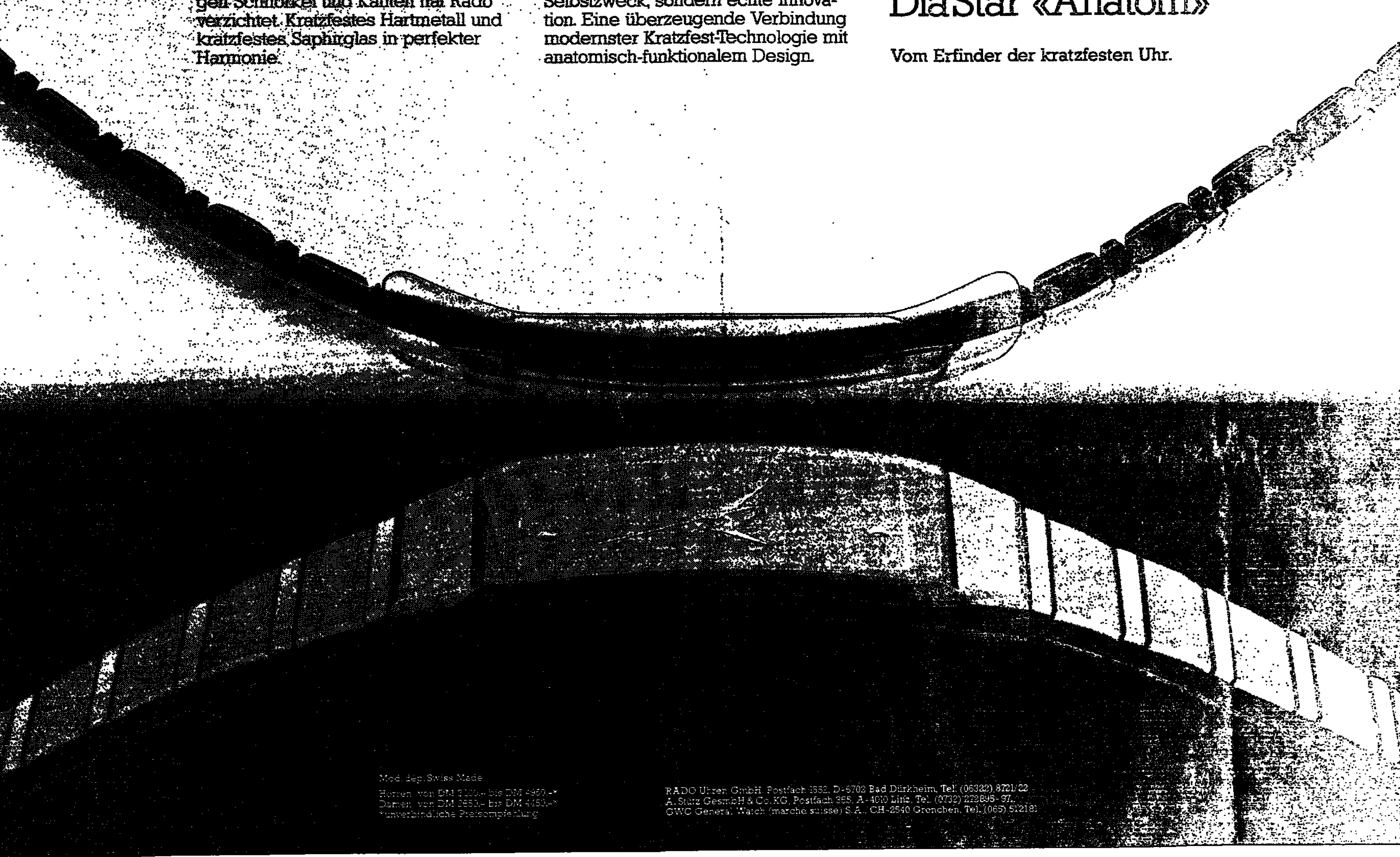
Die revolutionäre, tragende Idee dieses neuen Rado-Modells ist das konvexe Saphirglas. Beidseitig diamantgeschliffen. Nur dadurch wurde es möglich, die Quartzpräzision in ein Design einzubetten, das sich formvollendet um das Handgelenk schmiegt und seinen anatomischen natürlichen Rundungen folgt.

Revolutionär ist die Konstruktion, das Resultat aufwendiger, jahrelanger Forschungs- und Entwicklungsarbeit. Kein Selbstzweck, sondern echte Innovation. Eine überzeugende Verbindung modernster Kratzfest-Technologie mit anatomisch-funktionalem Design.

Band, Glas, Gehäuse, Quartzpräzision – die wasserdichte Rado DiaStar «Anatom» bietet in jeder Hinsicht zukunftsweisende Perfektion. Warum sollten Sie nicht ein Stück technischer Revolution an Ihrem Handgelenk tragen?

RADO
DiaStar «Anatom»

Vom Erfinder der kratzfesten Uhr.



FÜHRENDE JUWELIERE FÜHREN RADO-UHREN.

Wer sich für eine Rado-Uhr entscheidet, der entscheidet sich auch für eine fundierte Fachberatung und einen zuverlässigen Service.

PLZ 1-3
Berlin, C W Alt, Inh. von Bassenheim, Kurfürstendamm 26 a
Berlin, Gelerman, Karl-Marx-Straße 112
Berlin, Gelerman, Schloßstraße 116
Berlin, Kappaul & Gross, Reichsstraße 82
Berlin, H. Lorenz, Inh. Potschke, Rheinstraße 59
Berlin, L. Preuss, Kurfürstendamm 206
Berlin, Schulz-Uhren, Wilmersdorfer Straße 117
Berlin, Heinz Straßenburg, Müllerstraße 132
Berlin, R. Tiedge KG, Turmstraße 38
Berlin, Paul Wagner, Charlottenstraße 22
Braunschweig, H.-W. Bungenstock, Schuhstraße 21
Braunschweig, Rödiger, Sack 3
Bremen, Brinckmann & Lange KG, Sögestraße 1
Bremen, Juwelier Haase, Hutfilterstraße 15
Cuxhaven, Otto Stucker, Alter Deichweg 16
Delmenhorst, H. Grundmann, Inh. Hargehusen, Bahnhofstraße 41
Elmshorn, Werner Hans Deutz, CCE-Alter Markt
Göttingen, Reinhard Wilchowsky, Groner Straße 24
Hamburg, R. Balhorn, Sand 14
Hamburg, W. Becker & Co., Inh. Giercke, Gerhard-Hauptmann-Platz
Hamburg, Hans Georg Berndt, Osterstraße 129
Hamburg, Juwelier Hücken, Am neuen Wall
Hamburg, Heinz Kösler, Mühlenkamp 23
Hamburg, Peter Mohr, Mönckebergstr. 7
Hamburg, Juwel im Schwan, Inh. W. Monz, Sachsentor 54
Hamburg, Ruhdorf GMBH, Inh. Strunck, Poststr. 4
Hamburg, Uhren Spey, Bramfelder Chaussee 358
Hamburg, Ernst Wusthoff, Eppendorfer Landstr 112
Hamburg, Knut Ziegler, Rahlstedt-Center/Schweriner Str
Hannover, Blobelt & Co GmbH, Inh. Quandt, Georgstr. 42
Hannover, Gunter Kamper, Königstr. 30
Hannover, Uhren Kramer, Hildesheimer Str 377
Hannover, Zurmohle GmbH, Brabeckerstr 9
Heide, E. Backen, Friedrichstr. 4
Helgoland, Henry Kaufmann, Siemensstraße 162
Hude, Otto Bock, Parkstraße 17
Husum, H. Wesemann, Norderstr. 9
Itzehoe, Uhrenhaus Peters, Kirchenstraße 12
Kassel, Meister Hardt, Obere Königsstraße 15
Kassel, Theo Schulze, Friedrich-Ebert-Str 113
Kiel, Uhren Bark, Holstenstraße 75
Korbach, Friedrich Nelle, Prof.-Kümmell-Str 6
Lübeck, Paul Behrens, Holstenstraße 17
Lübeck, O. von Ostrowski, Mühlenstraße 35
Lübeck, H.H. Sack KG, Breite Straße 60 a
Lüneburg, Hans Supke, Gr. Bäckerstraße 1
Mölln, Hermann Wehmer OHG, Hauptstraße 19
Norderstedt, Hans Georg Berndt, Berliner Allee 72
Oldenburg, Friedrich Renfordt KG, Lange Straße 89
Rendsburg, Karl Herzau OHG, Inh. Herzau-Hantz, Hohe Straße 17
Rinteln, Gunter Brühhöfer, Klosterstr 16
Stade, Jürgen H. Umland, Inh. Sedlatzek, Hökerstraße 1
Stadthagen, F. Hilgenfeld KG, Obernstraße 55
Uelzen, Fritz Grotkass, Bahnhofstraße 41
Verden, Walter Schmitz, Große Straße 98
Walsrode, Richard Kappe, Moorstr. 39
Westerland/Sylt, Gold-Becker, Friedrichstr. 8
Wilhelmshaven, Friedo Frier, Parkstr. 1
Wolfenbüttel, Günter Kaune KG, Holzmarkt 18

PLZ 4-6
Aachen, W. Uttermann, Trierer Straße 764
Aachen, W. Uttermann, Dahmengraben 1
Attendorn, Christoph Hoberg GmbH, Niederste-Straße 14
Bad Breisig, Fritz Küppers, Bachstr. 8
Bad Dürkheim, Klink KG, Kurgartenstr 17
Bad Homburg, Juwelier C. Kujas, Louisenstraße 83 1/2
Bad Kreuznach, Eckhard Giesler, Mannheimer Str. 130
Bad Salzuflen, Wilhelm Regel, Lange Straße 59
Bad Vilbel, Karl Eickhoff, Frankfurter Str 147
Bergisch Gladbach, Gustav Wichert, Schloßstraße 14
Bielefeld, Bockelmann, Inh. Oberwelland, Alter Markt 5
Bochum, Quartz & Platin Studio, obere Kortumstr. 37
Bonn, Gunther Blatzheim, Theaterplatz 8
Bonn, Hugo Schumann KG, Inh. Jammes, Alte Bahnhofstr. 12
Bonn, Wilfried Toussaint, Sternstraße 68
Coesfeld, Juwelier E.-M. Kloster, Kupferpassage
Coesfeld, Gunther Kloster GmbH, Letter Straße 31
Darmstadt, Trautmann, An der Stadtkirche 15
Dinslaken, Otto George, Neustraße 27
Dortmund, Joh. Bolland GmbH, Westenhellweg 100
Dortmund, Gerwi, Kampstraße 30
Duisburg, W. Ruschenbeck KG, Königstraße 6
Düsseldorf, H.D. Blome KG, Königsallee 30
Düsseldorf, Dieter Krevet, Bonner Straße 7, D./Holthausen
Eberbach, Anton Schwandl, Friedrichstraße 13
Essen, Joachim A. Wiehmeyer, Inh. Klem, Theaterplatz 4
Frankfurt, Juwelier Christ, Rhein Main Flughafen, Terminal B, PB 157
Frankfurt, Fr. Pietzsch & Sohn KG, Zeil 81
Frankfurt, P & D Clock-Center, Inh. Szlomowicz, Am Hauptbahnhof 16
Frankfurt, Willmann & Co. KG, Mainzer Landstr 167
Frankfurt-Höchst, Paul Buchwald, Königsteiner Str 26 und Main Taunus-Zentrum
Friedberg, J. Burck, Inh. van Bommel, Kaiserstraße 50
Fulda, Fitze, Inh. Kraeusel, Universitätsstr 5
Gelsenkirchen-Buer, Helmuth Weber, Bundesstr. 1
Gevelsberg, A. Haarhaus KG, Mittelstraße 21
Giessen, Carl Schmidt OHG, Seltersweg 85
Gummersbach, Zapp OHG, Hindenburgstr 22
Gütersloh, Heinrich Laumann, Berliner Straße 42
Hagen, Juwelier Edelmann, Freiheitstraße 18
Hagen, Paul Sander, Kampstr. 15
Hamm, Heinrich Backwinkel GmbH, Inh. Schutz, Weststr 50
Heidelberg, Hans Faulhaber, Hauptstr. 56
Homburg, Ernst Bonkhoff, Marktplatz 11
Hückeswagen, Dietrich Mucher, Islandstraße 43
Ibbenbüren, Josef Niemann, Poststraße 1
Iserlohn, W. Springer, Mendener Straße 5
Jülich, H. Woltz GmbH, Kölnstraße 34
Kaiserslautern, Caroline Riede, Eisenbahnstraße 4
Koblenz, Otto Kaster, Löhrstraße 123
Krefeld, Carl Kammen, Hochstr. 88
Landau, Karl Barth, Kleiner Platz 15
Langenfeld, K. Kopp, Hauptstraße 116
Leverkusen, Kaldenbach, Inh. Zapp, Wiesdorfer Platz 21
Limburg, P. Scharping, Werner-Senger-Str 9
Lippstadt, Rainer Werb, Lange Straße 23
Lüdenscheid, Stephan, Inh. Gebauer, Wilhelmstraße 49
Mainz, R. Willenberg, Schillerstraße 24 a
Mannheim, Friedo Frier, Planken P 6, 26
Mannheim, Friedo Frier, P 2 (Dresdner Bank)
Moers, Schmuckkästchen, Lokan GmbH, Steinstraße 7
Mönchengladbach 2 – Rheydt, Krebber, Atlantishaus
Mülheim/Ruhr, Juwelier H. Hemsing, Kohlenkamp 19
Münster, Gerwi, Inh. Ruschenbeck, Prinzipalmarkt 47
Neuss, Klaus Badort, Oberstraße 99
Neustadt/WSTR., Klink GmbH, Hauptstraße 75
Neuwied, Knobloch, Marktstr 36
Oberhausen, M. Bock, Lothringer Str 123
Oberursel, Joh. Hch. Windecker KG, Oberhochstadter Str 3
Offenbach, A. Hunder, Frankfurter Straße 8
Osnabrück, Juwelier E. Kolkmeyer, Georgstraße 1-3
Ramstein, Juwelier N. Jenzer, Landstuhler Str 5
Remscheid, Heinrich Eiken, Hindenburgstraße 21
Rüsselsheim, Uhren Weiss OHG, Friedensplatz 7
Saarbrücken, Hermann Mühlke KG, Bahnhofstraße 78
Saarlouis, Uhren-Schmuck Wagner GmbH, Am Kleinen Markt
St. Ingbert, Franz Huber, Kaiserstraße 68
Siegburg, Carl Rothe, Inh. Vetter, Kaiserstraße 7
Siegen, Friedrich Müller, Bahnhofstraße 15
Solingen, Gerhard Beier KG, Hauptstraße 12 16
Speyer, Kunze, Wormser Straße 9
Speyer, Gunter Lais, Maximilianstraße 68
Stolberg, W. Uttermann, Rathausstraße 76
Sundern, Alois Busche & Sohn, Hauptstraße 102
Trier, Perrot, Fleischstraße 18
Unna, Firma Brinkmann KG., Bahnhofstr 44
Verl, Juwelier Brintrup, Gütersloher Straße 13
Viernheim, Friedo Frier, Rhein-Neckar-Zentrum
Viersen, U. Weidenfeld KG, Hauptstraße 54
Wertheim, Friedrich Jan, Inh. Hartmann, Marktplatz 16
Wetzlar, F. Spieker, Bahnhofstr 21
Wiehl, Meister Schmidt, Bielsteiner Str 36
Wiesbaden, H. Hembd, Bleichstraße 27
Wiesbaden, Juwelier H. Stamenda, An den Quellen 12
Wiesloch, L. Ritzhaupt, Hauptstr 99
Worms, Uhren Hartmann, Obermarkt 18
Wuppertal, G. Abeler KG, Poststraße 11
Wuppertal, Uhren Paul, Inh. Schröder, Werth 4
Wuppertal, Meckenstock & Sohn GMBH, Werth 100
Würselen, Goldschmiede Wernekenschnieder, Markt 7
Zülpich, J. Blumenthal, Kölnstraße 51
Zweibrücken, Friedrich Rohrbacher, Inh. Horz, Hauptstraße 54

PLZ 7-8
Achern, A. Eiermann, Hauptstraße 72
Amberg, Uhren Bergmann, Bahnhofstraße 1
Aschaffenburg, H. J. Schwind GmbH, Inh. Franz, Wolfsburger Str 2
Augsburg, Heinrich GmbH, Viktoriapassage
Augsburg, Uhren Kirschfink, Inh. Haußler, Am Rathausplatz
Augsburg, Herbert Mayer, Annastraße 35
Baden-Baden, H. Steiert, Lange Straße 30
Bad Kissingen, Martin Neubert, Münchner Str 4
Bad Säckingen, Erwin Trefzger, Inh. Blattmann, Steinbruckstr 2
Bad Schussenried, Hugo Hammer, Wilhelm-Schussen-Str 2
Bad Tölz, E. Schmeller, Marktstr 1
Bad Wörishofen, Hans Hummel OHG, Kneippstraße 4 a
Bamberg, Uhren Bauer, Inh. Schreiber, Luitpoldstraße 18
Bamberg, Uhren Bauer, Inh. Schreiber, Lange Straße 3
Bayreuth, H. Kolanus, Ladenpassage-Markt
Berchtesgaden, Karl Stumvoll, Inh. Stumvoll Peter, Schloßplatz 11-2
Biberach, F. Rach, Waaghausstraße 5
Bietigheim-Bissingen, Uhren Gram, Am Marktplatz
Blumberg, G. Mardorf, Espenstraße 5
Böblingen, H. Frus, Am Elbenplatz 5
Bruchsal, Goldschmiede Wuessa, Bahnhofplatz 10
Burghausen, Fritz Peichardt, Mautner Straße 24
Coburg, H. Bauschatz, Mohrenstraße 36
Deggendorf, Berthold E. Langer GmbH, Pfleggasse 29
Dingolfing, Wolf, Bruckstraße 24
Dinkelsbühl, Wiese, Inh. Wachter, Im Wörnitztor
Donaueschingen, G. Mardorf, Zeppelinstraße 6
Ellwangen, Heinz Stile, Pfarrgasse 9
Erlangen, Fritz Sauer, Ecke Gr. Karl-Zankstr
Erlangen, Winnebeck, Universitätsstraße 1
Esslingen, Hans Brandt, Innere Brücke 5
Esslingen, Uhren Lepple, Pliensaustraße 30
Forchheim, Alfred Bauer, Hauptstraße 35
Freiburg, Nimet, Kaiser-Jos-Str 228
Freiburg, Karl Stahl, Kaiser-Jos-Str 159
Freiburg, Gunter Wiedemann, Friedrichring 40
Freilassing, Hartmann GmbH, Hauptstraße 4
Freudenstadt, Josef Schwenk, Marktplatz 27
Friedrichshafen, Bauhus, Karlstr 34
Fürstenfeldbruck, A. Wachter, Inh. Hirn, Hauptstraße 27
Fürth, Juwelen Vogel, Schwabacher Str 26
Füssen, Rolf Leimbach, Reichenstraße 33
Gammertingen, Juwelier R. Reinhard, Marktstraße 2
Garmisch-Partenkirchen, J. Stöckell, Bahnhofstr 93
Geislingen, Esther Trautmann, Bahnhofstr 17a
Germering, Heinz Loser, Otto-Wagner-Str 12
Göppingen, Haussmann, Inh. Weigel, Freihofstr 33
Göppingen, Alfred Kopp OHG, Marktstr 20
Günzburg, Karl Schlosser, Inh. Wilhan, Marktplatz 33
Heidenheim, J. Scheuble & Söhne OHG, Eugen-Jaekle-Platz 20
Heilbronn, Jenssen, Am Wollhaus 1
Heilbronn, H. Luithle, Deutschhofstraße 2
Hersbruck, H. Wilfart, Hindenburgplatz 9
Hof, Robert Hohenberger, Inh. Flessa, Altstadt 23
Ingolstadt, Johannes Hettinger, Theresienstraße 29
Ingolstadt, Carl Rauscher am Stein, Am Stein 1
Karlsruhe, Karl Jock KG, Kaiserstraße 179
Karlsruhe, Walter Kuster, Kaiser Wolf 67
Karlsruhe, Stephan, Kaiserstraße 75
Kaufbeuren, Hans Hummel OHG, [illegible]
Kempten, Hans Müller KG, Schloß-Passage
Konstanz, Ernst Grundmann, [illegible] am Kaiserbrunnen
Kronach, Georg Müller GmbH, Inh. [illegible], Schwedenstraße 9-10
Krumbach, Helmut Gunz, [illegible]
Kulmbach, Kolanus, Am Holzmarkt [illegible]
Landsberg, Uwe Jacubowski, Vorderer Anger 2[illegible]
Landshut, Anton Huber, Unter den Bögen [illegible]
Lörrach, V. Kunkelmann, Turmstraße Str 1[illegible]
Müllheim, K. F. Giemper, Inh. Albrecht, Am [illegible] 2
München, J. B. Fritsch, Sendlinger Str [illegible]
München, Uhren Hauser, Marienplatz [illegible]
München, Uhren Huber, Neuhauser Straße [illegible]
München, Johann Kollsteiner GmbH, Inh. [illegible], Theatinerstraße 42
München, Juwelier Sandler, [illegible]
München, Uhren-Schmuck [illegible]
Nagold, Uhren Kohlbach, Turmstraße 21
Neustadt Aisch, [illegible]
Nürnberg, Uhren [illegible]
Nürnberg, Uhren Stamm, Inh. [illegible]
Nürnberg, J. Walner, Hefnersplatz 4
Nürtingen, [illegible]
Oberstdorf, Hans Müller KG, [illegible]
Offenburg, Karl Bürkle, Hauptstraße [illegible]
Pfaffenhofen, Johann [illegible], Hauptplatz [illegible]
Pfarrkirchen, Dr. Wilhelm [illegible], Gewölbe Stadtplatz 19 21
Pforzheim, Uhren-Schmuck Metzger, [illegible]
Planegg, [illegible] Bahnhofstraße 42
Regensburg, P. Kappelmeier, [illegible] Neupfarrplatz
Reutlingen, [illegible]
Reutlingen, Gerhard Moser, Wilhelmstraße 44
Rosenheim, Hans Schuster, Münchener Straße 5
Schopfheim, A. Eichung, Hauptstraße 45
Schorndorf, Kurt Diemer, [illegible]
Schwäbisch Hall, Juwelier Schweizer, [illegible]
Schweinfurt, Berwick, Spitalstraße 22
Singen/HTWL, Zimbrock-Durze, Inh. Hack, [illegible]
Sonthofen, Georg Wolf KG, Promenadestraße [illegible]
Starnberg, Wickhoff, Hauptstraße [illegible]
Stuttgart, Friedo Frier, Königstraße [illegible]
Stuttgart, Juwelier Carl Hartz, Eberhardstraße 59 [illegible], Königstraße 26
Stuttgart, C. Pfister, Inh. Weiss, Königstraße [illegible]
Traunstein, Eugen Gaugl, Maxplatz [illegible]
Tübingen, G. Seeger, Kirchgasse 6
Tuttlingen, H. Aberle, Bahnhofstraße 5
Ulm, Uhren Roth, Inh. Hoffmann, Münsterplatz 45
Ulm, Julius Kerner, Münsterplatz 17
Villingen-Schwenningen, F. Meiler GmbH, Rietstraße 35
Waiblingen, Volkuth GMBH, Inh. Kurz, Bahnhofstr 15
Waldshut, Rudolf Sporl, Kaiserstr 36
Weilheim, Helmut Lutz, Rathausplatz 12
Würzburg, Kaspar Endres, Inh. Valentin, Domstraße 26

Paris zeigt sich Algier gegenüber versöhnlich

Aber Cheyssons Reise umstritten / 30 Jahre nach dem Krieg

A. GRAF KAGENECK, Paris

Am kommenden Donnerstag jährt sich zum dreißigsten Mal der Tag, an dem in den frühen Morgenstunden gleichzeitig an siebzig verschiedenen Orten im algerischen Departement Constantine algerische Freischärler der „Nationalen Befreiungsfront" französische Siedler angriffen und 103 von ihnen töteten.

Es war der Beginn des Algerienkrieges, des letzten Kampfes, den Frankreich um seinen kolonialen Besitz führen mußte. Er sollte sieben Jahre dauern und mit der Unabhängigkeit Algeriens enden.

Gnadenloser Krieg

Eine Million französischer Siedler, teilweise seit fünf Generationen in Algerien ansäßig, verloren ihr Hab und Gut und mußten über das Mittelmeer nach Frankreich zurückkehren. Mehr als 20 000 Menschen verloren ihr Leben, darunter 5000 Franzosen. Nicht alle fielen im Kampf Franzosen gegen Algerier; sie wurden in beiden Lagern auch von eigenen Landsleuten getötet. Das gnadenlose siebenjährige Morden hat bis heute Spuren in den Seelen beider Völker zurückgelassen.

Dennoch möchte das sozialistische Frankreich das Buch der französischen Kolonialgeschichte endgültig zuschlagen und dies mit einer Geste der Versöhnung feierlich besiegeln. Begleitet von einer starken offiziellen Abordnung wird Außenminister Claude Cheysson am Donnerstag nach Algerien reisen, um an den Feierlichkeiten zum dreißigsten Jahrestag teilzunehmen. Cheysson verfolgt damit auch eine politische Absicht.

Die stets von Mißtrauen begleiteten Beziehungen zwischen beiden Staaten hatten im Sommer einen neuen Einbruch erlitten, als Präsident Mitterrand mit einem Besuch bei König Hassan von Marokko dessen überraschenden Pakt mit dem libyschen Staatschef Khadhafi abzusegnen schien, einen Pakt, den Algerien als gegen seine Interessen in Nordafrika gerichtet empfand. Mitterrand mußte persönlich mit einem Blitzbesuch in Algier am 19. Oktober die Bedenken des algerischen Präsidenten Chadli Ben Jedid zerstreuen. Cheyssons Teilnahme an den Feiern in Algier dient also auch der Klimapflege.

Seine Reise ist, wie nicht anders zu erwarten, in Frankreich auf leidenschaftliche Kritik gestoßen, besonders unter den ehemaligen Siedlern, aber auch bei den Oppositionsparteien und bis in die Sozialistische Partei hinein. Ähnlich den deutschen Flüchtlingsverbänden üben auch die früheren „Schwarzfüße", wie man die Algerienfranzosen im Volksmund nannte, über ihre Interessenverbände starken Einfluß auf Parteien und Öffentlichkeit aus.

Bei den Sozialisten fürchtet man, daß die Reise des Außenministers der Regierung neue Feindschaft in der Bevölkerung eintragen könnte in einem Moment, in dem die anhaltende Wirtschaftskrise ihr täglich neue Verluste an Ansehen zufügt. Die heftigsten Reaktionen kommen paradoxerweise von den Gaullisten, deren „historischer Chef" Charles de Gaulle einst Algerien die Unabhängigkeit gab. „Claude Cheysson entehrt sich selbst und entehrt Frankreich", ließ ihr Fraktionschef in der Kammer, Labbe, wissen.

Algerier rehabilitiert

Auch Algerien hat im Zusammenhang mit dem Befreiungskrieg noch Probleme mit der Vergangenheitsbewältigung zu regeln. Anläßlich des 30. Jahrestages des Kriegsbeginns ließ Algier offiziell wissen, daß 21 Algerier wieder in die Volksgemeinschaft aufgenommen würden, die während und nach dem Kriege von ihren eigenen Landsleuten wegen Kollaboration mit dem Feind oder Opposition gegen die erste nationale Regierung umgebracht worden waren. Unter ihnen ist auch Krim Belcassem, der einst als Unterhändler des FLN die Verhandlungen mit den Franzosen über die Beendigung des Krieges führte. Belcassem wurde 1970 in einem Frankfurter Hotel ermordet.

Dritte Zypern-Runde

Vermittlungsversuche der UNO bisher wenig erfolgreich

E. ANTONAROS, Athen

Auch nach dem Scheitern der zweiten Gesprächsrunde zwischen Zyperns Griechen und Türken in New York, die am 15. Oktober begonnen hatte, will der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Xavier Pérez de Cuéllar, seine Bemühungen um eine Regelung der Inselfrage nicht aufgeben. Anders als ursprünglich geplant, haben sich die beiden Volksgruppen vom UNO-Chef dazu überreden lassen, an einer dritten und voraussichtlich letzten Phase der „getrennten" Gespräche teilzunehmen. Sie soll am 26. November in New York beginnen und maximal eine Woche dauern.

Zu richtigen Verhandlungen kam es bisher nicht, weil sich die beiden Seiten über den Inhalt der Tagesordnung nicht einigen konnten. Daher mußte Pérez immer wieder vermittelnd eingreifen, um den Dialog aufrechtzuerhalten. Nach seinen Angaben habe diese Runde keine „konkreten Fortschritte" hervorgebracht, sondern lediglich „einer Verdeutlichung der Positionen beider Volksgruppen" gedient.

Pérez hatte Anfang August in Wien Griechen und Türken sogenannte „Arbeitspunkte" präsentiert, die als Grundlage für eine neue Kontaktaufnahme dienen sollten. Die Griechen hatten sich nach langem Zögern dazu bereit erklärt, an „Gesprächen aus der Nähe" teilzunehmen. Dieses Konzept sieht vor, daß die Vertreter beider Volksgruppen ihre Ansichten zu allen Einzelfragen über den UNO-Generalsekretär austauschen. Eine Annäherung ist nach Ansicht des Regierungssprechers der Inselgriechen „wegen der unnachgiebigen Haltung der Inseltürken" nicht zustande gekommen.

Wie in Nikosia verlautete, muß die dritte Gesprächsrunde „unbedingt die letzte" sein. Es sei doch nicht möglich, daß durch eine Verlängerung der Gespräche der falsche Eindruck entstehe, daß etwas im Gange sei. Auch diese dritte Gesprächsrunde wird von den Inselgriechen mit „großer Skepsis" betrachtet. Sollte auch dieser Vermittlungsversuch scheitern, so hat Nikosia die Absicht, den UN-Sicherheitsrat anzurufen und eine Verurteilung der türkischen Haltung zu verlangen. (SAD)

Für Normalisierung Peking–Moskau

DW. Moskau

Der sowjetische Staats- und Parteichef Konstantin Tschernenko hat betont, eine Normalisierung der sowjetisch-chinesischen Beziehungen könne und müsse zu einer Verbesserung der Lage auf dem asiatischen Kontinent beitragen. Dies sei jetzt angesichts „des Kampfes der Imperialisten gegen den Sozialismus" und der wachsenden Kriegsgefahr „besonders wichtig", sagte Tschernenko bei einem Essen für den mongolischen Parteichef Schambin Batmunch.

Unter solchen Bedingungen kämen die sozialistischen Länder nicht umhin, ihre gemeinsamen „klaren Klassenpositionen" in internationalen Angelegenheiten auch einzunehmen, sagte der Kreml-Chef.

Zuvor hatte er die USA beschuldigt, im Fernen Osten nahe der sowjetischen Grenze mit dem Aufbau militärisch-strategischer Waffen fortzufahren. Mit der militärischen Zusammenarbeit zwischen den USA, Japan und Südkorea komme eine Art östliche NATO-Filiale in Sicht.

Der sowjetische Vize-Außenminister Leonid Iljitschew hatte zugleich in Peking Gespräche mit seinem Amtskollegen Quin Quichen über eine Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen geführt. Es war die fünfte Runde der chinesisch-sowjetischen Konsultationen, erneut allerdings ohne spektakuläre Ergebnisse.

Batmunch war zu einem „Arbeitsbesuch" in Moskau eingetroffen.

Reagan vermittelt ein Gefühl des Stolzes

DIETRICH SCHULZ, Washington

Im amerikanischen Wahlkampf ist die Endrunde eingeläutet. Präsident Reagan und sein demokratischer Herausforderer Mondale gehen diese Schlußphase von ganz unterschiedlichen Positionen aus an. Die Meinungsforscher bestätigen dem Präsidenten, daß er die Stimmung des Volkes auf seiner Seite hat: Er liegt um 15 bis 20 Prozentpunkte vor Mondale. Dieser baut noch immer darauf, daß die Stimmung der Wähler umschlägt, daß sie die „Fehler" der Reagan-Administration erkennen und ihm eine Gelegenheit geben werden, sie wiedergutzumachen.

Mondale, zu Beginn des Wahlkampfes nicht gerade ein Volkstribun, ist inzwischen zu besserer Form aufgelaufen. Er zieht beträchtliche Menschenmassen an, und es gelingt ihm, seine Zuhörer mitzureißen. Doch Reagan profitiert von dem Wohlbefinden weiter Teile der Bevölkerung. Die Wirtschaft ist in guter Verfassung, selbst viele der neun Millionen Arbeitslosen sind optimistisch. Die Inflationsrate ist mit wenig über vier Prozent bedeutend niedriger als noch vor vier Jahren. Wichtiger noch: Die meisten Amerikaner haben nach fast vier Jahren unter Ronald Reagan wieder das Gefühl, auf ihr Land stolz sein zu können. Politiker, die, wie Mondale, darauf hinweisen, daß noch viele Probleme zu lösen seien, kommen gegen eine solche Stimmung nur schwer an.

Grenadas umstrittener Flughafen

Von den Sowjets geplant, von den Amerikanern beendet / Jetzt wurde er eingeweiht

WERNER THOMAS, **Miami**

US-Präsident Reagan hat das Flughafen-Projekt auf Grenada einmal als Beweis dafür gewertet, daß damit die Sicherheitsinteressen der USA gefährdet würden. Die kubanischen Bauherren und die Sowjets wollten auf dem Gelände einen Militärstützpunkt einrichten, warnte er. Jetzt wurde der „Point Salines International Airport" fertiggestellt – mit amerikanischer Hilfe. Die Eröffnung fand gestern statt – unter Teilnahme amerikanischer Ehrengäste.

Für die kleine karibische Nation (110 000 Einwohner) war dies ein großes Ereignis. Generalgouverneur Sir Paul Scoon und Regierungschef Nicolas Braithwaite sprachen von einem wirtschaftlichen Meilenstein. Die Insel könne sich aus ihrer geographischen Isolation befreien und eine dynamische Entwicklung anstreben.

Grenada besaß bisher nur den winzigen Pearls-Flughafen. Die Planungen für den neuen Flughafen gehen zurück in die sechziger Jahre. Das Projekt wurde jedoch erst nach der Machtübernahme des marxistischen Politikers Maurice Bishop im März 1979 in Angriff genommen. Kuba stellte die Architekten, die Maschinen und die Bauarbeiter.

Als die amerikanischen Marineinfanteristen vor einem Jahr (25. Oktober) die Insel besetzten und die sechstägige Herrschaft ultralinker Bishop-Rivalen beendeten, fanden auf der Baustelle die schwersten Kämpfe statt. Die meisten der 450 Arbeiter leisteten Widerstand. 24 Kubaner kamen ums Leben. Die anderen wurden von den Amerikanern mit gefesselten Händen deportiert. Der Flughafen war zu 60 Prozent fertig. Maurice Bishop, am 19. Oktober 1983 ermordet, wollte das Gelände ursprünglich im März 1984 eröffnen.

Regierungschef Braithwaite, der bis zu den Wahlen Anfang Dezember amtiert, erklärte in einem WELT-Interview, der Flughafen, der eine Landebahn von 3000 Metern besitzt, hätte „mit Sicherheit" auch militärische Zwecke erfüllen sollen. Er erwähnte die riesigen Treibstofflager, die größer seien als die des New Yorker Kennedy-Flughafens, und das gigantische Restaurant. Die Amerikaner entdeckten nach der Invasion Papiere des früheren Innen- und Verteidigungsministers Oberstleutnant James, der am 22. März 1980 notiert hatte: „Der Flughafen wird von Kubanern und Sowjets benutzt werden."

Die neue Regierung wußte zunächst nicht, ob sie den Flughafen vollenden soll oder nicht. Braithwaite: „Er ist um mehrere Nummern zu groß für uns." Allein die Unterhaltung kostet zehn Millionen Dollar pro Jahr, zehn Prozent des Bruttosozialprodukts. Dann entschloß sich die Reagan-Regierung, die noch fehlenden 19 Millionen Dollar bereitzustellen. Das Projekt hatte insgesamt 70 Millionen Dollar gekostet.

Richard Cherman, der Direktor der Tourismus-Behörde, hofft, daß der Flughafen seine schöne Insel zu einem neuen Urlauber-Mekka machen möge. Viel Werbung sei nicht nötig: „Grenada ist in der Zwischenzeit weltbekannt geworden." (SAD)

Logistische Probleme in Äthiopien erschweren Hilfe für die Hungernden

Westliche Organisationen müssen Verteilung selbst organisieren / Bonn gibt mehr

da/SAD/dpa, **Bonn/London**

Die Bundesregierung hat ihre Soforthilfe zugunsten der Hungernden in Äthiopien am Wochenende von zehn auf 15,5 Millionen Mark erhöht. 6000 Tonnen Weizenmehl sollen geliefert werden, das Deutsche Rote Kreuz will zusätzlich so schnell wie möglich 900 Tonnen Speiseöl auf den Weg bringen. Das christliche Hilfswerk „World Vision International" in Oberursel hat mit der äthiopischen Regierung vereinbart, daß täglich zwei Flugzeuge mit Nahrungsmitteln und Medikamenten von Amsterdam aus nach Addis Abeba fliegen sollen.

Noch keine Landeerlaubnis

Die Bundesregierung bemüht sich derzeit ebenso wie die britische um die Landeerlaubnis für Militärflugzeuge im Katastrophenland. Die Nachrichtensendungen zeigen schreckliche Bilder von der Hungerkatastrophe: Apathische Gesichter, ausgemergelte Leiber, flehende Kinder, Leichen; die Möglichkeiten effizienter Hilfeleistung sind jedoch begrenzt.

Die Äthiopier seien bereit, eine Landeserlaubnis zu erteilen, heißt es in Kreisen der Bundesregierung, nachdem der Botschafter am Freitag bei Entwicklungshilfe-Minister Jürgen Warnke war, doch man wisse, daß das Land mehr oder weniger in der Hand von Ostblockberatern sei. Die Kubaner und Russen aber hätten westliche Militärmaschinen, und wenn es Getreidebomber sind, nicht gern auf Flughäfen, die bereits sozialistisch „befreit" sind.

Doch mit der Landeerlaubnis, sollte sie erteilt werden (die Bundesregierung ist trotz aller Bedenken insoweit zuversichtlich), wären die Säcke voller Lebensmittel erst auf dem Flughafen. Die Erfahrungen mit Äthiopien ließen Hilfsmaßnahmen jedoch nur dann sinnvoll erscheinen, wenn die westlichen Hilfsorganisationen auch geländegängige Lastwagen mitbringen – und Tankwagen sowie Wagen voller Reparaturwerkzeug für diese Lastwagen, denn dem Vernehmen nach sind gut siebzig Prozent der in Äthiopien vorhandenen Transportmittel nicht einsatzbereit. Außerdem gibt es so gut wie keine Tankstellen, und auch die Benzinlager sind leer.

Sinnvolle Hilfe ist nach aller bisherigen Erfahrung – die Hungerkatastrophe in Kambodscha eingeschlossen – überhaupt nur denkbar, wenn die westlichen Hilfsorganisationen alle ihre Maßnahmen unter eigener Kontrolle behalten. Dies wird nicht nur damit begründet, daß der Westen der derzeitigen Regierung in Addis Abeba skeptisch gegenübersteht. Auch eine westlich orientierte Regierung in diesem Land wäre den logistischen Problemen nicht gewachsen. Neben Transportmitteln und -wegen fehlt es praktisch an jeder sonstigen funktionierenden Infrastruktur, zumindest auf dem flachen Land fern der Hauptstadt.

In Äthiopien kommt zu dem allgegenwärtigen Problem des Versikkerns von Hilfsmaßnahmen in der Dritten Welt in merkwürdigen Kanälen hinzu, daß im Land Tausende von kubanischen Soldaten stehen, von denen man weiß, daß sie sich – mindestens – hauptsächlich aus dem Lande ernähren. Man müsse verhindern, heißt es, daß sie ihre Verpflegungsrationen aus den westlichen Sendungen beschaffen.

Baut man jedoch eine Logistik unabhängig von der bestehenden Infrastruktur des marxistischen Staates und seiner Militärorganisationen auf (die Bundesregierung will das Technische Hilfswerk einsetzen), so entsteht eine Art westlichen Staates im Staate. Dies nehmen vor allem östlich orientierte Regime nicht hin. Aus diesen Sachzwängen ergibt sich, daß schwierige Verhandlungen bevorstehen. Heute soll eine Delegation von Bonn nach Addis Abeba fliegen, der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale, Willy Brandt, will in dieser Woche zur Überwachung der Hilfssendungen nach Äthiopien reisen.

Äthiopien hat in diesem Jahr trotz einer (landesweit) durchschnittlich guten Ernte ein Nahrungsmitteldefizit von 900 000 Tonnen. Mehr als fünf Millionen Menschen sind von der Dürre und ihren Folgen betroffen, knapp eine Million ist vom baldigen Hungertod bedroht (Zahlenangaben sind ungenau). Offiziell wegen der logistischen Probleme hat das Regime selber vor einigen Wochen das Hilfe-Ersuchen auf die Hälfte der Fehlmenge reduziert. Es erscheint jedoch möglich, daß die Regierung zumindest in dem Rebellengebiet Eritrea den Hunger als „Disziplinierungsmaßnahme" hinnimmt.

Millionen für Whisky

In London wurde mit Empörung registriert, daß ein Frachtschiff mit 500 000 Flaschen Whisky vom Hafen Middlesbrough in Richtung Äthiopien unterwegs ist, wie am Freitag bekannt wurde. Für die Ladung hat die Regierung in Addis Abeba knapp drei Millionen Mark bezahlt. In England zeigte das Fernsehen, wie in der Bundesrepublik, in der vergangenen Woche Bilder der Hungerkatastrophe, und Spenden in der Höhe von 20 Millionen Mark kamen in wenigen Tagen bei den Hilfsorganisationen zusammen.

Im September hat zudem die Regierung den zehnten Jahrestag des Sturzes des Kaisers Haile Selassie mit viel Aufwand begangen, was mehrere Millionen Doller gekostet haben soll, wie in Washington bekkanntwurde. Zu dieser Zeit war die Verschärfung der Katastrophe bereits absehbar.

Seite 2: Selbstgemachtes Elend

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Versperrte Zuflucht

Sehr geehrte Damen und Herren,

die einzige frei gewählte und somit demokratisch legitimierte Regierung in Deutschland verriegelt die Pforten ihrer Botschaft in Prag, um deutschen Staatsangehörigen, die sich aus politischen Gründen in größter Not befinden und diplomatischen Schutz suchen, den Zugang zu verwehren.

Dieselbe Regierung gibt Presse, Funk und Fernsehen keine Möglichkeit, in die Botschaft zu gelangen, um durch Berichterstattung über das harte Schicksal derjenigen Deutschen aus der „DDR", die der „Botschaftsvermauerung" zuvorgekommen sind, der ganzen Welt die erschreckenden Zustände im politischen und humanitären Bereich des kommunistisch unterdrückten Teils Deutschlands vor Augen zu führen.

Darüber hinaus werden diese Mitteldeutschen, die sich voller Vertrauen an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland wenden, noch in die Ecke von „Störenfrieden" gerückt, deren Aktionen zu Lasten all derer gehen, die „legal" ausreisen wollen. Dieses Verhalten der Bundesregierung ist ein Skandal! Im Zweifel sollte eine Regierung der Bundesrepublik Deutschland – zumal eine christlich-liberale – doch stets wissen, auf welcher Seite sie zu stehen hat, nämlich auf der Seite der Deutschen, denen von einem diktatoriellen Regime Freiheits- und Menschenrechte vorenthalten werden.

Es grüßt freundlich
M. Krause,
Berlin 31

Unglückliche Beispiele

„Rolle rückwärts im deutschen Denkmalschutz?"; *WELT* vom 15. Oktober

Vieles von dem, was Herr Guratzsch in diesem ausführlichen Artikel darlegt, spricht jedem Bürger aus der Seele, der sich auch nur etwas Traditionsbewußtsein bewahrt hat. Das schließt nicht aus, daß saloppe Formulierungen die Gefahr mit sich bringen, Fakten etwas einseitig darzustellen und zu verwischen. Eine Aussage wie diese kann nicht unwidersprochen bleiben: „Wer seine Fachwerkfassade mit Eternit verblendet ... sein Haus verhunzt, verfremdet, der braucht die Bauaufsicht in den meisten Bundesländern nicht mehr zu fragen." Hier wird dilettantische *Anwendung eines Baustoffs und* der Name eines Herstellers miteinander vermischt, daß es nur so eine Freude oder eher eine Qual ist.

Es gibt ohne Zweifel unglückliche Beispiele, wie sie im Bild in der Artikelmitte angedeutet werden, obwohl das Retouchierbild deutlich macht, daß ein Archivbild wohl nicht zur Verfügung stand, das diese Behauptung stützen könnte. Wenn man dabei pauschal den Namen eines Unternehmens verwendet und damit dem Leser nahebringt, daß eigentlich die Industrie *schuld ist, wenn man ihre* Produkte falsch einsetzt, entspricht das auch keinen hohen (sprach-)gestalterischen Ansprüchen.

Es gibt hinreichende Beispiele für gelungene Restaurierungen oder Neubauten mit Materialien der Faserzement-Industrie. Warum nur *schlechte Beispiele nennen und nicht* auch sagen, wie man es besser machen kann?

Eternit AG,
Berlin 11

Ehrlicher Wettbewerb

„Offene Märkte?"; WELT vom 22. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

Frau Adham meint, die Vorstellungen des Gatt-Sekretariats über die Liberalisierung des Welttextilhandels verbreiteten in der Textil- und Bekleidungsindustrie Angst und Schrekken. Ich kann Sie beruhigen: Die Vorstellung von einem in allen Richtungen unbehinderten und von Wettbewerbsverzerrungen befreiten Handel löst bei unseren Unternehmen angenehme Gefühle aus. Sie wünschen sich nämlich eine in jeder Beziehung möglichst staatsfreie wirtschaftliche Betätigung – auch das Welttextilab*kommen ist ja ein Stück staatlicher* Reglementierung.

Dieses Abkommen ist jedoch nicht Ursache, sondern Symptom der Probleme des Welttextilhandels. Diese Probleme liegen nicht nur in Europa.

Viele Märkte in überseeischen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern sind, obwohl Absatzpotential besteht, für unsere Exporte verschlossen. Viele Industrie- und Schwellenländer subventionieren ihre hoch wettbewerbsfähigen Textil- und Bekleidungsindustrien und schaffen diesen ungerechtfertigte Wettbewerbsvorsprünge auf unserem eigenen Markt und auf dritten Märkten. Wenn es gelingt, diese Verzerrungen abzubauen, kann man auch über einen Abbau des bisherigen importpolitischen Flankenschutzes sprechen, der es übrigens nicht verhindert hat, daß die Niedrigpreislieferungen auf den deutschen Markt kontinuierlich von Jahr zu Jahr gestiegen sind.

Im übrigen wissen die Entwicklungsländer, warum sie nicht einen sofortigen ersatzlosen Wegfall des Welttextilabkommens fordern. Was schützt sie dann davor, daß z. B. die USA und – notgedrungen folgend – auch andere Länder einseitige Beschränkungen erlassen, und zwar nach dem Gesetz des Dschungels. *Das ist keine „Beschwörung des Chaos"*, sondern eine belegbare Gefahr.

Beiläufig bemerkt: auch im Gatt-Sekretariat wird nur mit Wasser gekocht. Unterderhand propagiert man ein acht- bis zehnjähriges Auslaufabkommen.

Die Außenhandelsvereinigung des deutschen Einzelhandels propagiert zwar einen freien Handel, aber nicht unter gleichen Wettbewerbsbedingungen. Gegen subventionierte Lieferungen aus Entwicklungs- und Schwellenländern hat sie offenbar nichts einzuwenden. Man sollte einmal darüber nachdenken, ob es entwicklungspolitisch sinnvoll ist, daß der Konsument oder der Importhandel in den Industrieländern mit Haushaltsmitteln der Entwicklungsländer subventioniert wird.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. K. Neundörfer,
Hauptgeschäftsführer Gesamttextil e. V., Frankfurt

Wort des Tages

❝ Jede Entwicklung ist nur durch das Gegen- oder Mitspiel anderer möglich. Wer etwas vom wirklichen Leben wissen will, muß sich den Gefahren des Menschen und auch Enttäuschungen aussetzen. ❞

Max Tau; deutscher Autor (1897–1976)

Pharma-Monopol

„Keine Einigung mit den Kassen"; WELT vom 20. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

daß in diesem Bereich nichts mehr normal ist, habe ich in der vergangenen Woche selbst festgestellt. Ich kaufte in einer Apotheke in Italien ein Medikament für L. 3300 = DM 5,52. Das gleiche Medikament kostet hier DM 19,35. Hier ist es außerdem verschreibungspflichtig, d. h., die Krankenkasse muß auch noch mindestens das Arzthonorar nach Nr. 1a der Anlage zur GOÄ tragen. Das fragliche Arzneimittel ist einmal in Deutschland und einmal in Italien (dort unter einem anderen Namen, aber gleicher Rezeptur) hergestellt worden. Unsere Pharmaindustrie braucht sich aber in diesem Falle keine Sorgen um ihre künftigen Gewinne zu machen, mir ist es ja als Privatmann lt. Arzneimittelgesetz verboten, Medikamente einzuführen.

Mit freundlichen Grüßen
J. Hensel,
Hamburg 80

Für den Frieden?

Was würde sein, wenn ein Mann wie der schwarze Bischof Tutu – keineswegs Förderer einer friedlichen Lösung der politischen und sozialen Probleme des Vielvölkerstaates Südafrika und keineswegs Integrationsfigur der schwarzen Bevölkerung dieses Landes – zunächst Revolutionsführer und dann erster schwarzer Präsident Südafrikas würde?

Die Folgen wären nicht Rassen, sondern Stammeskriege; schlimmer als in Zimbabwe, mit wirtschaftlichen und sozialen Folgen, vergleichbar mit den Zuständen in Moçambique und Angola! Aber die Tutu-Friedenspreisverleihung wäre nicht das erste Mal, daß das norwegische Preiskomitee geholfen hätte, nicht Konflikte zu lösen, sondern sie zu verschärfen und damit unlösbarer zu machen.

Prof. Dr. H.-D. Ortlieb,
Hamburg 52

Personalien

EHRUNGEN

Der Hamburger Kaufmann **Alfred C. Töpfer** erhielt den „Josephs-Thaler", die Ehrenmedaille des Zentralverbandes des Deutschen Getreide-, Futter- und Düngemittelhandels. Die Auszeichnung erinnert an Joseph von Ägypten, der im Alten Testament als erster Getreidehändler überliefert ist und im ersten Buch Moses als ein Mann dargestellt wird, der schon eine „vorausschauende Getreide-Vorratspolitik" betrieb, um in Zeiten der Knappheit die Verteilung und den Preis zu stabilisieren. Überreicht hat den Josephs-Thaler der Präsident des Zentralverbandes, **Rudolf Böhm.**

*

Dr. **Heinrich Ellermann,** Münchner Verleger, erhält am Montag in Zürich das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse. Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** zeichnet Ellermann „in Würdigung seiner Verdienste um die deutsche Literatur" aus. Der Ellermann-Verlag feiert in diesem Jahr 50jähriges Bestehen. Bis 1967 hat Heinrich Ellermann seinen Verlag, den er selber gegründet hat, persönlich geleitet.

*

Dr. **Jean Durlach,** Präsident der internationalen Gesellschaft für die Entwicklung der Forschung über Magnesium, wird von der Universität Hohenheim den Ehrendoktor der Naturwissenschaften erhalten. Der Wissenschaftler ist Hohenheim seit längerer Zeit durch seine Arbeit verbunden. Die Gesellschaft für Magnesium-Forschung hat ihren Sitz an der Universität. Jean Durlach hat die Zusammenhänge zwischen der Magnesium-Versorgung und funktionellen Erkrankungen des Menschen nachweisen können. Hierzu gehören die Beziehungen zwischen dem aktuellen Magnesium-Status einerseits und der Blutgerinnung, dem Immunsystem, Herzrhythmusstörungen und Gefäßerkrankungen.

ERNENNUNG

Neuer deutscher Botschafter in Budapest wird Dr. **Ernst Jung.** Der Diplomat, 1922 in Celle geboren, studierte Jura und Staatswissenschaften. 1950 ging er in den Auswärtigen Dienst. Er war in Luxemburg, in London und in Tokio auf Posten sowie bei der EG-Kommission in Brüssel. Nach einem weiteren Studium „Advanced Study Program" der Harvard-Universität kehrte er 1964 ins Auswärtige Amt zurück. Er war im Planungsstab, in der politischen Abteilung und schließlich in der Rechtsabteilung. Von 1968 bis 1971 wurde er erneut an der deutschen Botschaft in London als politischer Referent eingesetzt. Danach ging er als Botschafter nach Lagos. Von 1975 bis 1978 war er Beigeordneter Generalsekretär für politische Angelegenheiten der NATO in Brüssel. Anschließend leitete er als Botschafter die MBFR-Delegation in Wien. Zur Zeit ist er im Range eines Botschafters im Auswärtigen Amt Beauftragter für Nord-Süd-Verhandlungen.

Offizier gesteht Mord an Priester

● Fortsetzung von Seite 1

schauer St.-Stanislaus-Kostka-Kirche forderte er die rund 10 000 Gläubigen auf, ihren Schmerz über die Entführung ihres Pfarrers „als Christen zu tragen und auf Rache- und Haßgefühle zu verzichten". Gleichzeitig machte er der Gemeinde Hoffnung auf eine Rückkehr Popieluszkos, als er sagte: „Wir glauben heute zutiefst daran, daß er zu uns zurückkehren wird, aber wir verstehen auch das Opfer, der Freiheit beraubt zu sein." Auch Papst Johannes Paul II. hoffte gestern noch für den Geistlichen. Vor rund 200 Landsleuten sagte er in Rom: „Wir beten noch für Pater Popieluszko und danken allen, die sich mit uns im Gebet für diese Sache vereinigen, sei es hier in Rom, in Italien und in der ganzen Welt. Laßt uns bitten, daß er unserer Heimat Frieden gibt, laßt uns bitten, daß dieses neue Leiden zur geistlichen Erneuerung unserer Nation dient."

Auch Arbeiterführer Lech Walesa hat seine Landsleute vor Provokationen gewarnt. Vor mehr als 10 000 Menschen in der Danziger Brigitten-Kirche mahnte er, trotz der Empörung über die Entführung von Pfarrer Popieluszko nicht zu Demonstrationen auf die Straße zu gehen. Es sei wichtig, daß es zu keinen Explosionen der empörten Stimmung in der Bevölkerung komme, betonte Walesa. Aussichten auf einen Sieg habe die Gewerkschaft „Solidarität" nur in den Betrieben. Wichtig sei es daher, in den Betrieben zu beten und über den Fall zu diskutieren.

Denjenigen, die sich die Tat ausgedacht hätten, sei es darum gegangen, entweder die Leute einzuschüchtern oder aber Straßenunruhen hervorzuheben, bei denen es zu Blutvergießen komme. Walesa: „Uns geht es aber *nicht um eine Revolution*, sondern um eine friedliche Evolution."

Walesa berichtete, er habe am *Sonntag vormittag in seinem Wohnort* Danzig eine spontane Demonstration von Kirchgängern verhindert. Nach seinen Angaben wollte ein großer Teil der Menschen, die den Gottesdienst in der Brigitten-Kirche besucht hatten, zum Arbeiterdenkmal vor der Lenin-Werft ziehen. Er habe die Menge davor gewarnt, daß man sie zusammenschießen könnte.

Die Fernsehansprache des Innenministers kommentierte Walesa in einem Telefongespräch mit der Deutschen Presse-Agentur mit den Worten, sie habe die Menschen nicht beruhigt, sondern die Stimmung angeheizt. Wenn es personelle Konsequenzen in der Führung gegeben hätte, dann hätte dies die Atmosphäre vielleicht besänftigen können. Er stellte die von vielen Polen in diesen Tagen aufgeworfene Frage, wie es möglich sei, daß man die Täter zwar gefaßt habe, von Popieluszko aber weiterhin jede Spur fehle.

Überzeugt von dem Tod des Entführten *ist sein Rechtsanwalt*, Edward Wende. Er sagte, aus den Angaben des Innenministers könne man nur den Schluß ziehen, daß der Priester tot sei. Der Polizeihauptmann hätte verrückt sein müssen, wenn er einen Mord gestanden hätte, ohne ihn begangen zu haben. Wende: „Und ich glaube nicht, daß er verrückt ist."

Popieluszko: Mit dieser Maßnahme fiele Polen ins Mittelalter zurück

DW. Bonn

Die Menschenrechtsorganisation „Gesellschaft Kontinent" *hat sich in* einem Schreiben an den polnischen Justizminister Domeracki gegen den möglichen Plan einer zeitlich befristeten Verbannung von Regimekritikern *in ein außereuropäisches* Land ausgesprochen. Eine solche Absicht, die der Regierungssprecher Urban wiederholt öffentlich erwogen hat, sei „eine weitere Abkehr Polens von den völker- und verfassungsrechtlich garantierten Menschenrechten", *heißt es in dem Brief. Die* Menschenrechtsorganisation fordert den Justizminister auf, nicht zuzulassen, daß Polen seinen Bürgern derartigen Schaden zufügt. Dies würde einen verhängnisvollen Schritt in die Barbarei bedeuten.



Ein Gläubiger bringt einen Blumenstrauß an dem Bild des Priesters Jerzy Popieluszko an, das an einem Zaun um die St.-Stanislaw-Kostka-Kirche in Warschau befestigt ist. Popieluszko war von Mitgliedern des Sicherheitsdienstes entführt worden. Es ist zu befürchten, daß er ermordet wurde. FOTO: AP

Auch der wahrscheinlich ermordete polnische Priester Popieluszko nahm *in seiner Predigt am 9.* September in der St.-Stanislaws-Kostka-Kirche *in Warschau* gegen den möglichen Plan des Justizministeriums Stellung. Die WELT dokumentiert seine Ansprache.

*

„... in einem Staate allerdings, in dem die Politik ungestraft in jeden Bereich des gesellschaftlichen Lebens einzudringen versucht, muß *man manche Vorgänge umso mehr* vom moralischen Standpunkt aus beurteilen. *Das Problem ist höchst* beunruhigend, es handelt sich nämlich um die jüngste Äußerung des Regierungssprechers während einer Pressekonferenz, wo er feststellt: ‚... Einige Experten – Spezialisten des Strafrechts – schlagen eine Erörterung der Möglichkeit einer *Aufnahme* neuer Strafen in das Strafgesetz*buch vor: die Strafe des automati*schen Verlustes der Bürgerrechte und die Strafe der Ausweisung aus Polen für einen im Urteil bestimmten Zeitraum jener Personen, denen *ein schweres Verbrechen gegen den* Staat, basierend auf einer beharrlichen *Mißachtung* der verfassungsmäßigen Prinzipien unserer Staatsordnung, nachgewiesen wird. Experten, die dieses Projekt zu diskutieren beabsichtigen, weisen darauf hin, daß die Verbannung als Rechtskategorie einigen Rechtsordnungen der kapitalistischen Welt fremd ist.' (Zycie Warszawy, 5. 9. 1984, S. 2)

Ich lasse die Tatsache außer acht, daß die Machthaber in Polen mit ihren Rechtsmaßnahmen ins frühe Mittelalter zurückfallen würden, und ich lasse auch außer acht, seit wann denn die Rechtsordnung des Kapitalismus zum Vorbild für ein Land mit einer ‚fortschrittlichen und humanitären' Staatsordnung geworden ist.

Allein die Entstehung eines solchen Gedankens in Köpfen von Polen ist ein Verbrechen gegen das Volk. Schließlich meinte der Herr Regierungssprecher nicht die gemeinen Kriminellen, sondern die besten Söhne des Vaterlandes, die sich mu*tig der Zerstörung des Geistes* der Nation widersetzen. Der Herr Regierungssprecher stellt weiterhin fest – ich zitiere: ‚Einige Länder außerhalb des europäischen Kontinents wären unter bestimmten Bedingungen bereit, Personen aufzunehmen, falls diese aus Polen ausgewiesen würden.' (Zycie Warszawy w. o.)

Vielleicht wäre es ratsam, wenn jene, denen solche Ideen kommen, ihre eigenen Bindungen zur Heimat, ihren Patriotismus überprüfen würden. Oder vielleicht ... das Volk hätte nichts dagegen, wenn sie selbst die Verbannung wählten, nicht unbedingt in außereuropäische Länder.

Der Heilige Vater rief während des Kriegszustandes: ‚In Polen *darf es an* Platz für Polen nicht fehlen!? Jeder *Mensch hat ein Recht auf seine Hei*mat – niemand darf zur Emigration verurteilt werden.' Niemand hat also das Recht, irgend jemanden der Heimat, in der er seit Generationen verwurzelt ist, zu berauben."

Bildung im Betrieb unverzichtbar

In einem Jahr neun Milliarden Mark investiert / Warnung vor starkem staatlichen Einfluß

PETER PHILIPPS, Augsburg

Dort, wo sich Flexibilität und damit Erfolg deutschen Unternehmer*tums in Gestalt der Fugger ein* erstes Denkmal gesetzt hat, hat erstmals der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) in einem mehrtägigen Kongreß jetzt der beruflichen Weiterbildung ein Podium errichtet, weil sie zu den „Überlebensstrategien der deutschen Wirtschaft" auf dem Weltmarkt gehört und nicht zur „staatlichen Daseinsfürsorge", wie *etwa* die schulische Bildung. So drückte es der *Unternehmer Hans Günther Borg*mann aus, zugleich Vorsitzender der DIHT-Bildungsausschusses.

Für drei Tage hatten sich mehr als 650 Theoretiker und Praktiker des beruflichen Bildungswesens in der Industrie- und Handelskammer zu Augsburg versammelt, um über Ziele, Finanzierung und Gestaltung der *Weiterbildung zu diskutieren. Rund* neun Milliarden Mark haben die Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland allein im vergangenen Jahr in die berufliche Weiterbildung ihrer Mitarbeiter investiert, wie DIHT-Hauptgeschäftsführer Schoser berichtete. Bereits jedes zweite Unternehmen mit bis zu 500 Beschäftigten führt eigene, betriebsinterne Weiterbildung durch. Bei den Firmen mit mehr als 2000 Mitarbeitern gibt es *„praktisch kein Unternehmen mehr*, das auf betriebliche Weiterbildung verzichtet".

Aber die Kammern und Betriebe sehen die Gefahr, daß der Staat auch auf diesem Gebiet wieder seine bürokratischen „Krakenarme" ausstreckt. Schoser warnte deshalb nachdrücklich davor, daß „dauerhaft die berufliche Weiterbildung ihre Rolle *nur* spielen kann, wenn sie pluralistisch *organisiert ist und sich frei entwik*keln kann". Borgmann ergänzte ihn mit der Mahnung, daß zwar der *Bil*dungsgesamtplan von 1973 mangels Finanzmasse erledigt sei, aber die Vorstellung, „mit der Gewährung oder dem Entzug finanzieller Förderung die berufliche Weiterbildung staatlicher Bildungsplanung unterzu*ordnen", immer noch nicht.*

Eine Podiumsdiskussion führte in Augsburg vor Augen, daß es an diesem Punkt in der Tat erhebliche Meinungsunterschiede gibt. So wies der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gustav Fehrenbach darauf hin, daß die Weiterbildung nach Gewerkschafts-Auffassung durchaus eine öffentliche Aufgabe sei und damit auch in ein Gesamt-Bildungssystem integriert werden müsse. Und Edgar *Schramm vom* DGB-Berufsfortbildungswerk ergänzte in einem Arbeitskreis die Worte seines Gewerkschafts-Bosses mit der Forderung, daß „in der beruflichen Weiterbildung bundeseinheitliche Fortbildungsordnungen in Abstimmung mit den Gewerkschaften zu erlassen" seien.

Doch dort, wo sich heute schon der Staat in die berufliche Weiterbildung über die Finanzierung einmischen kann – über das Arbeitsförderungs-Konsolidierungsgesetz – sind die Erfahrungen bereits so negativ, daß sich niemand von den anwesenden Fortbildungspraktikern aus den Unternehmen mehr Staat wünscht: Nach *einer Ausschreibung erhält* der „billigste, nicht der preiswerteste" Anbieter den *Zuschlag* für die Fortbildungsmaßnahmen der Arbeitsämter. Selbst der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit hat offenbar den Unsinn erkannt und will im kommenden Monat gemeinsam mit den Präsidenten des DIHT und der Handwerkskammer in einem gemeinsamen Aufruf für Änderung sorgen.

Soldaten kritisieren SPD

Fragen nach dem Standort der Sozialdemokraten im Bündnis

PETER PHILIPPS, Koblenz

Grundsätzliche Kritik mußten sich sozialdemokratische Spitzenpolitiker am Wochenende in Koblenz von Soldaten anhören: Die SPD-Bundestagsfraktion hatte zu einer „sicherheitspolitischen Informationstagung" von rund 350 Politikern, Wissenschaftlern und Soldaten eingeladen. Von den Bundeswehr-Offizieren wurde in erster Linie die sicherheitspolitische „Kakophonie" der SPD bemängelt. Ohne Zweifel stehe das westliche Bündnis vor neuen *Herausforderun*gen, aber Sozialdemokraten dürften auch nicht den „unbegründeten Verdacht" erwecken, als ob man sich inhaltlich vom Bündnis oder der Bundeswehr entfernen wolle.

Doch auch die Bundesregierung blieb von Kritik nicht verschont: Von mehreren Soldaten war die Klage zu hören, daß Verteidigungsminister Wörner „mit einem großen Vertrauensvorschuß der Truppe" ins Amt gekommen sei, man sich aber – vor allem nach der Kießling-Affäre – mit ihm „nur noch schwer identifizieren" könne. Der andere Kritik-Punkt betraf die *„völlig unbefriedigende sozia*le Lage" der Soldaten.

Einen Teil der Kritik an der SPD versuchte Tagungsleiter Erwin Horn, Arbeitsgruppen-Vorsitzender „Sicherheitsfragen" in der SPD-Fraktion, vor dem Plenum wie auch in einer der Arbeitsgruppen aufzufangen. So betonte er, auch an die Adresse der SPD, daß die Bundeswehr eindeutig eine „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit" besitze und weder die „westlichen Manöveranlagen" noch die Waffenauslegung oder die Infrastruktur des Bündnisses irgendeine „Offensiv-Planung" zeigten. Sicher*lich habe es sich die SPD „immer* schwer gemacht mit der Sicherheitspolitik, weil es in ihr auch immer einen pazifistischen Flügel gibt". Aber die SPD sei „keine pazifistische Partei".

Die Tagung selbst wurde überlagert von einer scharfen Kontroverse zwischen Verteidigungsminister Manfred Wörner und Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel: *Der stellver*tretende SPD-Vorsitzende hatte in Koblenz Wörner vorgeworfen, er habe „eine Grundregel der Menschenführung verletzt und sich selbst nicht an das gehalten, was er von anderen verlangt". Er sei heute eine „Belastung" und „ein Minister, der auf verständnisvolle Nachsicht der Streit*kräfte angewiesen ist*, nicht einer, der als Vorbild zu fordern und zu führen vermag". Wörner hat dies gestern als „unflätige Angriffe" zurückgewiesen: Vogel versuche nur von der „tiefen inneren Zerrissenheit" der SPD abzulenken. Daß er dabei „die Wahrheit bedenkenlos verfälscht, kennzeichnet diesen Politiker, dem Lavieren *zur zweiten Natur geworden ist*".

Sicherheit neu gefaßt

WEU wird zur Stärkung des Bündnisses belebt

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Eine westeuropäische Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheitspolitik ist in Rom eingeleitet worden. 14 Minister aus sieben Ländern beschlossen, die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit im Rahmen der EG durch *eine sicherheitspoliti*sche Kooperation innerhalb der reaktivierten Westeuropäischen Union (WEU) zu ergänzen. Die Initiative wurde anläßlich des dreißigjährigen WEU-Jubiläums auf einer Festsitzung ergriffen, an der die Außen- und Verteidigungsminister der Bundesrepublik, Englands, Frankreichs, Italiens und der Benelux-Staaten *teil*nahmen.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher bezeichnete das Ergebnis dieser Sitzung als „außerordentlich ermutigend" für Europa und das gesamte westliche Verteidigungssystem. Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner sprach von „einem wichtigen Schritt auf dem Wege zur politischen Einheit Europas".

Die 14 Minister verabschiedeten zwei Dokumente: Die sogenannte „Erklärung von Rom", in der die neue Aufgabe der WEU als europäisches Instrument der Konsultation und Kooperation in der Sicherheitspolitik umrissen wird, und eine Instruktion für die institutionelle Anpassung der WEU-Organe an die erweiterte Aufgabenstellung.

In der „Erklärung von Rom" bekunden die Minister ihre Entschlossenheit, künftig „eine Abstimmung ihrer Auffassungen zur konkreten Sicherheitslage in Europa anzustreben". Dies gelte besonders für Verteidigungsfragen, für die Auswirkung der Ost-West-Beziehungen auf die europäische Sicherheit, *für Europas* Beitrag zur Stärkung der NATO und für die Zusammenarbeit im Rüstungsbereich.

Genscher als Präsident der römischen Jubiläumssitzung betonte vor der Presse, daß die Wiederbelebung der WEU den *europäischen* Pfeiler der NATO stärken solle. Schon in seiner Eröffnungsrede hatte er erklärt: „So wie wir im Bündnis ein *kraftvolles* Amerika brauchen, braucht Amerika ein handlungsfähiges und selbstbewußtes Europa." Vor der Presse fügte er dann im Namen aller Minister hinzu, in der westlichen Allianz sei nicht Amerika zu stark, sondern Europa sei nicht stark genug. Auch Wörner *unterstrich*, daß sich die Reaktivierung der WEU nicht gegen die NATO *richte*, sondern der Stärkung der NATO dienen solle.

Offensichtlich gehen die sieben WEU-Länder von der Annahme aus, daß unter ihnen eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik eher zu verwirklichen sei als *im* größeren *Rahmen der EG, wo* Griechenland und Dänemark trotz ihrer NATO-Mitgliedschaft jede Initiative auf diesem Gebiet blockieren und wo Irland als neutraler Staat für eine gemeinsame, auf die NATO bezogene Sicherheitspolitik sowieso ausfällt.

Die Erweckung der WEU aus ihrem Dornröschenschlaf hatte auch Spekulationen aufkommen lassen, ob man nicht dadurch Frankreich die *Gelegenheit bieten* wolle, ohne Gesichtsverlust über eine Hintertür wieder Anschluß an die Militärstrukturen der NATO zu suchen. Diesen Spekulationen nahm der französische Außenminister Cheysson auf der Pressekonferenz in Rom jede Grundlage mit dem Hinweis, im Rahmen der Reaktivierung der WEU könne *von integrierten Kommandos nicht* die Rede sein.

„Blockade war nicht gerechtfertigt"

dpa, Celle

Das im Grundgesetz verankerte Demonstrationsrecht erlaubt den Bürgern keine gewaltsame Blockade. Nach *Ansicht des Oberverwaltungs*gerichts in Celle hatten mehrere Kernkraftgegner im Mai 1979 während der Auseinandersetzung um das Endlager für atomare Abfälle in Gorleben ihre Traktoren vor dem Gerätelager einer Baufirma so abgestellt, daß die Baufahrzeuge *das Gelände* nicht verlassen konnten. Die Bürger aus dem Raum Gorleben dürften sich nicht darauf berufen, daß jedes einzelne Fahrzeug noch keine Blockade habe bewirken können. Entscheidend sei, daß die Beteiligten ihren Blockadeplan zusammen verwirklicht hätten. Im Mai 1979 hatten sieben Bauern aus dem Kreis Lüchow-Dannenberg drei Tage lang das Arbeits- und Gerätelager einer Celler Firma blockiert, die Probebohrungen im Gorlebener Salzstock vornahm.

„Daß es im demokratischen Staat gegen rechtlich einwandfreie Entscheidungen parlamentarisch legitimierter Staatsorgane kein Widerstandsrecht gibt und daß diejenigen, die bestimmte energiewirtschaftliche Entwicklungen als lebensbedrohend empfinden, nicht berechtigt sind, diese Entwicklungen mit Gewalt zu bekämpfen und damit die staatliche Ordnung anzugreifen, ist selbstverständlich und bedarf keiner *Darlegung*", meinten die Richter. (AZ: 13 U 313/83.)

Kein Geld für höhere Renten

dpa, Hamburg

Die Rentenversicherung hat nach den Worten von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg „leider gegenwärtig keine Reserven für populäre Gedanken" wie eine größere Steigerung als die für 1985 vorgesehenen 1,3 Prozent. In der WELT am SONNTAG betonte Stoltenberg aber, daß die niedrige Preissteigerungsrate den geringen Anstieg der Renten trotz der wieder eingeführten Krankenversicherungsbeiträge erträglich gestalte.

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) hat vor Finanzmanipulation in der Sozialversicherung gewarnt. Die zu erwartende Finanzlücke sei durch die Verschiebung von jeweils 0,2 Prozentpunkten der Beiträge von der Bundesanstalt für Arbeit zugunsten der Rentenversicherung nicht dauerhaft auszuschließen, sagte der nordrhein-westfälische DAG-Verbandsleiter Werner Fischer am Wochenende.

Glotz: Koalition mit Grünen denkbar

dpa, Bremen

SPD-Bundestagsgeschäftsführer Peter Glotz hält nach der Bundestagswahl 1987 sowohl eine Koalition seiner Partei mit den Grünen als auch mit der CDU für denkbar. In einem Interview der Sonntagszeitung „Weser-Report" bezeichnete Glotz die Grünen als eine „bürgerliche Partei". Man müsse „schauen, was man mit ihr durchsetzen kann. Man muß aber auch schauen, was man mit anderen, *beispielsweise mit der CDU*, durchsetzen kann".

Überflüssige Fleißarbeit

Mk. – Der Verkehrsbericht, an dessen Inhalt jetzt das Ministerium letzte Hand angelegt hat, bleibt erheblich hinter den Erwartungen zurück. Das gilt nicht für das Volumen, das aber auch nicht über die vielen Leerformeln hinwegtäuschen kann. Allein schon der Eingangssatz „Der Bürger ist tagtäglich Verkehrsteilnehmer" steht für viele. Selbst wenn solche „Erkenntnisse" noch ausgebügelt werden sollten, grundsätzlich aufpolieren läßt er sich kaum noch. Die ursprüngliche Absicht kann er nicht erfüllen.

Angekündigt hatte Verkehrsminister Dollinger, wozu er vom Verkehrsausschuß aufgefordert worden war, die Vorlage einer verkehrspolitischen Gesamtkonzeption. Dieses ist der Bericht nun bestimmt nicht, selbst wenn die bahnpolitischen Leitlinien und die Vorstellungen zur Verkehrssicherheit dazugenommen werden. Im Kern ist er eine Bestandsaufnahme, wobei die Leistungen der Regierung in der Flut des zum Teil bedeutungslosen Materials untergehen. Spötter im Ministerium meinen, es sei alles aufgeschrieben worden, was jemandem zum Thema Verkehr eingefallen sei.

Dabei spielt natürlich eine Rolle, daß es nicht nur schwierig ist, eine Gesamtkonzeption zu entwickeln, sondern daß es politisch wenig sinnvoll ist, sie auch noch zu veröffentlichen. Dann würde sich bestimmt nichts mehr bewegen lassen, dann würde sich sofort die Protestfront all jener formieren, die ihre Wünsche nicht erfüllt sehen. Wenn dem so ist, dann konnte sehr viel mehr als eine fast überflüssige Fleißarbeit nicht herauskommen.

Höchste Zeit

HH – Es war höchste Zeit, daß die Bundesregierung vor den heute in Bad Kreuznach beginnenden deutsch-französischen Konsultationen ihre Marschroute für die künftige Beteiligung an wichtigen Weltraumprojekten festgelegt hat. Allein schon wegen der finanziellen Größenordnung ist ein europäisches *Zusammengehen ratsam, oft* sogar zwingend. Darüber hinaus hat es verhandlungstaktische Vorteile im Verhältnis zu den USA, an deren Raumstation sich Europa beteiligen soll, während andererseits Washington dem alten Kontinent in sensiblen Fragen des Technologietransfers neuerdings immer deutli*cher die kalte Schulter zeigt.* Europäische Geschlossenheit und Kooperationsbereitschaft könnten die amerikanische Regierung vielleicht von ihrem restriktiven und protektionistischen Kurs abbringen. Das setzt zunächst gründliche Abstimmung der europäischen Kontrahenten – vor allem zwischen den mut*maßlichen Hauptzahlern* Bonn und Paris – voraus. Nur so läßt sich auch am ehesten eine Kostenexplosion vermeiden.

VERKEHRSBERICHT / Bekenntnis zu mehr Markt und weniger Bürokratie

Kleinere Lastwagen sollen von der Kontingentierung befreit werden

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Bonn**

Lastwagen bis zu vier Tonnen sollen schrittweise von der Kontingentierung freigestellt werden. Dieses ist einer der Punkte des Verkehrsberichts, der jetzt im Hause Dollinger fertiggestellt wurde und der in Kürze dem Kabinett und dem Bundestag zugeleitet werden soll. Der Ordnungsrahmen im *Güterkraftverkehr soll* den in den letzten Jahren eingetretenen Veränderungen angepaßt werden, wobei die Fortschritte bei der Konsolidierung der Bundesbahn berücksichtigt werden sollen.

In dem Verkehrsbericht mit dem Untertitel „Analysen, Leistungen, Perspektiven" haben die Experten des Ministeriums auf 95 Seiten und einem umfangreichen Anhang alles zusammengetragen, was sich zu ihrem Bereich generell sagen läßt. Es überwiegt die Bestandsaufnahme. Aussagen über die konkrete Gestaltung des künftigen Straßen- oder Schienennetzes gibt es nicht.

Bei der Fortentwicklung des Ordnungsrahmens sollen folgende Leitgedanken im Vordergrund stehen: mehr Flexibilität; „mehr Markt", zumindest in Teilbereichen; insgesamt weniger Bürokratie; Sicherung einer leistungsfähigen Deutschen Bundesbahn als eines überragend wichtigen Gemeinschaftsgutes und Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des mittelständischen Verkehrsgewerbes.

Als einen „maßvollen Schritt zu mehr Markt und mehr Wettbewerb, der darüber hinaus neue Berufszugangsmöglichkeiten in diesem Teilbereich eröffne, positive Anreize für Investitionen und Arbeitsplätze mit sich bringe und zugleich der Ausweitung des Werkverkehrs entgegenwirken würde", wird die Freistellung der kleineren Lastwagen bis zu vier Tonnen von der Kontingentierung bezeichnet.

Ähnlich wird die Aufstockung der Kontingente für den Bezirksgüterfernverkehr, also im Umkreis von 150 Kilometern um den Standort des Unternehmens herum, gewürdigt. Dadurch soll das Verkehrsgewerbe in die Lage versetzt werden, Transporte zu übernehmen, die andernfalls im Werkverkehr abgewickelt werden müßten. Überdies soll dadurch das Verkehrsangebot in Regionen verbessert werden, in denen es keine Alternative zum Straßenverkehr gibt.

Ferner sollen die Chancen für neue und kleinere Unternehmen vergrößert werden, eine Genehmigung zu erhalten. Damit soll unerwünschten Konzentrationstendenzen entgegengewirkt und unter dem Aspekt veränderter Leistungsangebote der Bahn, wozu wohl auch Streckenstillegungen gehören dürften, mehr als bisher struktur- und regionalpolitischen Gesichtspunkten Rechnung getragen werden.

Auf das Beförderungsbescheinigungsverfahren, das die Ausdehnung des Werkfernverkehrs nicht bremsen konnte, soll verzichtet werden. Um die verkehrspolitisch erwünschte Transparenz zu erreichen, genügt nach Ansicht des Ministeriums eine Anmeldepflicht.

Im Rahmen einer dem Markt angepaßten Tarifstrukturreform wird die Bundesregierung darauf drängen, daß die Tarife des Güternahverkehrs und des Güterfernverkehrs aufeinander abgestimmt werden. „Tarifsprünge beim Übergang vom Nah- zum Fernverkehr sollen dadurch beseitigt werden."

Bei der Weiterentwicklung der Tarife, vor allem für den grenzüberschreitenden Verkehr, soll darauf geachtet werden, „daß die zu Wettbewerbsverzerrungen führenden administrativ bedingten Disparitäten zwischen den Transportpreisen für den Binnenverkehr und den grenzüberschreitenden Straßengüterverkehr nach Möglichkeit beseitigt werden".

Der Hinterlandverkehr der deutschen Seehäfen unterliegt ordnungspolitisch den Regelungen für den Binnenmarkt, auch wenn es sich *um die Beförderung von Außenhan*delsgütern handelt.

Um die Verzerrung abzubauen, gibt die Bundesregierung freiwilligen Maßnahmen des Verkehrsgewerbes den Vorrang. Sollte dies nicht zu befriedigenden Regelungen führen, will sie gesetzliche Maßnahmen einleiten.

US-AKTIENMÄRKTE

Trotz Zinssenkung gaben die Kurse deutlich nach

LEO FISCHER, **Bonn**

Nach dem starken Kurssprung der Vorwoche erfüllten sich die Erwartungen auf einen weiterhin festen Trend an der Wall Street in den letzten fünf Börsentagen nicht. Selbst die neuerliche Senkung der Prime Rate, des Zinses, den die Banken ersten Kreditadressen in Rechnung stellen, auf zwölf Prozent konnte der New Yorker Börse keine Impulse geben. Selbst am Freitag, als die Zinssenkung unter Führung der Morgan Guaranty Trust, die auch die letzten Zinssenkungsrunden eingeläutet hatte, bekanntgegeben wurde, schloß die Wall Street mit Kursverlusten. Der Dow-Jones-Index der 30 Industriewerte gab am Freitag um 6,07 Punkte auf 1204,95 Punkte nach.

Im Wochenverlauf fiel der Dow-Jones-Index insgesamt um 20,98 Punkte. Der breiter gestreute Nyse-Index ermäßigte sich um 1,52 auf 95,34 Punkte. Auch die Umsätze gingen deutlich zurück. Nachdem in der Vorwoche im Tagesdurchschnitt 121,34 Millionen Aktien den Besitzer gewechselt hatten, wurden in den letzten fünf Börsentagen nur täglich 88,31 Millionen Aktien umgesetzt.

Auch die Tatsache, daß es an der Wall Street *am Freitag zur viertgrößten* Blocktransaktion in der Geschichte der New Yorker Börse gekommen war, konnte den Umsatzrückgang nicht verhindern. Im Rahmen einer Rückkaufaktion von eigenen Aktien der Santa Fe Southern Pacific wurde ein Block von sechs Millionen Aktien gehandelt, bei einem Gesamtumsatz in dieser Aktie von 6,8 Millionen Stück.

Daß sich die Zinssenkung nicht in steigenden Kursen ausgewirkt hat, lag zum einen daran, daß die Börsianer mit einer Senkung der Prime Rate gerechnet hatten, nachdem die Zinsen für Tagesgeld und Schatzwechsel schon seit Tagen nach unten tendierten. Zudem beunruhigten wieder einmal die Prognosen des Zinspapstes Henry Kaufmann, der den Zinsrückgang als vorübergehend bezeichnete. Tatsächlich gingen die Kurse am Anleihemarkt nach gut zweiwöchiger Hausse am Donnerstag und Freitag zurück. Schließlich muß die Abschwächung am Aktienmarkt auch als Reaktion auf die Kursgewinne der Vorwoche angesehen werden.

Eine Verunsicherung bei Analysten und Anlegern brachten auch die *Unternehmensergebnisse für das* dritte Quartal, die nicht so gut ausgefallen sind, wie dies allgemein erwartet worden war. Typisches Beispiel dafür mag General Motors sein, auch wenn dabei Sondereinflüsse (Streik) eine Rolle spielen. Der Gewinn im dritten Quartal betrug nur ein Viertel dessen, was das Unterneh*men im zweiten Quartal verdient hat*te. In anderen Branchen wie Stahl und Chemie wirkte sich der hohe Dollarkurs negativ aus. Insgesamt erwartet das Brokerhaus Paine Webber im dritten Quartal einen auf Jahresbasis umgerechneten Gewinnrückgang um zwölf Prozent.

Konjunktur-Impulse fehlen

Von LEO FISCHER

Die schizophrene Situation an den Weltrohstoffmärkten – fallende oder stagnierende Preise im Konjunkturaufschwung – hielt auch im Oktober an. Der September-Rückgang der Auftragsbestände für Investitionsgüter in den USA (nach einem *Plus von 0,3 Prozent im August) hat* die Überzeugung gefestigt, daß sich die Wirtschaftserholung in den USA deutlich abgeschwächt hat. Die Hoffnung, daß die Nachfrage nach Rohstoffen durch die Konjunkturentwicklung Impulse erhalten könnte, ist damit enttäuscht worden.

Auf der anderen Seite eröffnete die langsamere konjunkturelle Gangart die Chance, daß die Zinsen fallen. Tatsächlich befinden sich die Zinsen sowohl in den USA als auch in der Bundesrepublik seit Wochen auf dem Rückzug. Am letzten Freitag senkten die US-Banken zum dritten Mal innerhalb weniger Wochen ihre Prime Rate, *den Zins für Kredite an erste* Adressen, auf jetzt zwölf Prozent und damit auf das niedrigste Niveau seit dem Frühjahr. Niedrigere Zinsen aber verbilligen bei den Verarbeitern die Lagerhaltung und können die Spekulanten zu verstärkten Engagements an den Rohstoffbörsen veranlassen. Sinkende Zinsen müßten also die Nachfrage *nach Rohstoffen* anregen und tendenziell für stabile oder sogar steigende Notierungen sorgen.

Bislang freilich waren die sich verschlechternden konjunkturellen Aussichten von stärkerem Einfluß auf die Preisbildung als die Zinsen. Aber auch in den Monaten vorher, als die US-Wirtschaft noch unerwartet starke Wachstumskräfte entfaltete, blieben die Rohstoffmärkte anscheinend unbeeindruckt. Offenbar herrschte an den Börsen schon damals Skepsis über die Dauer des Konjunkturaufschwungs, als die Indikatoren solchen Pessimismus noch als völlig unangebracht erscheinen ließen.

Stärkere Preisschwankungen – ob nach oben oder unten – waren im letzten Monat nur vereinzelt zu registrieren, während sich die Indices überhaupt nicht von der Stelle bewegten. Der nach Dollar-Notierungen berechnete Moody's-Index dümpelt weiterhin auf dem Jahrestiefstniveau, wobei allerdings der feste Dollarkurs zu berücksichtigen ist. Aber auch der auf Pfundpreisen basierende Reuters-Index konnte trotz zeitweise scharfer Pfundbaisse nur wenige Punkte zulegen. Wenn die NE-Metalle vergleichsweise fest notierten, so ist das allerdings zu einem guten Teil auf die Kursschwäche des Pfund Sterling *zurückzuführen.*

Dieser stabile Trend wurde aber durch einige günstige fundamentale Nachrichten unterstützt. Bei Kupfer waren es Berichte über chinesische Käufe, bei Zinn, Blei und Zink war es der Rückgang der Lagervorräte an der London Metal Exchange. Dabei fielen die Bestände an Blei und Zink jeweils auf ein Tiefstniveau seit drei bzw. neun Jahren.

Bei den „soft commodities" fällt vor allem der Preisanstieg bei Weizen auf. Immerhin dürfte die Weltweizenproduktion 1984 mit 513 Millionen Tonnen um drei Prozent höher ausgefallen sein als im Vorjahr und trotz Steigerung des Verbrauchs dürften die Endbestände – wie der „Terminmarkt", ein Informationsdienst des Brokerhauses Hornblower und Fischer berichtet – der Saison 1984/85 bei 141 Millionen Tonnen liegen nach 132 Millionen bei Auslaufen der Saison 1983/84.

Mit dem Ende der Ernte in den Produktionsländern der nördlichen Hemisphäre scheint der während der Erntezeit typische Preisdruck bei Weizen überwunden worden zu sein. Hinzu kommt, daß die Marktteilnehmer auf ein neues umfangreiches Kaufprogramm der Sowjetunion hoffen.

Am Kakaomarkt ist es zu einer *Verknappung sofort* verfügbarer Ware gekommen. Wie stark der Engpaß ist, zeigt sich daran, daß für sofort verfügbare Ware zeitweise ein Aufpreis gegenüber der späteren Lieferung von 200 Pfund gezahlt wurde, der inzwischen aber wieder etwas geschrumpft ist. Auch die fundamentale Situation deutet auf im Prinzip fe*ste Preise hin. Denn nach der neue*sten Schätzung des Londoner Handelshauses Gill and Duffus dürfte der Fehlbestand an Rohkakao in der Saison 1983/84 mit 166 000 Tonnen höher ausfallen als bisher angenommen wurde.

Der Kaffeepreis profitierte außer von der Pfundschwäche vor allem von der neuerlichen Verknappung einer Sorte, von Robusta nämlich zur nahen Lieferung. So wurde der November-Termin in London zuletzt 182 Pfund teurer gehandelt als der in der Tabelle angegebene Januar-Termin. Der ICO-Indikatorpreis, der in US-Cents pro Pfund angegeben wird, bewegt sich mit 136,03 nur ganz knapp über der kritischen Marke von 135 Cents. Bei Erreichen dieses Preises wird eine Million Sack der ursprünglich zwei Millionen, die für den Export freigegeben wurde, vom Markt zurückgehalten. Gleichwohl halten Händler eine Preisabschwächung nach Auslaufen des November-Kontrakts *für möglich, weil das* Angebot für die ferneren Termine umfangreicher zu sein scheint.

Rohstoffe	Börse	Einheit	Ende Oktober 1984	Ende September 1984	Hoch 1984	Tief 1984
Kupfer	L	£/t	1051,75	1032,50	1096,25	941,75
Zink	L	£/t	634,50	609	757,50	593
Zinn	L	£/t	9703,50	9510	9875,50	8337,50
Blei	L	£/t	345,75	329,75	385,50	273,75
Gold	L	$/Unze	339,90	344,15	406,85	332,50
Silber	L	p/Unze	596,60	596	679,70	529,10
Platin	L	£/Unze	268,15	260,20	284,90	247,40
Weizen	C	Cts/bu	364,50	347	396,50	321,62
Mais	C	Cts/bu	277,25	278,50	365,75	276,19
Kakao[1]	L	£/t	1951,50	1877,50	2103,60	1638
Kaffee[1]	L	£/t	2330	2297,50	2559	1942,50
Zucker	L	£/t	119	116	194	105
Sojaöl	C	Cts/lb	26,87	26,18	41,08	26,05
Baumwolle[2]	Li	Cts/kg	75,15	73,25	90,10	72,35
Schweißwolle	S	Cts/kg	571	558,25	607	546
Kautschuk	L	p/kg	61,75	61,50	94,75	58,50
Indices:						
Moody's (31.12.31=100) New York			968,7	967,3	1078,5	956,4
Reuter's (31. 9.31=100) London			1894	1871,6	2020,4	1840,5

[1] Zweite Abladung [2] 1A-Index-Preis
L = London C = Chicago S = Sydney Li = Liverpool
Zusammengestellt von der Commerzbank AG

AUF EIN WORT



„Wer die technologischen Erkenntnisse der letzten zwanzig Jahre bei der Bierproduktion seinem Produkt nicht zukommen läßt, der versündigt sich an seinen Kunden."

Albert Cramer, geschäftsführender Gesellschafter der Warsteiner Brauerei Gebr. Cramer, Warstein
FOTO: DIE WELT

Protektionismus in USA angeklagt

dpa/VWD, **Berlin**

Für handelspolitisch bedenklich hält der Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG, Frankfurt, Wilfried Guth, die Konsequenzen, die sich aus der durch den hohen Dollarkurs verschlechterten amerikanischen Wettbewerbsfähigkeit ergeben könnten. Der protektionistische Druck in den USA habe schon erheblich zugenommen. Dabei enthalte der Dollarhöhenflug auch das Risiko eines abrupten Umkippens, warnte Guth. Deshalb laute die Kernfrage internationaler Währungspolitik, wie sich ein leichtes Abfallen des Dollarkurses erreichen läßt, *bei dem die Währung* grundlegend stark bleibe und die für die Weltwirtschaft so wichtige US-Konjunktur nich abgewürgt werde.

WIRTSCHAFTSLAGE

Schimmelpfeng: Zahl der Konkurse auf Höchststand

dpa/VWD, **Frankfurt**

1984 wird der Bundesrepublik einen neuen Nachkriegsrekord von voraussichtlich 16 500 Konkursen und Vergleichen bringen – nach den neuesten Berechnungen der Frankfurter Wirtschaftsauskunftei Schimmelpfeng GmbH. Im Vorjahr waren es nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 11 845 Fälle. Auffällig sei dabei, daß die Steigerung der Insolvenzen in den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres, nach Hochrechnungen um 2,4 Prozent auf 12 450 Fälle, hauptsächlich auf den Anstieg der Privatkonkurse zurückzuführen sei. Bis September nahmen die Pleiten privater Gemeinschuldner um 11,6 Prozent zu, während die Unternehmenszusammenbrüche um 0,8 Prozent zurückgingen.

Wie Schimmelpfeng weiter meldet, ist im 3. Quartel 1984 trotz enormer Steigerungen der Exportaufträge und freundlichem Konsumklima keine durchgreifende Besserung der Zahlungsmoral eingetreten, was auf die Auswirkungen des Arbeitskampfes zurückgeführt wird. Die Befragung von 8520 Unternehmen habe ergeben, daß 69,5 Prozent ihren Zahlungsverpflichtungen fristgemäß nachgekommen sind gegenüber 69,1 Prozent im Vorquartal. Der „Bodensatz" an unpünktlichen Zahlern beträgt also immer noch mehr als 30 Prozent und liege damit auf dem Niveau von Anfang 1980, als der Konjunkturabschwung begann.

Der Anteil der Firmen, die zu den „langsamen" Zahlern mit Fristüberschreitungen bis zu zwei Monaten zu rechnen sind, sei mit einem Fünftel unverändert geblieben; ebenso wie der Anteil der schleppend regulierenden Firmen mit 7,5 Prozent.

INTERSTOFF

Textilbranche setzt hohe Erwartungen in die Messe

INGE ADHAM, **Frankfurt**

In einem freundlichen Konjunkturumfeld beginnt heute die 52. Interstoff in Frankfurt, auf der bis zum 31. Oktober 1000 Aussteller aus der internationalen Textilindustrie ihre neue Stoffmode zeigen. So wies der Auftragseingang für das deutsche Textilgewerbe in diesem Jahr bisher mit einer Jahresrate von plus 5,8 Prozent deutlich nach oben.

Dabei *sorgte vor* allem *das Ausland* (plus 16 Prozent) mit seinen Bestellungen für eine deutliche Belebung. Diese gestiegene Nachfrage spiegelt sich auch in der Umsatzentwicklung der Branche wieder. Von Januar bis Juli (neuere Zahlen liegen noch nicht vor) zog der Umsatz um 6,4 Prozent auf 20,3 Mrd. DM an; im Bekleidungs*gewerbe machte das Plus sogar* 8,2 Prozent auf 12,2 Mrd. DM aus.

Vor diesem Hintergrund sind die positiven Erwartungen aus der Branche zu sehen, die kurz vor Messebeginn die Stimmung kennzeichnen. Allerdings ist das Bild der deutschen Textilindustrie nach wie vor von sehr unterschiedlichen Firmenkonjunkturen geprägt.

An der internationalen Fachmesse für Bekleidungstextilien beteiligen sich insgesamt 35 Länder. Dabei stellen die italienischen Stoffhersteller mit 252 Ausstellern wieder die größte Gruppe; *Italien ist mit gut einem* Fünftel aller deutscher Textil- und Bekleidungseinfuhren größter Lieferant (1983: 5,9 Mrd. DM). Zweitgrößte Ausstellergruppe sind die 212 deutschen Anbieter, Frankreich mit 136 Ausstellern, die Schweiz kommt mit 88, Großbritannien mit 85 und Japan mit 50 Anbietern. Ziel der Ausländer *ist dabei nicht nur das Verkaufen in* den deutschen Markt, sondern auch ein Ausbau internationaler Beziehungen.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Zustimmung für Jamani

Oslo (rtr) – Die nicht zur Opec gehörenden Länder Mexiko und Ägyp*ten haben nach Aussage des saudiara*bischen Ölministers Ahmed Zaki Jamani einer Drosselung ihrer Ölförderung zugestimmt. Sie wollten damit ihren Beitrag zur Stabilisierung der Ölpreise leisten, meinte Jamani vor der Presse. Wie hoch die Produktionsrücknahme ausfallen werde, wollte er nicht sagen.

Weg der Kurse

	26.10.	19.10.
Boeing	56	57,875
Chrysler	30,625	32
Citicorp	35,25	36,50
Coca-Cola	64,875	64,50
Exxon	43,25	41,50
Ford Motors	47,625	50
IBM	124,375	125
PanAm	5,125	5
US Steel	23	23
Woolworth	36,125	37,125

Preise wieder gestiegen

Paris (dpa/VWD) – Die Preise in Frankreich lagen im September auf der Verbraucherstufe um 7,1 Prozent höher als im entsprechenden Vorjahresmonat. Nach Angaben des Nationalen Amtes für Statistik stiegen die Verbraucherpreise seit Januar um 5,4 Prozent.

Produktion erhöht

Moskau (dpa/VWD) – Die Industrieproduktion der Sowjetunion ist in den ersten neun Monaten dieses *Jahres um 4,1 Prozent im Vergleich* zum entsprechenden Vorjahreszeitraum gestiegen. Die Zunahme sei fast ausschließlich auf die im gleichen Zeitraum um 3,7 Prozent gestiegene Arbeitsproduktivität zurückzuführen, hieß es in einem Kommentar zu den Zahlen des Zentralen Statistischen Amtes der UdSSR. Die Auflagen bei der Erdölproduktion seien nicht erfüllt worden. Den Angaben zufolge wurden bis Ende September mit 461 Mill. Tonnen Erdöl (inklusive Gaskondensat) 0,4 Prozent weniger gefördert als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Einigung in Sicht

***Toronto** (VWD) – Eine Einigung* über einen neuen Tarifvertrag bei der General Motors of Canada Ltd. schien am Wochenende in greifbare Nähe gerückt zu sein. Wie ein Gewerkschaftssprecher mitteilte, halte man nach einem neuen Angebot der Geschäftsführung den baldigen Abschluß einer Vereinbarung für möglich. Allerdings hat sich die Zahl der General-Motors-Arbeiter, die in den USA wegen des anhaltenden Streiks in den kanadischen GM-Werken entlassen wurden, auf fast 41 000 erhöht.

DM-Anleihe aufgelegt

Washington (AFP) – Die Weltbank hat am *Donnerstag die Auflegung ei*ner Anleihe von 400 Millionen DM angekündigt. Die auf zehn Jahre befristete Anleihe, in Form von Obligationen, wird zu 99,75 Prozent des Parikurses und mit einem Jahreszinssatz von $7\frac{5}{8}$ Prozent von einem bundesdeutschen Bankenkonsortium unter Federführung der Deutschen Bank AG ausgegeben.

Halbjahres-Rekord

Tokio (dpa/VWD) – Die japanische Autoproduktion hat in der ersten Hälfte des laufenden Fiskaljahres (April bis September) mit 5,7 Mill. Fahrzeugen, einschließlich Lkw und Bussen, einen neuen Höchststand erreicht: 2,2 Prozent *mehr als in* der gleichen Vorjahresperiode. Die Exporte stiegen in diesen sechs Monaten um neun Prozent auf insgesamt 3,1 Mill. Fahrzeuge.

Verluste halbiert

Paris (dpa/VWD) – Die Peugeot S. A. hat ihre Verluste im 1. Halbjahr 1984 halbiert. Sie betrugen nach Angaben des Unternehmens 406 Mill. Franc (133 Mill. DM) nach 800 Mill. Franc Ende Juni 1983. Der konsolidierte Umsatz lag in der Berichtsperiode bei 46,4 Mrd. Franc und damit um 7,3 Prozent höher als im 1. Halbjahr 1983. Die Umsatzsteigerungen stammten zu 7,7 Prozent aus dem Automobilbereich.

Wochenausweis

	23.10.	15.10.	23.9.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	66,4	67,2	69,6
Kredite an Banken	49,7	49,4	49,7
Wertpapiere	4,9	5,1	5,3
Bargeldumlauf	*102,5*	*105,1*	*104,1*
Einl. v. Banken	49,9	47,2	40,2
Einlagen v. öffentl. Haushalten	8,6	6,5	17,6

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT / Programm zur Forschungsförderung

Das Parlament gibt Rückendeckung

WILHELM HADLER, **Straßburg**

Mit einem Mehrjahresprogramm zur Stimulierung der Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik will die Brüsseler Kommission den Rück*gang der* Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Forschung aufhalten. Das Europäische Parlament hat ihr dafür in der letzten Woche die volle politische Rückendeckung gegeben.

In einer Entschließung verweist das Haus auf die Notwendigkeit einer konzertierten Aktion zur Verbesserung der *Organisation der Forschung* und einer Belebung der Forschungssysteme durch intensiven Austausch von Wissenschaftlern und Forschungserkenntnissen. Die Vorschläge der Kommission werden vom Straßburger Parlament als eine „gute Grundlage" dafür bezeichnet.

Nach diesen Vorschlägen soll die EG vornehmlich Forschungsbeihilfen, Laborpartnerschaften und kooperative Entwicklungsaufträge im Bereich der Natur- und Biowissenschaften finanzieren. Als Schwerpunkte wurden Chemie, Biokommunikation, Geologie, Optik, Mathematik und Informatik, Ozeanographie, *Oberflächenphysik und* -chemie so wie wissenschaftliche Geräte gewählt.

In einer ersten Stufe von vier Jahren, die den Zeitraum von 1985 bis 1988 umfaßt, sieht der Plan die Beteiligung von rund einem Prozent der europäischen Forscher (etwa 4000 Personen) vor, langfristig sogar die Hinzuziehung von fünf Prozent. Als Finanzvolumen wurden bis 1989 rund 89 Mill. DM veranschlagt.

Der Berichterstatter des Parlaments, Professor Werner Münch (CDU), meinte, es bestehe kein Anlaß, den Zustand der *europäischen* Forschung allzu pessimistisch zu beurteilen. Der wesentliche Grund für den Vorsprung der USA und Japans in einigen Bereichen der technologischen Forschung und ihrer Umsetzung in Innovationen liege in Überschneidungen der Forschungsarbeit, in mangelnden Anreizen und in der Unterbeschäftigung von Wissenschaftlern. Erst wenn die EG auch über einen einheitlichen „Wissenschaftsraum" vefüge, der auf mehr Austausch und Mobilität beruhe, könne das vorhandene Potential genutzt und ein Abwandern weiterer „grauer Zellen" verhindert werden.

In den „Experimentierphasen" des Programms hat sich bereits gezeigt, daß in den Universitäten und industriellen Forschungslabors großes Interesse an einer Kooperation besteht. So gingen zwischen Juli 1983 und September 1984 in Brüssel 5000 Anfragen ein. In 609 Fällen wurden Finanzierungsanträge gestellt, 78 Projekte konnten akzeptiert werden.

TOTAL-GRUPPE

Präsident hat gewechselt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Unter dem Druck der französischen Regierung hat der Verwaltungsrat der staatlich kontrollierten Compagnie Française des Petroles (CFP), Holdinggesellschaft des Mineralölkonzerns „Total" (46 000 Beschäftigte, 140 Mrd. Franc Umsatz), François-Xaver Ortoli (59) zu seinem Präsidenten ernannt. Der vom Verwaltungsrat zunächst als Nachfolger für den aus Altersgründen ausscheidenden CFP-Präsidenten Granier de Lilliac vorgeschlagene Vizepräsident Louis Deny wurde in seinem Amt bestätigt und soll erweiterte Vollmachten erhalten.

Dieser „Kompromiß" wird in der Umgebung von Premierminister Fabius als Beweis für den Willen der Regierung dargestellt, ihre Beziehungen zu den bürgerlichen Oppositionsparteien zu „entkrampfen". Ortoli, zuletzt Vizepräsident der EG-Kommission, hatte unter den Staatspräsidenten de Gaulle und Pompidou verschiedene Ministerämter bekleidet. Im Unterschied zu anderen CFP-Präsidenten verfügt Ortoli nicht über große Industrieerfahrungen.

Der französische Staat ist am Kapital der CFP direkt mit 35 Prozent beteiligt und hält 40 Prozent der Stimmrechte. Mit Hilfe der CFP-Beteiligung anderer Staatsunternehmen sind es mehr als 50 Prozent. Die Regierung besitzt damit ein Veto-Recht gegenüber allen bedeutenden Personalveränderungen. Im Unterschied zur staatlichen Elf-Gruppe wurde die Total-Gruppe bisher aber wie ein privater Konzern geführt.

LATEINAMERIKA / IDB legt Bericht vor – Zahlungsfähigkeit des einzelnen Landes sollte berücksichtigt werden

Importrestriktionen gefährden die Integration

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Schuldenkrise gefährdet die wirtschaftliche Integration Lateinamerikas, die in den 60er Jahre mit der Gründung der Freihandelszone Lafta, der Anden-Gruppe sowie des zentralamerikanischen und später karibischen gemeinsamen Marktes begonnen hat. Zu zerbrechen drohen die multinationalen Organisationen an den scharfen Importrestriktionen einzelner Länder.

Aus der Sicht der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) in Washington sind die wachsenden Einfuhrbarrieren die logische Konsequenz der enormen Zins- und Tilgungslasten: Um im Ausland nicht den Stempel der Zahlungsunfähigkeit aufgedrückt zu bekommen, sparen die Regierungen an ausländischen Erzeugnissen, was wiederum die interne Anpassung erschwert und die sozialen Kosten in Form von Arbeitslosigkeit, Inflation und Verschlechterung des Lebensstandards erhöht.

„Diese Entwicklung ist auch den Interessen der Industrienationen diametral entgegengesetzt, da sie zu einem starken Rückgang ihrer Exporte nach Lateinamerika geführt hat", heißt es weiter im neuesten Fortschrittsbericht der IDB. Es bestehe eine verblüffende Ähnlichkeit mit der gegenwärtigen Schuldenkrise und dem sogenannten Transferproblem der 20er Jahre: Die Übertragung realer Ressourcen sei nur möglich, wenn Lateinamerika entweder mehr Güter und Dienstleistungen exportiere oder die Importe kürze.

Im Gegensatz zu optimistischeren Analysen, die kürzlich vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank veröffentlicht worden sind, sieht die IDB in diesem Jahr nur bescheidene Erleichterungen bei der Bedienung der Auslandsschulden. Mögliche höhere Ausfuhrerlöse der Region würden durch gestiegene Zinszahlungen aufgezehrt, so daß die Einfuhren kaum zunehmen würden, warnt das Institut.

Für die IDB gibt es nur diese Lösung: Bei der Umschuldung der ausländischen Kredite muß unbedingt die Zahlungsfähigkeit des jeweiligen Landes berücksichtigt werden. Notwendig ist der Zufluß von neuem Auslandskapital, um die Einkommensverluste pro Kopf in den vergangenen drei Jahren aufzuholen. Nach Berechnungen der Bank ist die Wertschöpfung in Lateinamerika 1982 um ein und 1983 um mehr als drei Prozent gesunken; der Lebensstandard schrumpfte auf das Niveau von 1977.

Wiederholt wird die Klage, wonach die Kombination hoher Zinszahlungen und starker Ausleihbeschränkungen ausländischer Banken die traditionellen Kapitalimporte Lateinamerikas „in Kapitalabflüsse bisher nicht gekannten Ausmaßes umgekehrt hat". Sie verhindere auch weiterhin eine Lösung der Schuldenprobleme. Die enormen Zinsen, die globalen konjunkturellen Exportbremsen und das Verhalten der Banker seien nicht der Region anzulasten; hier handele es sich um internationale Verantwortlichkeiten.

Nach Angaben der IDB erreichte die Auslandsverschuldung durch Neukredite 1981 ihren Höhepunkt, 1983 avancierte Lateinamerika zum Netto-Kapitalexporteur. Im vergangenen Jahr betrug der zusammengefaßte Handelsüberschuß der Region 30 Mrd. Dollar, und zwar ausschließlich durch reduzierte Einfuhren, die real um mehr als 30 Prozent schrumpften. Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt sanken die Gesamtinvestitionen von 25,8 auf 19,6 Prozent.

Sorgen bereitet der IDB die große Arbeitslosigkeit in Lateinamerika – das Ergebnis zurückgeschnittener öffentlicher Ausgaben und fehlender ausländischer Kapitalgüter. Die Erosion der Pro-Kopf-Einkommen ist dadurch und durch die gesunkenen Reallöhne noch verschärft worden. Die „offene" Unterbeschäftigung ist seit 1980 von 5,8 auf neun Prozent gestiegen, in Bolivien, Chile, Mexiko, Kolumbien und Uruguay sind die städtischen Arbeitslosenraten zweistellig. Seit drei Jahren zeigt die Ausstoßkurve in der Weiterverarbeitung, seit zwei Jahrzehnten der wichtigste Wachstumsmotor, nach unten.

Um zu verhindern, daß die wirtschaftliche Integration in Lateinamerika scheitert, appelliert die IDB an die 25 mittel- und südamerikanischen Staaten, die nichttarifären Handelsrestriktionen abzubauen und die Zölle so zu senken, daß stabile Präferenzmargen für den intraregionalen Warenaustausch entstehen. Als befristete Option werden auch Gegengeschäfte bei großen Zahlungsbilanz-Ungleichgewichten genannt.

IFAD / Keine Einigung über Kapitalaufstockung erzielt

Jahrestagung ist gescheitert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der UNO-Fonds für die landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) müßte Ende dieses Jahres seine Hilfe an die ärmsten Länder der Dritten Welt einstellen, wenn bis dahin nicht doch noch ein Kompromiß zwischen den Geberländern über seine Kapitalaufstockung erzielt werden sollte. 500 Millionen Menschen drohe damit die Hungersnot, hieß es nach der gescheiterten Pariser Jahrestagung des IFAD-Gouverneursrats. Begrenzte Übergangsregelungen wurden aber für möglich gehalten.

Die Entwicklungsländer hatten zunächst eine Kapitalaufstockung um 1,4 Mrd. Dollar für die Jahre 1985–1987 gefordert, nachdem die für die Periode 1981–1983 bereitgestellte 1 Mrd. Dollar auf 4 Jahre also bis Ende 1984 gestreckt worden war. Demgegenüber wollten es die Geberländer bei wieder 1 Mrd. Dollar belassen. Zu Beginn der Tagung war aber nur noch von 800 Mill. Dollar die Rede.

Davon sollten die OECD-Länder 465 Mill. Dollar und die Opec-Länder 335 Mill. Dollar aufbringen. Jedoch verlangte die Opec unter Hinweis auf ihre rückläufigen Einnahmen aus dem Ölexport und auf die verbesserte Wirtschaftslage der westlichen Industriestaaten ein neues Verhältnis von 60:40 Prozent.

Andererseits wünschten die USA eine Reduzierung ihres Anteils innerhalb der OECD-Hilfe. Das aber hätte dazu geführt, daß sie unter den Geberländern an die zweite Stelle nach Saudi-Arabien gerückt wären. Dies wiederum wurde von der Opec abgelehnt. Außerdem wollten die anderen OECD-Staaten nicht die Lücke schließen. Die amerikanische Haltung erklärt den neuen Spartrend Washingtons und, daß die USA immer bilaterale Entwicklungshilfe gegenüber multilateraler bevorzugen.

BRASILIEN / Größtes Wasserkraftwerk in Betrieb

Bau dauerte zehn Jahre

dpa/VWD, Foz do Iguacu

Itaipu, das größte Wasserkraftwerk der Welt, hat nach zehnjähriger Bauarbeit mit der Produktion von elektrischem Strom begonnen. Die Präsidenten von Brasilien und Paraguay setzten letzte Woche die ersten beiden Turbinen der gigantischen Stromfabrik in Gang, die nach Fertigstellung in fünf Jahren mit 18 Turbinen insgesamt 12 600 Megawatt Elektrizität erzeugen wird. Die Itaipu-Turbinen werden von den Wassermassen des aufgestauten Flusses Parana angetrieben, der auf einer Länge von rund 200 Kilometern die Grenze zwischen Brasilien und Paraguay bildet. Der Staudamm rund 15 Kilometer nördlich der brasilianischen Grenzstadt Foz do Iguacu ist acht Kilometer lang. Das Kraftwerk und der erzeugte Strom gehören zu gleichen Teilen Brasilien und Paraguay.

Da Paraguay seinen Stromanteil nicht allein nutzen kann, wird der Hauptteil des Itaipu-Stroms ins brasilianische Netz fließen – nicht zur reinen Freude der regionalen Elektrizitätsgesellschaften im Süden und Südosten Brasiliens. Diese sind zur Abnahme einer zugeteilten Menge Itaipu-Stroms gesetzlich verpflichtet, selbst wenn sie ihn nicht brauchen. Jose Goldemberg, Präsident des Energieversorgungsunternehmens von Sao Paulo (CESP), äußerte bereits die Befürchtung, daß er in eigenen Wasserkraftwerken Kapazitäten eventuell stillegen müsse, um den Itaipu-Strom zu verwerten.

In Brasilien werden über 90 Prozent des Stroms aus Wasser-Energie gewonnen. Der Itaipu-Strom fließt durch eine rund 1 000 Kilometer lange Hochspannungsleitung in das Industriezentrum von Sao Paulo, von wo er zum Teil in benachbarte Bundesstaaten weitergeleitet wird.

Diese Überlandleitung hat drei Milliarden Dollar (derzeit neun Mrd DM) gekostet. Die gesamten Baukosten von Itaipu inklusive aller Nebenanlagen summieren sich auf 18,2 Milliarden Dollar (rund 55 Mrd DM).

BRITISH TELECOM / Privatisierung bringt der Regierungskasse etwa vier Milliarden

London hält zunächst knapp die Hälfte

WILHELM FURLER, London

Die Privatisierung der staatlichen Fernmelde- und Telekommunikationsgesellschaft British Telecom Ende November wird Schätzungen von Börsenexperten in der Londoner City zufolge zwischen 3,7 und vier Milliarden Pfund (13,7 bis 14,8 Mrd. DM) in die Regierungskasse bringen. Einem Sprecher der für das Vorhaben verantwortlichen Merchant Bank Kleinwort Benson zufolge wird es die größte Aktien-Neuemission sein, die jemals irgendwo stattgefunden hat.

Bei der Präsentation eines 60 Seiten umfassenden „Wegweiser-Prospektes" wurde bestätigt, daß insgesamt 3,012 Mill. British-Telecom-Aktien emittiert werden, 50,2 Prozent des Grundkapitals. Die Regierung hat angekündigt, daß sie sich nicht vor Mitte 1988 von ihren 49,8 Prozent oder Teilen davon trennen wird. Allerdings wird sie auf die Ausübung ihres Stimmrechts verzichten. Eine sogenannte „goldene Aktie" verleiht ihr die Möglichkeit, den Erwerb eines mehr als 15prozentigen Anteils durch einen einzelnen oder eine Gruppe sowie die Übernahme des Vorstandsvorsitzes durch einen Ausländer zu verhindern.

In der Londoner City setzt sich immer stärker die Ansicht durch, daß der Ausgabepreis je Aktie bei 125 Pence (rund 4,60 DM) liegen wird. Damit würde British Telecom auf fast 7,6 Mrd. Pfund oder 28 Mrd. DM bewertet. Dieser Ausgabepreis wird erst am 16. November festgelegt. Am 20. November wird der eigentliche Ausgabeprospekt veröffentlicht. Anleger haben dann acht Tage Zeit, vom Zeichnungsangebot Gebrauch zu machen. Sie müssen zunächst nur 40 Prozent der Zeichnungssumme zahlen.

Der Regierung liegt bei dieser Mammut-Emission ganz besonders daran, den Aktienbesitz so weit wie möglich zu streuen und aus der Telecom-Aktie eine Volksaktie werden zu lassen. Daher werden von der Fernmeldegesellschaft allen Fernsprechteilnehmern Gutscheine zur Verringerung ihrer Telefonrechnungen angeboten, wenn sie sich zur Aktien-Zeichnung entschließen.

Um die Telecom-Emission so gut wie möglich beim Publikum unterzubringen, ist außerdem eine enorme PR-Kampagne in Gang gesetzt worden. Dazu gehört, daß die wichtigsten Vorstandsmitglieder von British Telecom und Kleinwort Benson drei Wochen lang in 18 Städten Großbritanniens und sieben Ländern, darunter die Bundesrepublik, mit der Werbetrommel unterwegs sein werden. Immerhin hofft London, bis zu 20 Prozent der Emission auf fremden Aktienmärkten, insbesondere New York, Tokio, Zürich und Frankfurt, unterzubringen.

Genau rechtzeitig vor der Auflage der Emission hat die Geschäftsführung von Telecom bekanntgegeben, daß der Unternehmensgewinn für das laufende Geschäftsjahr zum März 1985 vor Steuern auf mindestens 1,35 Mrd. Pfund geschätzt wird.

Kreditpolitik wird liberalisiert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Das 1972 in Frankreich eingeführte System der quantitativen Kreditbeschränkungen (Encadrement du Crédit) soll zum Beginn nächsten Jahres wesentlich gelockert werden. Die Einzelheiten der neuen Regelung werden in den nächsten Tagen bekannt gegeben. Wie aus dem Finanzministerium verlautet, würden die bisher monatlich festgelegten Kreditkontingente durch Quartalsnormen oder Jahresnormen ersetzt. Die Banken erhielten dadurch in der Kreditvergabe eine größere Flexibilität.

Das Ziel der Reform bestünde darin, den Banken mehr Verantwortung zu übertragen und die Konkurrenz zu fördern, heißt es. Allerdings besitzt das „Encadrement" gegenwärtig keine praktische Bedeutung, da wegen der schlechten Konjunktur die Kreditnachfrage hinter dem erlaubten Angebot zurückbleibt. Die meisten Banken haben ihre Kreditkontingente zur Zeit nicht ausgeschöpft.

Demzufolge dürfte auch die Geldmengenvermehrung, die für 1984 festgesetzte Norm von 5,5 bis 6,5 Prozent und damit auch die Inflationsrate (etwa 7 Prozent) unterschreiten, nachdem diese 1983 übertroffen worden war. Für 1985 will die Regierung das „Geldmengenziel" mit dem „Inflationsziel" von 5 Prozent gleichsetzen.

Das „Encadrement" war im Laufe der Jahre stark durchlöchert worden. Von der Kontigentierung ausgenommen wurden die Export-, Wohnungsbau- und arbeitsplatzschaffenden Investitionskredite. Hier kann die Regierung aber über die Vergabe der staatlichen Zinssubventionen kontrollieren. Andererseits können sich die Banken im Umfang von Kapitalerhöhungen und Anleiheemissionen zusätzliche Kreditmöglichkeiten verschaffen. Finanzminister Bérégovoy hatte ursprünglich das „Encadrement" ganz beseitigen wollen, war damit aber auf den Widerstand des Bankenverbandes gestoßen.

RENTENMARKT / Die Konsolidierung ging in eine erhebliche Abschwächung über

Unter dem Einfluß von New York

Am Rentenmarkt kam es zum Beginn der letzten Woche zunächst zu einer Konsolidierung, der zum Wochenschluß unter dem Einfluß des New Yorker Bondmarktes eine deutliche Abschwächung folgte. Am Freitag mußten die kurspflegenden Stellen erhebliches Material aus dem Markt nehmen. Dennoch gaben die Kurse zum Teil erheblich nach. Die Rendite der Anleihen von Bund, Bahn und Post stieg im Wochenverlauf von 6,88 auf 6,94 Prozent. Das Interesse für die neue Bahnanleihe war entsprechend gedämpft. (lf)

Emissionen	26.10. 84	19.10 84	29.12. 83	30.12. 82	30.12. 81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,94	6,88	7,88	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,01	6,96	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	6,87	6,90	7,83	7,61	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	7,31	7,31	8,29	8,24	11,52
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	6,86	6,94	7,90	7,65	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,61	6,67	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,36	7,43	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	6,87	6,93	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,48	7,49	8,08	8,45	10,32

EG / Wirtschaftsbericht der Kommission

Weiter auf Expansionskurs

WILHELM HADLER, Brüssel

Die europäische Wirtschaft bleibt nach Meinung der EG-Kommission auch im kommenden Jahr auf Expansionskurs. Allerdings wird ihr Wachstum nach wie vor nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit im nennenswerten Umfang zu verringern.

In ihrem Jahreswirtschaftsbericht sagt die EG-Behörde für die Gemeinschaft als Ganzes eine (volumenmäßige) Zunahme des Bruttoinlandsprodukts von etwa 2,3 Prozent voraus, verglichen mit 2,2 Prozent im laufenden Jahr. 1983 hatte das Wachstum nur 0,9 Prozent betragen, 1982 sogar nur 0,6 Prozent.

Günstig dürfte auch die weitere Preisentwicklung verlaufen. Hier rechnet die Kommission im EG-Durchschnitt mit einer Rate von „etwas über vier Prozent" (1984 rund fünf Prozent). Auf dem Höhepunkt der Teuerung 1980 lag die Rate bei elf Prozent.

Die Arbeitslosenquote wird in der EG 1984 rund elf Prozent erreichen. 1985 ist nach Auffassung der Brüsseler Konjunkturexperten nochmals ein Anstieg um 0,5 Prozent zu erwarten. Für die Bundesrepublik lautet die EG-Prognose auf unverändert 8,5 Prozent der aktiven Bevölkerung. Die Preissteigerungsrate wird für das kommende Jahr mit 2,2 Prozent, das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts mit 2,5 Prozent angegeben.

Nach Meinung der Kommission sollten die EG-Regierungen weiterhin gleichzeitig versuchen die Preissteigerungsrate niedrig zu halten und das Wachstum zu stimulieren. Der Bericht empfiehlt eine „Pause" im Wachstum der laufenden öffentlichen Ausgaben, eine schnelle Reduzierung der Belastungen aus der Staatsverschuldung sowie Nutzung aller Möglichkeiten zur Verringerung des steuerlichen Drucks.

Gelungener Stahlpoker

nl. – Der Drahtseilakt hatte es in sich. Den vielseitigen Bemühungen um Rettung der durch die Korf-Insolvenz in akute Existenznöte geratenen Badische Stahlwerke AG (BSW) ist Erfolg beschieden worden. Die Aufhebung des BSW-Vergleichs, die unmittelbar bevorsteht, ist gleichsam nur noch eine Formalie. Denn die Signale stehen auf grün, nachdem die EG-Kommission und das Unternehmen das Problem der Produktionsmengen (Einhaltung des Quotensystems) und der Geldbußen (wegen begangener Quotenüberschreitungen) in den Griff bekommen haben.

Für die nach südwestdeutschen Maßstäben mit Arbeitsplätzen nicht gerade üppig dastehende Region am mittleren Oberrhein bedeutet die Rettung der BSW zweifellos einen großen Gewinn. Hier ist man froh, daß – wie der Vergleichsverwalter keck formuliert – nicht der Stahlquote, sondern der Vergleichsquote der Vorrang eingeräumt wurde. Der Vergleich hätte sicherlich nicht erfüllt werden können, wenn man nur die Quoten gefahren hätte.

Daß diese Gratwanderung nicht zum Absturz führte, dafür standen und stehen ein zielstrebiger Vorstand, ein risikofreudiger und ideenreicher Vergleichsverwalter, eine pragmatisch handelnde Landesregierung und eine einsatzfreudige Belegschaft. Gemeinsam wurde ein Überlebenskonzept erarbeitet und durchgeboxt, das marktorientiert ist und auch in einer sich ändernden Stahl-Szenerie tragfähig sein sollte.

Des einen (BSW) Freud ist freilich des andern (des dahinsiechenden BSW-Konkurrenten Arbed-Saarstahl) Leid. Die viermal so große Produktivität des Kehler Werks zeigt auf, in welch geradezu hoffnungslose Situation man sich an der Saar manövriert hat.

BADISCHE STAHLWERKE / Aufhebung des Insolvenzverfahrens beantragt

Nach dem Vergleich neuer Schwung

WERNER NEITZEL, Kehl

Eindreiviertel Jahre nach Beantragung des Vergleichsverfahrens über die Badische Stahlwerke AG (BSW), Kehl, die als Teil des Korf-Konzerns in den Insolvenzstrudel dieser Stahl-Gruppe hineingerissen wurde, sieht man wieder Land. Für die Erfüllung des Vergleichs, dessen Aufhebung unmittelbar bevorsteht, wurden insgesamt 45 Mill. DM erwirtschaftet und teilweise schon vorzeitig ausbezahlt. Nachdem auch die letzte Rate (10 Prozent) termingemäß ausgezahlt oder bereitgestellt worden ist, wurde beim Amtsgericht die Aufhebung der Verfügungsbeschränkungen für den Vorstand beantragt.

Die endgültige Aufhebung des Vergleichsverfahrens, die BSW-Vergleichsverwalter Hans Ringwald einen nur noch „formalen Akt" nennt, wird folgen, wenn mit der EG-Kommission eine Vereinbarung per Unterschrift besiegelt ist, in der man sich über Mengenregelung und Bußgeldzahlungen einigt. Hierzu verlas Ringwald eine gemeinsame Erklärung der EG-Kommission und der BSW, aus der hervorgeht, daß eine vorbereitete Vereinbarung bestehe, wonach die BSW „ab viertem Quartal 1984 das Quotensystem sowie alle anderen auf dem Stahlsektor bestehenden Gemeinschaftsregeln beachtet". Bekanntlich war die BSW aus dem Quotensystem ausgeschert, um bei voller Produktion (Betonstahl, Stabstahl, Walzdraht) die Versorgung ihrer vertikal nachgeschalteten Verarbeitungsbetriebe zu sichern. Diese Strategie, die mit einer weiteren Steigerung der ohnehin schon überdurchschnittlichen Produktivität auf nunmehr fast 500 000 DM Umsatz pro Beschäftigten einherging, lieferte zugleich die Grundlage für das marktorientierte Weiterbestehen der BSW.

Bezüglich der Geldbußen, die von der BSW aufgrund der in der Vergangenheit stattgefundenen Quotenüberschreitungen zu zahlen sind, wurde in Umfang und Modus mit der EG-Kommission eine Regelung getroffen, die für die BSW nicht existenzgefährdend sei, ohne daß dies zunächst von BSW-Seite weiter konkretisiert wurde. Auch steht offenbar eine Änderung in den Besitzverhältnissen unmittelbar bevor, über die sich Vergleichsverwalter Ringwald gleichfalls noch nicht äußern wollte. Nach dem letzten Stand lagen 92,5 Prozent der BSW-Aktien bei der früheren BSW-Tochter Neckar Drahtwerke GmbH, Eberbach. Die Stimmenmajorität am 10 Mill. DM betragenden Stammkapital der Neckar Draht hielt eine Beteiligungsgesellschaft des Treuhänders Ringwald, während 45 Prozent des Stammkapitals im Besitz deren eigener Tochter, der BSW, waren.

Die BSW, die rund 1000 Mitarbeiter beschäftigt, peilt für 1984 bei einer Produktion von 680 000 (1983: 650 000) Tonnen einen Umsatz von 480 (430) Mill. DM an. Für den Abschluß 1983 geht man von einem Überschuß in der Größenordnung von 15 Mill. DM aus. Auch 1984 werde ein „ordentliches Betriebsergebnis" bringen. In der gesamten Gruppe (1500 Beschäftigte) kommt man in diesem Jahr an einen (nicht konsolidierten) Umsatz von nahezu 1 Milliarde DM heran. Investiert wurden bei der BSW in 1983 rund 28 Mill. DM, 1984 ähnlich viel.

CARTIER / Nur die Hälfte des Umsatzes mit Schmuck

Immer mehr Imitationen

INGE ADHAM, Frankfurt

Weltweit führen die Vertreter der französischen Luxusmarke Cartier laufend etwa 1400 Prozesse. Dahinter steckt nicht die Lust am Prozessieren, sondern vielmehr die Lust vieler cleverer Geschäftemacher, Produkte der Marke Cartier nachzuahmen: Auch die „Blender" versprechen offenbar noch ein glänzendes Geschäft.

Glänzend geht es in der Tat bei Cartier zu, nicht erst seitdem sich das traditionsreiche, 1847 gegründete französische Juwelierunternehmen aufmachte, mit seiner Marke „Le must de Cartier" die Welt zu erobern. Der nach eigenen Einschätzungen erfahrenste Juwelier der Welt ist mit seinen Preziosen und vielerlei Beiwerk inzwischen auch zum größten Juwelier der Welt geworden und damit auch zum weltweit größten Einkäufer von Steinen und Gold. Von den 1200 Beschäftigten arbeiten heute rund 300 in der Schmuckproduktion, 40 sind nur mit dem Entwerfen immer neuer Variationen der Cartier-Juwelen beschäftigt.

Schmuck macht inzwischen freilich nur noch die Hälfte des weltweit auf rund 700 Mill. Dollar zu veranschlagenden Cartier-Umsatzes aus. Der zweitgrößte Anbieter von Luxus-Uhren bietet neben Schmuck und Uhren inzwischen auch ein breites Sortiment an Gegenständen wie Brillen, Lederwaren, Feuerzeugen, Schreibgeräten sowie Parfüm und Tüchern an, mit denen sich die Cartier-Zielgruppe schmücken kann. An den Mann (und die Frau) gebracht wird der Luxus in derzeit 110 Cartier-Boutiquen, davon 35 in eigenem Besitz. Bis zum Jahresende sollen es 120 werden, davon 40 eigene. Die „externen" Boutiquen werden im Franchise-System betrieben, wobei großer Wert auf die „Cartier-typische" Ausstattung gelegt wird.

Mit dem Schritt in die Bundesrepublik Deutschland hatte sich Cartier Zeit gelassen: Nach der Eröffnung der (eigenen) Boutique in München 1972 folgte zunächst eine siebenjährige Pause. Aber inzwischen scheint auch der Drang der Deutschen nach Luxus gehobener Art gestiegen: Geschäften in Düsseldorf, Köln, Stuttgart und Kampen folgte nun ein weiteres Geschäft in Frankfurt.

Darüber hinaus arbeitet die Cartier GmbH Deutschland mit Konzessionären und zählt in der Bundesrepublik weitere rund 600 Abnehmer, „erste Fachgeschäfte", wie Geschäftsführer Dieter W. T. Zimmermann erklärt: Man habe eine sehr selektive Distribution in allen Bereichen. Die Exklusivität belebt offenbar das Geschäft. In den letzten Jahren sei der deutsche Cartier-Umsatz ständig stärker gestiegen als der jeweilige Branchenumsatz. Auf rund 50 Mill. DM dürfte der Umsatz der Franzosen in ihren deutschen Boutiquen inzwischen gestiegen sein. Dazu kommen die Umsätze der Konzessionäre, so daß wohl für rund 150 Mill. DM Cartier-Produkte pro Jahr in der Bundesrepublik verkauft werden. In allen Cartier-Boutiquen – sie alle verkaufen Schmuck – werden weltweit pro Jahr zwischen 130 und 150 Mill. Dollar umgesetzt. Dabei wächst zwar das Geschäft in Amerika und Japan besonders stark, aber wenn es um die ganz edlen Stücke geht, sind immer noch die Europäer die treuesten Kunden.

INTER-CHEMOL / Deutsch-ungarisches Joint-venture

Seit 10 Jahren schwarze Zahlen

INGE ADHAM, Frankfurt

Zufriedenheit mit ihrer gemeinsamen Tochter signalisierten Vetreter des ungarischen Außenhandelsunternehmens Chemolimpex und der Metallgesellschaft AG, Frankfurt, anläßlich des zehnjährigen Bestehens der Inter-Chemol GmbH, Frankfurt. Das *Gemeinschaftsunternehmen mit* einer 50/50-Beteiligung habe seine Aufgaben erfolgreich erfüllt: Im ersten Jahr nach der Gründung mit 50 Mill. DM Jahresumsatz gestartet, werden in diesem Jahr mit 21 Beschäftigten rund 200 Mill. DM umgesetzt.

Zwar mochten beide Partner keine Aussagen zum Ertrag des Handelsunternehmens machen, aber man habe immer mit schwarzen Zahlen gearbeitet, wurde betont. Inter-Chemol könne sich inzwischen zu den mittelgroßen Handelshäusern zählen und auf *einen soliden* Stammkundenkreis von mehr als hundert Firmen stützen.

Das Unternehmen agiert als Alleinvertreter der ungarischen Chemolimpex für die Exportprodukte in die Bundesrepublik. Der Löwenanteil der Lieferungen entfällt (wertmäßig) auf Düngemittel (25 Prozent) und Olefine (13 Prozent). Dazu kommen Lkw-Reifen, technische Gummiwaren, Camping-Artikel, Kunststoffhalbfertigprodukte, Kunstleder, Fotoartikel.

Chemolimpex wird in diesem Jahr insgesamt rund 4 Mrd. DM umsetzen; dabei steht im Mittelpunkt der Absatz ungarischer Chemikalien im Ausland und die Versorgung der inländischen Industriepartner mit Importen.

Dabei erreichen deutsche Firmen einen Anteil von 20 Prozent im Export von Chemolimpex, an den Lieferungen nach Ungarn sind sie mit 30 Prozent beteiligt.

Das Gesamtvolumen des deutsch-ungarischen Warenverkehrs liegt in diesem Jahr bei 680 Mill. DM, davon sind erst 220 Mill. DM Lieferungen der Ungarn in die Bundesrepublik.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Auftrag aus Saudi-Arabien

Frankfurt (dpa/VWD) – Einen Großauftrag über 185 Mill. DM zur Errichtung eines schlüsselfertigen Gasturbinenkraftwerkes hat AEG-Kanis aus Saudi-Arabien erhalten. Das Kraftwerk mit einer Leistung von 175 000 Kilowatt werde für die Electricity Corporation in Al Yuba (Wadi Al Dawasir-Region) aufgebaut und Ende 1986 in Betrieb genommen, teilte AEG-Telefunken mit.

Dierig bisher zufrieden

Augsburg (sz.) – Recht erfolgreich hat die Dierig-Gruppe, Augsburg, in den ersten neun Monaten des Geschäftsjahres 1984 gearbeitet. Nach Angaben der Gesellschaft erhöhte sich der Umsatz um 6,6 Prozent auf 32 Mill. DM bei einem um 10,8 Prozent verbesserten Auftragseingang. Der Auftragsbestand Ende September übertraf das Vorjahresniveau um 30 Prozent. Die Verwaltung rechnet damit, daß die für 1984 eingeplanten Umsatz- und Ertragsziele bei gleichbleibender Marktentwicklung erreicht werden.

Bell Telephone entläßt

Antwerpen (dpa/VWD) – Die belgische ITT-Tochter, Bell Telephone, will 1100 von den 10 000 Arbeitern und Angestellten entlassen. In den *vergangenen Jahren hat* Bell Telephone die Belegschaft bereits schrittweise um 5000 verringert. Die Entlassungen werden mit der Einführung neuer Techniken im Bereich des Fernmeldewesens begründet.

Expansion wird fortgesetzt

Mannheim (VWD) – Die Hornbach-Gruppe wird auch 1985 weitere zwei bis drei Baumärkte in Südwestdeutschland eröffnen und wieder rund 20 Mill. (17,4 Mill.) DM investieren. Im neuen Geschäftsjahr 1984/85 (28. Februar) erwartet sie einen Brutto-Umsatz von 215 Mill. (184,6 Mill.) DM. Die Baumarkt-Umsätze sollen auf 170 Mill. DM (138,1 Mill.) steigen. Verhaltener entwickeln sich Baustoffhandel, Transportbeton, Kläranlagen.

Bau für Chemieforschung

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Degussa AG, Frankfurt, hat mit den Bauarbeiten für eine Erweiterung ihres Chemie-Forschungszentrums in Hanau begonnen. Im ersten, 50 Mill. DM teuren Bauabschnitt entstehen 40 Laboratorien. Insgesamt arbeiten derzeit in Forschung und Entwicklung der Degussa AG mehr als 1500 Mitarbeiter. Die jährlichen Forschungsaufwendungen des Unternehmens liegen bei mehr als 150 Mill. DM.

NAMEN

Gustav Adolf Baum, bis 1981 Geschäftsführer und Direktor der Igedo Internationale Modemesse Düsseldorf, wird am 30. Oktober 70 Jahre.

Wolfgang Kater, Vize-Präsident des BDVT – Bund Deutscher Verkaufsförderer und Verkaufstrainer e. V., wurde zum Vorsitzenden des Fachkuratoriums Kommunikationswirtschaft an der Universität/Fachhochschule Düsseldorf gewählt. Er ist Nachfolger von Dr. **Dieter Heymans**, der stellvertretender Vorsitzender wurde.

Kurt Léonard, General-Manager, wurde zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Davy McKee AG, Frankfurt, bestellt.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Philipp Herder-Dornreich u. a. (Hrsg.): Überwindung der Sozialstaatskrise, Nomos Verlagsges., Baden-Baden 1984, 317 S., 69 DM.

Seit den Anfängen der Sozialpolitik gegen Ende des 19. Jh. wurde die Vervollkommnung des Sozialstaates als das Endziel sozialorientierten staatlichen Handelns betrachtet. Ein knappes Jahrhundert später werden die Grenzen des Sozialstaates in finanzieller Hinsicht für uns alle spürbar. Die Autoren des vorliegenden Sammelbandes versuchen die ordnungspolitischen Ansätze eines wirkungsvollen sozialen Systems besonders in den Bereichen der Gesundheitspolitik, der Alterssicherung und der Bevölkerungspolitik zu konkretisieren. Den Sozialstaat als wichtiger Eckpfeiler der sozialen Marktwirtschaft zu konsolidieren heißt, ihn zu befähigen, gesamtgesellschaftliche Zukunftsaufgaben für den Bestand der freiheitlichen Demokratie und die Wohlfahrt ihrer Bürger zu übernehmen.

Norbert Meyer, Hans Rainer Friedrich (Hrsg.): Neue Technologien in der beruflichen Bildung, Verlagsgesellschaft Schulfernsehen, Köln 1984, 345 S.

Unter der Schirmherrschaft des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft fand im Mai 1984 eine Tagung zum Thema „Neue Technologien in der beruflichen Bildung" statt, die auf reges Interesse bei Ausbildern, Lehrern und Teilnehmern aus der gewerblichen Wirtschaft stieß. Die in dieser Veröffentlichung abgedruckten Referate aus den Berufsfeldern Elektrotechnik, Metall, sowie Wirtschaft und Verwaltung spiegeln die Bandbreite der Einsatzmöglichkeiten der neuen Technologien in der Ausbildung wider. Von universeller Bedeutug für die wirtschaftliche Weiterentwicklung kann mit der Einführung und Heranführung an die neuen Technologien bereits während der Schulzeit nicht länger gewartet werden. Bereits im Vorfeld der industriellen Anwendung, in der beruflichen Bildung, werden durch den überlegten Einsatz dieser Technologien pädagogische Chancen und berufliche Wege eröffnet.

Willi Meinders: Chancen und Risiken beim Stellenwechsel, Verlag Wirtschaft, Recht und Steuern, München 1984, 110 S., 29,80 Mark.

Jeder Arbeitsplatzwechsel birgt für den Arbeitnehmer aber auch für den Betrieb enorme Risiken. Obwohl der Stellenwechsel ein alltäglicher Vorgang im Arbeitsleben ist, vollzieht er sich für den einzelnen doch nur ein oder wenige Male. Die fehlende Routine im Umgang mit den beteiligten Personen, Institutionen und betriebsrechtlichen Vor*schriften* versucht dieser Ratgeber auszugleichen. Angefangen von Kündigungsverfahren und Fristen über die Arbeitssuche und die Bewerbung bis hin zur Einarbeitung im neuen Unternehmen reicht die Bandbreite der Informationen. Ein *aktuelles Handbuch für alle, die ih*ren Arbeitsplatz wechseln wollen, aber auch für diejenigen, die mit der Personalleitung eines Betriebs betraut sind.

Günter Renkl: Zwangsvollstreckungs- und Konkursrecht, W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1983, 196 S., (kart.), 34 Mark.

Ein in der Praxis tätiger Jurist muß sich regelmäßig mit dem Zwangsvollstreckungsrecht, häufig mit dem Konkurs- und Vergleichsrecht auseinandersetzen. Das vorliegende Werk erläutert die Grundzüge dieser umfangreichen Rechtsgebiete, in dem nicht nur die wesentlichen Fragen theoretisch angesprochen, sondern vor allem und sehr anschaulich anhand von Aktenauszügen erläutert werden. Eine verständliche Einführung für jeden in der Ausbildung stehenden Juristen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheffer (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klära Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankwart Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

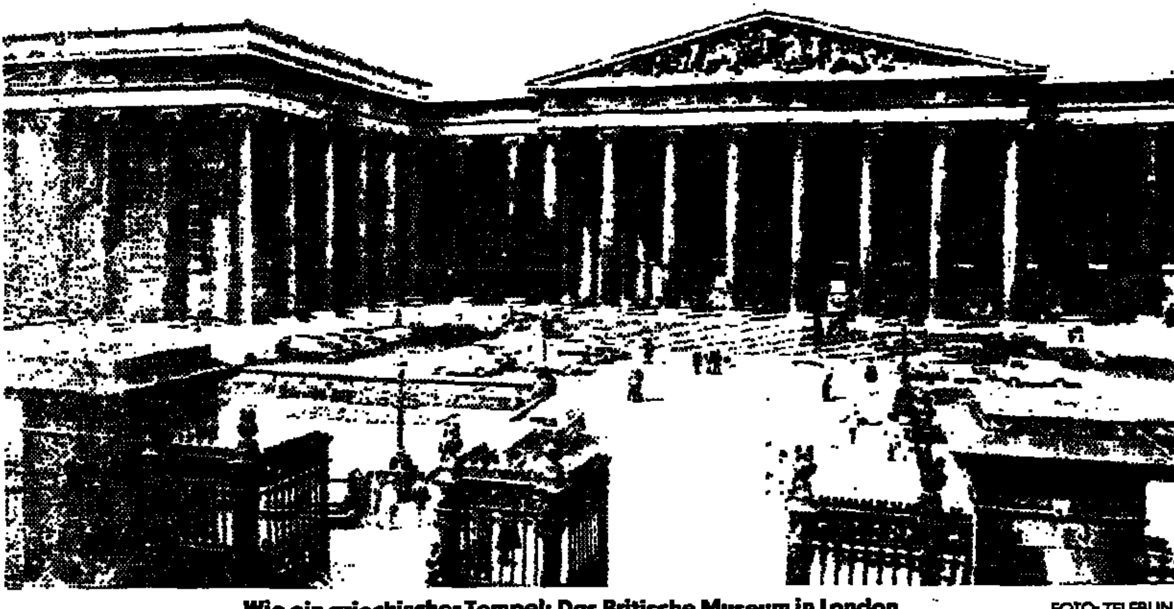
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



Wie ein griechischer Tempel: Das Britische Museum in London FOTO: TELEBUNK

Überlebensort vieler Welt-Kulturen: Das Britische Museum in London

Verborgene Geschichte – geborgen

Bei den Alten war ein Museum nicht unbedingt ein Ausstellungsplatz, auf jeden Fall aber ein Ort der Forschung. Das Britische Museum, dieser merkwürdigste und gewaltigste Sammeltempel der Welt, ist vor 231 Jahren als Bibliothek gegründet worden, und in Nebenräumen befand sich eine kleine naturwissenschaftliche Sammlung. Vier stattliche Büchereien hatten damals die Eigentümer der Nation entweder vermacht oder aber zu sehr billigem Preis angeboten.

Ein Parlamentsbeschluß sicherte die Schätze und sagte ihnen auch Behausung zu. Die Bücher sowie die naturwissenschaftliche Sammlung des Physikers Sloane zogen ein in einen Herrensitz aus dem siebzehnten Jahrhundert, Montagu House genannt. Er stand im Stadtteil Bloomsbury am selben Ort, auf dessen Grund später das Museum aufgetürmt wurde. Den berühmte Runddom des Lesesaals errichtete man über dem Innenhof von Montagu House.

Das geschah erst hundert Jahre später, als nicht nur die Bücherbestände ungeheuer angewachsen waren, sondern auch Sammlungen aller Art immer mehr Platz brauchten. Das Britische Museum mit seinen Kostbarkeiten ägyptischer, asiatischer, griechischer und römischer Kunst, britischen Uhren und Porzellanen, alter Volkskunst aus mehreren Erdteilen – es ist vorwiegend durch Stiftungen und Erwerb zustande gekommen, nicht durch Raub.

Es darf aber doch gesagt werden, daß viele Rosinen der fast unübersehbaren Bestände im imperialen neunzehnten Jahrhundert zusammengebracht worden sind, und dies von

Britische Nachbarn – 21.00 Uhr, ARD

recht energischen Briten, entweder aus den Ländern des eigenen Weltreichs oder anderswo – mit jenem Weltreich-Bewußtsein, das auch einen weniger rücksichtsvollen Zugriff rechtfertigte: Die Londoner Zentrale zu füllen, das schien unter Königin Viktoria und auch später noch so etwas wie eine Mission zu sein; Missionen dürfen nur im Ergebnis kostspielig werden, nicht aber im Aufwand.

So wurde denn das B. M. allmählich zum Schatzhaus der Welt und ist es bis in unsere Tage geblieben, nun mit einem Stab von bewahrenden und forschenden Gelehrten. Der Zufall der Ansammlung ist längst weiträumiger Planung gewichen. Nur ein Bruchteil des Besitzes kann ausgestellt werden, und auch für halbwegs sorgsame Besichtigung dieses Bruchteils braucht der Besucher Wochen. Nirgendwo in London wandern so viele Touristen gleichzeitig mit so vielen Briten umher und so viele Schaulustige zugleich mit so vielen Spezialisten.

Der große Lesesaal mit den sternförmig angeordneten Schreib- und Lesetischen (am Tischchen mit der Nummer G 7 hat sich ein Deutscher aus Trier durch Berge von Büchern gelesen, hat fleißig Notizen gemacht und dann selbst ein Buch geschrieben, das nun natürlich auch auszuleihen ist, es heißt „Das Kapital") ist freilich nur mit einer Lesekarte zu betreten. Touristen würden die einigermaßen heilige Stille stören.

Mit Büchern begann das Museum, doch seit gut einem Jahrzehnt gehören offiziell Bücher und Lesesaal nicht mehr zu ihm, sondern zu einer selbständigen Einrichtung, der „British Library", die auch außerhalb des Museums tätig ist. Und eines Tages werden die Bücher wohl auswandern in einen Bau, der mehr Platz bietet. *Ihr Platz wird schnell besetzt sein von* Museumsstücken ohne Zahl.

CHRISTIAN FERBER

KRITIK

Handfestes Bauern-Theater

Die Fülle ist mein Problem, der Überfluß mein glückliches Unglück", so lautet einer der dramatischen Stoßseufzer, die der schlitzohrige Autor und Selbstdarsteller Georg Lohmeier gern von sich gibt. Sein neuestes Stück „Der Senior", das via Komödienstadel ausgestrahlt wurde, nennt er einen „ökonomischen Schwank". Gespielt wurde die Komödie von der bewährten oberbayerischen Lederhosen- und Dirndl-Commedia wie Maxl Graf und Katharina de Bruyn, und nur zu verständlich, daß auch Lohmeier selber auftrat, und zwar als Pfarrer, er, der ja auch wirklich „auf geistig studiert" hat.

Das Stück hielt sich zunächst an die bewährten bayerischen Komödien-Regeln: Da gibt es einen listigschlauen Großvater, der auf Enkel harrt; junge fortschrittliche Hoferben und ein Liebespaar, das sich nach Verwicklungen zum sattsamen Happy-End zusammenfindet. Auch rollte das Ganze vor der Standardkulisse einer Bauernstube ab, mit vielen Türen, die auf- und zuklappen, mit einem gemütlichen Tisch und Bänken, wo die Spiele um den Hoferben und die Generationskonflikte sich drehen.

Doch sonst sucht man beim Autor Lohmeier vergebens nach dem freundlich-retuschierten, gewohnten Abziehbild der bäuerlichen Wirklichkeit. Er griff vielmehr die Themen auf, die die Bauern heute wirklich kümmern, setzte moderne Agrarstruktur contra überlieferte Hofführung, Kühe gegen Computer und Glauben gegen Fortschrittsdenken. Hier sprach man vom Butterberg und Kälberpreisen. Ja, in diesem Spiel ließ der Autor sogar die Hobby-Landwirte einer Kommune mit Profi-Bauern aufeinandertreffen.

Und dennoch war es kein „emanzipatorisches Volksstück" à la Kroetz, sondern saftiges Komödienspiel mit Gesang- und Tanzeinlagen. Amüsiert verfolgte man die üppige Selbstdarstellung bayerisch-barocken Lebensgefühls. Ein Schwank, mit dem das Publikum mal nicht zum Deppen gemacht wurde.

ROSE-MARIE BORNGÄSSER





III.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau
10.05 Mensch Bachmann
10.50 Titanic
Deutscher Spielfilm (1943)
12.15 Weltspiegel
Moderation: Gerd Ruge
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau

16.10 Video & Co.
Die neue Ausgabe der Unterhaltungssendung mit Werken nichtprofessioneller Filmemacher präsentiert unter anderem die Geschichte eines Mannes, der in einer *strahlenverseuchten Stadt* nach Anzeichen von Leben sucht, und bringt eine makabre Aussicht auf das Fernsehen von morgen.

17.05 Der fliegende Ferdinand
3. Teil: Sind wir nicht zufällig genial?

17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme

20.00 Tagesschau

20.15 Magnum
Italienisches Eis
Im Auftrag von Robin Masters reist Thomas Magnum nach Sizilien, entführt dort die attraktive Katrina Tremaine und bringt sie nach Hawaii. Nach seiner *Rückkehr ergeben sich für den smarten Privat*detektiv eine Reihe von Problemen, denn nicht nur seine Freundin macht ihm Schwierigkeiten, auch Katrinas Exgefährte taucht in *Hawaii* auf und ist offenbar fest entschlossen, mit Magnum abzurechnen ...

21.00 Britische Nachbarn
Das Britische Museum: Schatzkammer oder Räuberhöhle der Welt?
Film von Walter Helfer

21.45 New York, New York
Mit folgenden Beiträgen:
Oliver Johnson – das Maltalent, das aus dem Zuchthaus kam
Kann New Yorks Stadtteil Harlem *für Weiße wieder sicher und at*traktiv werden?
Die Fünflinge aus New Jersey wurden ein Jahr alt
Die puertoricanische Gruppe „Menudo" bringt mit ihrer Musik Tausende Teenager auf die Beine
Eine Sendung von Werner Baecker

22.30 Tagesthemen

23.00 Rebell aus gutem Hause
Griechischer Spielfilm (1979)
von Andreas Thomopoulos
Ein junger Medizinstudent versucht, aus der vorgezeichneten Karriere auszubrechen und als Liedermacher und Straßensänger in Athen ein griechischer Bob Dylan zu werden. Nach manchen Enttäu*schungen begräbt er einer gro*ßen Liebe wegen seinen Traum und kehrt zur Medizin zurück.

0.45 Tagesschau

ZDF

16.00 heute

16.04 Mikroprozessor – Mikrocomputer
6. Teil: Vom Codieren, Speichern *und Anzeigen*
Anschl. heute-Schlagzeilen

16.35 Im Reich der wilden Tiere
Wegen seines *außerordentlichen* und gefragten Pelzes ist der Fichtenmarder vielerorts völlig ausgerottet. Daher versucht man, ihn überall dort, wo es noch reiche Waldbestände gibt, wieder anzusiedeln. Darüber, wie eine solche Aktion vonstatten geht, berichtet diese Dokumentation.

17.00 heute / *Aus den Ländern*

17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Der zehnjährige Romano und Michael Cretu

17.50 SOKO 5113
Schutzgeld
Dazw. heute-Schlagzeilen

19.00 heute

19.30 Marx und Mortadella
Wie Italiens Kommunisten wirtschaften, schildert Norbert Harlinghausen.

20.15 Edgar Wallace: *Neues vom Hexer*
Deutscher Spielfilm (1965)
Regie: Alfred Vohrer

21.45 heute-journal

22.05 Amerika wird entdeckt
2. Teil: Im Wasserlabyrinth des Amazonas
Nachdem Kolumbus im Jahre 1492 Amerika entdeckt hatte, waren die Spanier die ersten, die das Landesinnere erkundeten. Vor allem der Amazonas reizte Abenteurer und Goldsucher, Händler *und Wissenschaftler. Die Fahrt von* einem der Quellflüsse bis zur Mündung – Orellana wagte sie erstmals 1541/42 – war unvorstellbar strapaziös. Der Amazonas windet sich durch einen undurchdringlichen Urwald, die „Grüne Hölle".

22.50 Das falsche Gewicht
Fernsehspiel von Bernhard Wicki
Anselm Eibenschütz, ein ehemaliger Berufsoffizier, kommt in das kleine verdreckte Grenzdorf Zlotogrod. Als neuer Eichmeister des Ortes macht er sich bald unbeliebt, weil er es mit den Gewichten allzu genau nimmt. Durch seine von Befehlen und Ordern geprägte Art stößt Eibenschütz auf *immer mehr Haß und Ablehnung,* bis es schließlich zu einer Katastrophe kommt ...

1.10 heute

III.

WEST
20.00 Tagesschau
20.15 [illegible]
Gisela Marx leitet eine Gesprächsrunde über die Aufrüstung in der Dritten Welt und die Rüstungsexporte Europas.
21.45 Musik über Grenzen
22.15 Karpfs Karriere
Satire von Günter Kunert
Regie: Bernhard Wicki
Anschl. Bernhard Wicki im Gespräch mit Günter Kunert
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
19.00 Eine Klassenreise (5)
19.15 Mensch und Metall (4)
20.00 Tagesschau
20.15 Und [illegible] und [illegible] ...
21.00 Die Nordsee-Konferenz
22.00 Das Mädchen aus der Unterwelt
Amerikanischer Krimi (1958)
Mit Robert Taylor u. a.
23.35 Nachrichten

HESSEN
18.30 Geheimtip für Tommy
17.00 Aus der Jugendredaktion
20.00 Kissen vorm Kopf
Der Kabarettist Philipp Sonntag
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Drei aktuell
21.45 Der Aufpasser
22.30 Von Wasserburg an – Annäherung an Martin Walser
Porträt des Schriftstellers

SÜDWEST
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
17.30 Bonanza
20.20 [illegible]
Vor 265 Jahren: Die Eremitage von Bayreuth
20.35 Die Weltwirtschaftskrise
USA – Der Staat greift ein
21.20 Buck Rogers
Das Geisterflugzeug
21.40 Fernseh-Memoiren
80. Geburtstag von Theodor Eschenburg
22.40 Jazz am Montagabend
Gunter Hampel All-Stars
23.25 Nachrichten

BAYERN
18.15 Hereinspaziert
18.45 Rundschau
19.00 Live aus dem Alabama
20.45 Blickpunkt Sport
21.45 Rundschau
22.00 Z. E. N.
22.05 Der Mensch – Das Maß aller Dinge?
Betrachtungen zum Aufbau der Welt
22.50 Task Force Police
Der Zeitplan
Kriminalfilm
23.40 Rundschau

Am 20. Oktober 1984 verstarb Herr Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht

Dr. jur. Paul Wegemer

der bis zum Jahre 1982 unserer Anwaltsgemeinschaft angehörte.

Wir haben ihn wegen seiner fachlichen Fähigkeiten und seiner persönlichen Charaktereigenschaften sehr geschätzt. Wir trauern um ihn und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Dr. Fritz Modest
Dr. Jürgen Gündisch LL. M.
Dr. Klaus Landry
Gabriele Rauschning
Barbara Festge
Dr. Horst Heemann
Dr. Axel Bauer
Dr. Thomas Volkmann-Schluck LL. M.
Rechtsanwälte
zugleich im Namen aller Mitarbeiter

FUSSBALL / Tollhaus Bundesliga: Kein Heimsieg, Favoritenstürze. Und bei Düsseldorf weiß niemand, wer künftig den Verein führen wird

● Auch in ihrer 22. Spielzeit seit 1963 sorgt die Fußball-Bundesliga noch immer für Rekorde. Am zehnten Spieltag gab es keinen Heimsieg. Drei Auswärtserfolgen stehen sechs Unentschieden gegenüber. Ein Gesamtergebnis, das es noch nie gab. In den 89 Spielen dieser Saison hatte es zuvor lediglich 16 Auswärtssiege und 24 Unentschieden gegeben. Am erstaunlichsten: die Siege von Braunschweig und Dortmund.

● Vier Wochen nach seinem Abschied als Trainer des Deutschen Fußball-Bundes (zuletzt bei der Olympia-Mannschaft) kehrt Erich Ribbeck in die Bundesliga zurück: zu Borussia Dortmund, das am letzten Mittwoch Trainer Timo Konietzka und Manager Wolf-Dieter Tippenhauer entlassen hatte. Not-Präsident Reinhard Rauball, der sie feuerte, ist ein Mann schneller Entschlüsse (siehe nächste Seite).

● Eintracht Frankfurt ist so etwas wie ein Talentschuppen, Bayer Leverkusen ein Verein, der – den großen Chemie-Konzern im Rücken – in den letzten drei Jahren 7,8 Millionen Mark für neue Spieler ausgab. Bei beiden klappt es nicht; stellen diese Klubs die am meisten überschätzten Teams der Liga? Die Trainer Dietrich Weise und Dettmar Cramer scheint das nicht allzusehr zu berühren (nächste Seite).

Irrungen, Wirrungen: „Denver-Clan vom Rhein“

Von HEINZ STUMM

Mit Freunden feierte **Willibert Kremer** am Samstag in seinem Haus in Köln-Dünnwald seinen 45. Geburtstag. Wenn dabei das Lieblingslied des Düsseldorfer Fortuna-Trainers „Abschied ist ein scharfes Schwert“ (gesungen von Roger Whitacker) weniger oft als sonst in düsteren Stunden über den Plattenteller lief, *dann kann das Zufall*, aber auch



berechtigtes Vertrauen in die absehbare Zukunft sein.

Trotz des wenig befriedigenden Tabellenstandes (15. mit 7:13 Punkten) und einem Vorstands-Gerangel, das an die amerikanischen TV-Billigserien „Dallas“ und „Denver“ erinnert, schrieb Kremer gestern voller Lust und Zuversicht eine sportliche Leistungsbilanz des abgelaufenen Geschäftsjahres, die der zurücktretende Präsident **Bruno Recht** (63), FPD-Politiker und Holzhändler, heute der verehrten Fortuna-Jahreshauptversammlung in den Messehallen präsentieren wird.

Eigentlich wäre das die Sache des Managers **Wolfgang Ley** (37), aber der ist seit Freitag nachmittag arbeitslos. Punkt 14.45 Uhr überbrachte die Fortuna-Angestellte **Petra Jandrey** dem früheren Boulevard-Journalisten einen Brief, dessen Empfang Ley partout nicht quittieren wollte. Grund: Er roch den Braten.

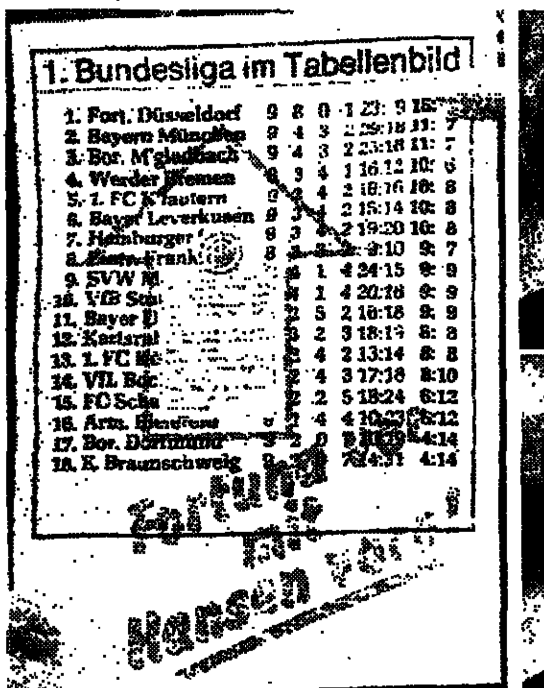
Ley hatte letztlich diesen Brief provoziert, als er sich mit der wenig präzisen Formulierung: „Wenn der Recht noch mal Präsident wird, sehe ich schwarz für die Fortuna“ für eine recht präzise Feststellung des bei den Spielern sehr beliebten Präsidenten im WDR-Fernsehen revanchierte. Recht hatte gesagt: „Es war ein großer Fehler, Herrn Ley einzustellen.“

Der Entlassungsbrief stammt aus dem Büro des Rechtsanwalts **Rolf W. Kroke** (37), der heute abend mit zwei Geschäftsleuten um die Gunst des Fortuna-Beirats und -Wahlausschusses buhlt. Diese beiden Gremien werden den Kandidaten für das Präsidenten-Amt benennen, das Bruno Recht trotz der Bitten vieler Spieler nicht mehr übernehmen will.

Beste Aussichten werden freilich nicht dem Juristen, sondern demArchitekten **Hans Hansen** (43) eingeräumt, der sich nach dem Spiel der Düsseldorfer in Köln von Recht sagen lassen mußte: „Dieser Mann ist unfähig, Präsident zu sein.“ Recht möchte verhindern, daß Hansen heute abend den Ort der Versammlung überhaupt betritt: „Ohne Ausweis kommt der nicht rein.“ Einen Mitgliedsausweis besitzt Hansen nicht, er will aber nachweisen, daß er seit drei Jahren Mitgliedsbeiträge zahlt.

Die Bestätigung kann angeblich **Irene Gagsch** (34) geben, die als Geschäftsführerin in Anlehnung an die Denver-Serie „Alexis vom Flingerbroich“ tituliert wird. Frau Gagsch, von Recht Aschermittwoch eingestellt, sei der Ausgangspunkt vieler Intrigen, sagen Vereinsmitglieder. Monatelang lag sie sich mit dem fristlos entlassenen Ley in den Haaren. Wenn Hansen, einst Profispieler beim *holländischen Zweitdivisionär* Fortuna Geleen, kommt, wird „Alexis“ gehen müssen. Dafür will Hansen, hier schließt sich der Kreis der Irrungen und Wirrungen, Ley wieder auf den Manager-Stuhl hieven.

Sollte freilich Rechtsanwalt Kroke heute abend das Rennen machen, bleibt Ley arbeitslos, dann muß er sogar wegen vereinsschädigenden Verhaltens um die erhoffte Abfindung (rund 300 000 Mark) bangen.



1. Bundesliga im Tabellenbild

1. Fort. Düsseldorf	9	8	0	1	23: 9	15:[illegible]
2. Bayern München	9	4	3	2	29:18	11: 7
3. Bor. M'gladbach	9	4	3	2	23:18	11: 7
4. Werder Bremen	[illegible]	3	4	1	16:12	10: 6
5. 1. FC K'lautern	[illegible]	[illegible]	4	2	18:16	10: 8
6. Bayer Leverkusen	9	3	[illegible]	2	15:14	10: 8
7. Hamburger [illegible]	9	3	[illegible]	2	19:20	10: 8
8. Eintr. Frankf.	8	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]:10	9: 7
9. SVW M.	[illegible]	[illegible]	1	4	24:15	9: 9
10. VfB Stu[illegible]	[illegible]	[illegible]	1	4	20:18	9: 9
11. Bayer U[illegible]	[illegible]	[illegible]	5	2	16:18	9: 9
12. Karlsru[illegible]	[illegible]	[illegible]	2	3	18:19	8: 8
13. 1. FC Kö[illegible]	[illegible]	[illegible]	4	2	13:14	8: 8
14. VfL Boc[illegible]	[illegible]	[illegible]	4	3	17:18	8:10
15. FC Scha[illegible]	[illegible]	[illegible]	2	5	18:24	6:12
16. Arm. Bielefeld	[illegible]	[illegible]	4	4	10:23	6:12
17. Bor. Dortmund	[illegible]	2	0	[illegible]	[illegible]	4:14
18. E. Braunschweig	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]4:31	4:14



Düsseldorf an der Tabellenspitze – mit fünf Punkten Vorsprung vor München! Mit diesem Flugblatt warb Hans Hansen (rechts oben) für die Präsidentschaftswahl, die heute stattfindet. Gestern soll er Freunden erklärt haben, er wolle doch verzichten. In „Denver“ oder „Dallas“ am Rhein weiß man zur Zeit nichts Genaues. Auch nicht, ob Manager Wolfgang Ley (rechts unten) nun entlassen ist, oder für wie lange.

FOTOS: PERENYI/RZ (2)

Der Trainer steht angeblich nicht zur Debatte. Gleich zweimal hat Hansen in einer Woche beteuert, daß die Trainerentlassung für ihn kein Thema sei, solange er regiere. Hansen versucht, Wahlmänner und Mitglieder mit einem Bonbon zu locken, will zwei Millionen für Neueinkäufe bei potenten Fortuna-Freunden eintreiben und Willibert Kremer so zu dem gewünschten erstklassigen Stürmer verhelfen. Den Schweden **Hans Holmquist** (25) hat er bereits bezahlt.

Noch freilich regiert nicht Herr Hansen, der die Spieler mit der Drohung schockte: „Wenn es sein muß, zerreiße ich einige Verträge.“ Möglicherweise setzt sich ein dritter Bewerber durch. Sein Name: **Hans Würtz** (55). Der Stahlhändler aus dem Siegburger Ländchen, für Ostgeschäfte zuständig und für die FDP *von 1969 bis 1975 zweiter* Bürgermeister in Hennef, hat freilich nicht vor, Geld in die Fortuna zu investieren.

Und um Geld geht es allemal. Düsseldorf soll gegen DFB-Auflagen verstoßen und für mehr als 500 000 Mark *neue Spieler geholt haben. Deshalb* ist Schatzmeister Norbert Hengstermann vor vier Monaten zurückgetreten. Zu diesem Zwecke, so Hengstermann, sei der Kredit des Vereins um 500 000 Mark auf 2,5 Millionen aufgestockt worden. Dies sei auch problemlos möglich gewesen, da der Direktor der Hausbank des Vereins gleichzeitig Vorstandsmitglied sei. Hengstermann: „Recht hat völlig den Blick für die Realitäten verloren.“

Zwei für ihre Mannschaften beinahe unentbehrliche Profis gingen aus den Samstag-Spielen als im wahrsten Sinne des Wortes Leidtragende *hervor. Kölns Torhüter* **Toni Schumacher** (30), für **Franz Beckenbauer** (39) die Nummer eins auf der Welt, und Schalkes Alt-Libero **Bernard Dietz** (36). Toni ließ sich gestern vom FC-Vereinsarzt Dr. **Günter Enderer** (34) eine Spritze gegen schlimme Knieschmerzen setzen, nachdem er in Frankfurt bei einem Abschlag mit dem Fuß im Rasen hängengeblieben war. „Es tut verdammt weh“, klagte der Torhüter mit dem „Wackel-Knie“ (doppelter Bänderriß, entfernte Menisken). *Zu allem Unglück schlug der* Kölner Schlußmann, der bei Lloyds mit zwei Millionen Mark versichert ist, den Ball in den Rücken seines hochverschuldeten Kollegen **Gerd Strack** (31), so daß der Ball beim Schweden **Jan Svensson** (28) landete. Der hatte dann keine Mühe, den einzigen Frankfurter Treffer zu erzielen.

In Gelsenkirchen schaffte Bernard Dietz den 1:1-Ausgleich der Schalker gegen Bayern München quasi im Unterbewußtsein. „Ich lag besinnungslos am Boden und habe mir dann von unserem Masseur sagen lassen, was sich rund um das Tor abgespielt hatte.“ Aus „zweiter Hand“ erfuhr der Westfale, daß ihn Bayern-Verteidiger **Bernd Martin** im Augenblick des *Schusses zu Fall gebracht habe und* der Unfall-gewohnte Abwehrrecke mit dem Kopf auf den Rasen geprallt sei. Dietz: „Zum Glück war der Rasen weich und weder gefroren noch ausgetrocknet. Sonst läge ich nämlich jetzt wahrscheinlich mit Schädelbruch im Krankenhaus.“

Der frühere Kapitän der Nationalmannschaft, den Kritik an Paul Breitner vor zwei Jahren aus der Nationalmannschaft beförderte, erlitt in seinem langen Fußball-Leben schon fünf Gehirnerschütterungen. „Einen Gehirnschaden habe ich allerdings nicht. Es wäre freilich angebracht, daß ich wieder einmal eine Gehirnstrommessung vornehmen lasse.“

Vom Ersten zum Zweiten fünf, vom Zweiten zum Letzten sechs Punkte

							Heim		Auswärts	
1. München	10	8	1	1	24:10	17:3	12:6	8:2	12:4	9:1
2. M'gladbach	10	4	4	2	30:19	12:8	21:8	8:2	9:11	4:6
3. Bremen	10	4	4	2	26:19	12:8	16:8	8:2	10:11	4:6
4. Bochum	10	3	5	2	17:15	11:9	7:4	6:4	10:11	5:5
5. Hamburg	10	3	5	2	16:15	11:9	10:5	7:3	6:10	4:6
6. K'lautern	10	3	5	2	16:15	11:9	12:7	8:2	4:8	3:7
7. Köln	9	4	2	3	22:20	10:8	13:10	6:4	9:10	4:4
8. Stuttgart	10	4	2	4	26:17	10:10	13:7	6:4	13:10	4:6
9. Uerdingen	10	4	2	4	21:17	10:10	12:9	7:3	9:8	3:7
10. Leverkusen	10	3	4	3	18:19	10:10	13:11	7:3	5:8	3:7
11. Karlsruhe	10	2	6	2	16:18	10:10	7:6	6:4	9:12	4:6
12. Frankfurt	10	3	4	3	20:24	10:10	10:7	7:3	10:17	3:7
13. Mannheim	9	3	3	3	10:12	9:9	4:4	4:4	6:8	5:5
14. Schalke	10	2	5	3	18:19	9:11	11:9	6:4	7:10	3:7
15. Düsseldorf	10	2	3	5	20:26	7:13	11:9	6:4	9:17	1:9
16. Bielefeld	10	1	5	4	11:24	7:13	9:15	4:6	2:9	3:7
17. Dortmund	10	3	0	7	12:20	6:14	8:8	4:6	4:12	2:8
18. Braunschweig	10	3	0	7	17:31	6:14	10:8	4:6	7:23	2:8

● Mit 234 600 Zuschauern wurde der zweitbeste Saison-Besuch registriert. *Mehr Zuschauer – nämlich 236 000 –* kamen nur in der zweiten Runde Ende August in die Stadien. Die beste Kulisse besaß das Spiel Schalke 04 gegen München mit 69 500 Besuchern, die Schalke rund eine Million Mark brutto in die Kasse zahlten. Der Gesamtbesuch von 1,93 Millionen entspricht dem des gleichen Zeitpunktes im Vorjahr (1,95 Millionen, es fehlt noch das Nachholspiel Mannheim – Köln). An der Spitze der Zuschauer-Tabelle steht weiter Bayern München (40 200 Schnitt), letzter ist der 1.FC Köln (11 600).

● Eine Woche nach dem Saisonrekord von 42 Toren gab es mit nur 23 Treffern *die geringste Ausbeute an* einem Spieltag. 340 Treffer in bisher 89 Spielen ergeben aber immer noch den bisher noch nie erreichten Durchschnitt von 3,82 Toren pro Spiel. Der Mönchengladbacher Wilfried Hannes traf beim 1:1 gegen Bremen als sechster Spieler das eigene Tor. Zuvor passierte dieses Mißgeschick bereits Kraaz (Frankfurt), Edvaldsson, Zewe (beide Düsseldorf), Hartmann und Hartwig (beide 1. FC Köln). Erstmals in dieser Saison trafen Dreßel, Augenthaler, Rolff und Dusend.

● Gerd Bold vom 1. FC Kaiserslautern ist der dritte Spieler, der in die*ser Saison nach seiner vierten gelben* Karte automatisch für ein Spiel gesperrt ist. Vorher waren es der Karlsruher Roth und Stuttgarts ehemaliger Nationalspieler Bernd Förster. 19 Verwarnungen sprachen die Schiedsrichter am zehnten Spieltag aus, danach sind gleich 13 Spieler mit drei gelben Karten belastet und von einer Sperre bedroht. Uerdingen führt mit insgesamt 20 Verwarnungen die Tabelle nach gelben Karten an, Fortuna Düsseldorf stellt mit sechs gelben Karten das zahmste Team.

Der zehnte Spieltag in der Statistik

ERGEBNISSE

Mannheim – Dortmund	1:2	0:0
Hamburg – Uerdingen	1:1	0:0
Düsseldorf – Stuttgart	2:2	2:2
Leverkusen – Braunschw.	0:3	0:0
M'gladbach – Bremen	1:1	0:0
Schalke – Munchen	1:1	0:1
Frankfurt – Koln	1:4	0:2
Karlsruhe – K'lautern	0:0	:
Bochum – Bielefeld	1:1	0:0

DIE SPIELE

Bochum – Bielefeld 1:1 (0:0)

Bochum: Zumdick – Tenhagen – Zugcic (62. Kuhn), Knuwe – Lameck, Woelk, Schulz, Bönighausen (62. *Schreier), Oswald – Kuntz, Fischer.* – **Bielefeld:** Kneib – Wohlers – Hupe, Schnier – Foda, Borchers, Rautiainen (90. Ellguth), Kuhlhorn, Buscher – Reich, Westerwinter (64. Patr). – **Schiedsrichter:** Assenmacher (Fischenich). – **Tore:** 0:1 Reich (54.), 1:1 Kuntz (56., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 23 000. – **Gelbe Karten:** Schnier (3), Kühlhorn (3).

Düsseldorf – Stuttgart 2:2 (2:2)

Düsseldorf: Greiner – Zewe – Grabotin, Kuczinski – Fleer, Bommer (63. Bockenfeld), Fach, Dusend, Weikl – Edvaldsson (83. Thiele), Holmquist. – **Stuttgart:** Roleder – Makan – Schäfer, *K.-H. Förster – Kempe (62. Reichert)*, Niedermayer, Allgöwer, Sigurvinsson, Müller – Claesen, Klinsmann. – **Schiedsrichter:** Osmers (Bremen). – **Tore:** 1:0 Fleer (16.), 2:0 Dusend (28.), 2:1 Claesen (35., Foulelfmeter), 2:2 Claesen (37.). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karte:** Grabotin.

Frankfurt – Köln 1:4 (0:2)

Frankfurt: Pahl – Berthold – Sievers, Kraaz – Körbel (46. Tobollik), Trieb, Kroth, Mohr (62. Krämer), Falkenmayer – Müller, Svensson. – **Köln:** Schumacher – Strack – Honerbach, Steiner – Gielchen, Geils, Lehnhoff, Bein, Engels (85. Hartmann) – Littbarski, *Allofs.* – **Tore:** *0:1 Bein (14.)*, 0:2 Lehnhoff (33.), 0:3 Bein (60.), 0:4 Engels (80.), 1:4 Svensson (88.). – **Zuschauer:** 35 000. – **Gelbe Karte:** Strack (2).

Hamburg – Uerdingen 1:1 (0:0)

Hamburg: Stein – Jakobs – Kaltz, Hofmeister, Wehmeyer – Soler, Schröder, Magath, Rolff – von Heesen, McGhee. – **Uerdingen:** Vollack (84. Ingendae) – Herget – van de Loo, Brinkmann – W. Funkel, Klinger, Wöhrlin, Feilzer, Raschid – Schäfer (69. Puszamszies), F. Funkel. – **Tore:** 1:0 Rolff (75.), 1:1 Klinger (90.). – **Schiedsrichter:** Matheis (Rodalben). – **Zuschauer:** 17 000. – **Gelbe Karten:** Kaltz (2), Hof*meister (2), Schäfer (2), Brinkmann (2).*

Karlsruhe – K'lautern 0:0

Karlsruhe: Fuhr – Theiss – Zahn, Boysen – Nadu, Keim (46. Walz), Dittus, E. Becker, Löw – Günther, Künast. – **K'lautern:** Ehrmann – Bold – Lang (63. Eilenfeldt), Dusek – Moser, Geye, Brehme, Melzer, Kitzmann – Trunk (90. Hoos), Hübner. – **Schiedsrichter:** Kautschor (Eschweiler). – **Zuschauer:** 31 000. – **Gelbe Karten:** Zahn (3), Kunast, Bold (4), Melzer.

Leverkusen – Braunschweig 0:3 (0:0)

Leverkusen: Vollborn – Bast – Wojtowicz (60. Giske), Gelsdorf – *Winklhofer, Geschlecht (71. Zechel)*, Tscha, Röber, Hörster – Schreier, Waas. – **Braunschweig:** Josef – Pahl – Geiger, Bruns, Kindermann – Posipal, Hintermaier, Tripbacher, Lux (71. Plagge), Gorski – Worm. – **Schiedsrichter:** Neuner (Leimen). – **Tore:** 0:1 Tripbacher (53.), 0:2 Pahl (84.), 0:3 Plagge (88.). – **Zuschauer:** 8700. – **Gelbe Karte:** Posipal (2).

Mannheim – Dortmund 1:2 (0:1)

Mannheim: Pradt – Sebert – Dickgießer, Knapp – Hein, Schlindwein, Schön, Scholz (72. Rombach) – Bührer, Walter, Makan (64. Heck). – **Dortmund:** Immel – Rüßmann – Huber, Egli, Storck – *Schüler, Pagelsdorf, Zorc, An*derbrügge (80. Loose) – Dreßel, Wegmann (74. Simmes). – **Schiedsrichter:** Zimmermann (Kiel). – **Tore:** 0:1 Anderbrügge (28.), 0:2 Dreßel (88.), 1:2 Walter (90.). – **Zuschauer:** 13 500. – **Gelbe Karten:** Hein (2), Dickgießer (2), Schlindwein (3).

M'gladbach – Bremen 1:1 (0:0)

M'gladbach: Sude – Bruns – Hannes, Borowka – Krauss, Herlovsen, Rahn, Schäfer (79. Herbst), Frontzeck – Mill, Lienen (73. Criens). – **Bremen:** Burdenski – Pezzey – Schaaf, Otten – Hermann, Sidka, Okudera, Möhlmann, Meier (66. Ordenewitz) – Neubarth, Völler (79. Kutzop) – **Schiedsrichter:** Dellwing (Trier). – **Tore:** 1:0 Mill (47.), 1:1 Hannes (67., Eigentor). – **Zuschauer:** 26 900. – **Gelbe Karten:** Mill (2), Otten, Möhlmann (2)

Schalke – München 1:1 (0:1)

Schalke: Junghans – Dietz – Kleppinger, Schipper – Opitz (75. Berge), *Memering (69. Kruse)*, Thon, Dierßen, Jakobs – Schatzschneider, Tauber. – **München:** Aumann – Augenthaler – Martin, Eder – Dremmler, Matthäus, Lerby, Willmer, Durnberger – Rummenigge, Wohlfarth. – **Schiedsrichter:** Heitmann (Drentwede). – **Tore:** 0:1 Augenthaler (31.), 1:1 Dietz (79.) – **Zuschauer:** 68 000

Die Torschützenliste

Die führenden Torjäger hatten diesmal Ladehemmung. Klaus Allofs, weiter mit zehn Treffern vorn, gelang kein Tor beim 4:1-Sieg seines 1. FC Köln in Frankfurt. Hinter Allofs folgt der Bochumer Klaus Fischer mit neun Toren. Erzielt er noch eines – so steht es im Ablösevertrag zwischen Köln und Bochum, müssen die Bochumer noch 50 000 Mark für Fischer bezahlen. Danach liegen zehn Spieler dicht beisammen: Röber (Leverkusen), Thomas Allofs (Kaiserslautern), Allgöwer (Stuttgart), Täuber (Schalke), Mill (Mönchengladbach) mit sieben Toren, Rahn, Criens (beide Mönchengladbach), Wohlfarth (München), Günther (Karlsruhe), Claesen (Stuttgart) und Reich (Bielefeld) mit sechs Treffern. Neu in dieser Liste ist der Belgier Nico Claesen, der beim 2:2 des VfB Stuttgart in Düsseldorf beide Treffer erzielte.

Von einer Sperre bedroht

Das sind die 13 Spieler, die nach drei gelben Karten von einer Sperre bedroht sind: Kühlhorn, Schnier (Bielefeld), Tenhagen (Bochum), Neubarth (Bremen), Zahn (Karlsruhe), Bührer, Schlindwein (Mannheim), Lerby (München), Kleppinger (Schalke), Makan (Stuttgart), Klinger, Herget, van de Loo (alle Uerdingen).

VORSCHAU

Freitag, 2. November (20 Uhr):

Bremen – Bochum	(5:2)
Stuttgart – Frankfurt	(2:2)
Uerdingen – M'gladbach	*(1:1)*

Samstag, 3. November (15.30 Uhr):

Mannheim – Düsseldorf	1:1)
Bielefeld – Leverkusen	(3:0)
Braunschweig – Karlsruhe	(–:–)
Köln – Schalke	(–:–)
München – Hamburg	(1:0)
Dortmund – K'lautern	1:0)

In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

Warum Leverkusen und Frankfurt in Ruhe Heimspiele verlieren dürfen

Cramer und Weise: Hauptsache, der Trainer weiß immer eine Erklärung

WERNER EMS, Bonn

Der eine kauft groß ein, der andere erzieht von klein auf. Der eine hat in den letzten drei Jahren für seine neuen Stars 7,8 Millionen Mark ausgegeben, der andere hat mit einem Jahresetat von 2,8 Millionen Mark den geringsten der Liga. Der eine hat ein mächtiges (Bayer) Kreuz im Rükken, den anderen drücken immer noch drei Millionen Mark Schulden. Gegensätzlicher können Gegensätze nicht sein wie zwischen Frankfurt und Leverkusen. Und dann diese Gemeinsamkeit: Beide Klubs wurden vor der Saison zu den Top-Teams gezählt, mit Ambitionen auf die Plätze eins bis sechs – und jetzt dürfen sie verlieren, ohne daß die Verantwortlichen Krach schlagen. Traute Ruhe auch nach Niederlagen, das ist das Verdienst der Männer, die eigentlich für die Siege zuständig sein sollten: Die Trainer Dettmar Cramer und Dietrich Weise haben ihre Klubs fest im Griff.

Als in Frankfurt alles vorbei war, schlichen die Profis, die vorher 90 Minuten lang beim 1:4 von den Kölner vorgeführt worden waren, „völlig fertig" (Thomas Kroth) nach Hause. Und Thomas Berthold, zusammen mit seiner Schwester Christine (die gerade Hockey-Meisterin geworden war) Gast im Regionalfernsehen, kündigte an, am Abend allein vor dem Fernseher „einen über den Durst zu trinken". Und Dietrich Weise saß in der Pressekonferenz, lächelte locker. Die Frage, ob er sich denn auch noch freue, beantwortete er so: „Wer hat denn meine Mannschaft so hochgelobt? Doch die Journalisten. Wir sind noch längst nicht so weit."

Als in Leverkusen alles vorbei war und die Profis nach dem blamablen 0:3 gegen den Tabellenletzten Braunschweig das ganze „unerklärlich" (Herbert Waas) fanden oder „erst noch mal eine Nacht drüber schlafen" (Dieter Bast) mußten, präsentierte Dettmar Cramer eine ganz neue Variante: „Ich habe zu viele Spieler, die *jahrelang gegen den Abstieg spielten.* Immer wenn wir vorne dran sind, gibt es einen Schock."

Erklärungen, die anderswo Aufstände auslösen würden, nur nicht in Frankfurt und Leverkusen. Hier gilt, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, stets als Evangelium, was die Trainer verkünden.

In Frankfurt erreichte Dietrich Weise diese Position innerhalb weniger Monate, als er die Mannschaft vor dem Abstieg rettete und dabei vor allem auf die Jugend setzte. Was in Kaiserslautern, wo der Trainer zuvor gescheitert war, von Spielern wie Verteidiger Wolf als „Lachkabinett" empfunden worden war, kam in Frankfurt an. Alt-Star und Eintracht-Verwaltungsratsmitglied Jürgen Grabowski empfindet die „märchenhafte Mutter-Natur" Weises als „Glücksfall für Frankfurt". Wie das Glück funktioniert, zeigt sich bei Siegen in Weise-Sätzen wie diesem: „Kinder, wißt ihr, was ich gemerkt habe? Das war gar nicht so gut." Und bei Niederlagen, wie etwa dem 0:5 in Braunschweig, erklärt er seinem „Kindergarten" (Weise), daß man eigentlich gar nicht hätte verlieren brauchen, so gut sei man gewesen. Familienvater Weise macht das so geschickt, daß alle milde Väter werden. Die Herren im Klub-Vorstand ebenso wie ARD-Reporter Holger Obermann, der bei seinem Bericht immer wieder betonte, einer so jungen Mannschaft dürfe man einfach nicht gram sein. Gerade so, als sei das Frankfurter Waldstadion ein riesiger Sandkasten, in dem 35 000 Väter wohlwollend die Buddeleien der Kinderchen verfolgte hätten. Und noch einmal Weise: „Wer die Spieler am Sonntag morgen so fröhlich und unbekümmert erlebt hat, könnte glauben, wir hätten Köln glatt geschlagen." Warum soviel blauäugig heile Welt in der Klubspitze kommentarlos geschluckt wird, wird in Frankfurt nur vermutet. Schatzmeister Knispe („Wir halten an unserem *Sparprogramm fest*") sei es *nur* recht, wenn er weniger Prämien zahlen müsse und zudem würde eine Niederlage ab und zu auch die Position des *Klubs stärken*, wenn es *um* die Verlängerung der acht auslaufenden Verträge, darunter die wichtigsten, gehe. Und lieber werde man Jungstars wie *Falkenmayer oder* Berthold *gehen* lassen, als auf Risiko zu spielen. Sogar Weise wolle nur dann bleiben, wenn nicht bei der Hauptversammlung am 27. 11. ein Kurswechsel hin zu Siegzwängen eingeleitet werde.

Siegzwänge kennt auch Dettmar Cramer in Leverkusen nicht. Cramer: „*Ich habe da einen guten Freund im* Bayer-Vorstand. Dem zuliebe will ich die Elf endlich salonfähig machen." Das ist Günter W. Becker, im Bayer-Vorstand für Südamerika und die Sportförderung zuständig – und damit im Klub der mächtigste Mann, wenn auch ohne offizielles Amt.

Becker gab die Millionen, die Cramer wollte. Und er schluckt die Ausreden Cramers. Etwa die, daß ihm „auf dem Spielfeld ein kongenialer Partner" fehle. Das sollte Patzke sein – aber der ist mehr verletzt als das er spielt. Oder die, daß er „gar nicht die Leute gekriegt habe, die ich haben wollte". Das wären dann Egli (jetzt Dortmund), Mill (Gladbach), Geils und Hartwig (jetzt Köln) gewesen – vier, die derzeit auch keine Bäume ausreißen. Und wenn Cramer seine Profis als „brave Jungs, bei denen zu wenig knistert" kennzeichnet oder ihnen geistige Unbeweglichkeit im Kampf um die Spitze attestiert, ist keiner da, der mit Zahlen antwortet. Etwa, daß von den 13 Profis, die Cramer gegen Braunschweig einsetzte, nur vier von ihm nicht geholt wurden (im 24er Kader sind es sieben).

Und niemand stöhnt auf, wenn Cramer von seiner „visuellen Begabung" spricht, die es ihm ermögliche, sowohl Spiele, die vor 30 Jahren stattgefunden haben, noch einmal nachzuerleben als auch die vorherzuahnen, die kommen. So habe er schon am Samstag beim Aufwachen die Zahl der Braunschweiger Treffer mit wenigstens zwei vorhergesehen.

Solange Cramer nur eine Erklärung für die Niederlage hat, darf er ungestört verlieren. Selbst wenn sie so abgedroschen ist wie die vom Samstag: „Das war so ein Tag, an dem ich meinen Spielern das Bohren in der Nase verbieten würde. Da würden sie sich den Finger brechen."

Nur die Fans haben in Leverkusen aufgemuckt. Gekommen sind nur 8500, bis zum Schluß geblieben nur 3000, und die haben sich dann mit den Braunschweigern zusammengetan und nach dem 0:3 „Zugabe" verlangt. Aber das ist in Leverkusen unerheblich. Denn, so befand der frühere *Bochumer Trainer Heinz Höher*, „eigentlich paßt die Bundesliga überhaupt nicht zu dieser Stadt."

Borussia Dortmunds Not-Präsident handelt schnell: Erich Ribbeck Nachfolger von Timo Konietzka

„Eigentlich kann ich nichts verlieren, Geduld ist entscheidend, Nervosität wäre jetzt Gift"

M. HÄGELE/DW. Dortmund

Seit gestern ist es also amtlich, was ohnehin schon in den letzten Tagen bekannt war: Neuer Trainer beim Fußball-Bundesligaklub Borussia Dortmund wurde Erich Ribbeck (47), dessen Vertrag mit dem Deutschen Fußballbund (DFB) seit dem 27. September gelöst ist. Daß er der 27. Trainer ist, der seit 1963 beim Ballspielverein Borussia anheuert, stört ihn wenig: „Als ich damals nach Kaiserslautern ging, war die Sache mit den ganzen Emotionen drumherum ähnlich gelagert. Es war der Klub mit den meisten Trainer-Abschüssen, und ich bin dann fünf Jahre dort geblieben. Es kommt immer auf die beteiligten Personen an. Nach dem Sieg in Mannheim bin ich zudem von Borussias Klassenerhalt überzeugt, sonst würde ich nicht anfangen."



Vertrag bis zum Saisonende: Erich Ribbeck. FOTO: KÖSEGI



Freude nach dem Sieg: Not-Präsident Reinhard Rauball und Lothar Huber, den Konietzka aus der Mannschaft geworfen hatte. FOTO MÜLLER

Der 2:1-Sieg der Dortmunder beim SV Waldhof, das war der Triumph des Interimstrainers Reinhard Saftig (32). Fünf Jahre lang hatte Saftig als Assistent der Münchner Star-Trainer gearbeitet, seit Sommer nun ist er bei Borussia *Dortmund. Mitte* vergangener Woche sind seine beiden Vorgesetzten, der Trainer Timo Konietzka und der Manager Hans-Dieter Tippenhauer, vom *Notpräsidenten* Reinhard Rauball entlassen worden – am Wochenende sollte Saftig die Taktik fürs Spiel austüfteln und vom Spiel*feldrand aus die Kommandos* geben. Anschließend war er in der üblichen Pressekonferenz und danach noch im „Aktuellen Sport-Studio" des ZDF.

Herr Saftig habe alle diese Aufgaben mit fachlicher Kompetenz und vornehmer Zurückhaltung bewältigt, lobte Rauball. Die Hoffnung, zum Dank für Borussias ersten Auswärtssieg in dieser Saison mit einer Beförderung rechnen zu dürfen, hat Saftig gar nicht erst aufkommen lassen. Von heute an will er seinem Chef dienen, also jenem Herrn, mit dem Präsident Rauball gestern vormittag verhandelte – Erich Ribbeck. Saftig: „Es macht mir nichts aus, ins zweite Glied zurückzutreten."

Saftigs neuer Chef kennt die Dortmunder *Mannschaft noch* nicht, dafür aber bereits deren nächsten Gegner. Ribbeck hat am Samstag Schalke 04 spielen gesehen, Dortmunds Pokal-Kontrahenten am Mittwoch. Das wird bestimmt ein schwerer Einstand, meinte Ribbeck, und besann sich auf das, was er der Mannschaft sagen wird: „Ich muß allen Beteiligten klar machen, daß wir angesichts des Terminkalenders und der Ausgeglichenheit der Liga vielleicht bis zum Saisonschluß unten rumkrebsen. Entscheidend ist, daß man Ruhe und Geduld aufbringt. Nervosität wäre Gift. Ich glaube, daß ich diese Dinge vermitteln kann."

Die Persönlichkeit Rauballs sei für seinen Wiedereinstieg ins Bundesliga-Geschäft maßgeblich gewesen. Ribbeck schätzt Rauball als Fachmann, von Udo Lattek wisse er, daß man mit dem Dortmunder Anwalt bestens zusammenarbeiten könne. Rauball: „Herr Ribbeck versteht es, hoffnungsvolle Talente zu integrieren, was nach dem wirtschaftlichen Bild des Vereins wichtiger denn je ist." Im Klartext: Die Mannschaft wird schrittweise verjüngt, schon um wegen der prekären Finanzlage Stars zu verkaufen. Der Transfer des Schweizer Nationalspielers Egli, von Ribbecks Vorgänger Konietzka geholt, gilt als sicher.

Erich Ribbeck war einst der jüngste Bundesligatrainer. Insgesamt elf Jahre lang hatte er bei *Rot-Weiß* Essen, Eintracht Frankfurt und beim 1. FC Kaiserslautern gearbeitet, bevor er 1978 zum Deutschen Fußball-Bund wechselte. Von seinem Amt als Assistent des Bundestrainers trat er nach der Weltmeisterschaft 1982 wegen Differenzen mit seinem damaligen Chef, Jupp Derwall, zurück. Als Franz Beckenbauer nach der Europameisterschaft im Juni als Derwalls Nachfolger berufen wurde, sah Weisweiler-Schüler Ribbeck „weder Perspektiven noch ein konkretes Betätigungsfeld". Seinen Vertrag, bis 1988 datiert („unter dem Aspekt, daß ich irgendwann mal Bundestrainer werde"), löste er mit dem Hinweis auf, für eine Arbeit unter Teamchef Beckenbauer sei er sich zu schade.

Für die Arbeit in Dortmund ist er sich das nicht. Ribbeck sagt warum: „Eigentlich kann ich in Dortmund nur gewinnen. Es ist leichter, eine Mannschaft von unten wegzuführen, als ein Team, das drei Punkte hinter dem Spitzenreiter liegt, zum Meister zu machen." Er erinnert dabei an seine Zeit in Kaiserslautern, wo er aus den damals unbekannten Briegel, Melzer und Toppmöller Nationalspieler machte.

Nun ist der Mann, „der unter normalen Umständen Bundestrainer geworden wäre" (Rauball), Konietzkas Nachfolger bei Borussia Dortmund. Die Dortmunder Atmosphäre – die dem Dortmunder Konietzka zum Verhängnis wurde – hat Ribbeck gereizt, und freilich auch dies: „Bei der Olympia-Mannschaft habe ich zuletzt festgestellt, daß es doch ein Unterschied ist, ob man täglich mit einer Mannschaft arbeitet oder nur alle paar Wochen wie vor Länderspielen."

Was sicher stimmt. Aber sicher stimmt auch, daß es es auch einen *Unterschied macht, ob man* als Trainer in Dortmund oder anderswo täglich mit einer Mannschaft arbeitet.

2. Liga

Hertha BSC holt auf

DW. Bonn

Wattenscheid 09 ht den direkten Vergleich der Verfolger von Hannover 96 verloren. Auch Union Solingen hat vorerst den Kontakt zum Spitzenreiter der Zweiten Liga eingebüßt. Das ist das Fazit des zwölften Spieltages, an dem sich Hertha BSC Berlin (3:1 gegen Wattenscheid) und Alemannia Aachen auf Platz zwei und drei vorarbeiteten. Die Aachener spielten in Hannover vor der Rekordkulisse von 18 132 Zuschauern 3:3, nachdem sie bereits 2:0 geführt hatten. Das Unentschieden der Hannoveraner rettete Ersatzlibero Uwe Ronge, der zu Saisonbeginn vom TSV Havelse (Oberliga) gekommen war. Er erzielte alle drei Treffer für Hannover.

DIE ERGEBNISSE

Stuttgart – Saarbrücken	1:0	(0:0)
Freiburg – BW Berlin	2:1	(1:0)
Homburg – Bürstadt	3:1	(1:0)
Hertha BSC – Wattenscheid	3:1	(2:1)
Nürnberg – Oberhausen	1:1	(1:0)
Hannover – Aachen	3:3	(1:2)
Duisburg – St. Pauli	3:1	(3:1)
Köln – Offenbach	2:1	(0:1)
Darmstadt – Solingen	4:2	(3:1)
Kassel – Ulm	3:1	(2:0)

DIE TABELLE

1.Hannover	12	7	3	2	28:19	17:7
2.Aachen	12	6	4	2	26:16	16:8
3.Hertha BSC	12	7	2	3	23:18	16:8
4.Wattenscheid	12	7	2	3	20:17	16:8
5.Saarbrücken	12	6	3	3	26:14	15:9
6.Solingen	12	7	1	4	24:21	15:9
7.Kassel	12	5	4	3	24:21	14:10
8.Nürnberg	13	6	2	5	22:19	14:12
9.Homburg	12	6	1	5	23:20	13:11
10.Bürstadt	13	6	1	6	23:19	13:13
11.Offenbach	13	5	3	5	19:19	13:13
12.Ulm	13	5	2	6	23:24	12:14
13.Köln	12	4	3	5	20:24	11:13
14.Freiburg	12	4	2	6	14:17	10:14
15.Darmstadt	12	3	4	5	18:23	10:14
16.Oberhausen	12	3	3	6	18:24	9:15
17.Stuttgart	12	4	1	7	14:20	9:15
18.BW Berlin	12	3	1	8	19:26	7:17
19.St. Pauli	12	3	1	8	16:26	7:17
20.Duisburg	12	2	3	7	16:28	7:17

DIE VORSCHAU

Freitag, 2. November, 20 Uhr: Solingen – Kassel, Aachen – Nürnberg. – **Samstag, 3. November, 14.30 Uhr:** St. Pauli – Freiburg, Homburg – Darmstadt, Ulm – Hertha BSC. – **15.30 Uhr:** BW Berlin – Köln, Wattenscheid – Hannover. – **Sonntag, 4. November, 14.30 Uhr:** Bürstadt – Saarbrücken. – **15 Uhr:** Offenbach – Stuttgart, Oberhausen – Duisburg.

SPORTBUND / Der Fernseh-Vertrag mit ARD und ZDF soll nur für drei Jahre verlängert werden

Eine große Einigkeit bei den 52 Fachverbänden: Einstieg in neue Medien muß geschafft werden

sid/dpa, Frankfurt

Die Förderung des deutschen Leistungssports ist in seinem derzeitigen Konzept grundsätzlich richtig, auch wenn die Kriterien laufend überprüft werden sollten. Zu diesem Schluß kam das Präsidium des Deutschen Sportbundes (DSB) in Frankfurt und hob zugleich seine völlige Übereinstimmung mit dem Nationalen Olympischen Komiteee (NOK) für Deutschland in der Bewertung der deutschen Olympia-Mannschaft von Los Angeles hervor.

Künftig soll das Hauptaugenmerk nach Ansicht der Präsidiumsmitglieder auf der verstärkten ärztlichen und physiotherapeutischen Betreuung, der sozialen Absicherung der Athleten und auf der Trainerfrage liegen. Dazu wurde festgelegt, daß die Trainerakademie in Köln endgültig ab 1. April 1985 einen Fernstudiengang einrichtet, für den es bereits jetzt 45 Bewerber aus acht Sportarten gibt. Nebenamtlichen Trainern soll durch das Fernstudium die Möglichkeit zu einem qualifizierten Abschluß geboten werden.

Die Vertreter der 52 Sportfachverbände unter der Dachorganisation des Deutschen Sportbundes (DSB) fanden zu einer bemerkenswerten Solidarität, um mit den Fernsehanstalten einen neuen Globalvertrag auszuhandeln. Die Versammlung kam dabei überein, in den Verhandlungen mit der ARD und dem ZDF Anschluß an den mit 2,9 Millionen Mark dotierten alten Vertrag zu finden, der nach fünfjähriger Dauer zum 31. Dezember 1984 ausläuft. Ausgenommen davon bleiben wie bisher der Deutsche Fußball-Bund (DFB) und der Deutsche Eishockey-Bund (DEB), die schon separate Verhandlungen geführt haben oder noch führen werden.

Die Position der ARD und des ZDF sind ebenso klar wie die der Fachverbände, wenn sich DSB-Vizepräsident Hans Hansen als Vorsitzender der DSB-Medienkommission und Indendant Wolfgang Lehr (Hessischer Rundfunk) sowie Justitiar Ernst Fuhr am 30. November zur nächsten Verhandlungsrunde treffen. Die Kommission unter Führung von Radsport-Präsident Werner Göhner (München) als Sprecher der Spitzenverbände hat sich zum Ziel gesetzt, mit den Anstalten einen Kontrakt auszuhandeln, der auf drei Jahre begrenzt sein wird und mit einem Volumen zwischen fünf und sechs Millionen Mark ausgestattet sein soll. Schon in den Vorverhandlungen war es gelungen, den Passus der Ausschließlichkeit aus dem alten Vertrag zu lösen, so daß die Öffnung dem DSB ermöglicht, in Zukunft Kooperationen mit anderen Medien wie Kabelfernsehen und privaten Anbietern zu schließen.

Mit dem Einstieg der neuen Medien wie Kabel- und Privatfernsehen sowie den elektronischen Textdiensten Videotext oder Bildschirmtext haben sich die Verhandlungsgrundlagen der Partner erheblich verändert. Das Ende des Marktmonopols von ARD und ZDF zeichnet sich ab.

Der DFB hat die neuen Programm-Anbieter bereits ins Kalkül gezogen und sich wie der DEB an neuen Partnern orientiert. Unter dem Vorsitz von Reiterpräsident Dieter Graf Landsberg-Velen wurde eine „Arbeitsgruppe Medien" eingesetzt.

OLYMPIA / Auf der Suche nach Kompromissen

Wettkämpfe auch auf dem Gebiet von Nordkorea?

sid, Lausanne

Auf höchster politischer Ebene suchen Nord- und Südkorea nach einem Kompromiß, der dem Osten die Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen 1988 in Seoul ermöglicht. Das verlautete in Lausanne, dem Sitz des IOC.

Dem Vernehmen nach denken Nord- und Südkorea über die Bildung einer gemeinsamen Olympia-Mannschaft für die Spiele in der südkoreanischen Hauptstadt nach. Außerdem sollen mehrere der 23 Sportentscheidungen auf nordkoreanischem Gebiet stattfinden.

IOC-Direktorin Monique Berlioux erklärte auf Anfrage, sie habe inoffiziell von einem möglichen Kompromiß gehört. Dem IOC sei bislang aber kein offizieller und formeller Vorschlag unterbreitet worden. Sie erklärte darüber hinaus, die Beteiligung Nordkoreas an den XXIV. Spielen setze einen offiziellen Antrag beim IOC voraus.

Zwar schreibt die Regel 34 der *Olympischen Charta* vor, daß Olympische Spiele nur in verschiedenen Städten eines Landes ausgetragen werden dürfen. Aber, so Monique Berlioux, das IOC könne Nord- und Südkorea *als zwei Teile eines Landes* betrachten. Voraussetzung sei aber die Bildung einer gemeinsamen Olympia-Mannschaft.

Mit diesen Maßnahmen könnte der im Raum stehende Boykott durch osteuropäische NOK's verhindert werden. Ein Großteil der osteuropäöischen Verbände hatte bereits 1978 die Weltmeisterschaften der Sportschützen in Seoul boykottiert. In der letzten Woche hatte das jugoslawische NOK mehrmals erklärt, es könne mit der Stadt Belgrad als Austragungsort anstelle von Seoul 1988 einspringen.

In Lissabon wiederholte IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch die Hoffnung, daß Seoul die gesamte olympische Familie wieder vereinen könne. Samaranch erklärte: „Es ist zu früh, von Boykotts zu sprechen. Alles hängt von der derzeitigen internationalen Politik ab."

GEWICHTHEBEN / Deutsche Meisterschaften

Nachfolger für Milser schon gefunden: Martin Zawieja

sid, Memmingen

Mit der Präsentation eines neuen Weltklassemannes begannen die deutschen Gewichtheber die Zeit nach Rolf Milser, der mit dem Gewinn der Goldmedaille in Los Angeles seine Laufbahn beendet hat. Martin Zawieja (21) aus Dortmund ist dieser Athlet. Mit 377,5 kg (170 + 207,5) war er nicht nur der stärkste Zweikämpfer der deutschen Meisterschaften in Memmingen, sondern stellte mit 171,5 kg im Reißen des ersten Schwergewichts auch den einzigen deutschen Rekord der Titelkämpfe auf (bisher Fryderyk Mis, 171,0).

Gelang Martin Zawieja, der als Soldat im Leistungszentrum Sonthofen trainiert, der *entscheidende* Durchbruch, so bestätigte Olympiasieger Karl-Heinz Radschinsky (Langen) seine Ausnahmestellung im Mittelgewicht. Mit 340,0 kg (147,5 + 192,5) erreichte er exakt seine Leistung von Los Angeles. Anschließend sorgte er nach einer 600 km langen Autofahrt für einen zweiten Sieg, als er in Frank Elstners Fernsehschau „Wetten daß . . . ?" im Maßkrugstemmen einarmig das elf Kilogramm schwere Trinkgefäß 62 Sekunden lang hielt, sein Gegner aber nur 55 Sekunden .

Von den zehn Meistern in Memmingen errangen sechs ihren ersten Titel. Mit Gdaniec und Mis stehen zwei in Polen geborene Athleten in den Ergebnislisten, mit Poliacik der frühere tschechoslowakische Olympiadritte (Moskau 1980) und mit Zoltan Schön ein Athlet aus Pecs in Ungarn. Dazu kommen als Zweite Salvatore Attilo, Zbigniew Kacmarek und Michael Pentz im Mittel-, Leichtschwer- und Superschwergewicht, also ein gebürtiger Italiener, Pole und Ungar. Gregor Ziaja als Dritter im Mittelgewicht und Maci Kajadan als deutscher Juniorenmeister im Federgewicht, ein Pole und ein Türke, vervollständigten die Internationalität dieser Titelkämpfe.

Michael Neiße aus Dresden wird die Mannschaft des VfL Wolfsburg verstärken. Er hatte sich vor 14 Tagen vom „*DDR*"-Team abgesetzt.

Verzicht auf Elektronik

Seefeld (sid) – Wegen Ungenauigkeit und zu hoher Kosten verzichten die Veranstalter der Nordischen Ski-Weltmeisterschaften in Seefeld und Innsbruck (17. bis 27. Januar 1985) auf den Einsatz elektronischer Weitenmeßanlagen. Auch die Veranstalter der deutsch-österreichischen Vier-Schanzen-Tournee entschieden sich für manuelle Weitenmessung.

Favoriten ausgeschieden

Houston (dpa/UPI) – Die amerikanischen Titelverteidiger Chris Evert-Lloyd/Jimmy Connors schieden bereits im Halbfinale der Tennis-Mixed-Weltmeisterschaften aus. Sie scheiterten mit 6:4, 6:7, 4:6 an Kathy Rinaldi/Vince van Patten (ebenfalls USA), die im Finale auf Betsy Nagelsen/Butch Walts treffen.

Mehr Teilnehmer

Islamabad (dpa) – Mehr Spieler als ursprünglich geplant werden an den olympischen Tischtennis-Wettbewerben 1988 in Seoul teilnehmen. Das Teilnehmerfeld bei den Herren soll von 64 auf 98, bei den Damen von 32 auf 48 aufgestockt werden.

Kiel will Olympia

Dortmund (dpa) – Die Stadt Kiel will den Plan des Kommunal-Verbandes Ruhrgebiet (KVR) unterstützen, eine Bewerbung für die Olympischen Spiele 1992 abzugeben. Auf einer Tagung in Dortmund erklärten politische Vertreter der Hansestadt ihre *Bereitschaft zur Übernahme* der Segelwettbewerbe.

Cronenberg Meister

Dortmund (dpa) – Zum drittenmal gewann der RSC Wuppertal-Cronenberg die deutsche Rollhockey-Meisterschaft. Nach einem 15:3-Sieg am letzten Spieltag bei der SpVg Herten setzte er sich aufgrund des besseren Torverhältnisses gegen Mitkonkurrent RESG Walsum durch.

Langer außer Form

Tokio (sid) – Nach guten Ergebnissen in den letzten Wochen präsentierte sich der deutsche Golf-Profi Bernhard Langer (Anhausen) bei der mit 1,5 Millionen Mark dotierten „World Golf Championship" in Tokio außer Form und belegte unter 26 Teilnehmern nur Platz 21. Sieger wurde Lanny Wadkins (USA).

Ludwigshafen bewirbt sich

Ludwigshafen (dpa) – Nach den Städten Karlsruhe, Würzburg und Duisburg will sich auch Ludwigshafen um die Ausrichtung der Ringer-Weltmeisterschaften 1991 bewerben. Die Meisterschaft wurde aus Anlaß des 100jährigen Bestehens des Deutschen Ringer-Bundes nach Deutschland vergeben.

Sieg im Europa-Cup

Apeldoorn (sid) – Titelverteidiger TTC Jülich gewann sein erstes Europacup-Spiel beim niederländischen Meister De Baluwe Wereld-De Veluwe mit 5:3. Im Wettbewerb der Frauen verzichtete der Kieler TTK wegen Terminschwierigkeiten auf sein Spiel beim CSSR-Meister Vitkovice Ostrava.

Testspiel gegen Ungarn

Hagen (dpa) – Mit einem fünftägigen *Lehrgang* (*12. bis 16. November*) in Paderborn und einem Testspiel gegen Ungarn (19. November) in Osnabrück bereitet sich die deutsche Basketball-Nationalmannschaft auf das erste Qualifikationsspiel (am 21. November in Paderborn gegen Albanien) zur Basketball-Weltmeisterschaft vor.

Olympia-Pläne

München (sid) – Der Gelände-Motorradsport soll nach dem Willen des Motorradsport-Weltverbandes (FIM) olympische Disziplin werden. Entsprechende Gespräche mit dem *Internationalen Olympischen Komitee* (IOC) regte der Verband während des Herbstkongresses in München an.

Groß nur Fünfter

Rio de Janeiro (sid) – Bei seinem ersten nacholympischen Start blieb Olympiasieger Michael Groß (Offenbach) über 200 m Freistil um 11,49 Sekunden über seiner Weltrekordzeit und belegte in 1:59,33 Minuten nur den fünften Platz in einem international schwach besetzten Wettkampf.

Furrer schlug Ommer

Wittnau (sid) – Im zweiten Qualifikationsrennen zur Bildung einer Rad-Querfeldein-Nationalmannschaft siegte Hans-Jörg Furrer (Reute) vor Frank Ommer (Unna) und Wolfgang Ruser (Magstadt). Ommer und Furrer führen in der Gesamtwertung punktgleich vor Ruser.

HOCKEY

Limburg ist Meister

sid/dpa, **Heidelberg/Hanau**

Der Hanauer THC (Damen) und der Limburger HC (Herren) sind die neuen deutschen Meister im Feld*hockey. Während die Frauen aus Hanau* ihren Titelgewinn von 1981 wiederholten, gewann der Limburger HC *erstmals in seiner Vereinsgeschichte* die Meisterschaft. Noch 1982 war er im Endspiel dem HC Heidelberg mit 2:3 *unterlegen. Gestern morgen* jedoch ließ Limburg dem ehemaligen Meister keine Chance und führte durch Tore von Knapp, Jung und von Kunhardt bereits mit 3:0, bevor Heidelberg eine Torchance erspielte.

Überragender Mann des 42. Endspiels war Limburgs Spielertrainer Paul Lissek (37), der auch als Junioren-Trainer im Deutschen Hockey-Bund (DHB) tätig ist. „Aufgrund der ersten Halbzeit haben wir verdient gewonnen. Nach dem schnellen 3:0 *haben wir einen Gang zurückgeschal*tet, um das Ergebnis über die Zeit zu bringen", erklärte er später den spürbaren Spannungsabfall seiner Mann-

schaft. Obwohl die Limburger als „Kunstrasen-Spezialisten" gelten, zeigten sie vor 2200 Zuschauern auf dem unebenen Heidelberger Naturrasen ein elegantes Spiel und hatten nach Ansicht von Bundestrainer Klaus Kleiter „auch stocktechnische Vorteile". „Dazu zeigte Heidelberg in den Zweikämpfen zu wenig Biß", *meinte Kleiter und wertete das Finale* als eines „der eindeutigsten Endspiele, das ich je gesehen habe."

„Wir haben wie gelähmt gespielt. Dennoch betrachte ich die Vizemeisterschaft als großen Erfolg für meine junge Mannschaft", wußte auch Heidelbergs Trainer Jürgen Stemmler um die Einseitigkeit des Spiels, in dem Rainer Hannemann (67. Minute) mit einem Siebenmeter wenigstens noch der Ehrentreffer gelang.

Die Spannung, die im Herren-Finale wegen der einseitigen Limburger Überlegenheit vermißt wurde, hatten 3000 Zuschauer bereits einen Tag zuvor *in Hanau erlebt. Das Damen-End*spiel zwischen dem Hanauer THC und dem SC Brandenburg Berlin war an Dramatik kaum zu überbieten: Spielerisch hochklassig, viele Torchancen auf beiden Seiten, Verlängerung und Siebenmeter-Schießen. Allein die Chancen-Auswertung ließ zu wünschen übrig. „Da gab es ähnliche Probleme wie in der Nationalmannschaft", bemängelte Bundestrainer Wolfgang Strödter, die angesichts von 12:12 Ecken spärliche Torausbeute: 0:0 nach regulärer Spielzeit, 1:1 nach Verlängerung. Erst in der 75. Minute hatte Dana Schürmann Berlin *in Führung gebracht. Zehn Minuten* später erzwang Christine Berthold, die Schwester des Frankfurter Fußball-Profis Thomas Berthold, mit ihrem tor zum 1:1-Ausgleich das Siebenmeter-Schießen. Danach „haben wir ganz auf Defensive umgeschaltet, um das Siebenmeter-Schießen zu sichern. Da wußte ich, daß wir mit Ulla Thielemann im Tor einen Sicherheitsfaktor besitzen", frohlockte Hanaus Trainer Dieter Eckert nach dem 5:4-Endstand. Ulla Thielemann, Reser*ve-Torfreu der Nationalmannschaft*, erfüllte die Erwartungen gleich zu Beginn des Siebenmeter-Schießens, als sie gegen Petra Melchert glänzend parierte und damit den Grundstein zum Titelgewinn legte.

RADSPORT / Schweizer Markus Maggi durchbrach deutsche Siegesserie, 16. Titel für die Brüder Jan und Jindrich Pospisil

Herber Rückschlag trotz Titel für Gudrun Regele

sid/dpa, **Straßburg**

Ohne Titelgewinn blieben die deutschen Teilnehmer am Schlußtag der Welt- und Europameisterschaften im Kunstradfahren und Radball in Straßburg. Zunächst gewann der Schweizer Markus Maggi den Titel im Einer-Kunstfahren der Männer vor Dietmar Ingelfinger (Erlenbach) und Jürgen Keßler (Weinheim). Anschließend traten die tschechoslowakischen Gebrüder Jan (39) und Jindrich (42) Pospisil im Radball die Nachfolge der deutschen Weltmeister Thomas und Andreas Steinmeier (Lieme) an, die diesmal Bronze holten. Aller*dings benötigte das Brünner Brüder*paar ein Entscheidungsspiel gegen die Schweiz (1:0), um zu gewinnen.

Der Bund Deutscher Radfahrer (BDR) wurde zwar mit neun Medaillen (zwei Gold, vier Silber, drei Bronze) wieder erfolgreichster Verband, doch gegenüber den beiden vergangenen Jahren mußte man einen herben Rückschlag hinnehmen. In Wiesbaden und Wien wurden noch alle fünf möglichen Titel errungen. So konnten sich von den deutschen Aktiven nur Gudrun Regele (Lauffen) im Einer-Kunstfahren der Frauen mit Weltmeisterehren schmücken.

Gerechnet wurde mit Zehnteln, als die Entscheidung im Einer-Kunstfahren der Frauen fiel. Gudrun Regele, eine 22jährige Sprachstudentin aus Lauffen, kam als Drittletzte auf die Fläche. „Ich wußte, ich durfte mir keinen Fehler leisten. Trotzdem war ich weniger nervös als bei den deutschen Meisterschaften."

Kurz vor Gudrun Regele war die Tschechoslowakin Danuse Hajkova aufgetreten. Sie fuhr schön, doch reichte sie einmal mehr bei den Schwierigkeitspunkten nicht an die beiden *deutschen* Teilnehmerinnen heran. Dennoch durfte sich Gudrun Regele keinen auch noch so winzigen Fehler leisten. Ihre Darbietung war perfekt, strahlte Zuverlässigkeit aus.

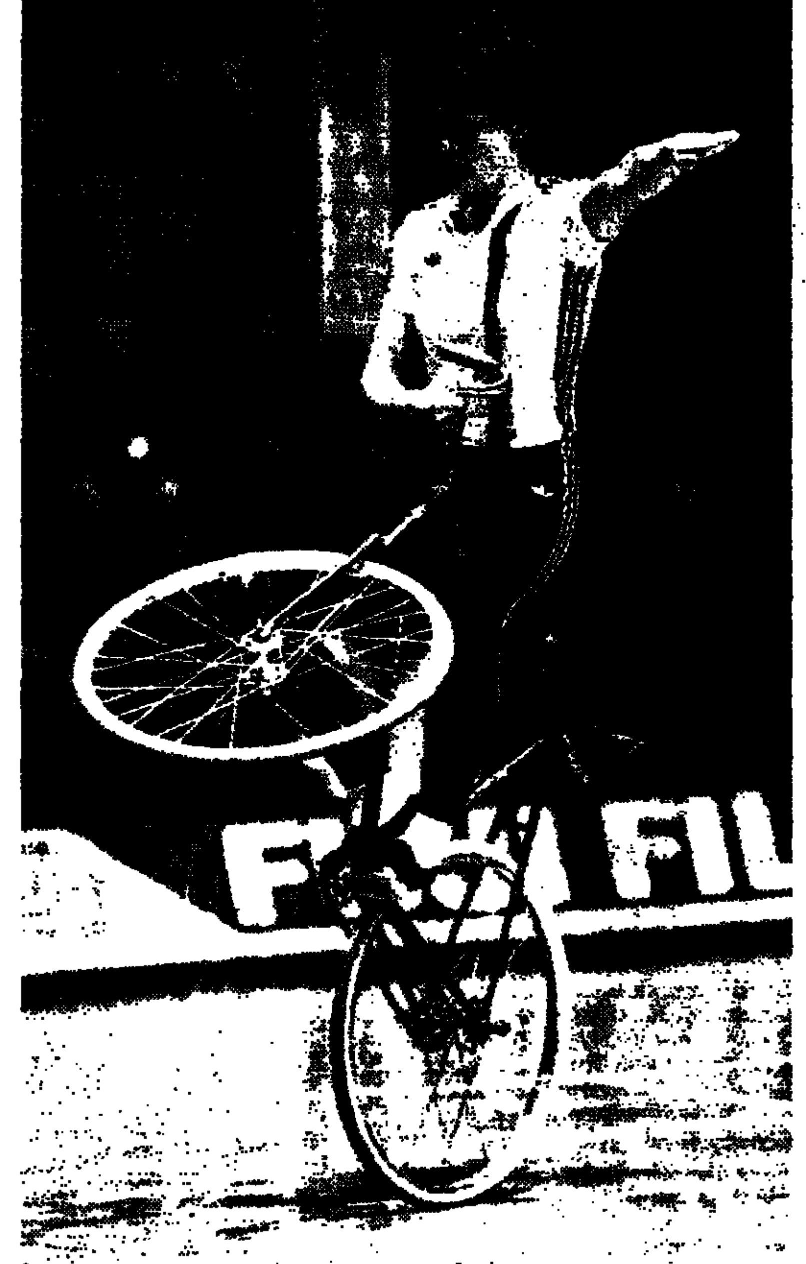
Aber da war noch Maria Beerlage aus Stadtlohn, *die Weltmeisterin* der beiden letzten Jahre. Sie agierte ähnlich perfekt wie Gudrun Regele, aber ihr unterliefen einige *kleine* Unsauberkeiten. Eine nicht vollendete Drehung, die einige Diskussionen zur *Folge hatte, gab schließlich den Aus*schlag. Die Punkte, die ihr dafür abgezogen wurden, machten Gudrun Regele zur neuen Weltmeisterin.

Es war die richtige Entscheidung nach einem spannenden Duell. Die neue Titelträgerin, Fahrersprecherin im deutschen Kunstradsport, ist „eine Sportlerin, wie sie sein sollte" (so Assistenztrainerin Ursula Stifel).

Gudrun Regele begann einst als Turnerin und kam 1971 zum Hallenradsport. Ihr Sieg in Straßburg war eine Überraschung, aber eine, die sich vor dem richtigen Hintergrund leicht erklären läßt.

Spannend war die Entscheidung im Radball. Vor 12 000 Zuschauern mußten die Pospisils, von 1968 bis 1981 bereits 14 mal in Folge Gewinner der Weltmeisterschaft, bange Momente überstehen, ehe sie nach zweijähriger Unterbrechung wieder die Titel gewannen.

Nach Abschluß der Vorrunde hatten die Brünner ebenso wie die Schweizer Osterwalder und Oberhaensli 9:1 Punkte erreicht. Darum war ein Entscheidungsspiel über eine Halbzeit von sieben Minuten notwendig geworden. Die Tschechoslowaken siegten 1:0.



Nur sie wahrte die deutsche Tradition im Kunstradfahren: Gudrun Regele bei ihrer Kür. FOTO: NORBERT RZEPKA

Niederlagen des „Goldschmieds" als Medizin . . .

Vor einem Vierteljahrhundert stand der Weltmeister Heinz Pfeiffer selbst auf der obersten Stufe bei Siegerehrungen, später wurde er „Goldschmied" genannt. Zwei Jahrzehnte lang hat der Bundestrainer Heinz Pfeiffer seine Kunstradfahrer von Erfolg zu Erfolg, von Titel zu Titel geführt.

Jetzt kommen die deutschen Kunstrad-Sportler von den Welt- und Europameisterschaften im Straßburger Vorort Schiltigheim zwar mit neun Medaillen zurück – und sind doch nicht zufrieden. Zwei Titel, zwei Niederlagen ist die Bilanz, klammert man die Steinmeier-Zwillinge im Radball aus, die nicht zu Pfeiffers Fakultät gehören – aber auch verloren.

Neun Medaillen, erfolgreichster Verband und unzufrieden – wie paßt das zusammen? Dazu Heinz Pfeiffer: „Ich bin nicht überrascht. Jahrelang haben wir den anderen vorexerziert, wie man es machen muß! Sie haben gelernt. Mir ist das nicht einmal unangenehm, im Gegenteil. Der Überdruck ist weg, jetzt sind bei uns alle motiviert. Niederlagen schmerzen, also muß eine Medizin her – wir werden noch mehr trainieren . . ."

Eigentlich mußte man sich wundern, woher Trainer Peiffer immer neue Asse aus den Ärmeln zauberte. Mit großem Spürsinn entdeckte er ständig Talente, schulte und förderte sie zur Meisterreife. Und Heinz Pfeiffer *kündigt schon* wieder an: „Der Nachwuchs in der Junioren-Klasse läßt mich hoffnungsfroh in die Zukunft blicken." Die Tür ist also keineswegs zugeschlagen.

DIETER STEIN

BASKETBALL

SSV Hagen gestoppt

sid, **Hagen**

Die Meisterschaft in der Basketball-Bundesliga scheint wieder auf einen Zweikampf reduziert. Am zehnten Spieltag stoppte der BSC Saturn Köln den Aufwärtstrend des SSV Hagen und setzte sich mit seinem 85:60-Sieg an die Tabellenspitze. Damit zeichnet sich ein erneutes Duell zwischen dem deutschen Meister ASC Göttingen und seinem Vorgänger BSC Saturn Köln ab.

„Uns fehlt noch eine gehörige Portion *Routine, um einer solch cleveren* Mannschaft wie Köln über die volle Zeit Paroli bieten zu können", bedauerte Hagens Coach Peter Krüsmann die Niederlage, die den Aufschwung in der früheren Basketball-Hochburg Hagen vorerst stoppte. Die Gelegenheit zum Gegenbeweis bietet sich seiner Mannschaft bereits am 10. November, denn die Begegnung Saturn Köln gegen SSV Hagen wurde am Samstag als Schlagerspiel des Pokal-Achtelfinales ausgelost.

Während Köln seine Spitzenposition mit souveräner Leistung unterstrich, benötigte Verfolger Göttingen beim Spiel in Osnabrück nach Zuschauermeinung Schiedsrichterhilfe: Beim Stande von 69:72 für den ASC Göttingen erkannte Schiedsrichter Horst Schorr (Bamberg) einen Korb für Osnabrück nicht an und entschied *stattdessen auf Freiwürfe für Göttin*gen, das seinen Vorsprung daraufhin auf 74:69 ausbaute. Die folgenden Zuschauerausschreitungen sorgten für einen ebenso negativen Höhepunkt des Spieltages wie der Ellbogencheck des Amerikaners Larry Knight (Heidelberg) gegen den Gießener Christoph Seifert. Nach der Disqualifikation wird Knight möglicherweise für längere Zeit gesperrt.

GALOPP

Black Bottom vor Ottilie

K. GÖNTZSCHE, **Gelsenkirchen**

Vom höchstgelegensten Ort der Gelsenkirchener Galopprennbahn verfolgte Walter Scheel gestern das *längste und höchstdotierteste* Amateur-Jagdrennen der Welt, das erstmals vom Handelsunternehmen Raab Kracher *gesponsort* wurde.

Der Alt-Bundespräsident und gerade wieder für drei Jahre gewählte Galopper-Vorsitzende erlebte von der Rennleitungs-Kanzel einen Endkampf zweier Pferde nach der Marathon-Distanz von 6800 m und 28 Sprüngen, der die 6500 Zuschauer förmlich von den Sitzen riß. Der sechsjährige Wallach Black Bottom mit dem englischen Amateur Tim Thomson-Jons behielt mit einer hal*ben Länge die Oberhand vor der Stu*te Ottilie mit Simon Sherwood. Deutlich zurück kam der in Norwegen trainierte Pole Onesti mit dem Schweden Lars Swärd im Sattel auf Platz drei ein.

Das Rennen wurde zu einem Triumph für Uwe Stoltefuß (28), der in Dortmund die beiden Erstplazierten trainiert. *Besitzer Black Bottoms* ist das Gestüt Sybille, es gehört dem Berliner Architekten Kurt Decker. *Dessen größter rennsportlicher Er*folg war der Sieg von Days at Sea im Preis von Europa 1973. Zwei der neun Pferde wurden weit zurückliegend angehalten, die Stute Prise stürzte ohne sich zu verletzten, Amateurchampion Andreas Wöhler (22) zog sich beim Sturz vom 13jährigen Wallach Sindbad Schulterverletzungen zu.

SCHACH / WM

Nun schon das 13. Remis

LUDEK PACHMAN, **Bonn**

Die Schach-Weltmeisterschaft zwischen Titelverteidiger Anatoli Karpow und Garri Kasparow schien die kürzeste der Geschichte dieses Sports zu werden. Nun aber geschieht seit sechs Partien und der 4:0-Führung Karpows so gut wie nichts mehr. Beide warten auf einen Fehler ihres Gegners. Kasparow machte diesen Fehler zwar in der 16. *Partie, doch er kostete ihn keinen* Verlustpunkt. Jetzt, in der 18. Partie und beim 14. Remis, verstärkte der Weltmeister seine Verteidigung in der Variante der 16. Partie. Wie ich damals in meinem Kommentar empfohlen hatte, zog Karpow frühzeitig Sbd7, um Kasparow keinen Springer-Vorposten auf e5 zu erlauben. Ein schneller Ausgleich war die Folge.

Für die Sowjetunion wird die Dauer der WM langsam problematisch. Wenn der Wettkampf, der am 10. Oktober begonnen hat, bis Mitte November nicht beendet ist, droht eine Terminüberschneidung. Am 18. November beginnt in Saloniki die Mannschafts-WM, bei der die UdSSR selbstverständlich mit ihren beiden *stärksten Spielern antreten will.*

Die Notation (Weiß Kasparow, Damenindisch): 1.d4 Sf6, 2.c4 e6, 3.Sf3 b6, 4.g3 La6, 5.b3 Lb4+, 6.Ld2 Le7, 7.Lg2 c6, 8.Lc3 d5, 9.Sbd2 Sbd7!, 10.0-0 0-0, 11.Te1 c5, 12.e4 dxe4, 13.Sxe4 Lb7, 14.Sfg5 cxd4!, 15.Lxd4 Dc7, 16.Sxf6+ Lxf6, 17.Lxb7 Dxb7, 18.Se4 Lxd4, 19.Dxd4 Tad8, 20.Tad1 Da8, 21.Dx3 Sb8, 22.Sf6+ – Remis.

Im 15. Zug gewinnt Weiß mit *15.Sxf6+ natürlich keine Figur. Es folgt* Lxf6, 16.Lb7 Tb8 und Schwarz gewinnt die Figur zurück.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . .

FUSSBALL

Erste englische Division: Chelsea – Ipswich 2:0, Everton – Sheffield 1:0, *Everton – Manchester United* 5:0, Norwich – Queens Park 2:0, Sunderland – Luton 3:0, Tottenham – Stoke 4:0, Watford – Newcastle 3:3, Bromwich – Southampton 0:0, West Ham – Arsenal 3:1, Leicester – Aston 5:0. – **„DDR"-Oberliga,** 9. Spieltag: Dresden – Rostock 2:2, Dynamo Berlin – Karl-Marx-Stadt 6:1, Suhl – Lok Leipzig 1:6, Frankfurt – Brandenburg 1:1, Jena – Erfurt 1:1, Chemie Leipzig – Magdeburg 2:2, Aue – Riesa 4:1. – Tabellenspitze: 1. Dresden 16:2, 2. Dynamo Berlin 14:2, 3. Lok Leipzig 13:5. – **Damen-Länderpokal,** 2. Spieltag, Gruppe 3: Hamburg – Mittelrhein 1:6, Niederrhein – Schleswig-Holstein 2:2. – Gruppe 4: Bremen – Westfalen 1:2, Berlin – Niedersachsen 0:3.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 10. *Spieltag:* Charlottenburg – Düsseldorf 100:68, Hagen – Köln 60:85, Gießen – Heidelberg 86:80, Osnabrück – Göttingen 72:86, Leverkusen – Bamberg 100:73. – **Damen,** 7. Spieltag: Porz/Hennef – München 73:67, Leverkusen – Köln 72:87, Osterfeld – Frankfurt 88:64, Düsseldorf – Marburg 95:27.

EISHOCKEY

Bundesliga, 9. Spieltag: Köln – Iserlohn 7:3, Düsseldorf – Landshut 4:1, Kaufbeuren – Rosenheim 3:4, Mannheim – Essen-West 21:0, Schwenningen – Rießersee 5:4.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Damen, 5. Spieltag: Kaiserberg – Soest 9:2, Kiel – Frankfurt 7:9.

HANDBALL

Bundesliga, Herren, 4. Spieltag: Gummersbach – Wallau-Massenheim 30:21, Lemgo – Großwallstadt 18:16, Hofweier – *Düsseldorf 19:15*, Weiche-Handewitt – Dankersen 21:18, Reinickendorf – Kiel 29:32. – **Frauen,** Gruppe Nord, Nachholspieltag der er*sten Runde: Jarplund-Weding* – Minden 24:18, Uerdingen – Oldenburg 14:28, Leverkusen – Hannover 25:12, Engelskirchen – Eilbeck 22:16, Herzhorn – Kiel 17:20. – Gruppe Süd, vorverlegt 5. Spieltag: Frankfurt – Malsch 20:12, Sindelfingen – Auerbach 13:9. – **Europacup,** Landesmeister: Leipzig – Wakefield (Metros/England) 37:12.

RINGEN

Bundesliga, 9. Wettkampftag, Gruppe West: Goldbach – Schifferstadt 16:23, Witten – Schwalbach-Schwarzenholz 34,5:4,5, Köllerbach – Aschaffenburg 20:19,5, Aldenhoven – Bonn-Duisdorf 25:12. – Gruppe Süd: Aalen – Freiburg-St. Georgen 27:12, Triberg – Wiesental 5:35, Reilingen – Bad Reichenhall 33:5, Freiburg-Haslach – Urloffen 16,5:22,5.

VOLLEYBALL

Bundesliga, *Herren, 7. Spieltag:* München – Gießen 1:3, Fort. Bonn – Passau 3:0, Leverkusen – SSF Bonn 3:1, Friedrichshafen – Berlin 0:3. – **Damen,** 4. Spieltag: Münster – Langenhorn 3:0, Oythe – Schwerte 3:0, Feuerbach – Rüsselsheim 3:0, Augsburg – Stuttgart 3:0.

RAD

Hallen-Europa- und Weltmeisterschaften in Straßburg: Radball: 1. CSSR, 2. Schweiz, 3. Deutschland (*Thomas und Andreas Steinmeier*). – Einer-Kunstfahren, Frauen: 1. Regele 315,95 Punkte, 2. Beerlage (beide Deutschland) 315,00, 3. Hejkova (CSSR) *314,25. – Einer-Kunstfahren,* Männer: 1. Maggi (Schweiz) 328,60, 2. Ingelfinger 321,35, 3. Kessler (beide Deutschland) 319,85.

GEWICHTHEBEN

Deutsche Meisterschaften in Memmingen, Leicht: 1. Schön (Wetzgau) 260,0 kg (125+135), 2. Wild (Fellbach) 235,0 (105+130), 3. Becher (Berlin) 232,5 (102,5+130). – *Junioren-Meister:* Höfner (Baunatal) 247,5. – Leichtschwer: 1. Bergmann (Mutterstadt) 325 (142,5+182,5), 2. *Kaczmarek (Wolfsburg)* 322,5 (142,5+180), 3. Klein (Wuppertal) 320 (140+180). – Junioren-Meister: Petereit (Kassel) 270,0 *(125+145). – Feder: 1. Meier (Ehrang)* 232,5 (100+132,5), 2. Simmerbauer (Landshut) 185 (80+105), 3. Prado (Frankfurt) 180 (80+100). – Junioren-Meister: Kajadan (Groß-Zimmern) 210,0 (90+120). – Fliegen: 1. Gdaniec (Wolfsburg) 180 (80+100), 2. Fechter (Frnakfurt) 175 (75+100), 3. Fick (Wuppertal) 147,5 (67,5+80). – Bantam: 1. Hammerschmidt (Augsburg) 210 (92,5+117,5), 2. Puchalka 210 (92,5+117,5), 3. Schwedek (Berlin) 197,5 (87,5+110). – Mittel: 1. Radschinsky (Langen) 340 (147,5+192,5), 2. Altilo *(Mutterstadt) 292,5 (1225,+170)*, 3. Ziaja (Bochum) 275 (125+150).

TAEKWONDO

***EM** in Stuttgart, Frauen,* über 73 kg: 1. Güster (Deutschland), 2. Tuorino (Spanien). – Junioren bis 52 kg: 3. Köhnen (Deutschland) und Uslu (Türkei). – *bis 60: 1. Erfen (Deutschland).* – bis 78: 1. Maatz (Deutschland). – bis 69: 1. Urban (Deutschland). – bis 73: 1. Olson (Dänemark), 2. Troschke (Deutschland). – Männer, bis 52: 1. Langer (Deutschland). – bis 84: 1. Nefredow (Deutschland). – über 84: 1. Ginhart (Deutschland). – Junioren, bis 48: 2. Füllbier (Deutschland).

GALOPP

Rennen in Düsseldorf: 1. R.: 1. Cronos (P. Schade), 2. Pathos, 3. Offina, Toto: 20/15, 22, 46, ZW: 224, DW: 1900, 2. R.: 1. Maquis (St. Wegner), 2. Once Again, 3. Navarone, Toto: 28/15, 106, 21, ZW: 1056, DW: 10 112, 3. R.: 1. Brentano (R. Suerland), 2. Alpenjäger, 3. Foxtrott, Toto: 160/50, 42, 74, ZW: 2660, DW: 138 496, 4. R.: 1. Ombretta (P.V. Gilson), 2. Hairos, 3. Tullio, Toto: 96/30, 38, 30, ZW: 1944, DW: 43 908, 5. R.: 1. Trupper (A. Schütz), 2. Arasteh, 3. Giro, Toto: 15/10, 12, 11, ZW: 124, DW: 236, 6. R.: 1. Lontano (G. Bocskai), 2. Pontiac, 3. Moçambique, *Toto: 20/13, 13, 13, ZW:* 52, DW: 192, 7. R.: 1. Stragon (St. Wegner), 2. Osterbote, 3. Spitfire, Toto: 32/15, 21, 22, ZW: 272, DW: 1224, 8. R.: 1. Sofia (W. Borsch), 2. *Olschowsky*, 3. *Waldenfels*, Toto: 136/74, 22, 62, ZW: 2384, DW: 58 412, 9. R.: 1. König Pallasch (F. Puchta), 2. Nathia, 3. Calina, Toto: 464/54, 20, 18, *ZW: 1840, DW: 6808, 10. R.: 1. Amalfi* (Frl. U. Pliefke), 2. Jolly Joker, 3. Weggefährte, Toto: 316/78, 62, 30, ZW: 2828, DW: 13 454.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 19, 32, 33, 34, 40, 49, Zusatzzahl: 42. – **Spiel 77:** 8 1 4 0 6 8 6. – **Toto, Elferwette:** 0, 2, 0, 2, 2, 0, 0, 1, 1, 0, 1. – **Glücksspirale:** Endziffern: 5, 81, 831, 7235, 46467, 776676. – Los-Nummern: 1338852, 8140879, 6884255. – Prämienziehung: 857903, 116504, 609379. (Ohne Gewähr).

HANDBALL

TBV Lemgo überraschte

sid/dpa, **Lemgo**

Für die größte Überraschung in der Handball-Bundesliga sorgte am vierten Spieltag ein Verein, der nach sportlichen Geichtspunkten zum Ende der letzten Saison hätte absteigen müssen. Nur weil Frisch Auf Göppingen zum Zwangsabstieg verurteilt wurde, blieb Aufsteiger TBV Lemgo in der höchsten Spielklasse. Jetzt schlugen die Ostwestfalen den deutschen *Meister TV Großwallstadt mit* 18:16 und demonstrierten dabei überdeutlich, daß sich der Meister nach dem Rücktritt seiner Stammspieler Klühspies und Meisinger noch nicht wieder gefestigt hat. Dreimal lag der TBV Lemgo mit drei Toren im Rückstand, bevor er in der Schlußphase den Spielverlauf auf den Kopf stellte. Weil sich Torwart Martin Räber zur Weltklasseform steigerte und die Rückraumspieler Sveinsson (7 Tore) und Schüppel (6) ihre Chancen konsequent *nutzten*, gelang nach dem Unentschieden gegen den VfL Gummersbach der erste Saisonsieg.

Eine Woche vor dem Spitzenspiel gegen Essen mußte Großwallstadts Trainer Karl-Heinz Bergsträsser erkennen: „Wir haben uns selbst besiegt. Wenn man so schnell seine spielerische Linie verliert, wird es kaum reichen, ganz oben *mitzuspielen.*"

Oben mitspielen kann statt dessen der THW Kiel, der nach Großwallstadts Niederlage und *dem eigenen* 32:29-Sieg in Berlin zum Führungsquartett der Bundesliga gehört. Trainer Ingi Gunnarsson warnt jedoch vor Euphorie: „Wir haben über unsere Grenzen gespielt."



Pankraz, der Überflick und die Nachtigallen

Auf einem Symposion über auswärtige Kulturpolitik in Bonn, zu dem zahlreiche bekannte Vertreter des Kulturlebens erschienen waren, konnte es Pankraz wieder einmal beobachten: Das Verhältnis vieler Schriftsteller und Künstler zum Geld ist äußerst ambivalent und nicht frei von Heuchelei. In den Pausen der Veranstaltung sprach man voll Entrüstung über die gerade ihrem Höhepunkt entgegenstrebende Affäre Barzel, verurteilte mit sonorem Brustton die „Skrupellosigkeit", mit der die Schatzmeister der Parteien sammeln gegangen waren; aber auf dem Symposion selbst ging es ebenfalls fast nur um Geld. Akademiepräsidenten, Stipendienverwalter, Kunstprofessoren, Tourneeleiter, Preisrichter, Ausstellungs-Organisatoren – sie alle forderten Geld, Geld, Geld, und kein einziger stellte die Frage „Woher nehmen und nicht stehlen?"

Pankraz *ertappte sich* bei dem unheiligen Gedanken, daß heutzutage vielleicht nirgendwo mehr Steuern hinterzogen werden als im Bereich der Kultur. Zwar geht es da natürlich meistens um wesentlich kleinere Beträge als bei Flick, doch die Summe sämtlicher Kleinaffären, würde sie erst bekannt, ergäbe zweifellos einen mächtigen Batzen Geld. Kein um klare Verhältnisse bemühter Steuerfahnder fände sich je zurecht in dem Gestrüpp inoffizieller Zuwendungen, Schenkungen, Vorteilsnahmen, in dem Wust von Kunstpreisen, Reisezuschüssen, *Einladungen*, Vortragshonoraren, Freibeträgen und allen möglichen sonstigen mäzenatischen Aktionen.

Auch den Künstlern fehlt, wie lange Zeit den Partei-Schatzmeistern, gewöhnlich jegliches Unrechtsbewußtsein. Genau wie die Schatzmeister sind sie davon überzeugt, daß sie, wenn keine staatspolitische, so doch in jedem Fall eine im öffentlichen Interesse stehende, förderungswürdige Funktion wahrnehmen und deshalb die „bloßen Verdiener" ungeniert und steuerfrei anzapfen können. Vor allem aber wollen auch sie den Staat anzapfen. Viele Künstler teilen die „vox populi", derzufolge sich die Bundestags- und Landtagsabgeordneten und die höheren Beamten zu üppig aus dem Staatstopf *bedienen*; dieselben Künstler finden jedoch überhaupt nichts dabei, den Staat immer wieder um immer neue Alimentierungen anzugehen, wofür das oben erwähnte Symposion ein typisches Beispiel bot.

Wie gestalten sich unter solchen Bedingungen die Abhängigkeitsverhältnisse in der Kultur? Können die Geldgeber Einfluß auf die Richtung der von ihnen geförderten Kunst gewinnen, wie einst die fürstlichen Baumeister und Bildersammler des absolutistischen Zeitalters? Haben wir also auf Grund der Geldflüsse eine aus der Anonymität heraus gegängelte Kunst und Literatur zu fürchten?

Nun, die privaten Mäzene sind da wohl die geringste Gefahr. Sie haben, im Gegensatz zu den Fürsten im Absolutismus, in der Regel keinen eigenen Kunst- und Kulturwillen (wie ja auch Flick kaum einen eigenen politischen Willen gehabt zu haben scheint und seine Spenden so breit und „ausgewogen" wie möglich streute), sie überlassen die Förderentscheidung irgendwelchen Beratern, von deren „Kompetenz" sie in der Zeitung gelesen haben, wobei allenfalls ein gewisser Hang zum Masochismus auffällt. Mit Spenden bedacht werden besonders gern *scharfe Antikapitalisten*. Um ein Haar hätte der Kulturkreis im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) seinen Literaturpreis voriges Jahr dem *Honecker-Intimus Stephan Hermlin* zugesprochen, und die Vorliebe des Schokoladenfabrikanten Peter Ludwig für den „Sozialistischen Realismus" ist sprichwörtlich.

Einflußintensiver als die privaten sind die staatlichen Mäzene. Hier wird vom Empfänger im allgemeinen ein „demokratisches" Bekenntnis und Verhalten eingefordert, wobei der demokratische „Verfassungsbogen" durchaus die linksradikale Position mit einbezieht, nach rechts hin freilich höchstens bis zu den Sozialausschüssen der CDU reicht. Man erinnere sich des Protestgeschreis, als die Stadt Frankfurt einmal aus dem „Verfassungsbogen" ausscherte und ihren hochdotierten Goethepreis dem „rechten" Ernst Jünger zusprach. So etwas bleibt einsame Ausnahme.

Doch auch die staatlichen Instanzen sind kulturell schon weitgehend ziellos und überlassen die Entscheidungen liebend gern bestimmten Beratergremien. Diese Gremien sind die eigentlichen Geldgeber in der heutigen Kultur, ein nicht sehr großer, überschaubarer Kreis von Personen mit gleicher *Gesinnung*, hochentwickeltem Korpsgeist und flinker Binnenkommunikation, der von niemandem kontrolliert wird und der sich, wie das Zentralkomitee der SED in Ost-Berlin, aus eigener Machtvollkommenheit rekrutiert und regeneriert. Die seit Jahren von einer bestimmten politischen Seite sorgfältig aufgebauten „Kader" in den Kulturabteilungen der großen öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten, die Lektorate der großen Verlage, die RFFU, das Goetheinstitut, die IG Druck und Papier – das sind die Stellen, vor denen sich ein Autor oder bildender Künstler heute klein machen muß, wenn er Geld haben will.

Wo man auch hineingreift ins kulturelle Gängel- und Verteilungssystem, ob beim BDI oder beim DGB, ob bei der CDU oder bei der SPD, überall begegnet man den Abgesandten oder Vertrauensleuten besagter Gremien, überall den gleichen Namen, überall der gleichen Entschlossenheit, nur dem etwas zu geben, der sich dem doktrinären Willen der Clique beugt oder ihr zumindest Unterwerfungsgesten signalisiert. Eine Art Überflick ohne jede Liberalität und Ausgewogenheit hat sich da etabliert, und es wäre leichtfertig zu behaupten, daß die deutsche Gegenwartskultur darunter nicht litte.

Wenn es jetzt so etwas wie eine Götterdämmerung der Geldgeber in der Bundesrepublik geben sollte, dann darf die Rolle der genau identifizierbaren Kulturgeldgeberclique in diesem Land nicht unerörtert bleiben. Denn schließlich: Was dem Flick seine Eule, das sind der Clique ihre Nachtigallen.

Pankraz

Figuren aus gebogenem Blech – A. Jones in Köln

Tanz-Visionen in Rosa

Skulpturen und Aquarelle von Allen Jones zeigt die Galerie Wentzel in Köln. Trotzdem muß man ausdrücklich vom Maler, nicht vom Skulptor Jones sprechen, denn die aus Blech gebogenen und bemalten Tanzfiguren haben mit der Volumenplastik nichts zu tun. Sie sind, was der Maler im Gespräch auch bestätigt, nichts anderes als in den Raum transformierte Malerei: ein zweifellos neuer Ansatz, der sich von den klassischen Ausgangspositionen des amerikanischen und englischen Pop, soweit sie *Gemeinsames hatten*, weit entfernt. Sie lagen, woran einige frühere Beiträge in der Ausstellung erinnern, im neu gewonnenen lebensweltlichen Bezug einer Malerei, die sich teils *aus Dada (USA), teils aus* der populären Subkultur (England) nährte.

Der klassische Erotismus von Jones, der sich bis zur Persiflage des Sex steigerte, ist allen noch vor Augen. Aber was schon damals als die Differenz zwischen Amerikanern und Engländern auffiel, tritt auch in Köln wieder deutlich zutage: Spontane Improvisation steht neben der konturierten Schärfe elegant durchgeformter Beine, Arme und Brüste, die als Konsumgut der Subkultur mit kühler Distanz präsentiert werden. Das war damals in den sechziger Jahren, als der 1937 in Southampton geborene Jones sich 1961 in London mit der Gruppe der „Young Contemporaries" zum ersten Mal vorstellte.

Heute präsentiert er ein erweitertes Konzept, das zwar die Anfänge nicht verleugnet, sie aber doch zugunsten eines stärker auf die Eigengesetzlichkeit der Farbe, des Körpers und ihrer räumlichen Exposition bezogenen Malerei reduziert. Farbe war immer ein antinaturalistisches Element seiner Bildkunst, so sehr sie mit ihren Gegenständen dem breiten Publikum entgegenzukommen schien. Dazu tritt, daß bei seinen plastischen Figurationen, die sich ausschließlich mit dem Thema „Tanz" befassen, der Kubismus eine wesentliche Rolle spielt – was die räumliche Figuration dieser Gebilde betrifft.

Aber auch das expressive Moment springt heraus: Die Flächen werden nicht mehr gefüllt. Fluß und Richtung der Arbeit des Pinsels bekommen einen deutlichen Akzent, was in den früheren Perioden durchaus vermieden wurde.

Schon die Titel verweisen darauf, daß es auf die Farbe (im Raum) entscheidend ankommt: „Vision in Pink and Blue" (1982/83) oder „Blue and Yellow Dancer" (1982). Und der farbig aufregende, ja emotional aggressive „Liverpool Dance" (1984, Öl, Emailfarbe auf Stahl) stellt wohl einen der Höhepunkte des neuen und sehr frisch wirkenden Schaffens des Engländers dar. Diese Steigerung von der schwarz-grauen Basis der Füße und Beine zum Blau, Gelb, Rot und Grün von Oberkörper und Kopf der Figuren ist eine völlig auf die Farbe gestellte, lyrisch-expressive Emanation, die sich weit von den Anfängen entfernt und die Virulenz dieses Meisters belegt. (Bis 11. Nov.; Katalog 10 Mark.)

HERBERT ALBRECHT

Das Scheitern des Denis Diderot – „Der Menschenfreund" von Enzensberger in Berlin uraufgeführt

Clown einer traurigen Gesellschaft

Hans Magnus Enzensberger, doch wohl unbestritten einer der geistvollsten und versatilsten unter unseren Poeten, wollte mit eigener Hand eine Komödie schreiben, angelehnt an den (und beflügelt von dem) europäischen Geist Diderots. Diderot ist, das wäre bedauernswert, aber nicht allzu schlimm, dem landläufigen Theaterpublikum kein Begriff, zumal nicht bei uns. Man weiß, daß er mit einer erschreckenden Hartnäckigkeit zu seiner Zeit (1713 bis 1784) eine Enzyklopädie entwarf und fertigte, einen schier gigantischen Überblick über seine Zeit und alle Wortbegriffe seiner Epoche und deren angewandter Kunst.

Goethe schätzte den Franzosen hoch. Er hat sogar einen seiner pfiffigsten Dialoge („Rameaus Neffe") mit eigener Hand übersetzt. Diderot sonderte eine Reihe hochparodistischer Romane ab. Er war, findet Enzensberger, der erste radikale Intellektuelle in unserer Geistesgeschichte. Brecht, Diderot nicht weniger verwandt als Enzensberger, gründete eine Diderot-Gesellschaft und sah dem Franzosen dessen beste und scharfsinnigste Theaterkenntnisse ab.

Diderot verkörperte, ein früher Hecht im Karpfenteich seiner Epoche, die glänzende, aber eben immer auch dubiose und selbstzerstörerische Figur eines modernen „Intellektuellen". Über ihn will Enzensberger, Diderot tief verehrend, aber gleichzeitig ihn ständig anfechtend, eine Tragikomödie schreiben: Glanz, Elend und Scheitern eines brillant denkenden Kopfes in einer vornehmlich dummen Gesellschaft.

Er scheiterte. Enzensberger hatte mit seiner kühnen und hochgreifenden Übersetzung von Molières „Menschenfeind" einen glanzvollen und überzeugenden Erfolg. Das, praeter propter, gleiche Thema: Wie einer, der allein die Welt ganz ernst und schwer zu nehmen versucht, zum Widersacher, *zum Störenfried, zum* Ekel in der dummen Gesellschaft ringsum werden muß. Das war vorzüglich, war geistvoll augenöffnend, und es war auf einer hohen Ebene komisch, weil es gründlich tragisch war: der Mann der tieferen Erkenntnis als komische Figur. Mit Diderot, ihn nun als „Der Menschenfreund" direkt auf die Bühne des Berliner Schloßparktheaters bringend, gelingt Enzensberger vergleichbar Ersprießliches nicht.

Er zeigt den Erzintellektuellen ständig in der Abhängigkeit, während er immer doch versucht, einige Einsicht und Gedankenschärfe unter seiner Spießerumwelt zu bewirken. Was Enzensberger versucht, wird viel eher deutlich in dem erzgescheiten Nachwort, das er selber seiner vermeintlichen „Komödie" vom Menschenfreund nachstellt. Auf der Bühne gelingt ihm die Problemverkörperung gar nicht. Es treten nur Pappfiguren auf, Ideenträger, die ihre Ideen nicht verdeutlichen können. Diderot selber bleibt immer außerhalb einer greifbaren Bühnensinnlichkeit. Es werden Texte aufgesagt. Formulieren tut sich theatralisch so gut wie nichts.

Nun war, zugegeben, die Inszenie*rung, die der sicher achtbare Regis*seur Hanns Zischler der angestrengten Kraftlosigkeit seines Autors widmete, sehr wenig hilfreich. Unter die Arme griff er Enzensberger wahrlich nicht. Das Bühnenbild und die Kostüme von Titina Maselli wirken in ihrer schädigenden Abstraktion immer nur ärgerlich. Die noble Szene eines feudalen Hausstandes aus dem 18. Jahrhundert war mit krassen Farben zu einem Zille-Hinterhof verengt. Auf- und Abtritte können nur mit Mühe und darstellerischer Ungelegenheit erfolgen. Die Kostüme in ihren grellen Farben waren durchweg scheußlich, die armen Damen des Spiels eher behindernd.

Im Spiel selbst bedrückende Ausfälle. Boy Gobert, den so genialen wie durch sich selbst behinderten Diderot darstellend, verfällt nur immer in mühselige Attitüden, um diese Jahrhundertfigur zu fassen. Er faßt sie nicht. Er stellt sie gar nicht dar. Nur zum Schluß, wenn er einen Begriff von der tragikomischen Behendigkeit dieses Erzintellektuellen vermitteln soll, ist er (aber auch da nur mit Not) als der traurige Gesellschaftsclown zu erkennen, der er im *Grunde* ist.

Viel müßiges Spiel erlebt man. Manche Rollen bleiben ganz leer. Sie sind schmerzlich unterbesetzt, wirkungslos, uninteressant. Sogar Lieselotte Rau kann die listige Freundlichkeit ihrer Damenfigur gar nicht kenntlich machen. Auch Horst Bollmann, sonst doch so oft ein Lichtblick im Schillertheater-Ensemble, verläßt sich, allein gelassen, auf seine allzu naheliegenden Dienerspäße.

Freude am Witz, geistvolle Lustigkeit oder gar die Melancholie, die die Vorlage doch wohl intendierte, kommen schon gar nicht auf. Sehr selten sah man im Berliner Schloßparktheater ein (sicher selbst kaum vorteilhaftes) Spiel so traurig unbeholfen angehen und verfehlen wie diesmal. Sogar der Hühnerschwarm, der nach Enzensbergers Anweisung und sicher gedankenvoller Intention am Ende auf die Szene gescheucht wird, wirkte da nur störend oder albern.

Sicher ein verkrampftes, ein gut und pfiffig gemeintes, aber ein ganz und gar wirkungsloses Stück. Enzensberger ist kein geborener Dramatiker. Das wissen wir jetzt. Es sollte ihn selber nicht allzu sehr grämen. Er kann so viele andere Bereiche des Literarischen und Poetischen soviel müheloser und geistvoller erfüllen. Das sollte ihm genügen. Auch wenn man ihn bei diesem Theaterversuch *geradezu schnöde allein ließ, alle sei*ne Defekte noch verdeutlichte – das muß er mit dem ärgerlich defekten Spiel am Berliner Staatstheater abmachen. Nötig war es nicht.

Nach soviel Ungemach war das Premierenpublikum eher ermattet. Ein bißchen Beifall, ein paar Buhrufe. Ein mehrfach enttäuschender Abend.

FRIEDRICH LUFT



Von der tragikomischen Behendigkeit eines Intellektuellen: Boy Gobert als Diderot in Enzensbergers „Menschenfreund" am Berliner Schloßparktheater FOTO: BINDER/THIELE

Schießscheiben als Denkziele – S. Pohl in Berlin

Sisyphos mahnt malend

Es ist dies eine schwierige Malerkunst, die im Fontane-Haus des Märkischen Viertels in Berlin gezeigt wird. Auf den ersten Blick kaum gefällig, nie beifallheischend, keine chromatischen Abenteuer, dafür meditativ, besorgt – und zugleich doch immer auf penetrante Art indoktri*nierend. Ihre Doktrin heißt humani*tas, ihr Propagandist Sieghard Pohl.

Der Künstler, gebürtiger Breslauer des Jahrgangs '25, ist trotz seiner dreißig Malerjahre ein Kopf auch der jüngsten Generation geblieben, der mit der Zeit lebt, aber nicht mit ihr schläft. Er hat nicht einmal geschlummert: Als er 1945 einen gefallenen Wehrmachtssoldaten vor einer Panzerruine auf Pappe pinselte („Ich als Soldatenleich'"), als er – nach Leipzig verschlagen – die Ungarn-Ereignisse malend ins Visier nahm und 1958 die „Glorie des Septimius Severus" verspottete; man sieht einen fragwürdigen Triumphator, der ins ruinierte Rom zurückkehrt.

Ganz automatisch ist er zum Anti-Kriegsmaler geworden, weil er dagegen ist, „wenn uns Ideologen in Ost und West gerechte Kriege und den schönen Heldentod schmackhaft machen sollen". Als junger Leipziger Student an Brecht und Bloch geschult, ausgebildet von der Hofer- und Kollwitz-Meisterschülerin Elisabeth Voigt (und mithin der zeitkritischen Kunst der 20er Jahre verpflichtet), stellte er vorsichtige Fragen nach Gewalt und Gewöhnung, nach Fortschritt und Sklaverei. Bald macht er die Metapher zur Methode. Er attakkiert seine „Leipziger Hinterhöfe" und ihren Großstadtsmog, malt „Moritatentafeln" zu Brechtschen Gedichten und wagt dann den Frontalangriff: „Der Spucknapf des Volkes" (1959 entstanden) zeigt eine eisige Versammlung von Gipsköpfen, gewichtig versammelt um einen Spucknapf – eine triste Grisaille.

Die Reaktion erfolgte. Das Ulbricht-Regime schickte den malenden Dissidenten ins Gefängnis. 1963 bis 65 erfolgt eine zweite Inhaftierung. Der Grund waren zwei Bilder mit den Themen „Der Strafgefangene" und „In der Menschenveredelungsanstalt". Gemeint sind die Zuchthäuser von Leipzig und Waldheim. Beide Werke wurden von der Stasi beschlagnahmt und sind seitdem verschwunden; zwei Kopien, die Pohl seinerzeit „zur Vorsicht" angefertigt hatte, konnte er später über Freunde in den Westen bugsieren. In der Ausstellung sind sie zu sehen.

Pohl gelang es, während der zwei Waldheim-Jahre gelegentlich zu zeichnen, er flüchtete in die Mythologie: Damokles, Sisyphos und das Trojanische Mehrzweck-Pferd. 1965 wird er nach Berlin-West abgeschoben. Bald verdeutlicht er seine menschenrechtlichen Forderungen: die Bildtitel der Folgejahre heißen „In der Strafkolonie", „Jan Palach", „An*dachtsbild für Londonderry*", „Iwan Denissowitsch", „Iwan Denissowitsch hofft auf Che", aber auch „Chile-Porträt eines Putschistengenerals" oder „Siegesallee".

Entspannende Alternative im zeichnerisch-graphischen Teil der Schau sind die farbtiefen Illustrationen zu Kinder- und Märchenbüchern; die Linolschnitte zu Borcherts „Hundeblume" indes stammen aus der Leipziger Zellenzeit.

Bleibt noch jenes Propädeutikum zum Wehrkundeunterricht – Sieghard Pohl ist schließlich Lehrer und Kunsterzieher seit langem –, seine „Schießscheiben", hölzerne Mahnmale und hintersinniges Anti-Kriegsspielzeug zugleich. Da werden Heldenschrott, Blech und Blut zusammenmontiert, defekte Reichsadler (*„Pleitegeier"*) und staubige EKs, „DDR"-Orden, Spielzeugsoldaten, Skelettknochen und die Weiße Fahne als Leichentuch. Die „Große Schießtafel für einen schönen Heldentod" *zitiert gar* die Sowjetgenerale Milowidow und Safronow mit ihrem berühmt-berüchtigten Satz von 1981: „Um eines hohen Zieles willen ist auch der Heldentod schön". (Bis 22. Nov.)

MARKUS BEKKER



„Iwan Denissowitsch hofft auf Che" von S. Pohl, aus der Berliner Ausstellung FOTO: R. KOWALENKO

Das Kino als Bundesliga: Die 18. Hofer Filmtage

Für Hunde verboten

Seinen Trumpf spielte Festivalchef Heinz Badewitz gleich am ersten Abend aus: „Paris, Texas" lief in *Hof/Bayern zur Eröffnung der 18.* Filmtage. Der Cannes-Sieger von Wim Wenders, der wegen eines ärgerlichen Verleihstreits erst ab 11. Januar in unsere Kinos kommen darf, wurde bei der deutschen Erstaufführung der englischen Originalfassung mit großem Respekt aufgenommen.

Protest freilich erhob sich in der Wiederholungsvorstellung. Ein kleines Hündchen, von einem jungen Mann im Jackett eingeschmuggelt, bellte plötzlich los. Herrchen und Hund wurden für diesen Frevel unverzüglich des Saales verwiesen. Aber vielleicht hatte sich dieser Hund unter einer „Goldenen *Palme*" etwas anderes vorgestellt. Der Vierbeiner schien jedenfalls mit seiner möglicherweise kritischen Meinung nicht allein dazustehen. Ergriffenheit und *Langeweile sind eben manchmal nah* verwandte Reaktionen, zumal wenn ein Film so viel Überlänge hat wie dieser.

Bei den Hofer Filmtagen ist „action" gefragt. Hof hat das jüngste und spontanste Publikum aller deutschen Filmfestivals. Ein Horrorfilm, der erst um zwei Uhr nachts beginnt, ist so recht nach dem Geschmack dieser unermüdlichen Cineasten. Das Gemeinschaftserlebnis Kino, *hier wird* es durch Kumpanei mit dem Leinwandgeschehen erst schön. Gegen den Durst steht das Bier im Kühlschrank neben der Leinwand bereit, und wer *rauchen möchte*, der *raucht* eben.

Hof darf für sich beanspruchen, das Bundesligakino erfunden zu haben, nicht nur weil ein Fußballspiel zwischen einer *Mannschaft* von Filmemachern, mit Werner Herzog als Mittelstürmer, und einer Hofer Auswahl zu den alljährlichen Ritualen dieses Filmwochenendes gehört. Auch die *Hofer Filmtage kennen* Meister, Aufsteiger, Absteiger, Schlachtenbummler, eine scharfe Linkskurve natürlich und in Heinz Badewitz so etwas wie den Beckenbauer des neuen deutschen Films.

Allerdings muß man sehr aufpassen, daß man den Film, den man sehen will, auch wirklich zu fassen kriegt. Die 80 Vorstellungen (zuzüglich zahlreicher Sondervorführungen) sind durchnumeriert. Auf den Eintrittskarten steht nur die Nummer. Hof-Klatsch läuft nicht selten so ab: „Warst du in 17? War wohl nichts. Aber 63 soll echt gut sein. 25 ist leider ausverkauft." Hinter diesen Nummern steckten auch bei den 18. Hofer Filmtagen viele sehenswerte Filme.

Heinz Badewitz setzt in seinem *Programm auf Pluralismus. Es darf* auch Unterhaltung sein. Da schoß in diesem Jahr die englische Komödie „Der Missionar" von Richard Loncraine den Vogel ab. Michael Palin von der Komikergruppe „Monty Python" hat das Drehbuch geschrieben und spielt smart die Titelrolle, einen Geistlichen, der im London der Jahrhundertwende gefallene Mädchen und gefällige Ladys auf den rechten Weg zurückbringen möchte und dabei selbst den Versuchungen des Fleisches erliegt. Diese Geschichte hätte von Shaw sein können.

Fast tragikomisch wirken daneben die „*Hollywood Outtakes*", eine *Folge* von Filmschnitzeln und Werbespots aus dem Abfalleimer der Filmgeschichte. Da wirbt ausgerechnet James Dean für Geschwindig*keitsbegrenzung*. Und ausgerechnet Joan Crawford präsentiert sich als Prachtmutter. Dieser Verschnitt aus Verlogenheit und Glamour ergibt eine schier aberwitzige Starparade, die kein Filmfan versäumen sollte.

In diesem Zusammenhang möchte man allen zukünftigen Hof-Besuchern empfehlen, zunächst eine längere Amerika-Reise zu machen und dann erst zu diesem Festival zu fahren; denn die Hälfte aller Filme dieses Jahres lief in englischer beziehungsweise amerikanischer Originalfassung, meist in einer Sprache, wie man sie nur auf der Straße erlernen kann. *Da kam man sich selbst oft* wie ein Extraterrestrischer vor.

Der wirklich herausragende neue Streifen des Festivals war übrigens kein Spiel-, sondern ein Dokumentar*film: „Il bacio di Tosca"* (Der Kuß der Tosca) des Schweizers Daniel Schmid, eine bewegende Benefizvorstellung der Bewohner der „Casa Verdi", des vom Komponisten gegründe*ten, heute von der Schließung* bedrohten Altersheimes für Musiker und Sänger in Mailand. Sie können es nicht lassen, die alten Primadonnen. Sie singen immer noch die Tosca, ob*wohl sie längst an einem anderen* Stock gehen als an dem, der einst zu ihrem Bühnenauftritt gehörte. Einer sagt es für alle: „Ich werde noch singen, wenn ich tot bin."

Schmids Film ist eine einzigartige Liebeserklärung an die Kinder der Oper und gleichzeitig der schönste Opernfilm. Ihn sollte sich keines der heute so sehr auf Extradarbietungen erpichten großen *deutschen Opern*häuser entgehen lassen.

BERND PLAGEMANN

JOURNAL

Komponist R. Kunad in der Bundesrepublik

dpa, **Berlin**

Der Komponist Rainer Kunad ist mit seiner Frau und seinen drei Kindern in München eingetroffen. Kunad hat ein auf ein Jahr befristetes Visum, das ihn zur mehrmaligen Aus- und Einreise in die „DDR" berechtigt. Ergänzend verlautete dazu, Kunads Aufenthalt in der Bundesrepublik werde aber vermutlich „dauerhaft" sein. Der 48jährige Kunad, Träger des Nationalpreises der „DDR", war bisher Professor für Komposition an der Dresdner Musikhochschule und dramaturgischer Mitarbeiter der Staatsoper Ost-Berlin. In der Bundesrepublik wurde er durch seine Opern „Maitre Pathelin oder die Hammelskomödie" und „Vincent" (über van Gogh) bekannt.

Medienzentrum von Bertelsmann-Stiftung

hdt. **Gütersloh**

Mehr als acht Millionen DM stellt die Bertelsmann-Stiftung für die Einrichtung und den Unterhalt eines Medien-Zentrums am Evangelisch Stiftischen Gymnasium in Gütersloh zur Verfügung. Die Hälfte der Aufwendungen wurde bereits in einen funktionalen Neubau sowie in die technische Einrichtung der Mediothek investiert. Dazu gehören eine Bibliothek mit rund 8000 Büchern sowie zehn audio-visuellen Arbeitsplätze, eine Informatik-Abteilung, ein Sprachlabor und ein Studio für kreative Gestaltung. Der gleiche Betrag steht für die Folgekosten in den nächsten fünf Jahren zur Verfügung. Das Zentrum soll der Erarbeitung praktischer Erfahrungen in der Medienpädagogik und -didaktik dienen.

Festarchitektur-Katalog jetzt erschienen

DW. **Düsseldorf**

Stadtfeste sind beliebt. Aber ein paar Girlanden über der Straße, ein paar Lampions an den Bäumen sind in aller Regel schon der ganze Festschmuck. In früheren Jahrhunderten war das anders. Da verstand man das Besondere mit allem Reichtum und eigens dafür entworfenen Festarchitekturen zu zelebrieren. Daran erinnerte die Akademie der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen bis Anfang Oktober mit einer interessanten, aber nicht sonderlich klar gegliederten Ausstellung im Düsseldorfer Stadtmuseum. Die notwendigen Erläuterungen sollte wohl der Katalog liefern. Aber der ist nun erst post festum erschienen: „Festarchitektur" von Werner Oechslin und Anja Buschow (Verlag Gerd Hatje, Stuttgart, 167 S., 177 Abb., 48 Mark). Immerhin ein Kompendium, das auch ohne den ursprünglichen Anlaß zu interessieren vermag.

Vom bildhaften Nutzen alter Tierfabeln

DW. **Bremen**

Um den antiken Fabeldichter Aesop ranken sich selbst schon wieder eine ganze Reihe Fabeln. Die moralischen Tiergeschichten, die ihm zugeschrieben werden, haben sich über die Jahrhunderte in populären Überlieferungen und in schönen Büchern erhalten. Eine Auswahl *illustrierter Fabelbücher von* der Inkunabelzeit bis zu bibliophilen Ausgaben unserer Tage hat die Herzog-August-Bibliothek in Wolfenbüttel zu der Ausstellung „Fabula docet" zusammengestellt. Sie ist bis zum 16. Dezember im Gerhard-Marcks-Haus in Bremen zu sehen. Anschließend geht sie nach Zürich (14. 1. bis 16. 3.) und Karlsruhe (25. 3. bis Juni). Der Katalog mit Beiträgen über die Fabel und die Fabel-Illustrationen kostet 25 Mark.

Kunstkäufe mit Toto-Lotto-Geldern

DW. **Stuttgart**

Die Museen in Baden-Württemberg werden von den entsprechenden Instituten der anderen Bundesländer beneidet, weil ihnen regelmäßig recht erhebliche Ankaufsmittel aus den Gewinnen der Toto- und Lottogesellschaften zufließen. In der Ausstellung „250 Meisterwerke – 25 Jahre Toto-Lotto-Erwerbungen für die Kunstmuseen *in* Baden-Württemberg" gibt die Staatsgalerie Stuttgart einen Überblick, welche Kunstwerke aus diesem Fonds im letzten Vierteljahrhundert den *Museen* in *Karlsruhe*, Stuttgart, Mannheim und Ulm finanziert wurden. Der Bogen spannt sich von Benin-Masken über zwei Tafeln Grünewalds bis zu Nolde und Picasso. Der Katalog, der alle für die Ausstellung ausgewählten Beispiele abbildet, kostet 35 Mark.

Pascale Ogier †

dpa, **Paris**

Die französische Filmschauspielerin Pascale Ogier ist in Paris gestorben. Sie war erst 24 Jahre alt. Aufmerksamkeit erregte sie, als sie beim letzten Filmfestival von Venedig für ihre Rolle in Eric Rohmers „Les nuits de la pleine lune" als beste Schauspielerin ausgezeichnet wurde. Als Todesursache wird Herzstillstand angegeben.

Tankstellen: Statt Benzin gibt's Brötchen

ANDREAS ENGEL, Bonn

„Das Geschäft lohnt sich nicht mehr. Nächsten Monat müssen wir schließen." Manfred Hupperich, Pächter einer bisher gut besuchten Tankstelle in Bonn-Endenich, ist das Opfer einer Entwicklung, die in ganz Deutschland um sich greift: Sinkende Umsätze beim Kraftstoffverbrauch treiben vor allem Besitzer von kleinen Service-Stationen an den Rand des finanziellen Ruins. Das „Tankstellen-Sterben" geht um.

Seit 1969 hat sich die Zahl der Tankstellen in der Bundesrepublik Deutschland von mehr als 46 000 auf inzwischen knapp 20 000 reduziert. Jedes Jahr machen nach Angaben von Wolfgang Penka, dem Geschäftsführer des Zentralverbandes des Tankstellen- und Garagengewerbes (ZTG) in Frankfurt bundesweit rund 2000 Tankstellen dicht. Und von den noch verbleibenden Tankstellen müßten noch einmal etwa 20 Prozent mit dem „Aus" rechnen, heißt es beim Zentralverband des Tankstellengewerbes.

Kein Wunder, daß sich heute immer mehr Service-Stationen mit neuem Gesicht präsentieren – nämlich ohne Tanksäulen und Hebebühnen. Statt Benzin und Diesel *können* Kunden vielerorts jetzt Brötchen, Tenniszubehör oder gar Hundefutter kaufen. Nach der Schließung haben sich Tankstellen in Drogerien, Reisebüros und auch Restaurants verwandelt.

Auf jenen geräumigen Grundstükken mit den typischen Zweckbauten in Blau-weiß, Gelb-schwarz oder Rot-weiß siedelten sich andere Geschäfte an. Den Anfang machten Getränkedepots. Inzwischen haben die unterschiedlichsten Gewerbezweige. Einzug in die „Tankstellenkästen" gehalten: frische Brötchen werden da verkauft, Kleider oder Schönheitspflegemittel. Auf diese Weise überleben viele Tankstellenbauten aus den 50er Jahren – dank der Phantasie ihrer neuen Besitzer auch als Autowerkstatt.

Doch auch die Pächter florierender Selbstbedienungszapfstellen, über die 90 Prozent des Benzinabsatzes laufen, leben nicht mehr vom Spritverkauf allein. Denn sie stehen vor allem in den Ballungsgebieten in einem harten Wettbewerb. Die Umsätze in den Verkaufsshops, mitunter schon kleine Warenhäuser, sind nicht nur für die Tankstellenpächter wichtig, sondern auch für die dabei kräftig mitkassierenden Mineralölkonzerne. „Die Hälfte meiner Einnahmen kommen aus dem Shop-Verkauf und meinen Dienstleistungen wie Ölwechsel oder Wagenwäsche", berichtet der Essener Service-Station-Inhaber Ludwig Wohlfahrt. Den freundlichen Tankwart jedoch findet man immer seltener.

Berliner Kanzler-Fete: Außer Flickflack alles erlaubt





„Ick steh uff Berlin" – eine Parole, die zündete. Der Kanzler rief und alle kamen. Das obere Bild zeigt den Bundeskanzler und Frau Hannelore. Zwischen beiden Intendant Götz Friedrich. „Doppelt hält besser." Norbert Blüm mit zwei halben Litern.

FOTOS: CONRAD GIEHR/DPA und H. MROTZKOWSKI

Von EVI KEIL

„Ick steh uff Berlin", hieß das Motto des fünften Kanzlerfestes in der geteilten Stadt. Der Regierende Bürgermeister, Eberhard Diepgen, mit Bundeskanzler Helmut Kohl Gastgeber einer langen Nacht in der Deutschen Oper, hatte der politischen Stimmungslage entsprechend bei der Begrüßung der 1800 Gäste ein aktuelles zweites Motto parat: „Für Flickflack sind wir nicht zu haben".

Flickflack zog sich dennoch wie ein roter Faden durch die Nacht. Bei einer festlich heiteren Revue aus Oper, Operette, Musical und Kabarett steuerten Künstler von Weltrang der Bonner Katerstimmung nach dem Sturz Rainer Barzels gegen. Daß sich Hintergründiges und Politisch-Ironisches hier und da auf der Bühne seinen Weg bahnte, lag auf der Hand. Mit der Musik von Jaques und mit einem Hauch von Olympia – man hatte mit *Ulrike Meyfarth, Uli Eicke* und Fredy Schmidtke drei Goldmedaillen-Sieger von Los Angeles eingeladen – war *auch Helmut* Kohl bereit, festzustellen: „Olymp und Unterwelt, ein Bundeskanzler erlebt es manchmal an einem Tag."

Unter dem Klang von sechs Aida-Trompeten zogen Helmut Kohl und Ehefrau Hannelore, eine gebürtige Berlinerin, in die Oper ein. An der Tür stand einer, der die Berliner so gut kennt wie die Bonner, Berlins Protokollchef Bill von Bredow. Selber früher stellvertretender Chef des Protokolls in Bonn, begrüßte Bill auch die drei Berliner Stadtkommandaten, den Amerikaner Generalmajor John H. Mitchell, den Briten Bernard Charles Gordon Lennox und den Franzosen Olivier de Gabory.

Aus Bonn angereist war auch Generalintendant *Jacques Riber*. Im Gegensatz zur politischen Prominenz wurde er nicht plaziert, sondern zog wie die übrigen Gäste den Sitzplatz per Los. Er landete hoch oben auf dem zweiten Rang, was ihm „noch in keinem Schauspielhaus der Welt passiert ist". Bonns Regierungssprecher Peter Boenisch tröstete Riber, er, Boenisch, habe beim *Kanzlerfest* 1982 einen Platz auf dem vierten Rang gehabt. Stoßseufzer des Protokollchefs: „*Man müßte ein Gummihaus haben.*"

Gar auf dem letzten Rang fand sich Pater Basilius Streithofen aus Walberberg wieder. Er hatte am Abend zuvor beim Sender Freies Berlin in der Barbara Dickmann-Runde, zusammen mit (oder gegen) Pfarrer Albertz und Daniel Cohn-Bendit das Thema „Die Moral und das Geld in der Politik" diskutiert. Kohl honorierte die Leistung des Paters mit einer Ehrenkarte. Streithofen bedankte sich mit trostreichem Wissen, als er daran erinnerte, daß im *Griechischen* die Schriftzeichen für „Krisis und Chance" gleich sind.

Jeder dritte Gast dieser Mammutschau kam aus der Bundesrepublik Deutschland. Mit von der Partie die Bundesminister Norbert Blüm, Heinrich Windelen, Manfred Wörner, Christian Schwarz-Schilling, der designierte Bundestagspräsident, Staatsminister Philipp Jenninger und Kanzleramtstaatsminister Friedrich Vogel. Bei der SPD sah es trübe aus: Prominentester Vertreter Hans Apel.

Das Musikprogramm hatte Weltniveau. Stars wie Lucia Aliberti und Franco Bonisolli präsentierten sich mit Verdi. Allergrößter Beliebtheit erfreuten die Melodien von Jaques Offenbach, *unter anderem* mit einem glänzenden Helmut Lohner, der als Prinz von Arkadien die musikalische Unterwelt meisterhaft glossierte. Was fehlte, war ein Meister der Moderation, wie sie 1982 Peter Ustinov glänzend gelungen war. Sein vorgesehener Nachfolger, üblicherweise sonst „voll da", fehlte diesmal: Harald Juhnke. Ihn vertraten die Schöneberger Sängerknaben.

Für den Kanzler speziell gab es schließlich den Wolfgangsee und die Operettenmelodie vom Salzkammergut, wo man bekanntlich lustig sein kann. Originell die Idee, die „öffentliche Meinung" auf die Bühne zu holen. Nicht von ungefähr gab es dafür rauschenden Beifall …

Hans Apel zog es vor, unter den Fahnen der Bundesländer im Foyer zu promenieren. Er vermied allzuviel *Kontakt mit seinem politischen* Gegenspieler Diepgen, der, so sagen es inzwischen die Umfragen, in Berlin an Popularität sogar seinen berühmten Vorgänger, Richard von Weizsäcker, überholt hat. Hanna Renate Laurin, lüftete das Geheimnis: „Die Berliner haben erkannt, Mensch, das ist der Junge von nebenan, aus dem was geworden ist."

Düstere Prognose eines deutschen AIDS-Forschers

F. D Berlin

In der Bundesrepublik Deutschland werden im kommenden Jahr voraussichtlich 100 000 Menschen an AIDS erkranken. Diese Ansicht vertrat jetzt in Berlin einer der führenden AIDS-Forscher Deutschlands, Professor Hans-Dieter Pohle vom Berliner *Rudolf-Virchow-Krankenhaus*. Pohle begründete diese Hochrechnung nach der bisherigen Entwicklung dieser immer tödlich verlaufenden Krankheit, die sich mit einer Störung des körpereigenen Immunsystems bemerkbar macht. Derzeit sind in Deutschland 100 an AIDS Erkrankte und 50 Todesfälle, Homosexuelle und Drogenabhängige, registriert worden. Erschwert wird eine Beobachtung der Krankheit dadurch, *daß es keine Meldepflicht* dieser Krankheit gibt. Pohle: „Nicht jeder, der sich mit AIDS infiziert, erkrankt auch daran. Aber überall, wo die Immunstörung auftritt, ist bisher ärztlicher Beistand immer vergebens gewesen." In der vergangenen Woche waren drei Erkrankungen in Berliner Haftanstalten bekannt geworden. Die Männer wurden in Einzelzellen verlegt.

Absturz bestätigt

AFP, Moskau

Das Flugzeugunglück, das sich vor knapp zwei Wochen in der sibirischen Stadt Omsk ereignete (Die WELT berichtete), hat nach glaubwürdigen Kreisen in Moskau mindestens 150 Tote gefordert. Nur sechs Menschen sollen die Katastrophe überlebt haben. Eine aus Krasnodar kommende „Tupolew-145" der Aeroflot war auf der Landebahn des Flughafens von Omsk mit einem Tankwagen zusammengestoßen, was eine gewaltige Explosion auslöste. Nach Berichten von Augenzeugen ist auf der Unglückspiste immer noch ein riesiger schwarzer Fleck zu sehen. Sowjetische Stellen hatten, wie wie üblich in solchen Fällen, keine Stellungnahme abgegeben.

DC-10 löste sich auf

AFP, Chicago

Teile der Motorverkleidung einer DC-10 mit 255 Personen an Bord sind am Samstag *auf einen Vorort* Chicagos gefallen, ohne jedoch Menschen zu verletzen. Der Pilot der Maschine, die nach Honolulu unterwegs war, kehrte nach Chicago zurück, nachdem er 50 Tonnnen Kerosin abgelassen hatte. Die Teile der Motorverkleidung fielen in mehrere Gärten.

Rausschmiß begrüßt

AP, Bonn

Die Arbeiterwohlfahrt hat die Kündigung des Showmasters Harald Juhnke durch das Zweite Deutsche Fernsehen begrüßt. In einer Erklärung beißt es, der Zeitpunkt hätte „nicht besser gewählt" werden können, es sei ein „wertvoller Beitrag zur Woche der Sucht" der Sendeanstalt. Während Juhnke mit seiner Liebe zum Alkohol immer wieder „öffentlich kokettiert" habe, hätten die Suchtberatungsstellen „täglich das Elend alkoholabhängiger Kranker vor Augen, die verzweifelt dieses Schicksal *loszuwerden*" versuchen. Prominente hätten „gewollt oder ungewollt" Vorbildfunktion.

Ausbrecher gefaßt

dpa, Kassel

Die beiden Gewaltverbrecher, die am 9. Oktober aus der Justizvollzugsanstalt (JVA) Schwalmstadt (Schwalm-Eder-Kreis) ausgebrochen waren, sind wieder hinter Schloß und Riegel. Während der 26jährige Wolfgang Kahl, der eine *Freiheitsstrafe* wegen Vergewaltigung zu verbüßen hat, Freitag abend in einer Diskothek in Immenhausen (Kreis Kassel) festgenommen wurde, stellte sich der wegen Mordes verurteilte 28 Jahre alte Manfred Nicolai gestern in Schwalmstadt – mit gestohlenen Waffen.

Baby erhält Pavianherz

Ärzte optimistisch / Tierschützer haben ethische Bedenken

AFP/SAD, Loma Linda

Ein zwei Wochen altes Mädchen, dem am Freitag das Herz eines jungen Pavians eingepflanzt wurde, ist bei guter Verfassung und kann nach Auskunft der Ärzte ein „langes und normales Leben" führen. Wie aus dem Universitätskrankenhaus in Loma Linda (US-Bundesstaat Kalifornien) mitgeteilt wurde, hat der Körper des Neugeborenen keine Abwehrreaktionen gegen das fremde Herz gezeigt. Die Abstoßmechanismen gegen körperfremde Materie sind bei einem Neugeborenen weniger entwickelt als beim Erwachsenen. Das Kind werde noch künstlich beatmet, sein Zustand sei jedoch „bemerkenswert stabil". Es litt an einer Herzinsuffizienz.

Die Operation an der kleinen Fae ist die vierte dieser Art. Bisher wurden Affenherztransplantationen nur an Erwachsenen vorgenommen, von denen keiner den Eingriff mehr als wenige Tage überlebte. Das Chirurgenteam will nun noch vier weiteren Babys Affenherzen einsetzen. Als Organspender dienen Paviane, deren Herz dem menschlichen sehr ähnlich ist. Außerdem vermehre sich diese Affengattung in Gefangenschaft ohne Probleme, was sie als Organspender geeigneter erscheinen läßt als die unter Artenschutz stehenden Menschenaffen. Der ein paar Monate alte Pavian, dessen Herz dem Mädchen eingepflanzt wurde, war aus sechs Tieren ausgewählt worden, die an der Universitätsklinik als Organspender aufgezogen werden.

Die Ärzte erklärten nach der dreistündigen Operation, sie seien auf Kritik aus ethischen Erwägungen gefaßt. Mehrere Tierschutzorganisationen haben bereits gegen die „makabre Bastelei" protestiert, *die nur dazu* führe, einen Pavian umzubringen, um den Todeskampf eines Kindes zu verlängern. Der Leiter des bioethischen Instituts der Universität von Loma Linda, Jack Provonsha, wies ethische Einwände zurück. Seit langem würden Gewebestrukturen von Schweinen bei Operationen am menschlichen Herzen verwendet.

LEUTE HEUTE

Abstecher

Seinen Besuch in England nutzte Frankreichs Staatschef **François Mitterrand**, um ein altes Idol persönlich kennenzulernen: **Henry Moore**, den größten lebenden Bildhauer der Welt. Mitterrand besuchte den 86jährigen auf seinem Landsitz in dem Dörfchen Much Hadham, nördlich von London. Dieser *führte* den hohen Gast durch sein Freigelände, wo eine beindruckende Zahl unvollendeter Werke zu *sehen gewesen sein soll*.

Peinlicher Fund

Der Regierungschef der kanadischen Provinz Neu-Braunschweig, ***Richard Hatfield***, *muß sich* wegen Drogenbesitzes vor Gericht verantworten. In der Außentasche eines sei*ner Koffer waren 26,5 Gramm Mari*huana gefunden worden, als er Königin **Elizabeth II.** von England auf einem offiziellen Besuch in Kanada begleitete. Die Drogen waren bei einer Routinekontrolle auf dem Flughafen von Fredericton entdeckt worden.

Eine 18jährige hat genug

Wirbel um Zola Budd trennt die Familie / Laufwunder am Ende

SAD, London

Neuer Wirbel um Zola Budd. England feierte die 18jährige Wunderläuferin vor den Olympischen Spielen als kommende Olympiasiegerin. Im Rekordtempo gaben die Briten der jungen Südafrikanerin Anfang des Jahres daher einen britischen Paß, was namentlich Oppositionspolitiker aufbrachte.

Am Wochenende kam für England eine ernüchternde Meldung aus Südafrika: Zola Budd, die schon aus Los Angeles nicht nach England, sondern nach Südafrika zurückkehrte, will dort bleiben.

Das Tauziehen um die jugendliche Läuferin, die in Los Angeles nicht *nur erfolglos blieb, sondern auch den* Zorn der Amerikaner auf sich zog, weil über ihre Beine angeblich die US-Hoffnung Mary Decker stürzte, hat nun sogar die Ehe ihrer Eltern gespalten. Ihr Vater Frank verlangt von seiner Tochter die Rückkehr nach England. Er zog aus dem gemeinsamen Haus in Bloemfontein aus, als die Tochter sich diesem Wunsch widersetzte und bei ihrer Mutter bleib, die als krebskranke Frau keine lange Lebenserwartung mehr hat.

Da Südafrika wegen seiner Apartheidpolitik am internationalen Wettkampfsport nicht teilnehmen darf, muß die Karriere der 18jährigen als beendet gelten, wenn sie in Südafrika bleibt. Letzte Hoffnung der Engländer: Zwei Reporter der „Daily Mail" sind nach Südafrika geflogen, um Zola einen neuen Exklusivvertrag anzubieten. Angeblich kann die grazile Mittel- und Langstrecklerin eine Mil*lion Mark* kassieren, wenn sie die Exklusivrechte ihrer Lebensgeschichte der nächsten Jahre an die Zeitungsgruppe verkauft und sich doch noch entschließt, nach England zurückzukehren.

Zola Budd gilt als Superbegabung. Sie hält noch den Juniorenweltrekord über 1500 Meter und hielt den Weltrekord über 5000 Meter; alles freilich nur inoffiziell. Südafrika gehört nicht dem Internationalen Leichtathletikverband an.

WETTER: Im Norden unbeständig

Wetterlage: Die Ausläufer an der Südflanke eines umfangreichen Tiefs bei Island greifen mit milder Meeresluft vor allem auf die Nordhälfte Deutschlands über.



Vorhersage für Montag:

Nordhälfte Deutschlands: Veränderliche, zeitweise starke Bewölkung und besonders in der norddeutschen Tiefebene Regen. Höchsttemperaturen nahe 14 Grad.

Südhälfte Deutschlands: Tagsüber nur zögernde Nebelauflösung. Höchsttemperaturen um 10 Grad, nachts Abkühlung bis in Gefrierpunktnähe.

Weitere Aussichten:

Im Norden zeitweise Regen, im Süden ruhiges, jedoch nebliges Herbstwetter.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	10°	Kairo	25°
Bonn	11°	Kopenh.	11°
Dresden	10°	Las Palmas	25°
Essen	10°	London	12°
Frankfurt	8°	Madrid	12°
Hamburg	10°	Mailand	13°
List/Sylt	10°	Mallorca	19°
München	11°	Moskau	9°
Stuttgart	4°	Nizza	17°
Algier	18°	Oslo	4°
Amsterdam	9°	Paris	10°
Athen	23°	Prag	5°
Barcelona	16°	Rom	14°
Brüssel	9°	Stockholm	7°
Budapest	10°	Tel Aviv	25°
Bukarest	18°	Tunis	19°
Helsinki	5°	Wien	8°
Istanbul	20°	Zürich	10°

Sonnenaufgang* **am Dienstag**: 7.11 Uhr, Untergang: 16.59 Uhr; **Mondaufgang:** 14.07 Uhr, Untergang: 21.34 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

950 000 Dollar – der Preis für ein ganzes Dorf

AFP, Washington

Ein paar Häuser an einem Hügel, den Pazifik vor Augen, zu Füßen eine der schönsten Straßen der Welt – für 950 000 Dollar ist *diese Idylle zu haben*. Es ist das Dorf Gorda in Kalifornien, das komplett – mit Lebensmittelgeschäft, Tankstelle und seinen sieben Wohnhäusern – zum Verkauf steht. In Gorda leben noch 15 Einwohner. Ein paar Tausend Kilometer von diesem „Traum" entfernt liegt Communia, ein Dörfchen in Iowa, das ein trauriges Schicksal erlebte. Die von sozialistischen Utopisten errichtete Siedlung – in der die Einwohner ihren Lebensunterhalt gemeinsam verdienen – existiert *nicht mehr. Die* letzte Bewohnerin, Besitzerin eines Lebensmittelladens, hat in diesem Herbst aufgegeben. Gorda und Communio sind zwei typische Beispiele für die derzeitige Situation zahlreicher Dörfer in den USA – sie sind für niemanden interessant, weil siezu weit vom „Geschehen" entfernt sind.

Gorda, das man beim besten Willen nicht als „dynamische" Ortschaft bezeichnen kann, verdankt seine Existenz im wesentlichen dem berühmten „Highway No. 1". Diese Überlandstraße, die schmal, mit zahlrei*chen Kurven und durch unwegsames* Gelände am Rande des Pazifiks entlangführt, gilt als die schönste Straße der USA. Die 15 Einwohner von Gorda leben von den Touristen, die hier ihre Wagen auftanken, im Lebensmittelladen einen Snack verzehren oder im „Bazar" einen Jade-Stein als Andenken kaufen. Sobald niemand mehr die Überlandstraße benutzt, ist Gorda nicht mehr rentabel.

Das Dorf gehörte ursprünglich einem alten Herrn, Larry Anderson. Anderson hatte Gorda 23 Jahre zuvor gekauft. Damals ein „rentables Geschäft." Unterdessen wurde jedoch *der Highway für 14 Monate gesperrt*, vor allem wegen gefährlicher Erdrutsche. Keine Durchreisenden mehr – keine Einkünfte mehr.

Gorda ist trotz seiner Reize für Liebhaber der Naturschönheiten und der Einsamkeit ein Risiko. Die Aussicht ist einmalig – aber der praktische Aspekt eher düster: Eine Ambulanz würde notfalls eineinhalb Stunden brauchen, um die Ortschaft zu erreichen, Rundfunk und Fernsehen sind schwer zu empfangen und die wenigen Einwohner wollen durchaus nicht irgend jemand als neuen Besitzer, vor allem niemanden, der *Betonklötze in die Landschaft* setzen würde. In Communia dagegen gibt es überhaupt niemanden mehr, der die wenigen noch vorüberfahrenden Autos sieht: Ruth Harris, seit 25 Jahren Besitzerin des Lebensmittelladens, hat als letzte und zäheste Bewohnerin das Dorf verlassen – sie ist pleite. „Mir reicht's."

Dennoch hatte Communia eine eigene „Geschichte": Im 19. Jahrhundert hatten sich dort Utopisten niedergelassen, um eine ideale sozialistische Gemeinschaft aufzubauen. Ihr Leitsatz – Brüderlichkeit – erwies sich auf die Dauer nicht als praktikabel. Die Männer wollten mehr verdienen, die Frauen fühlten sich ausgebeutet. Die in Communia hergestellten Produkte kosteten mehr, als sie einbrachten. Die Ernten waren schlecht – das Experiment wurde zum Reinfall.

Im Jahre 1854 wurde Communia zum Verkauf freigegeben und in ein „normales" Dorf umgewandelt. Außerhalb der großen Verkehrswege gelegen, zieht das Dorf heute niemanden mehr an – obwohl es noch über einen echten „Saloon" im Wildwest-Stil verfügt. Seit langem schon war es dort ungemütlich geworden, gab es keine *Diskussionen* an der Theke mehr und auch nicht mehr alle Kleinigkeiten zu kaufen, die man gerade nötig hat.

Die Verschlafenheit von Gorda und der Tod von Communia sind beispiel*haft für ein Phänomen in der Bevöl*kerung des heutigen Amerikas. Zwar erfreuen sich auf der einen Seite kleinere Dörfer eines lebhaften Zustroms, und nach Angaben des Büros für Bevölkerungsstatistik ist es extrem selten, daß *ganze* Dörfer zum Verkauf stehen. (Die aus den Zeiten des „Goldrauschs" bekannten verlassenen und ausgestorbenen Geisterstädte im Wilden Westen sind heute eher eine Ausnahme). Doch werden winzige Siedlungen immer mehr verlassen, sobald sie allzuweit von den großen Städten oder den bedeutenden Straßenverbindungen ent*fernt liegen*.

In den Vereinigten Staaten gibt es heute nur noch 130 Dörfer mit weniger als 100 Einwohnern. Fast die Hälfte der Amerikaner lebt heutzutage in Großstädten mit mehr als einer Mil*lion Einwohner*.

CHRISTIANE COURCOL

ZU GUTER LETZT

Irren ist meteorologisch, schreibt dpa zu den wieder einmal schiefgelaufenen Prognosen der amtlichen Wetterfrösche.